

Zivile Partizipation in kleinen Gemeinden : Das Beispiel von Kleinbösing



Zweifel, 2009

Christina Zweifel

Betreuung
Dr. Doris Wastl-Walter

Masterarbeit am Geographischen Institut der Universität Bern
Gruppe Sozialgeographie, Politische Geographie und Gender Studies

Zivile Partizipation in kleinen Gemeinden Das Beispiel von Kleinbösing

Vorgelegt von
Christina Zweifel
04-312-062
2009

Betreuung
Dr. Doris Wastl-Walter

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Herzog, Gemeinderätin, und den Herren Hostettler, Deuber, Dietrich und Hurni, Gemeindepräsident und Gemeinderäte von Kleinbödingen für die Ermöglichung dieser Studie; bei Frau Curty, Gemeindersekretärin, für die breitwillige Hilfe; bei allen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern für die spannenden Gespräche; bei Frau Dr. Wastl-Walter für die Hilfe, die Unterstützung und die Betreuung; bei Béatrice und Ruedi Zweifel für das Studium, die Korrekturen und die Kommentare; bei Antje Neumann für die langen, fachlichen Diskussionen; bei Michaël Nussbaum für die Unterstützung und die Ablenkung, und bei allen anderen Personen, welche mir während der Arbeit geholfen haben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	11
2	Gemeinden	13
2.1	Gemeinden in der Schweiz	13
2.2	Struktur und Aufgaben der Gemeinden im Kanton Freiburg	17
2.3	Kleine Gemeinden: spezifische Probleme und Chancen	18
3	Politische Gemeinschaft	23
3.1	Demokratiegeschichte	23
3.2	Lokale Demokratie	24
3.3	Einfluss der Grösse auf die Demokratie	25
3.3.1	Decline-of-community Modell: Grösse hat einen schlechten Einfluss auf Demokratie	26
3.3.2	Mobilization Modell: Grösse hat einen guten Einfluss auf Demokratie	27
3.3.3	Grösse in der Demokratie: die benutzten Argumente	27
	Homogenität der Bevölkerung und Interessensgruppen	27
	Demokratische Abläufe	28
	Kontakt mit den Entscheidungsträgern	28
	Gewicht des Bürgers in der Demokratie	29
3.3.4	Individuelles Partizipations-Modell: Grösse hat keinen Einfluss	29
3.4	Qualität der lokalen Demokratie	30
3.4.1	Gemeinschaftliche Indikatoren	31
3.4.2	Individuelle Indikatoren	33
3.4.3	Determinanten der Qualität der Demokratie	33
4	Soziale Gemeinschaft	37
4.1	Gemeinschaftstheorie	37
4.1.1	Ursprünge: Gemeinschaft und Gesellschaft	37
4.1.2	Abstand von der Ideologie, Annäherung an die Wissenschaft	38
4.1.3	Krise der Gemeinschaft?	38
4.1.4	Gemeinschaft als Basis der Demokratie	39
4.2	Elemente des Gemeinschaftssinnes	39
4.2.1	Zugehörigkeit	40
4.2.1.1	Konstruktion des Wir und des Anderen	40
4.2.2	Einbindung	41
4.2.2.1	Einbindung in die Gemeinschaft	41
4.2.2.2	Einbindung in das Territorium	43
4.2.3	Unterstützung	44
4.2.4	Beziehungen und Werte	45
4.2.5	Bewusste Identifizierung	46
4.2.6	Kritiken und Ergänzungen	47

5	Partizipation	51
5.1	Aktion als Basis der Partizipation	51
5.2	Partizipation : das Konzept	52
5.3	Krise der Partizipation	55
5.3.1	Zu viel Partizipation	55
5.3.2	Zu wenig Partizipation	56
5.3.3	Existiert wirklich eine Krise der Partizipation?	57
5.4	Arten der zivilen Partizipation	58
5.4.1	Wählen, Abstimmen und Kandidieren	58
5.4.2	Freiwilligenarbeit und Ehrenämter	58
5.4.3	Unkonventionelle Partizipationsarten	60
5.5	Citizenship	61
5.5.1	Citizenship als Konzept	61
5.5.2	Citizenship in der Schweiz und im Kanton Freiburg	63
5.6	Motivation und Unterschiede	64
5.6.1	Motivationsgründe	64
	Werte	65
	Bildung	65
	Bereicherung	66
	Karriere	66
	Soziale Einbindung	66
	Selbstschutz	66
	Nicht Partizipieren	67
5.6.2	Unterschiede in der Partizipation	67
	Individuelle Merkmale	67
	Individuelle Interessen	70
	Politische Einstellung	72
6	Methoden	73
6.1	Stichprobe	73
6.2	Leitfadeninterviews	75
6.3	Gruppendiskussion	76
6.4	Auswertungen	77
7	Kleinbösing: ein funktionierendes Territorium?	79
7.1	Kleinbösing: Präsentation	79
7.2	Rahmenbedingungen der Gemeinde	82
7.2.1	Kommunale Rahmenbedingungen	82
	Grösse der Gemeinde	82
	Bevölkerungsentwicklung	83
	Kulturelles Umfeld	84
	Demographisches Konfliktpotenzial	84
	Politischer Wettbewerb	85

Institutionelles Umfeld	86
Wirtschaftslage	86
7.2.2 Persönliche Rahmenbedingungen	88
Alter	88
Geschlecht	90
Bildungsniveau	92
Hausbesitzer	93
Schulpflichtige Kinder	95
Familiäre Tradition	96
Politische Einstellung	96
Nationalität	99
Zugezogen oder Einheimisch	100
7.3 Politische Gemeinschaft	100
7.3.1 Demokratie	100
7.3.2 Gemeinde ohne Parteien	102
7.3.3 Möglichkeit, sich politisch einzubringen und Nähe zum Gemeinderat	103
7.4 Soziale Gemeinschaft	104
7.4.1 Gemeinschaftssinn	104
Zugehörigkeit	104
Zusammenhalt	105
Einbindung	107
7.4.2 Ist eine kleine Gemeinde eine Gemeinschaft?	109
7.5 Zivile Partizipation	112
7.5.1 Partizipation in der Gemeinde	112
Gründe für das Engagement	112
Gründe, sich nicht zu engagieren	113
7.5.2 Partizipationsfördernde Massnahmen?	115
8 Modell der Einflussfaktoren auf die zivile Partizipation in kleinen Gemeinden	117
9 Fazit	123
10 Bibliographie	127
10.1 Gesetzestexte	127
10.2 Statistische Quellen	127
10.3 Internetquellen	127
10.4 Publikationen	127

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Proportionale Einwohnerzahl pro Gemeindezahl und Gemeindegrösseklasse.....	16
Abb. 2: Gemeindesteuerfuss im Kanton Freiburg	19
Abb. 3: Modell zur Evaluation der lokalen Demokratiequalität nach Ladner und Bühlmann.	31
Abb. 4: Beziehungen zwischen Determinanten der Demokratiequalität	35
Abb. 5: Territorium als Wechselwirkung zwischen Gemeinschaft und physischem Raum.	44
Abb. 6: Modell der Aktion nach Mannarini, Bertocin und Pase.	52
Abb. 7: Beteiligung an Ämtern im Milizsystem in Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung	60
Abb. 8: Vergleich der Beteiligung an freiwilliger gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Geschlecht in Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung.	69
Abb. 9: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	78
Abb. 10: Karte von Kleinbösing (1:25'000)	79
Abb. 11: Altersverteilung in der Gemeinde Kleinbösing, 2009	80
Abb. 12: Bevölkerungswachstum in Kleinbösing von 1997 bis 2007	83
Abb. 13: Entwicklung der Wohnbevölkerung von Kleinbösing und den umliegenden Gemeinden zwischen 1990 und 2007(Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)	83
Abb. 14: Gesamtbelastungsquotient: Verhältnis zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Rentnern und Kindern (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009).....	85
Abb. 15: Steuerfuss in der Region von Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)	87
Abb. 16: Nettoverschuldung in der Region von Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg, 2009).....	88
Abb. 17: Zivile Partizipation nach Alter in der Gemeinde Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)	89
Abb. 18: Verteilung nach Partizipationstyp und Alter in der Gemeinde Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009).....	89
Abb. 19: Vergleich der Beteiligung an freiwilliger gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Geschlecht in der Gemeinde Kleinbösing.....	90
Abb. 20: Teilnahme an der Gemeindeversammlung nach Geschlecht in Kleinbösing.....	91
Abb. 21: Beteiligung an Freiwilligenarbeit nach Typ und Ausbildungsstufe in der Schweiz	92
Abb. 22: Beteiligung an Freiwilligenarbeit nach Typ und Ausbildungsstufe in der Gemeinde Kleinbösing.....	93
Abb. 23: Partizipation nach Hausbesitz in Kleinbösing	94
Abb. 24: Beteiligung an gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Hausbesitz in Kleinbösing.....	94

Abb. 25:	Partizipation nach Verantwortung für schulpflichtige Kinder	95
Abb. 26:	Parteien, die erhalten anlässlich der Nationalratwahlen vom 21. Oktober 2007 in der Region von Kleinbösing am meisten Stimmen haben (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)	97
Abb. 27:	Interesse an lokalen Angelegenheiten im Vergleich mit ziviler Partizipation	98
Abb. 28:	Interesse an lokalen Angelegenheiten im Vergleich mit politischer Partizipation	98
Abb. 29:	Zivile Partizipation nach Typ und Nationalität in Kleinbösing	99
Abb. 30:	Karte der Quartiere von Kleinbösing	110
Abb. 31:	Einflussfaktoren der lokalen zivilen Partizipation	119

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Bereiche der verschiedenen Typen der Freiwilligenarbeit	59
Tab. 2:	Bestimmung der Stichproben für persönliche Interviews über die Partizipation in Kleinbösing	74
Tab. 3:	Anzahl der Kandidaten bei Gemeinderatwahlen von 1991 bis 2006	81

Abstract

Kleine Gemeinden unter 1'000 Einwohnern sind in der Schweiz sehr häufig. Durch ihre kleine Bevölkerung sind sie speziellen Problemstellungen aber auch Chancen ausgesetzt. Denn Demokratie und ihre Ausführung ist von der Grösse der territorialen Einheit abhängig. Partizipation spielt somit in kleinen Gemeinden eine sehr wichtige Rolle. Denn die nachhaltige Existenz solcher Gemeinde, hängt direkt von der proportional grossen Anzahl Freiwilliger ab.

Mit der Fallstudie der Gemeinde Kleinbödingen, im Kanton Freiburg, werden diese Gegebenheiten näher analysiert. Wie eine solche Gemeinde mit 576 Einwohnern funktioniert, wie diese organisiert ist, dass es noch nie partizipative Probleme gab, aber auch welche Motivationsgründe zur Partizipation führen können, werden anhand mit der Bevölkerung geführten Interviews neu ausgeleuchtet. Einige Resultate sind, dass sich auch Grosseltern für schulpflichtige Kinder investieren, dass Hunde eine sozialisierende Rolle spielen und dass der Gemeinderat die Gemeindeversammlung zum Fest macht.

In diesem Sinne werden die grosse Anzahl Einflussfaktoren auf die lokale zivile Partizipation analysiert und erklärt. Die lokale Ebene ist so kompliziert wie die globale.

Schlüsselwörter : zivile Partizipation, kleine Gemeinden, Demokratie, Gemeinschaft, Citizenship.

In Switzerland there are many small towns with fewer than one thousand inhabitants. Having such small populations can lead to certain problematic issues, but can also prove to be advantageous. The effective implementation of democracy in such towns depends to a considerable extent on the size of the town's territory, and participation of the local inhabitants plays an important role in small communes. Thus, the sustainability of the small towns depends heavily on the active participation of a correspondingly large number of volunteers.

In the case study of the commune of Kleinbödingen in the canton of Fribourg, these facts are studied in depth. The functioning of a commune with 576 inhabitants has been examined, particularly with regard to how this commune has managed to avoid a lack of participation. The reasons which can explain this high level of motivation are analysed on the basis of interviews conducted with the local population. Factors such as the high level of political involvement of grandparents in order to guarantee a good quality of education for the children, the role of dogs in socialising activities, or the fact that the communal council turned the General Meeting into a celebration, are examples of participative mechanisms which have been discovered in such a small commune.

Thus, a large number of factors influencing civil participation are analysed and explained. The local level is as complex as the global.

Key words: Civil participation, small towns, democracy, community, citizenship.

En Suisse, les petites communes habitées par moins de 1'000 personnes sont très nombreuses. Par leur petite population, elles sont exposées à des problématiques spécifiques, mais présentent également des avantages. La démocratie et sa réalisation diffèrent en fonction de la taille de l'unité territoriale, ainsi la participation joue un rôle très important dans les petites communes. Leur existence est directement liée à l'engagement d'un nombre proportionnellement grand de bénévoles.

Dans l'étude de cas de la commune de Kleinbödingen, dans le canton de Fribourg, ces différents faits sont analysés de façon plus détaillée. Le fonctionnement d'une commune de 576 habitants, son organisation pour éviter les problèmes de participation, mais également les motivations pour un investissement au niveau local, sont certains des thèmes traités à l'aide d'interviews réalisés avec la population. Le fait que les grands-parents s'engagent pour garantir le bien-être des enfants, le rôle de socialisation joué par les chiens ou encore la transformation de l'assemblée générale en fête villageoise, sont des éléments qui ont été découverts dans cette petite commune.

Dans ce sens le grand nombre de facteurs influençant la participation civile au niveau local sont analysés et expliqués. Le niveau local est aussi complexe que le niveau global.

Mots-clés : Participation civile, petites communes, démocratie, communauté, citoyenneté.

1 Einleitung

„Die soziale und die politische Organisation aller Gesellschaften hat ein gemeinsames Prinzip, einen gemeinsamen Grundgedanken: Die Verknüpfung von einer Gruppe von Menschen mit einem Territorium. Dieser Sachverhalt wird [...] „Gemeinde“ genannt.“ (Weiske 2008:1)

Genau um diesen Grundstein der Gesellschaft geht es in dieser Arbeit: Gemeinden als administrative und territoriale Einheit im Schweizer Kontext näher zu beschreiben. Denn diese spielen in der Schweizer Demokratie eine sehr wichtige Rolle. „Les communes sont les pierres angulaires de la démocratie helvétique. Elles jouent un rôle fondamental en tant que démocratie de proximité“ (Schmitt 2001 :2006).

Diese administrative Ebene übernimmt Schweiz einen hohen Anteil an Verantwortungen. In der Schweiz gibt es eine grosse Anzahl Gemeinden, deren Grösse sich massiv unterscheidet. Darunter hat die Mehrheit weniger als 1000 Einwohner, diese können als kleine Gemeinden verstanden werden.

Kleine Gemeinde kämpfen zum Teil mit ganz spezifischen Problemen, welche nicht nur finanzieller Natur sind, sondern auch mit der Anzahl an benötigten Freiwilligen und mit der Sicherstellung zufrieden stellender Dienstleistungen zu tun haben (Schmitt 2001). Diese Probleme können sehr gross sein. Das Beispiel der Gemeinde Bauen im Kanton Uri bietet sich an. 2008 wurden in dieser 180-Seelen Gemeinde drei Exekutivmitglieder gewählt, die sich nicht aufgestellt hatten. In diesem Kanton ist Amtszwang möglich und dieser wurde genutzt. Die drei unfreiwillig Gewählten zogen in die Nachbargemeinde, um nicht mehr wählbar zu sein. Und da somit die Exekutive nicht mehr beschlussfähig war, denn dafür benötigt es mindestens drei Personen, musste der Kanton die Gemeinde kurz zwangsverwalten (Strebel, 2008).

Jedoch sind nicht alle kleinen Gemeinden in einer so prekären Lage. Dies wird bei Betrachtung der verhältnismässig kleinen Anzahl Fusionen in der Schweiz klar. „So ging beispielsweise der Gemeindebestand in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um 59 % und in Österreich um 42 % zurück, in der Schweiz aber nur um 7%.“ (Steiner, 2003a).

Um zu verstehen wie kleine Gemeinde solche möglichen Probleme umgehen oder bekämpfen, wird in dieser Arbeit eine kleine Gemeinde analysiert, welche mit keinen solchen Problemen zu kämpfen hat. Kleinbösinggen hat 576 Einwohnern und liegt im Kanton Freiburg. Diese seit 1982 eigenständige Gemeinde hatte noch nie Probleme mit dem Besetzen der wichtigsten Posten in der Gemeinde. Anhand der Analyse einer funktionierenden Gemeinde soll analysiert werden, welche Faktoren die Partizipation in einer Gemeinde unterstützen oder hemmen.

Folgende Fragen sollen dabei beantwortet werden: Welche Mechanismen funktionieren in dieser kleinen Gemeinde, um partizipative Probleme zu vermeiden? Wird von der Exekutive zum Teil aktiv eingegriffen, um Partizipation attraktiv zu machen? Wie wird Demokratie in einem kleinen Territorium gelebt? Welche Rolle spielen die familiäre Situation, das Alter und das Geschlecht auf die soziale und politische Partizipation? Wie stark fallen das Zugehörigkeitsgefühl und der Gemeinschaftssinn in die Waage der Partizipation? Und welche anderen Einflussfaktoren prägen die Partizipation in kleinen Gemeinden?

Ziel dieser Arbeit ist nicht nur, eine kleine Gemeinde zu porträtieren, sondern die Frage nach Partizipation in kleinen Gemeinden aufzugreifen und der Komplexität einer solchen territorialen Einheit mit der Analyse von vielen beeinflussenden Faktoren gerecht zu werden.

Im ersten Kapitel wird genauer auf kleine Gemeinden in der Schweiz eingegangen, nicht nur auf deren Aufgaben und Organisationsformen, sondern auch auf deren spezifische Probleme und Chancen. Danach wird der Fokus auf die politische Dimension gesetzt. Dabei wird der Einfluss der Grösse sowie weiterer Faktoren, welche die Qualität der Demokratie beeinflussen können, diskutiert. Im dritten Teil wird die soziale Gemeinschaft thematisiert. Vom Gemeinschaftssinn zu der Frage nach einer Krise der Gemeinschaft werden verschiedene theoretische Ansätze benutzt. Im letzten theoretischen Kapitel dieser Arbeit wird das Titelwort Partizipation näher beleuchtet. Nicht nur die Ansätze von Citizenship werden erläutert, sondern auch die verschiedenen individuellen Motivationsgründe zur Partizipation. Dabei wird ebenfalls erforscht, was genug, zu viel oder zu wenig Partizipation bedeutet.

Nach einer kurzen Erklärung der Methode wird die Gemeinde Kleinbödingen näher analysiert. Anhand von Interviews mit der Bevölkerung und einer Gruppendiskussion mit dem Gemeinderat wurden mehrere interessante Mechanismen aufgedeckt. Zum Teil bestätigen diese die vorher vorgestellten, theoretischen Ansätze. Andere beleuchten die Situation in einem neuen Licht. Nach dieser Analyse der Situation in der Gemeinde werden die verschiedenen Ansätze und Resultate verglichen und in einem Modell zusammengefasst.

Auch wenn im Umfang dieser Arbeit nur eine Gemeinde analysiert werden konnte, hat sie das Ziel, nicht einfach diese Gemeinde vorzustellen, sondern der Frage nach Partizipation und Demokratie in kleinen Gemeinden nachzugehen. „Le local est aussi compliqué que le global“ (Wolton 2000:94). In diesem Sinne soll in dieser Arbeit die lokale Ebene verstanden werden.

2 Gemeinden

Die Gemeinde ist die bürgernächste Verwaltungsebene. Somit nimmt die Bevölkerung Probleme auf dieser Ebene persönlicher und direkter wahr. Deshalb ist es wichtig, auf das Gemeindeleben näher einzugehen

2.1 Gemeinden in der Schweiz

Die Schweizer Eidgenossenschaft ist in drei Verwaltungsebenen aufgeteilt: Bund, Kantone und politische Gemeinden. Die vorliegende Arbeit bezieht sich insbesondere auf diese kleinste administrative Ebene. Deshalb wird im Folgenden für diese Einheit das Wort Gemeinde benutzt, auch wenn andere Vereinigungen ebenfalls diesen Namen tragen, wie zum Beispiel Bürgergemeinden oder Kirchgemeinden. In der Kantonsverfassung des Kantons Freiburg wird eine für diese Arbeit gültige Definition gegeben: „Die Gemeinde ist eine autonome Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. Sie sorgt im örtlichen Bereich für das Gemeinwohl, (Kantonsverfassung des Kantons Freiburg 2004: Art. 1).

Die heutige Situation der Gemeinden und der Gemeindeverwaltungen ist das Resultat der Reformen, die in den 1990er Jahren intensiv durchgeführt worden sind, die jedoch ihren Ursprung in der Nachkriegszeit haben. Das Bestreben dieser Reformen war, das Schweizer System für den Wohlfahrtsstaat tauglich zu machen. Politische Planung, Reorganisation und Vergrösserung der Gemeindebehörden waren wichtige Schritte, um diesem Ziel näher zu kommen. In den 1970er und 1980er Jahren wurden neoliberale Reformen mit dem Ziel eingeführt, den Staat durch Privatisierung und Einschluss in den Markt wettbewerbsfähiger und somit rentabler zu machen.

In den 1990er Jahren wurde nicht vollumfänglich von dieser neoliberalen Reform abgesehen. Der Staat wurde aber auch nicht völlig privatisiert. Die partizipative Teilhabe steht im Vordergrund. Es wird darüber reflektiert, wie die gemeinsamen Ziele einer Gesellschaft definiert werden können. „Anstelle von Markt und Hierarchie rücken Netzwerke und Verhandlungssysteme in den Vordergrund“ (Ladner 2001:3). In diesen Jahren wurde nicht nur der rein neoliberalen Reform der Rücken gekehrt, sondern auch dem Staatsdirigismus der 1950er und 1960er Jahren. Die neue Reform ist im Sinne einer „demokratisch gesteuerten Marktwirtschaft“ (Ladner 2001:3) zu verstehen. Es stehen nicht mehr Gesellschaftstheorien im Vordergrund. Das Ziel ist jetzt, Probleme aktiv zu lösen und Situationen zu verbessern.

Die Reformen welche in den 1990er Jahren stattfanden, haben heute einen grossen Einfluss und werden deshalb genauer erklärt. Ladner (2001) fasst die verschiedenen

Massnahmen in vier Reformen zusammen: Reformen des politisch-administrativen Systems, New Public Management, interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindefusionen. Bei den Reformen im politisch-administrativen Bereich werden Massnahmen zur Bewältigung der steigenden Aufgabenlast beschrieben. Vereinfachungen der Entscheidungsverfahren und Verlagerung der Kompetenzen auf Entscheidungsgremien aber auch Einführungen von lokalen Parlamenten oder die Änderung der Zahl der Exekutivmitglieder wurden vorgenommen. Diese Massnahmen können nicht immer mit einer gesteigerten Leistungsfähigkeit verbunden werden.

New Public Management ist eine Reformstrategie, in der nicht nur punktuelle Massnahmen vorgenommen werden, sondern das ganze politisch-administrative System verändert und wirkungsorientierter gestaltet werden soll. Dabei sollen vermehrt Aufgaben dem Markt überlassen werden oder - wenn dies nicht möglich ist - eine Produktdefinition für die Outputs der Staatstätigkeit eingeführt werden. So sollen Qualität und Preis kohärent bleiben und wirkungsvoller organisiert werden können. Aufgrund der Befragung von Gemeindeverwaltungen im Jahre 1998 wurde ersichtlich, dass nur sehr wenige Gemeinden vollumfängliche Reformen eingeführt haben und dass es sich dabei ausschliesslich um grosse bis sehr grosse Gemeinden handelt (Ladner 2001).

Die interkommunale Zusammenarbeit ist die dritte Gruppe an Reformen. Unter diesem Begriff versteht Steiner (2003b): „die Erfüllung einer öffentlichen Gemeindeaufgabe durch eine einzelne Gemeinde, gemeinsam durch zwei oder mehrere Gemeinden oder durch eine dritte juristische Person, wobei die Aufgabenerfüllung mindestens zwei Gemeinden gleichzeitig dient und an der sich die beteiligten Gemeinden direkt oder indirekt beteiligen.“ Diese Art der Zusammenarbeit wurde in den 1990er Jahren von vielen auch kleineren Gemeinden aufgenommen und im Laufe der letzten Jahre noch intensiviert. Klassische Bereiche der interkommunalen Zusammenarbeit sind: Schulen, medizinische Versorgung, Abwasser, Abfallentsorgung, Wasserversorgung, Zivilschutz aber auch die Unterstützung und Betreuungen von Betagten und Kleinkindern. Dieses Reformpaket erzielte gute Resultate im Bereich der Leistungssteigerung und der Nutzung der Skalenerträge auch durch kleine Gemeinden. Bei der Zusammenarbeit von Gemeinden können Probleme auftreten, zum Beispiel wenn die kleinen Gemeinden in einem Verbund mit grösseren Agglomerationen systematisch überstimmt werden. Umgekehrt können auch grössere Gemeinden und Städte durch mehrere kleine Gemeinden überstimmt werden, wenn diese über eine grössere Bevölkerung verfügen oder wenn das Reglement diese Möglichkeit zulässt.

Zum Schluss werden Gemeindefusionen als vierte Reformgruppe präsentiert. Kantone sehen diese Reform als problematischer an als die interkommunale Zusammenarbeit. Dies hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass Fusionen in der Schweiz keine grosse Tradition haben. In der Schweiz werden Kleinstgemeinden fusioniert und es wird nicht über einer gesamthafte Reorganisation der Gebiete gesprochen, wie sie in den 1960er und 1970er Jahren in Nordeuropäischen Ländern stattfanden. In diesem Reformpaket spielen die Kantone eine grosse Rolle, da sie über fusionsfördernde Massnahmen, wie zum Beispiel finanzielle Anreize, entscheiden. Die Kantone Freiburg und Tessin spielen in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle (Bühler et al. 2006)

Die Frage nach den vorläufigen Resultaten dieser Reformen ist berechtigt und sie wurde von verschiedenen Autoren sehr unterschiedlich beantwortet. Ein Teil geht

von einer Angleichung der Gemeinden unter sich aus, also einem Konvergenzeffekt der Reformen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Gemeindeverwaltungen und Institutionen sich jeweils den erfolgreichsten Systemen anpassen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dies geschieht nicht unbedingt freiwillig, sondern um die Abwanderung von Bevölkerung und Unternehmen zu verhindern (Ladner 2003). March und Olsen (1989) gehen von einem Modell der Evolution aus. Andere Autoren argumentieren dagegen für eine Pfadabhängigkeit. Das bedeutet, dass Gemeinden andere Rahmenbedingungen, Geschichten und Ziele haben und deshalb eine Konvergenz unmöglich sei.

Tiebout (1956) geht davon aus, dass der Einwohner auch ein Konsument der Gemeinde ist, also die Gemeinde wählt, welche seine Bedürfnisse am besten erfüllen kann. Eine Gemeinde muss somit ihre Dienstleistungen den Anliegen ihrer Bevölkerung anpassen und diese sind je nach Situation sehr unterschiedlich. So werden Stadtgemeinden ganz andere Bedürfnisse erfüllen müssen als Berg- oder Landgemeinden. Dies führt zu einer Divergenz der Gemeinden. In einer schweizweit geführten Studie zu diesem Thema zieht Ladner (2003) die Schlussfolgerung, dass in der Schweiz weder von Konvergenz noch von Divergenz gesprochen werden kann. In Kantonen, welche Gemeindefusionen fördern, ist eine Konvergenz der Gemeindegrössen festzustellen. Andererseits müssen Gemeinden sehr spezifische und an ihre Rahmenbedingungen geknüpfte Probleme lösen, was wiederum eine Divergenz bedeutet. Ladner (2003) verlangt, dass in der Gesetzgebung auf solche Unterschiede eingegangen werden muss, um diese Vielfalt berücksichtigen zu können.

Dies ist in der Bundesverfassung seit 1999 der Fall. Die Autonomie und Reichweite der Gemeinden wird wie folgt definiert: „Die Gemeindeautonomie ist nach Massgabe des kantonalen Rechts gewährleistet. Der Bund beachtet bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden. Er nimmt dabei Rücksicht auf die besondere Situation der Städte und der Agglomerationen sowie der Berggebiete.“ (Schweizerische Bundesverfassung 1999, Art.50). Interessant ist, dass in der Bundesverfassung nicht auf die Grösse der Gemeinde angespielt wird, sondern auf die spezifische Situation von Stadt- und Berggebieten. Es wird also nicht davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahl für eine Gemeinde die Problemstellung oder Chancen definiert, diese werden durch die Umgebung gegeben.

Eine der Spezifitäten der Schweiz ist die im europäischen Vergleich, sehr grosse Anzahl an Gemeinden. „Herausragendes Strukturmerkmal der Schweizer Gemeinden ist ihre Kleinheit.“ (Ladner et al. 2007:18). In der folgenden Grafik (Abb. 1) wird sichtbar, dass ein grosse Anzahl dieser kleinen Gemeinden nur einen kleinen Teil der Bevölkerung beherbergen. Etwa die Hälfte der Gemeinden haben weniger als 1000 Einwohner, diese bieten etwa 8% der Bevölkerung einen Wohnsitz. Diese Situation hat sich auch mit den Gemeindereformen in den 1990er Jahren nur sehr wenig verändert, da Gemeindefusionen nur wenig zum Tragen kamen.

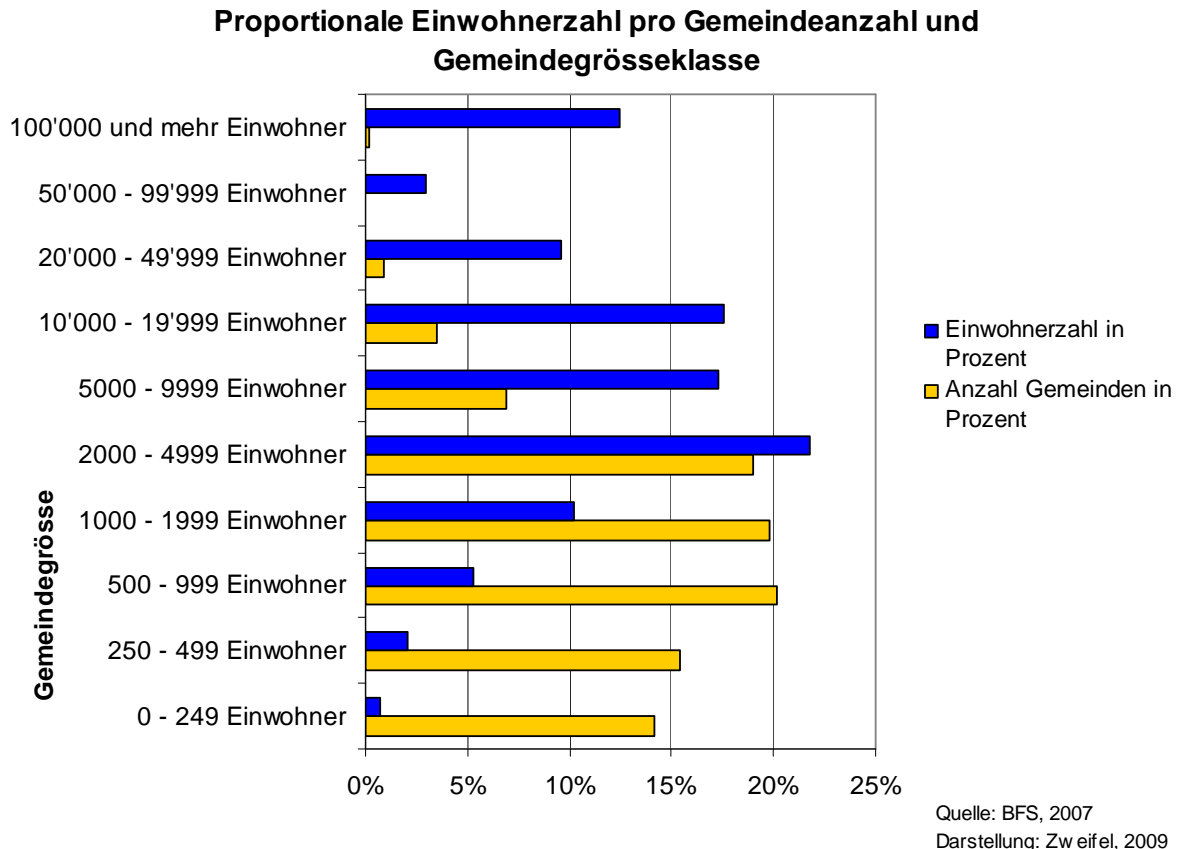


Abb. 1: Proportionale Einwohnerzahl pro Gemeindezahl und Gemeindegrösseklasse.

Ein anderes Merkmal der Schweizer Gemeinde ist die grosse Autonomie, welche nicht nur die Finanzen umfasst, sondern auch Sozialpolitik und Kultur. Die Modalitäten dieser Autonomie werden kantonal festgelegt.

Seit dem 16. Jahrhundert gab es verschiedene Bewegungen zur Entwicklung der lokalen Autonomie. Aber erst im 20sten Jahrhundert entsteht ein Aufschwung des Föderalismus. In einer immer komplexeren und vernetzteren Welt übernimmt die lokale Ebene wieder eine grössere Rolle. Diese Tendenz ist jedoch nicht nur theoretisch zu erklären, sie verläuft parallel zum Trend der Dezentralisierung der Privatwirtschaft, welche einen grossen Einfluss auf die Organisation der europäischen Staaten hatte. „L'autonomie locale garantit une meilleure application de la démocratie et une administration plus humaine, car organisée à l'échelle locale“ (Feiner-Gerster 1992: 2). Es wird sichtbar, dass die Garantie der lokalen Autonomie auch in die Reformbemühungen, welche in den 1990er Jahren unternommen wurden, eine grosse Rolle zu spielen hat, denn Partizipation kann auf der lokalen Ebene besser durchgeführt werden.

Feiner-Gerster (1992) analysiert, dass Gemeinden in der Zukunft mit immer komplexeren Problemen zu kämpfen haben werden. Dies geht von der Abfallentsorgung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern bis zur Bekämpfung von Drogenproblemen. Das bedeutet, dass insbesondere kleine Gemeinden mit immer mehr Problemen konfrontiert sein werden und diese bewältigen müssen. Die Lösung dabei ist aber nicht, die lokale Autonomie aufzugeben, sondern die Aufgaben richtig zu verteilen, also in keinem Fall möglichst viele Probleme auf das kommunale Niveau herunterzubrechen, nur um die höheren

Ebenen, Kanton und Eidgenossenschaft, zu entlasten. Auf kommunalem Niveau sollen Aufgaben gelöst werden, welche die Möglichkeiten der grösseren Differenzierung und persönlicheren Betreuung benötigen.

Zu beachten ist, dass jeder Gemeindeverwaltung die Möglichkeit gegeben werden muss, über genügend Know-how zu verfügen, um die delegierten Aufgaben auch meistern zu können. Dies kann insbesondere bei kleinen Gemeinden zu Problemen führen.

Die lokale Autonomie birgt Chancen, aber auch Herausforderungen für die Schweiz, und insbesondere für die Kantone, welche die grösste Entscheidungskraft haben über die Aufgaben der Gemeinden.

2.2 Struktur und Aufgaben der Gemeinden im Kanton Freiburg

Die Aufgaben der Gemeinden unterscheiden sich kantonal stark und können deshalb nicht generell beschrieben werden. Die untenstehenden Aussagen gelten somit nur für den Kanton Freiburg.

Aufgaben und Rechte der Gemeinden werden in der kantonalen Verfassung und im Gesetz über Gemeinden festgelegt. Die Kantonsverfassung definiert, dass „die Aufgaben demjenigen Gemeinwesen [zufallen], das sie am besten erfüllen kann“ (Kantonsverfassung des Kantons Freiburg 2004: Art. 52). Diese Aufgaben werden in finanzpolitische, sozialpolitische und kulturpolitische Autonomien unterteilt. Von weiteren Details wird hier abgesehen, da nicht die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden das Thema dieser Arbeit ist. Interessant sind jedoch die Strukturen der Gemeinden im Kanton Freiburg näher zu betrachten.

Die Struktur der Gemeinden wird im Gesetz von 1980 definiert, Organe und Funktionen beschrieben und erläutert. Die drei Grundstrukturen einer Gemeinde sind: Gesamtheit der Stimmberechtigten, Gemeindeversammlung oder Generalrat und der Gemeinderat.

Die Gesamtheit der Stimmberechtigten umfasst alle Einwohner schweizerischer Herkunft ab 18 Jahren sowie alle ausländischen Einwohner über 18, die mindestens seit fünf Jahren im Kanton Freiburg wohnen. Sie haben bei Urnenabstimmungen die Entscheidungskraft.

Die Gemeindeversammlung besteht aus den aktiven Stimmberechtigten. Sie ist die Legislative der Gemeinde. Die Versammlungen werden nach den kantonalen und kommunalen Vorschriften einberufen und abgehalten. Als gesetzgebende Behörde hat sie die Befugnis, über Gemeindereglemente, Budgets, den Steuersatz und die Struktur der Gemeinde zu beschliessen. Ab 600 Einwohnern kann die Gemeindeversammlung in einen Generalrat umgewandelt werden. Das heisst, dass nicht mehr alle aktiven Stimmbürger Zugang haben, sondern mindestens 30 Personen gewählt werden, um die Legislative zu verkörpern.

Der Gemeinderat ist die Exekutive der Gemeinde und zählt je nach Grösse der Gemeinde und Wille der Legislative fünf, sieben oder neun Sitze. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre und jeder Stimmberechtigte kann gewählt werden. Im Gemeinderat dürfen jedoch keine direkte Verwandten (Ehegatten, Geschwister oder Verschwägte ersten Grades) sitzen. Die Aufgaben sind unter anderem Gemeingüterverwaltung, Verwaltung der öffentlichen Einrichtungen, Einstellung des Gemeindepersonals und die Vorbereitung der Gemeindeversammlungen und deren Vorsitz (Gesetz über Gemeinden des Kantons Freiburg 1980: Art. 8-60).

In diesem Gesetz wird wie in der Kantonsverfassung nicht auf die Grösse der Gemeinde eingegangen, auch wenn in Artikeln über interkommunale Zusammenarbeit und über Gemeindefusionen klar wird, dass der Kanton diese Probleme identifiziert hat und versucht, sie zu bekämpfen. Im nächsten Kapitel wird genauer auf die Situation, die Chancen und die Probleme von kleineren Gemeinden eingegangen.

2.3 Kleine Gemeinden: spezifische Probleme und Chancen

Die Situation von kleinen Gemeinden in der Schweiz, ihren spezifischen Problemen und Chancen, wie die Nähe zur Bevölkerung, wird in der Literatur ausschliesslich im Zusammenhang mit Gemeindefusionen thematisiert. Das Ziel dieses Kapitels ist es nicht, mögliche Lösungen dieser Probleme zu präsentieren, sondern den Ist-Zustand zu erläutern und die Effekte von Grössenunterschieden zu präsentieren.

Wie in dieser Arbeit schon mehrmals angedeutet, kämpfen kleine Gemeinden mit spezifischen Problemen. Diese können verschiedener Natur sein, zum Beispiel chronische Defizite trotz höchstem Steuerfuss oder keine Konkurrenzfähigkeit mit grösseren Gemeinden, da keine Skalenerträge genutzt werden können. Kleine Gemeinden haben weniger Steuerzahler also weniger Einnahmen und nicht unbedingt proportional weniger Ausgaben da die Grundinfrastruktur (Wasser- und Energieversorgung, Abwasserentsorgung, Schulen usw.) und Grunddienstleistungen (Finanzverwaltung, Sozialbereich und Einwohnerkontrolle) gewährleistet werden müssen (Lüchinger und Stutzer 2002; Dafflon 1998). Jedoch können in kleinen Gemeinden, wenige vermögende Steuerzahlen (Individuen oder Firmen) das Budget egalisieren. Wie in der folgenden Karte (Abb. 2) zu sehen ist, sind im Kanton Freiburg nicht mehrheitlich die kleinsten Gemeinden, die mit dem höchsten Steuerfuss. Städte aber auch Berggemeinden müssen finanzielle Lasten bewältigen welche nicht ausschliesslich mit der Anzahl Einwohner zu tun haben. Finanzielle Probleme sind also nicht nur nicht die einzigen Probleme kleiner Gemeinden, sondern auch nicht die häufigsten.

Gemeindesteuerfuss im Kanton Freiburg 2008

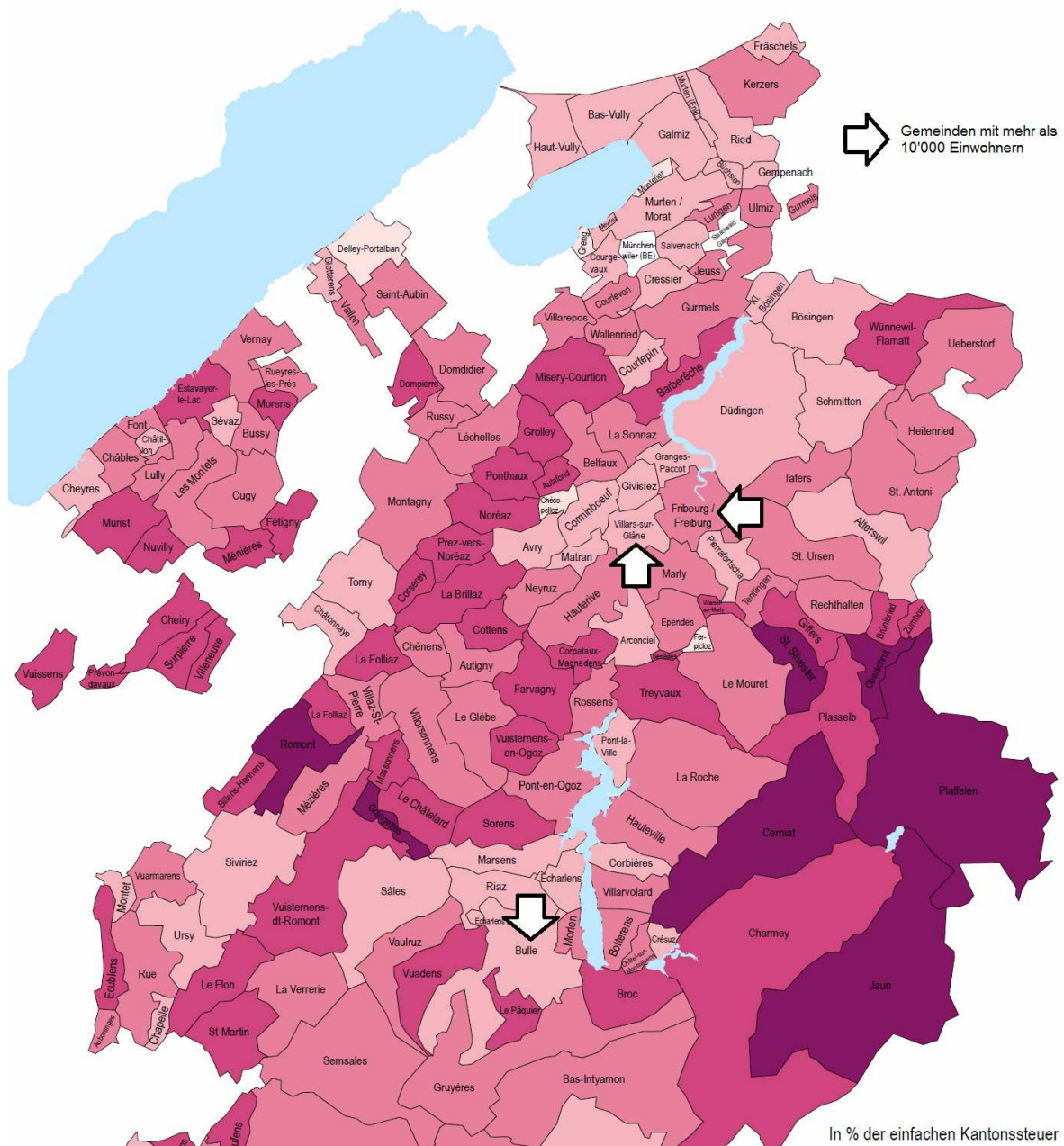


Abb. 2: Gemeindesteuerfuss im Kanton Freiburg (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Ein anderes Problem, welches auch schon angesprochen wurde, ist der Mangel an Freiwilligen für das Besetzen der Posten in Verwaltung und Regierung (Zbinden

2008). Jede Gemeinde in der Schweiz braucht einen Gemeinderat von mindestens fünf Personen (diese Zahl steigt mit der Anzahl Einwohner) und in mehreren Kantonen mindestens eine Geschäftsprüfungskommission. In kleinen Gemeinden stehen weniger Einwohner zur Verfügung, um diese Posten zu füllen. Dazu kommt, dass in den Gesetzen des Kantons Freiburg festgehalten wird, dass nahe Familienmitglieder nicht gemeinsam in einem solchen Gremium sitzen können, was die Anzahl möglicher Kandidaten noch weiter reduziert (Gesetz über Gemeinden des Kantons Freiburg 1980).

Ein Teil der minimalen Dienstleistungen, welche eine Gemeinde garantieren muss, müssen von einem Gemeindesekretär oder einer Gemeindesekretärin übernommen werden. Die Qualität und Disponibilität solcher Dienstleistungen können in kleinen Gemeinden unter finanziellem Druck oder aus Mangel an Arbeitszeit leiden, z.B. wenn das Gemeindebüro nur noch wenige Stunden pro Woche offen ist, oder Gemeindesekretär oder –Sekretärin noch weitere Rollen oder Posten übernehmen müssen, weil zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen.

Ein zusätzliches Problem, das direkt mit der kleinen Anzahl Einwohner verbunden ist, ist die grössere soziale Kontrolle. In einer kleinen Gemeinde können Personen mit einer anderen Meinung eher als Gefahr gedeutet werden und unter sozialem Druck zur Ruhe gezwungen werden. Denn in einer kleinen Gemeinde muss sich ein Person gegen Bekannte und Freunde stellen und nicht gegen unbekannte, politische Gegner. Dazu kommt, dass in vielen kleinen Gemeinden nicht geheim abgestimmt wird, so dass die andere Meinung noch viel sichtbarer wird (Ladner et al. 2007).

Ladner und Bühlmann definieren einen weiteren negativen Punkt für kleine Gemeinden. Die funktionale Differenzierung ist durch die kleine Anzahl Bewohner eingeschränkt. „Ämterkumulation und eine fehlende Professionalisierung führen zu Abhängigkeiten von einzelnen Personen, beschränkte Kontrollmöglichkeiten und Interessenskonflikte“ (Ladner et al. 2007: 23). Dieses Problem kann nicht nur bei einer Ansammlung von Ämtern bei einer einzigen Person auftauchen, auch familiäre oder freundschaftliche Beziehungen können eine Rolle spielen. Wenn in einem Dorf mehrere sozial und politisch wichtige Ämter von derselben Familie erfüllt werden, dann können auch Konfliktsituationen entstehen und das Risiko für Vetternwirtschaft ist verstärkt.

In einer kleineren Gemeinschaft, in der sich viele Personen direkt kennen und die politischen Entscheidungen näher an der Bevölkerung getroffen werden, entsteht ein Risiko, dass Probleme nicht mehr sachlich gelöst werden. Da intensivere persönliche Beziehungen, dies können Sympathien oder Antipathien sein, zwischen den Einwohnern bestehen, ist das Risiko gross, dass Konflikte immer vermieden und nur noch Konsenslösungen getroffen werden. Dies kann auf den ersten Blick positiv erscheinen, denn alle Meinungen fliessen ein. Es kann die Gemeinde aber auch in der Entwicklung hemmen, da manchmal auch Entscheidungen getroffen werden müssen, welche in einem Konsens nicht zu finden sind.

Kleine Gemeinden haben auch Vorteile. Insbesondere der direkte Kontakt zwischen Einwohnern und Behörde wird oft als grosse Chance gedeutet. Denn persönliche Kontakte erlauben die Entwicklung eines stärkeren Gemeinschaftsgefühls. Aber auch das Vertrauen kann so einfacher aufgebaut werden.

In kleinen Gemeinden spielen politische Parteien bei den Wahlen und Abstimmungen höchstens eine untergeordnete Rolle. „In den kleineren Gemeinden verlieren die Lokalparteien an Bedeutung und immer mehr Parteilose nehmen Einsitz in die Gemeindeexekutiven“ (Ladner 1996:1). Die grössere Sachbezogenheit lokaler

Debatten wird in diesem Kontext oft betont. Dies wird auch in Kapitel 7 über Kleinbödingen erneut aufgegriffen.

Jeder einzelne Stimmberechtigte hat einen grösseren Einfluss auf die demokratischen Entscheidungen, das heisst die Gemeinde hat die Möglichkeit, sich besser den persönlichen Bedürfnissen und Wünschen anzupassen. Deshalb ist auch die Betroffenheit der Bürger grösser, denn die Entscheidungen haben einen direkteren Einfluss (Ladner et al. 2007). Die Nähe zu den Entscheidungsträgern ist grösser, Einwohner kennen sie zum Teil persönlich oder wissen mindestens, wer für was verantwortlich ist. So ist der politische Prozess nicht etwas Entfremdetes und Unbekanntes, sondern Bürger können einen direkten Einfluss nehmen, wenn sie das wünschen. Kritiken und Komplimente können persönlich durchgegeben werden und der Kontakt ist somit viel intensiver.

Direkte Deliberationsmöglichkeiten sind in einer kleinen Gemeinde viel eher aufzufinden als in grossen, denn die Nähe zu den Entscheidungsträgern und das engere soziale Netzwerk erlaubt es, Diskussionen unproblematisch und offen zu führen. Es kommen keine Medien oder anderen Meinungsträger zum Zuge, sondern die Diskussion verläuft unmittelbar und direkt. Diese Nähe ist im Sinne einer griechischen Demokratie unabdingbar. Auch werden in kleinen Gemeinden öfter alle Bürger dazu aufgefordert, ihre Meinung abzugeben. Diese haben in einer Gemeindeversammlung die Möglichkeit, sich frei auszudrücken und nicht nur abzustimmen. Die Kommunikation geht in einer kleinen Gemeinde nicht nur von den Entscheidungsträgern zur Bevölkerung, sondern auch von der Bevölkerung zu den Entscheidungsträgern (Ladner et al. 2007).

Es wird sichtbar, dass kleine Gemeinden Probleme und Chancen haben und die Kleinheit nicht nur als Problem gesehen werden kann (Kapitel 2.3). Insbesondere müssen mehrere der Probleme, wie zum Beispiel die nicht Nutzung von Skalenerträgen, relativiert werden, da dies von vielen kleinen Gemeinden durch interkommunale Zusammenarbeit umgangen oder zumindest minimiert wird, ohne dass diese ihre Autonomie gänzlich aufgeben müssen.

3 Politische Gemeinschaft

Kleine Gemeinden oder Kleinstgemeinden sind kleine politische Gemeinschaften mit all deren Aufgaben und Problemen. In diesem Kapitel wird, nach einem kurzen Überblick der Geschichte der Demokratie, näher auf das Konzept der lokalen Demokratie eingegangen. Danach wird die Diskussion über den Einfluss der Grösse auf die Demokratie und deren Umsetzung erläutert. Zum Schluss wird auf die Evaluation der Demokratiequalität in schweizer Gemeinden eingegangen.

3.1 Demokratiegeschichte

Die Demokratie des antiken Athens wird als das grundlegende Modell der Demokratie gesehen. Das Volk regiert. Das heisst, die Bürger regieren, denn nur Männer, welche in Athen das Bürgerrecht hatten, waren in die verschiedenen Räte geladen und konnten somit mitbestimmen (Fuchs 2004). Diese Form der Demokratie verlangte eine sehr intensive Partizipation der Bürger, da keine Posten professionalisiert waren und jedes Jahr neue Personen für jeden Posten gewählt wurden.

Nach dieser Form von Demokratie wurde bis zur Moderne unter anderen Regimes gelebt und erst in der Moderne können wieder Demokratietheorien ausgemacht werden. In diesen spielt die athenische Demokratie eine grosse Rolle. Rousseau und Montesquieu stützen sich auf dieses Modell.

Das athenische System kann nur mit wenig Bürgern funktionieren. So wurde, zwischen 18tem und 19tem Jahrhundert die Repräsentation in die Demokratietheorie eingeführt. John Stuart Mill deklarierte, dass das repräsentative System „the grand discovery of modern Times“ sei. (Fuchs 2004: 25). Um demokratische Abläufe zu garantieren, sollten regelmässig Parlaments- und Regierungswahlen organisiert werden. Das Prinzip der aktiven Partizipation und des aktiven Bürgers wird völlig übersehen. Es wird als gefährlich eingestuft, weil Bürger nicht über das nötige Fachwissen verfügen können.

Die bürgerlich-humanistische Tradition führt Responsivität ein. Das bedeutet, dass die Bürger durch Wahlen einen gewissen Einfluss auf die Entscheidungen haben. „Die Bürger müssen die Pflichten auf sich nehmen, [...] die die Pflege ihres Gemeinwesens mit sich bringt und es gegen seine Feinde verteidigen“ (Taylor 2003: 15). Dies Pflichten sind das Bezahlen der Steuern, sich an die Gesetze halten und sich im Sinne der Gemeinschaft zu engagieren. Da ein freies Regime seine Bürger nicht zwingen kann, dies zu tun, bedeutet das, dass die Bürger sich engagieren wollen, wenn es nötig ist, und dafür braucht es ein starkes Zugehörigkeitsgefühl.

Ab den 1980er Jahren wird das liberale Menschenbild kritisiert. Dass Menschen nur durch persönliche Interessen gesteuert seien, sei per se eine Untergrabung des demokratischen Systems (Fuchs 2004).

Die Direktheit der Demokratie wird hier wieder ins Zentrum gerückt. Kritisiert wird am liberalen Modell, dass die Machtträger zwar vom Volk gewählt seien aber danach immer und überall bestimmten. In der idealen Demokratie sollten alle Bürger immer und über alles Macht haben. Barber (1984: XVI) definiert die realistische Form der Demokratie als ein Konzept der Strong Democracy: "A form of government in which all of people govern themselves in at least some public matters at least some of the time".

In diesen Kritiken wird nicht ein Zurück zur athenischen Demokratie gefordert, aber in deren Sinn eine grössere Einbeziehung der Bürger in ihre Demokratie. Partizipation soll nicht nur ermöglicht, sondern auch gelebt werden, so dass die Entscheidung auch wieder vom Volk getragen werden kann (Taylor 2003)

In diesem kurzen Überblick wird klar, dass Demokratie ein Konzept ist, das sich seit seinem Ursprung sehr stark entwickelt hat. Deshalb kann nicht davon ausgegangen werden, dass nur eine richtige Form der Demokratie existiert. Sie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern eine Ideologie über welche viel und ausgiebig diskutiert werden kann. In dieser Arbeit geht es jedoch darum, in einem lokalen Kontext die Partizipation zu erfassen, weshalb die lokale Demokratie intensiver beleuchtet wird.

3.2 Lokale Demokratie

Lokale Demokratie ist ein Thema, welches regelmässig Autoren anzieht. Sie sehen darin eine Annäherung an die Demokratie im alten Athen. Diese gilt als perfekte Urdemokratie, auch wenn weder Sklaven, Frauen noch Nicht-Bürger ein Anrecht auf Partizipation hatten. Sie wird jedoch mit persönlicher Nähe, einfachen Verhältnissen und somit mit weniger komplexen Aushandlungs- und Lösungsprozessen verbunden.

Die vereinfachten Prozesse stammen bei der lokalen Demokratie aus der limitierten Anzahl Einwohner und dem begrenzten Territorium. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich nicht unbedingt alle kennen, aber einander mindest wohlgewollt gegenüber stehen und die verschiedenen Diskussionen direkt austragen können, ohne Medien oder andere Fernkommunikationsmittel. Dies muss jedoch als idealisierte Sicht der Gemeinschaft gesehen werden, denn: "la démocratie locale, ce n'est pas un paradis où tous sont frères. Les oppositions demeurent," (Lipietz 1990). Auch in einer kleinen Gemeinschaft können Konflikte existieren, welche durch die persönliche Nähe nicht unbedingt einfacher zu lösen sind. Diese Nähe, aufbauend auf einer gemeinsamen Kultur und Sprache, vereinfacht die Diskussion. Dass sich die Personen kennen, kann jedoch auch ein Problem an sich bedeuten, denn die Diskussion kann nicht mehr nur sachlich gehalten werden. Wenn persönliche Konflikte vorhanden sind, wird das Finden gemeinsamer Lösungen oder eines Konsenses schwierig. Wolton (2000:94) sagt, dass diese politische Ebene ebenfalls eine grosse Komplexität aufweist: „Le local est aussi compliqué que le global“.

Auch über die lokale Ebene werden Demokratietheorien geschrieben. Dabei ist die Einbindung der Bevölkerung in die verschiedenen politischen Prozesse ein grundlegender Faktor. In jeder Demokratie gibt es Partizipation, jedoch wird die Meinung der Bürgerinnen und Bürger nicht in jeder Form gleich verarbeitet und respektiert. Es gibt heute zwei Hauptansätze über lokale Demokratie, die repräsentative und die partizipative Theorie.

Bucek und Smith (2000: 4) fassen sie so zusammen: „If representative democracy has advantages in reconciling differences, participatory democracy works better in revealing preferences“. Repräsentation erlaubt in einem System Konsenslösungen zu ermöglichen, da die Repräsentantinnen und Repräsentanten, welche verschiedene Meinungen und Gruppen vertreten, in kleineren Gruppen nach einer für alle akzeptablen Lösung suchen können. In einer Demokratie, in der die persönliche und direkte Partizipation von jedem gefördert wird, werden viele verschiedene Meinungen und Präferenzen identifiziert. Es wird jedoch schwieriger, in einer so grossen Gruppe eine gemeinsame und für alle gültige Lösung zu finden.

Aus diesen theoretischen Ansätzen entsteht in der Praxis die direkte und die partizipative Demokratie. Was Bucek und Smith (2004) auf lokaler Ebene partizipative Demokratie nennen, ist in Anlehnung an die repräsentative Demokratietheorie zu verstehen. Die Meinung der einzelnen Bürger wird zwar in öffentlichen Anhörungen oder konsultativen Prozessen gefragt. Diese enden jedoch nur selten mit konkreten Lösungen. Dafür sind eher Expertinnen und Experten oder Repräsentantinnen und Repräsentanten zuständig. Bei der direkten Demokratie wird die Partizipation von möglichst allen Bürgern gefordert, wie zum Beispiel bei Referenden oder Volksinitiativen. In der Praxis werden in verschiedenen Situationen entweder direkte oder partizipative Demokratien angewendet. In keiner Regierungsform wird ausschliesslich ein Partizipationstyp angewendet.

Die lokale Ebene der Demokratie fasziniert Theoretiker. Sie ist die Basis der meisten Regierungsreformen. Die vereinfachten Verhältnisse, die persönlichen Kontakte und die Nähe der Bürger und der Regierenden werden wie in einem Versuchslabor genutzt. Wenn eine Reform auf der lokalen Ebene funktioniert, dann kann sie auch auf nationaler oder kantonaler Ebene Anklang finden. Wenn nicht, dann muss die Reform noch verbessert werden. Wolton (2000: 90) fragt : “Si on n'est pas capable, au niveau local, de changer les rapports sociaux et politiques comment prétendre faire davantage à une grande échelle ? “. Die Wichtigkeit der lokalen Ebene für die Demokratie ist also gross. Im nächsten Kapitel wird auf die Qualität der Demokratie und der demokratischen Prozesse eingegangen. Nicht nur die theoretischen Hauptgedanken zu Grösse und Demokratie sondern auch die konkreten Indikatoren für die Qualität einer Demokratie werden vorgestellt.

3.3 Einfluss der Grösse auf die Demokratie

„According to Aristotle, the city-states should be large enough to be self-sufficient, yet small enough that everybody knew each other and could gather for speeches at public meetings“ (Dahl et al. 1973: 5). Um dieses Gleichgewicht geht es in der Diskussion über den Einfluss der „Grösse“ auf die Demokratie. Entweder wird die Grösse auf die Kapazität des Systems bezogen und hat einen positiven Einfluss, oder aber die Priorität wird auf die Nähe der Bürger zu einander gelegt und die Grösse hat einen negativen Einfluss auf die Qualität der Demokratie. Im Zusammenhang mit der Partizipation in kleinen Gemeinden spielt diese grundlegende theoretische Diskussion eine sehr grosse Rolle. Dabei muss in Erinnerung gerufen werden, dass in grossen Teilen der Literatur von kleinen Gemeinden zwischen 10'000 und 60'000 Einwohnern gesprochen wird. Die meisten präsentierten Argumente sind also in kleinen Schweizer Gemeinden bis 1'000 Einwohnern um einiges verstärkt.

Aus diesen Möglichkeiten entspringen drei Kategorien von Autoren. Diese werden hier kurz vorgestellt.

3.3.1 Decline-of-community Modell: Grösse hat einen schlechten Einfluss auf Demokratie

Das Decline-of-Community Modell ist insbesondere in der urbanen Soziologie intensiv repräsentiert. Es beginnt bei Tönnies Ende des 19ten Jahrhunderts. Er beschreibt erstmals den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft.

Für Tönnies ist die Gemeinschaft eine Gruppe von Menschen, welche durch ihre Kompaktheit definiert wird. Es gibt keine Individuen, diese sind in einer Gruppe zusammengefasst. Nur das Wohl der Gruppe gilt und individuelle Meinungen sind inexistent. Die Einheit ist natürlich, organisch. Dazu müssen die Teile der Gruppe dieselbe Kultur, dieselben Interessen und dieselben Meinungen teilen. Tönnies definiert drei Typen der Gemeinschaft, die des Blutes, die des Ortes und die des Geistes. Bei der ersten durch das Blut gegeben Gemeinschaft handelt es sich um die Familie, sie ist die stärkste Art der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft des Ortes ist das Dorf oder die Nachbarschaft, die Nähe ist durch den Wohnort gegeben, die Solidarität dadurch verstärkt. Und die letzte Sorte ist die Freundschaft, ein Bund des Geistes. Dabei sind die Lebenssituationen nicht unbedingt dieselben, jedoch verbinden gemeinsame Meinungen und insbesondere gemeinsame Erinnerungen. Durkheim (1889:421) bringt es in seiner Analyse von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ so zur Sprache: „Dans de telles sociétés où les individus ne sont pas distingués les uns des autres, la propriété est naturellement commune“. Alles gehört der Gruppe, auch die Arbeitskraft. „La vie du groupe n'est pas l'oeuvre des volontés individuelles, mais elle est tout entière dirigée par les usages, les coutumes, les traditions.“ (Durkheim 1889: 421).

Diese Gemeinschaft setzt Tönnies als Gegensatz zur Gesellschaft, die in grösseren Städten stattfindet. In der Gesellschaft haben die Personen denselben Wohnort, werden aber als Individuen wahrgenommen. Die Gruppe steht nicht über den individuellen Bedürfnissen. „Personne ne fera rien pour autrui à moins que ce ne soit en échange d'un service similaire ou d'une rétribution qu'il juge être l'équivalent de ce qu'il donne“ (Durkheim 1889: 6). Die Verbindung zwischen den Personen in der Gruppe ist nicht mehr organisch, sondern mechanisch. Die Individuen formen eine Gesellschaft, weil sie sich davon einen persönlichen Mehrwert erwarten. Individualismus definiert die Gesellschaft für Tönnies.

Dabei wird ersichtlich, dass für Tönnies die Gemeinschaft als ideale Form des Zusammenlebens bedeutet, während Gesellschaft als negativ und unnatürlich interpretiert wird. In diesem Sinne werden heute seine Konzepte als Idealtypen benutzt. (Rigaux 2008 :128).

Auf Tönnies' Unterscheidungen zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft bauen viele spätere Theorien. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Grösse des Gebildes der erste und grösste Einfluss auf die sozialen Strukturen hat. (Kasarda et al. 1974). Zum Teil vermitteln sie ein negatives Bild der Grossstädte als nicht zu sozialisierende Räume, andere wiederum sehen in der Stadt ein Mosaik von vielen kleineren Gemeinschaften. Noch andere sehen in den heutigen Grossstädten einen politischen und nicht mehr einen sozialen Raum. Darunter wird verstanden, dass Grossstadtbewohner einzig in Aktion treten, wenn ihre persönlichen Interessen betroffen sind (Barrett et al. 1984).

3.3.2 Mobilization Modell: Grösse hat einen guten Einfluss auf Demokratie

Die Geschichte dieses Ansatzes ist viel jünger als die klassische Sicht des Decline-of-community. Die Argumentation, dass Grösse auch ein positiver Punkt sein kann, wurde im 18ten und 19ten Jahrhundert aufgenommen. Die Einführung des repräsentativen Systems in grossen Nationen wie den USA, machte die Diskussion spannend. James Madison (4ter Präsident der USA) argumentierte 1833 in einem Brief, dass das grösste Risiko in einer Demokratie - die Unterdrückung der Minderheit und der persönlichen Rechte durch eine Mehrheit - nur in grossen Systemen erfolgreich bekämpft werden könne. Denn nur wenn viele Personen und somit viele Meinungen zusammen kämen, könne verhindert werden, dass eine homogene Mehrheit die Macht übernehmen könne. (Dahl et al. 1973). Diese Diskussionen um die Grösse von Demokratien wurden nach der Einführung des repräsentativen Systems in vielen Nationalstaaten aufgegeben. Sie schienen nicht mehr relevant, da durch die Praxis bewiesen wurde, dass das demokratische System nicht grössenabhängig ist.

In den 1960er und 1970er Jahren wurde das Thema von verschiedenen Autoren, darunter Dahl wieder aktualisiert. Sein Argument ist, dass die Frage nach dem Einfluss der Grösse auf die Demokratie nie gelöst, sondern nur aufgegeben worden sei. Sie sei aber in der sich globalisierenden Welt nicht nur aktuell, sondern auch relevant. In den folgenden Jahren und bis heute wird die Diskussion mit verschiedenen Schwerpunkten, wie die Partizipation (siehe Oliver 2000), den aktuellen Reformen der lokalen Ebene (siehe Ladner et al. 2007) oder im Zusammenhang mit elektronischer Demokratie (siehe Weare et al. 1999) weitergeführt.

3.3.3 Grösse in der Demokratie: die benutzten Argumente

Die Argumente vom Decline-of-community und vom Mobilization Modell drehen sich um dieselben vier Achsen, deshalb werden hier jeweils die zwei Argumentationslinien gegeneinander ausgespielt.

Homogenität der Bevölkerung und Interessensgruppen

Die Homogenität der Bürger ist in kleinen Gemeinden grösser als in grossen. „Small units, Dahl & Tufte propose, are likely to be more homogeneous with respect to beliefs, values and goals, whereas larger units are likely to exhibit more diversity.“ (Anckar 1999: 30). Die Einwohner sprechen dieselbe Sprache, leben in derselben Kultur und fühlen sich somit näher zueinander. Die Präferenzen der Bürger und die Bedürfnisse, welche sie an die Gemeinde stellen, sind somit ähnlicher und daher einfacher zu erfüllen.

Dasselbe Argument der Homogenität der Bevölkerung wird jedoch auch im Mobilization Modell benutzt. Fischer präsentiert 1995 in seinem Artikel „The Subcultural Theory of Urbanism: A Twentieth-Year Assessment“ Subkulturen und insbesondere Subkulturen in grossen Städten. Unter Subkultur versteht er: „a large set of people who share a defining trait, associate with one another, are members of institutions associated with their defining trait, adhere to a distinct set of values, share a set of cultural tools, and take part in a common way of life“ (Fischer 1995: 544). Solche Gebilde sind in grossen Städten häufiger aufzufinden als in kleinen, die Bevölkerung ist weniger homogen. Dazu kommt, dass Subkulturen in einer solchen Umgebung intensiver und aktiver sind, weil sie einfacher eine kritische Grösse erreichen und so eine gewisse Macht haben. Grösse ist somit für eine Demokratie

positiv, weil viele verschiedene Meinungen auftreten und von Gruppen vertreten werden.

Dieses Argument kann weitergeführt werden. Interessensgruppen, welche aus solchen Subkulturen entstehen, fördern die Konkurrenz zwischen verschiedenen Meinungen. Das gibt den Bürgern eine grössere Auswahl an möglichen politischen Richtungen und macht das Leben in grossen, territorialen Einheiten interessanter.

Dieses Argument der Interessensgruppen kann wiederum im Sinne des Decline-of-community Modells benutzt werden. In kleineren sozialen Gebilden sind Regeln und Normen einheitlicher, da weniger Personen sie beeinflussen können und die Gruppe homogener ist. Es gibt weniger Interessensgruppen, die verschiedene Subkulturen mit anderen Normen und Regeln bilden könnten. Dies folgt nicht nur daraus, dass es weniger Einwohner hat, sondern auch daraus dass „For various reasons, particular types of people – ethnic minorities, the artistic avant-garde, professionals, and so on – come to live in cities and, consequently, their lifestyle then typify cities.“ (Fischer 1995: 544). Aus dieser Vielfalt erfolgt, dass das Gemeinschaftsinteresse in einer kleinen Gemeinde die grössere Wahrscheinlichkeit hat, mit dem Eigeninteresse übereinzustimmen, als in Städten (Ladner et al. 2007).

Demokratische Abläufe

Ein grosser Kritikpunkt der Autoren, welche das decline-of-community Modell erarbeitet haben ist, dass in einer grossen Stadt oder grossen Gesellschaft, es kann sich auch um einen Nationalstaat handeln, die Entscheidungsprozesse gänzlich bürokratisiert sein müssen. Repräsentation ist nötig. Die Anzahl der Personen, welche sich direkt einbringen können, wird somit proportional zur Einwohnerzahl immer kleiner. Dies ist in kleinen Gemeinden nicht der Fall, es ist einfacher die ganze Bevölkerung in Entscheidungen einzubeziehen. Diese weniger oder unbürokratischen Entscheidungsprozesse erlauben es den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Präferenzen und Wünsche direkter an die Entscheidungsträger heranzutragen. Diese wiederum können durch die kleineren und flexibleren Strukturen schneller reagieren. Dies erlaubt eine grössere Responsivität, welche ja als Basis der Demokratie gilt. Denn mit dieser Möglichkeit unkompliziert und schnell zu reagieren, sind auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger höher, und wenn ein gewählter Politiker diesen nicht nachgeht, ist die Wahrscheinlichkeit abgewählt zu werden, grösser (Ladner et al. 2007).

Dieser Faktor wird im Mobilization Modell nicht von allen Autoren aufgegriffen. Jedoch kann die Bürokratie als Schutz vor Vetternwirtschaft und Korruption dienen. „Die Gründe für diese Einschätzung der weltweit tätigen Anti-Korruptions-Organisation liegen für Lévy in den für die Schweiz typischen kleinräumigen Strukturen. Diese begünstigten oft die persönlichen Beziehungsnetze, welche über die lokale und kantonale Politik bis hin zu politischen Parteien und in die Kader der Milizarmee gehen würden. "Man kennt sich", sagt Lévy“ (Maurer 2002). Die persönlicheren Kontakte in kleinen Gemeinden können somit als Nährboden für Vetternwirtschaft gesehen werden. Dabei wird Bürokratie zum Schutz gegen solche Formen der Korruption. Denn in geregelten, administrativen Schritten können einzelne Personen nicht bevorteilt werden.

Kontakt mit den Entscheidungsträgern

In einer kleinen Gemeinde können Bürger mit den Entscheidungsträgern sprechen und ihre Argumente anbringen. In grossen Demokratien wie einem Nationalstaat können Entscheidungsträger mit sehr vielen Leuten kommunizieren, von denen

können aber nur ganz wenige mit den Entscheidungsträgern kommunizieren. „As a result the larger a system grows, the more and more one-sided becomes communication between citizens and top leaders.“ (Dahl 1967: 959) Medien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Denn das Ungleichgewicht in der Kommunikation wird durch Zeitungen, Fernseher und Radio verstärkt. Die Distanz zwischen Bürgern und Regierenden ist somit grösser. Dies hemmt die Diskussion, welche für die ursprüngliche Demokratieform unabdingbar ist.

Jedoch äussern Dahl und Tuftes (1973) die Hypothese, dass in grösseren Gemeinden der politische Wettbewerb grösser ist und dies einen mobilisierenden Effekt auf die Bürger hat. Dahl (1967) erklärt, dass grössere Orte mehr fesselnde Angelegenheiten haben und dem Bürger deshalb mehr bieten können.

In der Argumentation für grosse Demokratien spielen die Medien eine wichtige Rolle. Da in grösseren Orten, Städten zum Beispiel, mehr Medienpräsenz vorhanden ist, und lokale Geschäfte über Medien verbreitet werden, kann sich der Bürger auf diesem Weg am Einfachsten informieren. Medien machen damit in den grösseren Gemeinden lokale Politik interessanter und attraktiver (Oliver 2000). Dabei muss beachtet werden, dass Medien daran interessiert sind, so viele Personen wie möglich zu erreichen und dass Konflikte oder gegenteilige Meinungen besser verkauft werden können. Das heisst, die grösseren Meinungsverschiedenheiten und die vielen Gruppen, welche in der lokalen Politik einer grossen Stadt zu finden sind, machen die Geschehnisse interessanter und spannender.

Gewicht des Bürgers in der Demokratie

Wie bereits in Kapitel 2.3 zu Spezifitäten der kleinen Gemeinden erwähnt, hat eine Stimme eines Bürgers in einem kleineren Gebilde ein grösseres Gewicht. „Der Nutzen individueller Partizipation steigt, was – in Anlehnung an die ökonomische Theorie der Politik – auch die Wahrscheinlichkeit tatsächlicher politischer Beteiligung erhöht“ (Ladner et al. 2007: 32). Die Bürgerinnen und Bürger in einer kleinen Gemeinde haben es einfacher, einen Gesamtblick über die Situation in der Gemeinde zu haben. Dies erlaubt ihnen, in diesem Sinne zu agieren. Deshalb kann von einer „disziplinierenden Wirkung“ der Demokratie ausgegangen werden. Wenn es in kleinen Gemeinden schwieriger ist, nicht im Mainstream abzustimmen, dann führt das dazu, dass demokratische Entscheide eher diszipliniert und gleich ausfallen.

Das Argument, dass das Mediale geschehene politische Abläufe spannender macht, muss in diesem Fall nicht wiederholt werden. Jedoch kann hier näher auf das Argument der disziplinierenden Funktion kleiner Demokratien eingegangen werden. Denn wenn es schwieriger ist, abweichende Meinungen zu vertreten, weil der soziale Druck grösser ist, dann kann der positive Einfluss der Grösse der Demokratie sehr einfach gesehen werden. Partizipieren ist in einer grösseren Stadt interessanter, weil mehr verschiedene Parteien und Gruppen existieren, die Meinungen vertreten. Das Risiko bei kleinen Gemeinden ist dabei, dass nur eine Meinung vertreten wird und keine reelle Möglichkeit existiert, dagegen anzukommen.

3.3.4 Individuelles Partizipations-Modell: Grösse hat keinen Einfluss

Dieser Gedankenstrom ist weniger diskussionsorientiert und basiert eher auf Fakten und Studien. Interessant ist, dass in Texten, welche davon ausgehen, dass Grösse keine Rolle spielt, oft Zahlen zitiert werden, welche aus Studien stammen, welche für

oder gegen die Grösse von Demokratien plädieren. Dabei wird immer wieder auf die widersprüchlichen Resultate aus verschiedenen Studien aufmerksam gemacht.

Finifter und Abramson analysierten in ihrem Artikel von 1975 Daten über persönlichen, politischen Einfluss und die Grösse der Gemeinde. Da politischer Einfluss nicht an sich gemessen werden kann, wurde der gefühlte Einfluss auf die lokale Politik erfragt. In dieser Studie konnte keine direkte Korrelation zwischen der Grösse der Wohngemeinde und dem Gefühl des politischen Einflusses festgestellt werden. „Furthermore, the relationship between community size and subjective competence is a complex one in which the strength of the relationship depends on educational level.“ (Finifter et al. 1975: 190). So bewiesen sie in einem Vergleich zwischen Deutschland, England, Mexiko und den USA, dass der Einfluss der Ausbildung den schwachen Unterschied zwischen kleinen und grossen Orten verstärke. Das Ausbildungsniveau ist in grossen Städten in diesen Ländern im Durchschnitt höher. Das hat den Effekt, dass gut ausgebildete Personen in kleinen Städten sich einen grösseren Einfluss zurechnen als Personen mit demselben Ausbildungsstand in grösseren Städten. Dies ist besonders in Ländern markant, wo der Bildungsunterschied zwischen Grossstädten und dem Land gross ist.

In diesem Modell wird sichtbar, dass nach empirischen Befunden weder die Grösse der Wohngemeinde noch der Gruppe eine Rolle spielen, sondern dass politische und soziale Partizipation von persönlichen Faktoren abhängig ist. „Municipal size had no noticeable influence on interest, knowledge or discussion about local politics in the local community“ (Larsen 2002: 331). Finifter und Abramson sehen den Ausbildungsgrad als Hauptvektor der persönlichen Partizipation. Es wurden jedoch auch andere Vektoren, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht und Zugehörigkeit, analysiert. Diese werden in dieser Arbeit im Kapitel 5 über Partizipation und Motivation zur Partizipation näher erläutert.

Die Diskussion um Grösse und Demokratie kann unendlich weitergeführt werden, da sich die Argumente in Vielem nicht ausschliessen und auch empirische Befunde widersprüchliche Resultate hervorbringen. In dieser Arbeit soll keine definitive Antwort auf die Frage nach der Rolle der Grösse in der Demokratie gefunden werden. Es erscheint jedoch wichtig, diese Problematik in einer Arbeit über Demokratie und Partizipation in kleinen Gemeinden anzusprechen.

3.4 Qualität der lokalen Demokratie

In diesem Abschnitt wird das Modell der lokalen Demokratiequalität von Ladner und Bühlmann (2007) präsentiert. Dabei werden nicht alle Indikatoren genauer erläutert, da viele in anderen Teilen dieser Arbeit näher aufgegriffen werden.

Hier wird Demokratiequalität oder die Lust der Bürgerinnen und Bürger zu partizipieren nicht nur auf einer persönlichen Ebene gesehen. Abstimmen oder nicht, seinen Einfluss gross oder klein einzuschätzen passiert kollektiv und ist von vielen nicht persönlichen Faktoren abhängig. „Les phénomènes électoraux mettent en mouvement la collectivité entière en tant qu'ensemble d'institutions et d'êtres humains, en vue d'une décision qui liera cette collectivité. [...] L'individu comme tel ne détermine pas l'objet du scrutin, ni les options offertes, ni les états de faits auxquels elles correspondent, ni l'action par laquelle la collectivité donnera suite à la décision issue du scrutin“ (Girod 1953 : 352). Auch wenn Girod nur das Abstimmen analysiert, stimmen diese Aussagen generell für die Demokratie. Jedes Individuum spielt eine Rolle, aber es definiert weder die Situation noch trifft es individuell Entscheidungen im Rahmen dieser Demokratie, also auf politischer oder sozialer

Ebene. Somit können auch die persönlichen Faktoren wie Alter, Geschlecht usw. in einem gewissen Umfeld andere Rollen spielen und sind deshalb kollektiv anschaubar. Dies unterstellt auf keine Weise, dass nicht jede Bürgerin oder jeder Bürger seine Entscheidungen individuell trifft und in dem Sinne einzigartig ist. Girod (1953) unterscheidet in dem Sinn die individuellen Faktoren wie Alter und Geschlecht, welche auch als Gruppe einen Einfluss haben können. Es kann zum Beispiel ausgesagt werden, dass sich betagte Personen weniger aktiv in das politische Leben einbringen. Dieser Faktor ist individuell. Betagte sind aber auch als Gruppe wahrzunehmen. Andererseits sieht er die privaten, ganz persönlichen Faktoren, die nicht generalisiert werden und somit in vielen Studien nicht auftreten.

Im Modell von Ladner und Bühlmann werden ebenso kollektive wie individuelle Merkmale integriert, private Faktoren werden nicht berücksichtigt, da die Studie quantitativ ist.

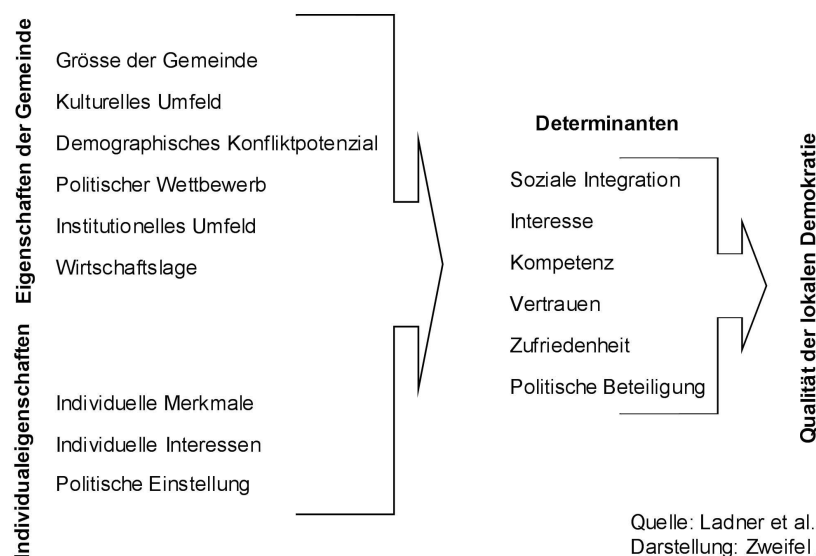


Abb. 3: Modell zur Evaluation der lokalen Demokratiequalität nach Ladner und Bühlmann.

3.4.1 Gemeinschaftliche Indikatoren

In diesem Modell geht es darum, die kollektiven und individuellen Faktoren zu definieren, welche einen Einfluss auf die individuellen Einstellungen der Bürger haben und somit definieren, ob diese die Qualität der Demokratie in der Gemeinde als gut oder schlecht einschätzen.

Dieses Modell stellt die Grösse der Gemeinde neben anderen acht Einflussfaktoren als Indikator für die Qualität der Demokratie dar. Die Grösse als Einflussfaktor auf die Qualität der Demokratie wurde im vorherigen Kapitel ausreichend diskutiert. Wichtig ist, zu sehen, dass der Einfluss dieses Faktors nie eindeutig sein kann, da viele Autoren aus verschiedenen Gründen in unterschiedliche Richtungen argumentieren.

Das kulturelle Umfeld der Gemeinde spielt eine grosse Rolle im Verständnis der Demokratie. Ladner und Bühlmann (2007) definieren für die Schweiz zwei kulturelle Determinanten: die Sprache und die Konfession. Mit vier Landessprachen und den vier damit verbundenen Kulturen ist die Schweiz ein Sonderfall. Hermann und Leuthold (2003) analysieren diesen in ihrem Atlas die politischen Landschaften der Schweiz. Dabei wird deutlich, dass der soziokulturelle Hintergrund entscheidend ist. So analysieren sie zum Beispiel Abstimmungsergebnisse zwischen den zwei grossen

Finanzzentren der Schweiz, Zürich und Genf. Die Resultate fallen sehr unterschiedlich aus. Ihre Begründung ist: "Die beiden Metropolen befinden sich in unterschiedlichen kulturellen Bezugssystemen und besitzen ein unterschiedliches, historisch-kulturelles Gedächtnis." (Hermann et al. 2003: 29). Aber auch die Konfession spielt eine Rolle. Es gibt Regionen, in denen dieser Einfluss stärker ist als in anderen. In typisch katholischen Kantonen wie dem Kanton Freiburg zum Beispiel, ist die CVP (Christliche Volkspartei) eine sehr traditionsreiche Partei, während sie in anderen Kantonen eine weniger grosse Rolle spielt. Girod zeigt in seiner Studie von 1953, dass die Partizipation nicht in katholischen oder in reformierten Kantonen als grösser eingeschätzt werden kann. Jedoch sagt er aus, dass sehr religiöse Kantone einen höheren Partizipationsstand haben als weniger religiöse Kantone (Girod 1953).

Ein weiterer kollektiver Faktor, der im Modell eine Rolle spielt, ist das demographische Konfliktpotenzial. Solche Konflikte zwischen Gruppen in einer Gemeinde können einen negativen Einfluss auf die Qualität der Demokratie und die Lust zur Partizipation haben. Ladner und Bühlmann (2007) nehmen das Beispiel der Alterszusammensetzung in einer Gemeinde. Wenn die Alterszusammensetzung ungleich ist, können Konflikte entstehen. Dies ist insbesondere bei einer Überalterung der Fall. Ein hoher Teil an Rentnern kann zu Konflikten führen, weil diese Altersgruppe den Teil der aktiven Bevölkerung überstimmen kann und diese das Resultat nicht akzeptieren können. Bei sehr ungleichen Einkommensverteilungen kann es ebenfalls zu Konflikten kommen. Dabei ist jedoch weniger die Grösse der Gruppe sondern der Unterschied entscheidend. Je grössere Unterschiede es zwischen den zwei oder drei grössten Einkommensgruppen hat, desto grösser ist das Konfliktpotenzial. In solchen Konfliktsituationen sind keine Konsenslösungen mehr möglich und die lokale Demokratie verliert dadurch ein sehr wichtiges Charakteristikum.

Der politische Wettbewerb wird ebenfalls in das Modell eingeschlossen. Ladner und Bühlmann (2007) definieren, dass die lokale Politik interessanter und stimulierender ist, je grösser der Wettbewerb, also je mehr Akteure oder Akteurgruppen mit verschiedenen Meinungen in der Politik tätig sind. Dies heisst im Sinne der Diskussion über die ideale Grösse der Demokratie, dass grosse Gemeinden bessere Chancen auf eine Demokratie guter Qualität haben. Ein anderer Punkt, den Ladner und Bühlmann unter politischem Wettbewerb sehen, ist die Partizipationstradition in der Gemeinde. Es gibt Gemeinden, welche dauerhaft eine höhere Partizipationsrate haben als andere. Es wird davon ausgegangen, dass in diesen Gemeinden eine Partizipationskultur entstanden ist. Diese beeinflusst nicht nur die Lust zum Partizipieren, sondern auch die Kompetenz, dies zu tun. (Gabriel et al. 2003)

Das institutionelle Umfeld hat eine sehr grosse Wirkung auf die Qualität der Demokratie. Unter Institution werden hier Normen und Regeln verstanden, welche das individuelle Leben beeinflussen. In diesem Fall nehmen Ladner und Bühlmann (2007) drei Indikatoren. Die Grösse der lokalen Exekutive: Es wird davon ausgegangen, dass der Wettbewerb und somit die Stimuli mitzumachen grösser sind in der Gemeinde, in der die Exekutive mehr Sitze hat. Dies wird jedoch nicht nur durch die Motivation des Wettbewerbs gegeben, sondern auch dadurch, dass bei grösseren Wahlen die Presse stärker impliziert ist. Das macht den Wahlkampf auch für die Bürger interessanter. Der zweite Indikator ist das Wahlsystem. Ladner und Bühlmann definieren das Proporzwahlsystem als gut für die Qualität der Demokratie. Indem für Listen gestimmt wird und erst danach Sitze verteilt werden, haben auch kleinere Parteien eine Chance auf einen Sitz. In ihrem Artikel zum Proporz- und

Majorzwahlsystem analysieren Ladner und Milner die Effekte des Proporzsystem auf die Motivation zur Partizipation und kommen zum Schluss, dass die Beteiligung unter einem solchen System höher ist. Ihre Erklärung konzentriert sich auf die Anzahl Parteien: "the number of parties participating is, as a rule, very closely related to the electoral system, which is part of the explanation for the statistical relationship between proportional systems and higher turnout" (Ladner and Milner 1999: 249). Die höhere Anzahl Parteien bedeutet eine grössere politische Konkurrenz und somit ist die Motivation zur Partizipation grösser. Der dritte Indikator ist die Gemeindeorganisation. Versammlungsdemokratie wird in diesem Zusammenhang als positiv gedeutet, denn in diesem System können die Bürger nicht nur abstimmen, sondern ihre Meinung öffentlich und nuanciert einbringen. Ladner und Bühlmann definieren dabei, dass lokale Parlamente die Diskussion nicht sachlich führen können, denn parteipolitische Themen nehmen oft überhand.

Der letzte gemeinschaftliche Indikator, welcher in diesem Modell benutzt wird, ist die Wirtschaftslage. Dies ist eine äusserst wichtige Rahmenbedingung. Nicht nur, dass eine Gemeinde, welche finanziell gut dasteht, mehr Dienstleistungen anbieten kann, was einen direkten Einfluss auf die Zufriedenheit der Einwohner hat. Sondern Blais und Dobrzynska (1998) zeigen in ihrem Artikel, dass die finanzielle Lage eine Wirkung auf die Partizipation hat. „Economic Development makes people more informed and engaged in the political process“ (Blais et al. 1998: 242). Aber sie nuancieren diese Aussage, denn wirtschaftliche Entwicklung fördert die Partizipation und somit die Qualität der Demokratie nur bis zu einem gewissen Punkt. Ist die Entwicklung grösser als dieser Punkt, hat diese keinen Effekt mehr auf die Partizipation.

3.4.2 Individuelle Indikatoren

Individuelle Indikatoren befinden sich auf der Ebene der Einwohner, jedoch haben sie nichts mit der persönlichen Geschichte jedes Individuums zu tun. Es sind Faktoren, welche einen Einfluss auf die gesamte Gruppe haben, die sie definieren.

Diese Faktoren werden hier nur kurz aufgezählt, da sie in Kapitel 5.6 näher erklärt und diskutiert werden. Unter individuellen Merkmalen verstehen Ladner und Bühlmann (2007) zum Beispiel das Geschlecht, das Alter und die Bildung. Insbesondere das Partizipationsverhalten von Frauen wird mit Interesse verfolgt. Auch das Alter spielt eine Rolle. So werden lebenszyklische Analysen der Partizipation gemacht. Das Bildungsniveau spielt im Umgang mit Informationen eine grosse Rolle, jedoch spielt auch Zeit bei Partizipation eine Rolle.

Der zweite individuelle Faktor ist das persönliche Interesse. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Interesse, die Politik zu beeinflussen grösser ist, wenn das politische Geschehen einen direkten Einfluss auf das eigene Leben hat. Zum Beispiel sind Hausbesitzer eher von Entscheidungen in der Gemeinde abhängig und bringen sich somit tendenziell mehr ein. Auch von Einwohnern mit schulpflichtigen Kindern wird ein höheres persönliches Interesse erwartet.

Das dritte und letzte individuelle Merkmal, welches im Modell benutzt wird, ist die politische Einstellung. Dabei wird nicht nur die Links-Rechts Achse einbezogen, sondern auch die Wichtigkeit, welche der lokalen Ebene zugeschrieben wird, ins Zentrum gerückt.

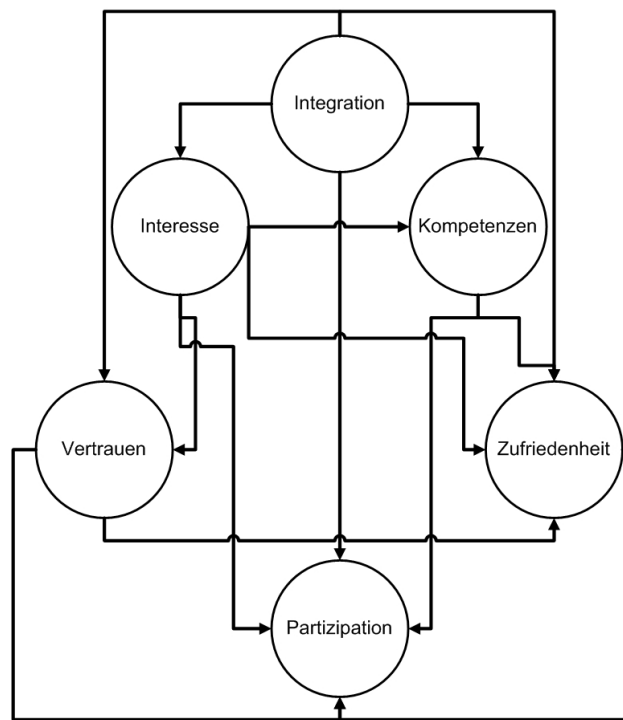
3.4.3 Determinanten der Qualität der Demokratie

Ladner und Bühlmann sprechen von einem Trichter der Kausalität im Modell, die Indikatoren, welche hier gemeinschaftlich und individuell genannt werden, sind

Indikatoren für die sechs Determinanten der Demokratiequalität. „Wir betrachten die Qualität und das Funktionieren der lokalen Demokratie als abhängig von folgenden sechs Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Gemeindegewöhnlichen und –bürger: Soziale Integration, politisches Interesse, politische Kompetenz, Vertrauen in das politische System, Zufriedenheit mit dem politischen System und politische Beteiligung“ (Ladner et al. 2007:26). Alle gemeinschaftlichen und individuellen Indikatoren haben einen potenziellen Einfluss auf jeden Determinanten. So hat zum Beispiel eine gute Wirtschaftslage einen direkten und positiven Einfluss auf das Vertrauen, das ein Bürger einem Politiker schenkt. Oder ein demographischer Konflikt kann die Zufriedenheit der betroffenen Einwohner direkt und negativ beeinflussen.

Zwischen den Determinanten gibt es jedoch auch Beziehungen und diese sind besonders wichtig. In der nächsten Abbildung (4) werden sie bildlich dargestellt. Die soziale Integration einer Person in ihrer Gemeinde spielt eine grundlegende Rolle, da ohne soziale Integration kein Leben in der Öffentlichkeit und somit keine Partizipation stattfindet. Soziale Integration ist ebenfalls die Basis jedes Interesses in der lokalen Politik. Dieses Interesse ist die notwendige Voraussetzung für die Kompetenz im lokalen Kontext, ist jedoch nicht unbedingt ausreichend. Die Kompetenz, das heisst zum Beispiel die Kapazität, Informationen zu verarbeiten, eigene Einschätzungen der Situation zu machen usw., beeinflusst das Vertrauen und die Zufriedenheit. Denn einzig, wenn eine Person die Kompetenz besitzt, Geschehen und Entscheidungen auf der lokalen Ebene zu verstehen und zu verarbeiten, kann das Vertrauen in die Institutionen und Politiker entstehen. Auch die Zufriedenheit hängt davon ab, Entscheidungen zu verstehen und Begründungen zu integrieren. Andererseits ist auch das Vertrauen in die Politik eine Grundlage für die Zufriedenheit des Einwohners. Alle fünf jetzt erklärten Determinanten haben einen direkten Einfluss auf die politische Beteiligung, alle müssen mindestens zum Teil positiv ausfallen, um eine Person zur Partizipation zu motivieren. Bei Vertrauen und Zufriedenheit können positive sowie negative Resultate eine Motivation zur Partizipation darstellen. Entweder hat die Person ein grosses Vertrauen in die Politiker und Institutionen und ist sehr zufrieden und fühlt sich der Gemeinde so zugetan, dass sie partizipiert. Ein anderer Fall kann die Unzufriedenheit und das fehlende Vertrauen darstellen, denn auch dies kann eine Person motivieren, zu partizipieren und die Situation zu verändern. Wichtig ist dabei die extreme Vernetztheit der verschiedenen Determinanten. In Abbildung 4 wird sichtbar, dass die Integration als Startpunkt gelten kann, ohne sie ist keine gesellschaftliche Aktion möglich. Partizipation kann dabei als Schluss- und Hauptdeterminante interpretiert werden. Alle anderen Faktoren spielen in der Motivation zur Partizipation eine Rolle. Auch in diesem Modell wird der Partizipation somit eine spezielle Position gegenüber den anderen Faktoren eingeräumt.

Beziehung zwischen den Determinanten der Demokratiequalität



Quelle: Ladner et al. 2007
Darstellung: Zweifel 2009

Abb. 4: Beziehungen zwischen Determinanten der Demokratiequalität

Dieses Modell erklärt nicht nur das Verständnis der Beziehungen zwischen den Determinanten, sondern auch den Einbezug der drei zentralen Prinzipien der Demokratieforschung. Dies sind die Aspekte der Zivilbürgerschaft, das Prinzip der Responsivität und die Partizipation.

Die Aspekte der Zivilbürgerschaft werden durch drei Determinanten beleuchtet: Die soziale Integration, das politische Interesse und die politische Kompetenz. „Eine eingebundene, interessierte und kompetente Bevölkerung ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie, weil nur so die Präferenzen ins politische System eingebracht werden, die von der Regierung benötigt werden und weil so die Kontrolle der Behörden durch die repräsentierten Bürgerinnen und Bürger eher gesichert wird.“ (Ladner et al. 2007: 27). Dieser Aspekt der Wichtigkeit der Zivilbürgerschaft in der Demokratie wird in Kapitel 5.5 über Citizenship erläutert.

Das Prinzip der Responsivität, das heisst das verantwortungsvolle Handeln der Politikerinnen und Politiker im Sinne der Bevölkerung, weil diese eine gewisse Macht ausspielen kann, um respektiert zu werden, wurde im Kapitel über Demokratie (Kapitel 3.3.3) aufgegriffen. Dieser Aspekt wird durch die Integration der Zufriedenheit in das Modell eingebaut. Zufriedenheit ist jedoch nicht nur der Massstab der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über Politikerinnen und Politiker, sondern auch der Zufriedenheit mit den Resultaten der Politik.

Der dritte und letzte Aspekt, welcher miteinbezogen wird, ist die Partizipation. Dies ist ein zentraler Aspekt jeder Demokratieforschung, da nur ein System, in welchem die Bürgerinnen und Bürger partizipieren, als demokratisch bezeichnet werden kann. Auch dieser letzte Punkt im Kapitel 5 dieser Arbeit genauer beleuchtet.

Dieses sehr komplette Modell erlaubt die Evaluation der Demokratie in einer Gemeinde und das Erstellen eines Bildes der Situation.

In diesem Kapitel über die politische Gemeinschaft konnten schon viele Erkenntnisse über Demokratie gefunden werden. Erkenntnisse darüber, wie sie in der Theorie funktionieren sollte und welche Indikatoren in der Praxis benutzt werden können, um ihre Qualität einzuschätzen. Jedoch kann eine Gesellschaft nicht ausschliesslich in einer politischen Dimension gesehen werden. Politische und soziale Ebenen existieren nicht nur parallel, sie vermischen sich auch in vielen Punkten. Was eine soziale Gemeinschaft ausmacht, wird im nächsten Kapitel näher erläutert.

4 Soziale Gemeinschaft

Die soziale Gemeinschaft wird hier als Ergänzung zur politischen Gemeinschaft präsentiert. Dabei steht insbesondere die Verflechtung von politischem und sozialem Leben in kleinen Gemeinden im Mittelpunkt. Zuerst wird kurz auf das Konzept der Gemeinschaft und insbesondere auf die Wichtigkeit der lokalen Gemeinschaft eingegangen, um dann die Optik auf Phänomene der sozialen Gemeinschaft zu richten. Damit sind zum Beispiel Zugehörigkeitsgefühle, Identität aber auch die Grenzen einer Gemeinschaft und die Konstruktion des Anderen gemeint

4.1 Gemeinschaftstheorie

In diesem Abschnitt wird die Geschichte der Gemeinschaftstheorie anhand einiger Theorien mittels Einblicken in die existierende Literatur und Argumentationsströme kurz erläutert, wobei dieser Einblick nie vollständig oder komplett sein kann.

4.1.1 Ursprünge: Gemeinschaft und Gesellschaft

Gemeinschaft, Gemeinschaftssinn und Gemeinschaftsstrukturen sind Themen, die im 19ten und 20ten Jahrhundert aufgekommen sind. Erst während und nach den Veränderungen, welche die Industrialisierung und die beginnende Globalisierung mit sich bringen, werden Fragen zur Gemeinschaft gestellt. Wichtige Themen sind dabei der Unterschied zwischen moderner und traditioneller Gemeinschaft, die Änderungen der sozialen Strukturen der Gemeinschaft mit dem Aufkommen von Grossstädten und der steigenden Individualisierung der Gesellschaft.

Das Werk von Tönnies über Gesellschaft und Gemeinschaft gilt nicht nur als Basis der deutschen Soziologie sondern ebenfalls als erstes Werk, in dem Gemeinschaft analysiert wird. Da die Hauptideen von Tönnies schon im Kapitel über Demokratie (siehe Kapitel 3.1) erklärt wurden, wird hier nicht noch einmal auf den Unterschied der organischen Gemeinschaft gegenüber der mechanischen Gesellschaft eingegangen. Wichtig ist, sich zu erinnern, dass: "In these oppositions the idea of community is associated with a positive meaning, whereas the opposing concept, which can be defined with „society“, is associated with a completely negative meaning" (Colombo et al. 2001) Inhalt dieses Abschnitts sind die Entwicklungen dieser Theorien.

4.1.2 Abstand von der Ideologie, Annäherung an die Wissenschaft

Nach Tönnies definiert Brint (2001) zwei Ströme, welche Gemeinschaft thematisieren: Autoren, die dessen Sinn von Gemeinschaft und Gesellschaft nah blieben (zum Beispiel Max Weber mit den Konzepten der Vergemeinschaftlichung und Vergesellschaftung) und Autoren, die versuchten, sich klar davon zu distanzieren, darunter Émile Durkheim. Durkheim übernahm das Thema und verfolgte das Ziel der unideologischen Studie der Gemeinschaft. Durkheim löste sich von der Vorstellung, dass Gemeinschaft nur im kleinen Rahmen und Gesellschaft nur im grossen Rahmen existieren könne. „Durkheim’s conceptual breakthrough was to see community not as a social structure or physical entity but as a set of variable properties of human interaction that could be found not only among tradition-bound peasants of small villages but also among the most sophisticated denizens of modern cities.” (Brint 2001: 3). Aber auch Durkheim thematisierte organische und mechanische Solidarität. Er konnte sich von der Ideologie lösen, jedoch nicht von der Dichotomie zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft.

McMillan und Chavis (1986: 4) definieren Gemeinschaft anhand von vier Elementen. „Sense of community is a feeling that members have of belonging, a feeling that members matter to one another and to the group, and a shared faith that members’ needs will be met through their commitment to be together”. Die Elemente dieser Definition also Mitgliedschaft, die gegenseitige Beeinflussung von Mitgliedern und Gemeinschaft, die Befriedigung von Bedürfnissen und die emotionale Verbindung werden unten (Kapitel 4.2) näher erklärt. McMillan und Chavis erschafften diese Definition keineswegs in einer philosophischen Hinsicht, in der sie wie Tönnies versuchen Gemeinschaft theoretisch zu verstehen. Sie formulieren mit dieser Definition für jeden Punkt verschiedene messbare Indikatoren, welche ihnen erlauben, den Gemeinschaftssinn in verschiedenen Gemeinschaften zu messen und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Elementen in Systemen darzustellen.

In den nächsten Abschnitten wird auf verschiedene Gedankensströme im Zusammenhang mit Gemeinschaften eingegangen.

4.1.3 Krise der Gemeinschaft?

Im Sinne von Putnam’s „Bowling Alone“ wird sehr viel geforscht. Es geht um das rückläufige gemeinschaftliche Leben in modernen Gesellschaften. Insbesondere in den USA wird dieses Phänomen sehr genau untersucht. In Referenz zu Toqueville’s „De la démocratie en Amérique“ wird erwartet, dass das Vereinsleben in diesem Land sehr aktiv ist. Forscher in diesem Bereich haben die Wichtigkeit des zivilen Engagements für Bildung, gegen Armut aber auch gegen Kriminalität und für die Gesundheit der Menschen in der Gemeinschaft feststellen können. In dem Sinne spricht Putnam (1995) von ziviler Partizipation und Gemeinschaftssinn als Voraussetzung für eine funktionierende Gemeinschaft und für eine funktionierende Demokratie. Weiter stellt er fest, dass eben dieser Gemeinschaftssinn, das Vereinsleben, die politische und soziale Partizipation im Rückgang sind. Dazu identifiziert er verschiedene Gründe, wie zum Beispiel: “Possible explanations for this trend include more women in the workplace, increased mobility of families and changing demographics” (Putnam 1995: 65).

4.1.4 Gemeinschaft als Basis der Demokratie

In diesem Bereich der Literatur wird die Gemeinschaft als Basis jeder Demokratie analysiert. Nur in einer sich selbst definierenden Gruppe, deren Mitglieder sich als zusammengehörend fühlen, kann eine Demokratie entstehen. „Democracy worked where the sense of belonging to the same community was strong enough to prevent the majority from abusing its power against the minority, and the minority from rejecting the decisions taken by the majority.“ (Guéhenno 1998: 139). Und diese Dynamik kann nur entstehen, wenn eine Gemeinschaft klar definiert ist, klare Grenzen hat. Denn wenn Grenzen umstritten sind und zum Diskussionsthema werden, dann kann die Gemeinschaft sich nicht mehr um die inneren Machtverhältnisse kümmern und die Demokratie geht unter (Guéhenno 1998). Das Thema der Grenzen und der territorialen Zugehörigkeit ist sehr wichtig, da es die Definition von Gemeinschaft entscheidend beeinflusst.

In diesen Gemeinschaftstheorien geht es um die Definition der Gemeinschaft oder um ihre Rolle. Es gibt sehr viel Forschung über die Beziehungen in Gemeinschaften und wie Gemeinschaften aufgebaut sind. Da in der Empirie dieser Arbeit die Konstruktion und die Zusammensetzung der gemeinschaftlichen Beziehungen nicht weiter beachtet werden konnte, wird hier davon abgesehen, die verschiedenen Netzwerk- und Hierarchietheorien zu präsentieren.

In dieser Arbeit werden multiple Ansichten der Gemeinschaft miteinbezogen. Die Bevölkerung des Dorfes ist im Sinne von Guéhenno eine Einheit mit definierten Grenzen und somit eine Gemeinschaft. Jedoch kann auch in kleinen Gemeinden von Communities of Choice gesprochen werden. Die Einwohner fühlen sich nicht unbedingt als Teil der Dorfgemeinschaft, sondern identifizieren sich möglicherweise gleich oder stärker mit einer anderen Gemeinschaft. In einer Gemeinde können auch mehrere Gemeinschaften zusammenleben. Es gibt Quartiere, welche sich eine eigene Identität für ihre Gemeinschaft aufbauen. Dabei ist zu betonen, dass keine Mindestgrösse für eine Gemeinschaft existiert. Schon sehr wenige Leute können eine Gemeinschaft bilden. Im Gemeindekontext wird oft von schwindenden Gemeinschaften gesprochen und direkt mit der sinkenden Partizipation verbunden. Dabei ist interessant zu sehen, ob in kleinen Gemeinden in der Schweiz auch aktiv Massnahmen im Stil von community building oder management unternommen werden oder ob die Partizipation als unbeeinflussbarer Faktor betrachtet wird. Der letzte Punkt, welcher sehr wichtig ist, wenn man von territorialen Gemeinschaften spricht und in diesem Sinn auch von kleinen Gemeinden, ist die Tatsache, dass in einer Gemeinschaft nicht alle freundschaftliche Verhältnisse haben und dass Konflikte in gewissem Masse normal sind. Da bei territorialen Gemeinschaften die Zugehörigkeit meist mit dem Wohnort verbunden wird, ist es in Konfliktsituationen meist schwieriger auszutreten, da dies viele Änderungen im individuellen Leben bedeuten würde. Dies hat zur Folge, dass in solchen territorialen Gemeinschaften Konflikte eher ausgetragen oder überwunden werden müssen, als dass sich ein Mitglied von der Gemeinschaft entfernt.

Soziale, politische und wirtschaftliche Gemeinschaft existieren parallel aber vermischen sich ebenfalls. Insbesondere territoriale Gemeinschaften haben meist eine politische und eine soziale Dimension.

4.2 Elemente des Gemeinschaftssinnes

„Toute communauté est par essence affective“ Mit diesem Satz beschreibt Parret (1991: 9) die Natur der Gemeinschaft. In diesem Abschnitt wird näher auf den

Gemeinschaftssinn und die damit verbundenen Gefühle eingegangen. Die fünf Hauptelemente werden von Obst et al. (2001c) definiert und später (Kapitel 7) für die spezifische Situation des Dorfes Kleinbödingen abgeändert und ergänzt. Die Autoren stützen ihre Analyse auf McMillan und Chavis (1986), die im Kapitel 4.1 zur Gemeinschaftstheorie erwähnt wurde. Jedoch werden die Elemente umbenannt. Mitgliedschaft wird zu Zugehörigkeit (Belonging), das Element des gegenseitigen Einflusses wird zu Führung und Einfluss (Leadership and Influence) und in dieser Arbeit als Einbindung definiert. Die Befriedigung der Bedürfnisse wird zu gegenseitiger Unterstützung (Support) und die emotionale Verbindung wird als Beziehungen und Werte (Ties and Values) gekennzeichnet. Obst et al. (2001c) entdeckten in ihrer empirischen Studie noch ein fünftes Element, welches sie bewusste Identifizierung (Conscious Identification) nennen.

4.2.1 Zugehörigkeit

McMillan und Chavis (1986) definieren die Zugehörigkeit über Grenzen. Zwischen Mitgliedern und nicht Mitgliedern gibt es eine Grenze, welche es der Mitgliedergruppe erlaubt, sich zu demarkieren und somit eine Identität zu bilden.

Mannarini (2004) definiert das gemeinsame symbolische System als Mechanismus der Zugehörigkeit. Ein gemeinsames symbolisches System erlaubt es der Gemeinschaft, ihre Grenzen zu befestigen. Mitglieder teilen sich gemeinsame Hintergründe und fühlen sich somit nicht nur näher, sondern profilieren sich klar von Nicht-Mitgliedern. „Le rappresentazioni collettive come i miti, le cerimonie, le feste, i riti di passaggio, i simboli, le narrazioni hanno una valenza coesiva.“ (Mannarini 2004: 103). Identität ist direkt mit dem Gemeinsamkeitsgefühl verbunden.

Auch bei Obst et al. (2001c) wird sichtbar, dass die Identifizierung der Gemeinschaft vom Zugehörigkeitsgefühl abhängt. Zugehörigkeit ist die Basis jeder Gemeinschaft, denn ohne Mitglieder gibt es keine Gemeinschaft und ohne Ausgrenzung gibt es keine Mitglieder. Und ohne Identität werden keine Individuen zu Mitgliedern, denn eine Gemeinschaft ohne Identität hat keinen Existenzgrund. Benhabib (1996:3-4) drückt es so aus: „Since every search for identity includes differentiating oneself from what one is not, identity politics is always and necessarily a politics of the creation of difference“.

4.2.1.1 Konstruktion des Wir und des Anderen

Um die eigene Identität zu behaupten und zu definieren, grenzt sich eine Gemeinschaft von den Anderen ab. Dies geschieht nicht nur durch Mitgliedschaft und Ausschließung an sich, sondern über den Diskurs, der über die Anderen geführt und reproduziert wird.

Das Verständnis dieser Mechanismen wurde im Zusammenhang mit Orientalismus und Kolonialismus entwickelt. Nach Said wurde der Orient von den Kolonialisierenden kreiert. Als Abgrenzung zum Kolonialisierenden wurde der Kolonisierte identifiziert. Insbesondere die Wertung spielt in dieser Konstruktion der Dichotomie eine Rolle. „On the one hand there are Westerners, and on the other there are Arab-Orientals; the former are (in no particular order) rational, peaceful, liberal, logical, capable of real values, without natural suspicion; the latter are none of these things.“ (Said 1979: 49). Die Wertung in einer solchen Beziehung sagt mehr über die Wertenden aus als über die Gewerteten. Die Existenz des Anderen erlaubt es der Gemeinschaft, die Gemeinsamkeiten, die existieren, zu definieren und zu

bekräftigen. In der Definition vom Westen durch den Orient spielen Machtverhältnisse eine wichtige Rolle.

In der Beziehung zwischen verschiedenen Gemeinschaften, welche sich in Grösse, Wichtigkeit und Identität näher stehen, spielt Macht ebenfalls eine Rolle, jedoch nicht in gleicher Masse, da die Machtverhältnisse nicht gleich asymmetrisch sind. In der Konstruktion des Orients wird klar, dass sich der Westen durch den Orient definierte, dieser jedoch keine Identität bilden konnte. Das ist nicht immer so. Auch die Konstruktion von Nationalidentitäten funktioniert durch Ausschluss. So definierten sich zum Beispiel England und Frankreich im 18ten Jahrhundert gegenseitig. In Frankreich wurden die Engländer als „Les rosbifs“ definiert. Andererseits wurden die Franzosen von den Engländern „frogeaters“ genannt. (Pickard 2007) Es wurde eine Dichotomie gebildet. Die zwei Parteien haben jedoch die Möglichkeit, eine Definition festzulegen, weshalb nicht von Unterdrückung gesprochen werden kann.

In beiden Beispielen wird sichtbar, dass die Differenz, die Definition des Wir und des Anderen über den Diskurs geschieht. Diskurs, das bedeutet nicht nur „Sprache“ sondern „Sprachliches und Soziales, Textproduktion und Machtverhältnisse“. (Hofman 2001:18). Hofman basiert sich auf der Diskursanalyse von Foucault. „Diskursive Konstruktion der Wirklichkeit meint, dass der Nexus von Text zu Realem nicht einfach gegeben ist, sondern hergestellt wird“ (Hofman 2001: 20). Foucault verbindet Diskurskonstruktion auch direkt mit Macht. Wer Diskurse kreiert, bildet Wahrheiten. In dieser Arbeit ist dabei wichtig zu sehen, dass Diskurse produziert und immer wieder reproduziert werden. Es wird dabei nicht nach einer Realität gesucht, welche in diesem Sinne nicht existieren kann, da sie durch Diskurse produziert würde, sondern der Diskurs an sich analysiert. Die Konstruktion des Wir und des Anderen sind komplexe Situationen, in denen zum Teil viel Diskurs produziert wird. Dabei sind insbesondere die Konstruktionen der Argumentationen und die Wortwahl interessant. Jede Gemeinschaft definiert sich über Diskurs gegenüber den Anderen und diese Dichotomien können nur so aufgedeckt werden.

Im Kontext einer kleinen Gemeinde, welche mehrere Gemeinschaften beherbergt, werden auch Diskurse benutzt und Identitäten definiert und diese bilden das Zugehörigkeitsgefühl. Diese Diskurse werten immer die Gruppe auf, die sie reproduziert. Es muss jedoch nicht in jedem Verhältnis von Gemeinschaften eine so tiefe „Feindschaft“ liegen wie zwischen Frankreich und England.

4.2.2 Einbindung

Obst et al. (2001c) nennen diesen Faktor „Einfluss und Führung“ und meinen damit die Wechselwirkung zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedern, den Mitgliedern unter sich und der Gemeinschaft und dem Territorium, das sie besetzt. Um dieser Beziehung in der deutschen Sprache gerechter zu werden, wird dieses Phänomen „Einbindung in die Gemeinschaft und in das Territorium“ genannt. In ihrem Artikel werden so genannte territoriale Gemeinschaften analysiert. Dies erklärt den direkten Bezug auf das Territorium. Bei Gemeinschaften, welche keine territoriale Befestigung haben, spielen die anderen Möglichkeiten des Einflusses eine grössere Rolle.

4.2.2.1 Einbindung in die Gemeinschaft

Wenn ein einzelnes Mitglied die Gemeinschaft beeinflussen kann, wird das Macht genannt. Diese wird jedoch nicht unbedingt von einem Einzelnen ausgespielt,

sondern kann auch von einer Untergruppe in der Gemeinschaft ausgehen. Zwei Aussagen werden über die individuelle Macht gemacht. Zuerst wird die individuelle Macht als Anziehungsfaktor für Mitglieder gesehen. Eine Gemeinschaft kann nicht anziehend sein, wenn ein noch nicht Mitglied nicht Aussichten auf mögliche Macht hat. Dies ist nicht so zu verstehen, dass eine Person nur in eine Gemeinde zieht, wenn sie Aussichten auf einen Gemeinderatssitz hat. Jedoch würde keine Person, welche in einer demokratisch organisierten Gemeinde wohnt, freiwillig und ohne äussere Zwänge in eine gleichwertige (Wirtschaft, Lage, usw.) Gemeinde ziehen, in der sie kein Mitspracherecht hat. Die Aussicht auf Macht in diesem Sinne hat also nichts mit der Führung der Gemeinschaft zu tun, sondern viel eher mit der Möglichkeit, sich einzubringen, zu partizipieren. „Participation in voluntary associations or in government programs yields a sharing of power that leads to greater "ownership" of the community by the participants, greater satisfaction, and greater cohesion“ (McMillan et al. 1986: 7). Führung ist der andere angesprochene Faktor von Obst et al. (2001c). McMillan et al. (1986) erklären, dass Führung das individuelle Bedürfnis nach Einfluss auf die Gemeinschaft befriedigen kann. Obst et al. (2001c) sprechen von lokalen Machträgern wie Politikern. In ihrer Studie über nicht territoriale Gemeinschaften wurde klar, dass in nicht territorialen Gemeinschaften und Interessensgemeinschaften gegenseitiges Beeinflussen und Partizipationsmöglichkeit fast keine Rolle spielten. „This may [...] be due to the element of perceived choice. If you choose to belong to an association due to common interest the need for influence over that association may be less than the need to feel some control or influence over the area in which you live.“ (Obst et al. 2001a). Obst et al. (2001a, b und c) gehen nicht näher auf das Element der Führung ein. Das Wichtige in einer geographischen Gemeinschaft ist die theoretische Möglichkeit, die Führung zu übernehmen. Theoretisch deshalb, weil theoretisch jede amerikanische Bürgerin und jeder amerikanische Bürger Präsident werden kann, praktisch braucht es jedoch hohe Qualifikationen aber auch grosse finanzielle Mittel oder Unterstützung (Witcover 2001). Jedoch motiviert diese Möglichkeit zur Partizipation und erhöht somit das Gefühl der Zugehörigkeit.

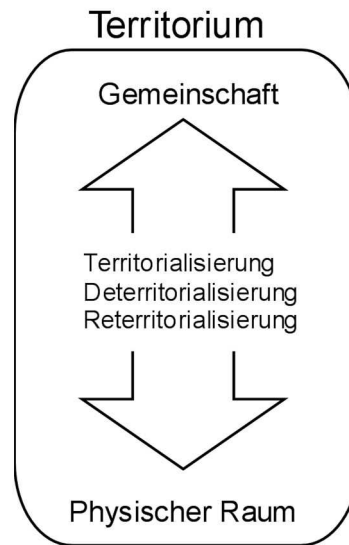
Mannarini (2004) thematisiert wie Obst et al. und McMillan et al. die Macht, welche die Gemeinschaft über jedes einzelne Mitglied hat, als Konformismus. Diese Macht bedeutet, dass sich die Mitglieder gewissen Regeln anpassen, um Mitglied zu werden oder zu bleiben. Implizit wurde oft davon ausgegangen, dass dieser Konformismus einzig von der Gemeinschaft auf die Mitglieder ausgeübt wird. McMillan et al. thematisieren jedoch auch die entgegengesetzte Logik: Das Bedürfnis der Individuen nach Konformismus in der Gemeinschaft, der sie angehören.“ However, consensual validation research demonstrates that the force toward uniformity is transactional - that it comes from the person as well as from the group. Thus, uniform and conforming behaviour indicates that a group is operating to consensually validate its members as well as to create group norms.“ (McMillan et al. 1986: 6). Konsensuelle Bestätigung gibt dem Individuum die Sicherheit, dass das, was es erlebt, real ist. Nur wenn die anderen Mitglieder bis zu einem gewissen Punkt in derselben Art denken, können sie sich gegenseitig verstehen, unterstützen und auch bestätigen. Trotz diesen positiven Effekten wurde Konformismus oft als negativ gewertet, da das Individuum an Individualität abgibt. Wichtig ist dabei das Gleichgewicht zwischen Konformismus und Individualismus. Mannarini (2004:104) unterstreicht, dass dieses Gleichgewicht dauernd im Wandel ist. „L'intera dinamica sociale è un processo di influenza derivante dalla dialettica tra controllo e mutamento“.

Die Aussage über Gleichgewicht kann nicht nur in der Beziehung zwischen Konformismus und Individualismus gesehen werden, sondern generell in den Machtverhältnissen zwischen Gemeinschaft und Individuum. „In relation to Influence, for a group to be both cohesive and attractive it must influence its individual members whilst allowing them to feel they have some control and influence over it.“ (Obst et al. 2001a:2).

4.2.2.2 Einbindung in das Territorium

Wichtig ist die Wechselwirkung zwischen der Gemeinschaft und dem Territorium, welches sie besitzt oder besetzt. Eine Erklärung dazu geben die Theorien der Territorialisierung, Deterritorialisierung und Reterritorialisierung von Raffestin (1980), die Theorie der territorialisierenden Aktionen von Turco (1988) und die Theorie der Akteure von Bertoncin und Pase (2006). Diese werden hier sehr kurz zusammengefasst und als Theorie des territorialen Systems erklärt, da sie sich ergänzen. Wenn in diesem Abschnitt von Gemeinschaft gesprochen wird, ist eine territoriale Gemeinschaft gemeint. Nicht-Territoriale Gemeinschaften sind von dieser Erklärung nicht betroffen.

Ein physischer Raum, welcher noch nie bewohnt wurde, noch nie eine Bedeutung für einen Menschen oder für eine Gemeinschaft hatte, wird als einziger, neutraler physischer Raum definiert. Mit dieser Definition wird klar, dass solche Räume nur noch wenig bis gar nicht mehr existieren. Jede Gemeinschaft hat sich ihren Raum angeeignet. Diese Aneignung wird von Raffestin (1980) Territorialisierung genannt. Die Gemeinschaft beeinflusst ihr neu angeeignetes Territorium. Turco (1988) definiert eine Spirale der Territorialisierung: „Nel primo caso si andrebbe da un „prima“ a un „dopo“: l'attribuzione di nome ai luoghi precede la costituzione de quei stessi luoghi in „oggetti“ manipolati e manipolabili; a quest'ultima segue infine l'impianto di strutture“ (Turco 1988: 77). Zuerst werden Namen vergeben, die Gemeinschaft besitzt somit das Territorium symbolisch. Es gibt „gute“ und „schlechte“ Orte, und diese werden auch so benannt. Die zweite Etappe ist eine praktische Kontrolle. Es werden Infrastrukturen gebaut, welche das Territorium für die Gemeinschaft benutzbar machen. Den dritten Schritt nennt Turco, Strukturation. Dies bedeutet, dass sich die Gemeinschaft, nachdem Namen verliehen und Infrastrukturen gebaut wurden, organisieren muss, um nachhaltig überleben zu können. Eine solche Struktur wäre zum Beispiel die Gemeinde. Bertoncin (2006) ergänzt dieses Modell, indem sie die Rolle der Akteure mit einschliesst. Akteure einer Gemeinschaft haben einen Plan, ein Projekt, welches sie durchführen und sich so ihr Territorium aneignen.



Quelle: Raffestin 1980
Darstellung: Zweifel 2009.

Abb. 5: Territorium als Wechselwirkung zwischen Gemeinschaft und physischem Raum.

Die Territorialisierung, welche hier beschrieben wird, ist aber nicht ein definitives Ereignis. Sie ist ein Prozess und das Territorium und die Gemeinschaft verändern und beeinflussen sich ständig. Raffestin nennt diesen Prozess Territorialisierung, Deterritorialisierung und Reterritorialisierung. Zuerst wird der physische Raum territorialisiert, dann werden einige, viele oder gar alle Errungenschaften dieser Territorialisierung zerstört, umgenutzt oder sie geraten in Vergessenheit. Die Gemeinschaft beginnt nach dieser Deterritorialisierung eine Reterritorialisierung, in der sie das Territorium an ihre Bedürfnisse adaptiert. Die Zeit ist in diesem Modell ein sehr wichtiger Faktor, denn eine Gemeinschaft verändert sich mit der Zeit, nicht nur durch die Mitgliederänderung oder den Generationenwechsel, sondern auch weil Ideen und Projekte sich verändern, die Gemeinschaften sich entwickeln.

Die gegenseitige Wirkung des Territoriums und der Gemeinschaft wird durch zwei Komponenten gegeben. Erstens ist ein Territorium ein physischer Raum mit so genannten Invarianten. Bertoncin definiert solche Invarianten als Elemente, welche im Raum stehen und nicht in kürzester Zeit verändert werden können. Ein Berg prägt die Gemeinschaft, die darum oder darauf lebt zum Beispiel sehr. Die zweite Komponente sind die verschiedenen Zeiten der Territorialisierung und der Territorialität. In einer Gemeinschaft gibt es aktive Akteure oder Akteurgruppen, welche das Territorium in der Logik der Deterritorialisierung und Reterritorialisierung immer wieder verändern und somit neu territorialisieren. Und alle Akteure leben die Territorialisierung, dieses Phänomen wird Territorialität genannt. So kommt es, dass oft ein Teil der Gemeinschaft seine Territorialität lebt, während andere dieses Territorium schon wieder verändern. Das veränderte Territorium hat so einen Einfluss auf die Akteure, die nicht aktiv bei der Territorialisierung mitwirkten.

4.2.3 Unterstützung

Sicherheitsgefühl wurde im Zusammenhang mit Konformismus thematisiert und ist hier wiederum ein wichtiger Punkt. Die Gemeinschaft soll das Individuum im Sinne von Sicherheitsspenden unterstützen und physische, psychische, wirtschaftliche usw. Bedürfnisse erfüllen. Auch in diesem Zusammenhang sind Unterschiede

zwischen territorialen und nicht territorialen Gemeinschaften bemerkbar. Dies hängt aber insbesondere daran, dass jedes Individuum in einer territorialen Gemeinschaft wie zum Beispiel einer Gemeinde, einem Kanton oder einem Land lebt und andere Erwartungen daran stellt, als an eine Interessensgemeinschaft oder gar eine virtuelle Gemeinschaft. Die wirtschaftliche und physische Sicherheit wird immer in der territorialen Gemeinschaft gesucht, beziehungsweise in Problemsituationen wird erwartet, dass zum Beispiel durch Sozialversicherung und staatliche Unterstützung Sicherheit gegeben wird. Im Gegensatz dazu wird psychische Unterstützung im Sinne von Freundschaft, gemeinsamen Interessen, usw. öfter in nicht territorialen Gemeinschaften gesucht und gefunden.

“It is obvious that for any group to maintain a positive sense of togetherness, the individual-group association must be rewarding for its members” (McMillan et al. 1986: 7). Die Motivation, einer Gruppe beizutreten, ist also das Finden der Unterstützung, die das Individuum braucht, sucht oder will. Die verschiedenen Unterstützungen werden, wie oben erklärt, von verschiedenen Gemeinschaften gespendet. Menschen können schon existierenden Gemeinschaften mit einer bekannten Unterstützung beitreten. Das ist zum Beispiel beim Beitritt zu einer Religion oder Sekte der Fall. Gemeinschaften können sich jedoch auch explizit bilden, um Unterstützung zu bekommen, wie zum Beispiel bei Selbsthilfegruppen. „When people who share values come together, they find that they have similar needs, priorities, and goals, thus fostering the belief that in joining together they might be better able to satisfy these needs and obtain the reinforcement they seek” (McMillan et al. 1986: 8).

Mannarini (2004) schliesst die Diskussion über Unterstützung mit der Überlegung, dass je näher die Werte und daraus erfolgenden Bedürfnisse der Mitglieder einer Gemeinschaft sind, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass die eigenen Bedürfnisse simultan mit den Bedürfnissen der anderen erfüllt werden. Dies hat den Effekt, dass die Zufriedenheit grösser ist, was wiederum zu einem grösseren Zugehörigkeitsgefühl führt.

4.2.4 Beziehungen und Werte

Freundschaften, Beziehungen, emotionale Verbindungen mit anderen Mitgliedern werden von Obst et al. (2001c) als Beziehungen und Werte verstanden. Werte werden deshalb miteinbezogen, weil nur bei gemeinsamen Werten emotionale Bande möglich sind. Mannarini (2004) detailliert das Konzept der Werte, welches von McMillan et al. (1986) und Obst et al. (2001) benutzt wird. Die gemeinsame Geschichte der Mitglieder einer Gemeinschaft, das kollektive Gedächtnis macht aus, dass sich Mitglieder mit der Gemeinschaft und den anderen Mitgliedern identifizieren, sich in Situationen und Überlegungen erkennen können. Dabei ist es nicht wichtig, dass alle Mitglieder die Geschichten und Ereignisse miterlebt haben, aber sie müssen sich damit identifizieren können.

McMillan und Chavis (1986) haben diese Mechanismen der emotionalen Verbindung näher erforscht und verschiedene Phänomene zusammengetragen. Diese einzelnen Mechanismen wurden in der Psychologie und insbesondere in der Gemeinschaftspsychologie vertieft studiert, hier werden nur kurze Einblicke gegeben.

- Hypothese des Kontaktes: Je mehr Interaktionen es zwischen den einzelnen Mitglieder gibt, desto besser kennen, desto näher kommen sie sich.
- Qualität der Interaktion: „Success facilitates cohesion“(McMillan et al. 1986: 8). Je positiver gemeinsame oder gemeinschaftliche Erinnerungen, Geschichten

und Erlebnisse sind, desto grösser ist der positive Effekt auf den Zusammenhalt in der Gemeinschaft.

- Verslossenheit gegenüber Ereignissen: Wenn Interaktionen öfter mehrdeutig sind, die Kommunikation zwischen Mitgliedern nicht mehr funktioniert und/oder die Aufgaben der Gesellschaft nicht mehr erfüllt werden, dann leidet das Zusammengehörigkeitsgefühl sehr stark.
- Hypothese der geteilten Erlebnisse: Geteilte Erlebnisse verstärken die Bande zwischen Personen. Dieser Effekt ist insbesondere bei überstandenen Krisen und Katastrophen zu beobachten, denn Personen, die solche Erlebnisse gemeinsam durchgemacht haben, fühlen sich oft lebenslang verbunden.
- Investition: Je mehr ein Mitglied in die Gemeinschaft investiert, desto grösser ist der emotionale Bund zu dieser Gemeinschaft. Eine solche Investition kann sehr unterschiedlich ausfallen. Hausbesitzer zum Beispiel sind einer kommunalen Gemeinschaft mehr verbunden, da grössere persönliche Interessen von der Gemeinschaft betroffen sind. Andererseits kann auch ein grosses Engagement in einem Verein oder einem Unternehmen dazu führen, dass eine Person sehr starke Verbundenheit mit dieser Gemeinschaft fühlt.
- Effekt von Ehre oder Demütigung: Wenn im Kontext einer Gemeinschaft einem Mitglied Ehre ausgesprochen wird, wird sein Zugehörigkeitssinn wachsen und seine positive Einstellung zu der Gemeinschaft gesteigert. Wenn im Gegenteil in einer Gemeinschaft und in Anwesenheit der Mitglieder ein Mitglied gedemütigt wird, wird sein Sinn für die Gemeinschaft darunter leiden.
- Spirituelle Bindung: „Benché difficile da descrivere, questa dimensione definisce il piano della condivisione di fini e di ideali“ (Mannarini 2004: 104). Es geht um geteilte Werte, Ziele, Ideale, welche den Sinn einer Gemeinschaft verstärken oder gar kreieren können. In religiösen Gemeinschaften wird die Gemeinschaft ursprünglich auf diesem Mechanismus aufgebaut, andere kommen später dazu.

Diese Mechanismen zeigen nicht nur, wie starke Gemeinschaftssinne funktionieren und sich kreieren, sondern in einem gewissen Masse auch, wie eingegriffen werden kann, um positive Gemeinschaftsgefühle hervorzurufen oder zu verstärken. „Le comunità forti sono quelle che offrono all'individuo modi positivi per interagire, eventi importanti da condividere, modalità per portare a termine i compiti, opportunità di ottenere riconoscimenti, di investire e di sperimentare un legame affettivo con gli altri.“ (Mannarini 2004: 105).

4.2.5 Bewusste Identifizierung

Dies ist ein Element, welches Obst et al. (2001a, b und c) dem Modell von McMillan und Chavis (1986) nach mehreren empirischen Forschungen anfügten. Während bei McMillan et al. die Identifizierung mit der Gemeinschaft im Element der Zugehörigkeit analysiert wurde, trennen Obst et al. (2001b) diese Komponenten, weil sie nicht unbedingt vernetzt sind. Das Element der bewussten Identifikation mit der Gemeinschaft, der das Mitglied angehört, stach insbesondere bei der Studie von nicht territorialen Gemeinschaften heraus, auch wenn es bei territorialen Gemeinschaften ebenfalls sehr wichtig ist. „Respondents were also more aware of their membership in fandom, their community of interest, than in their geographical community membership.“ (Obst et al. 2001b: 8). Dies kann darauf zurückgeleitet werden, dass Personen bewusst einer Interessensgemeinschaft oder einer nicht

territorialen Gemeinschaft beitreten, während sie ein Haus oder eine Wohnung auswählen und so Teil der territorialen Gemeinschaft werden.

Auch deshalb wurden die Indikatoren der Identifizierung und der Zugehörigkeit getrennt, denn in geographischen Gemeinschaften ist die Identifizierung meist relativ schwach. Das Zugehörigkeitsgefühl leidet jedoch in Nichts darunter. Und umgekehrt, können sich Personen sehr stark mit einer Interessensgemeinschaft identifizieren, jedoch kein grosses Zugehörigkeitsgefühl verspüren.

4.2.6 Kritiken und Ergänzungen

McMillan und Chavis (1986) aber auch Obst et al. (2001 a, b und c), welche ihr Modell der Gemeinschaft und die Indikatoren und Mechanismen ergänzten, konnten nicht alle Parameter berücksichtigen. In diesem Abschnitt werden verschiedene Kritiken an diesen oben beschriebenen Elementen gemacht und Ergänzungen angefügt.

Der erste Punkt, auf welchen weder McMillan et al. noch Obst et al. eingingen, sind Konflikte in der Gemeinschaft. Solche kommen nicht nur vor, sie haben auch oft einen positiven Einfluss auf die Gemeinschaft, nachdem sie gelöst wurden. Auch wenn nicht wörtlich thematisiert, wird bei der Lektüre der Texte klar, dass diese Autoren der Uniformität, dem Gleichgewicht, der Zusammengehörigkeit einen sehr oder gar zu wichtigen Platz einräumen. Colombo et al. (2001) bemängelt dies, sowie die Tatsache, dass nie auf unterschiedliche Bedürfnisse der Mitglieder einer Gemeinschaft oder auf potenzielle Konflikte eingegangen wird. Wiesenfeld (1998) betont, dass nicht beachtet wird, dass jedes Individuum eigene Bedürfnisse, Ideen und Logiken hat, dass somit eine Gemeinschaft nie eine homogene Einheit im Sinne von McMillan et al. sein kann. „Such characteristics may divide a community temporarily or permanently drive some members out of the community“ (Wiesenfeld 1998: 339). Sie präsentiert jedoch auch Arbeiten über Gemeinschaften in Südamerika, in welchen Konflikte zur Bildung von Subgruppen führten. Diese hatten einen positiven Einfluss auf die Gemeinschaft im Sinne von Partizipation. Somit können Konflikte nicht nur als trennend und als Gefahr für eine Gemeinschaft gesehen werden, sie können auch konstruktive Effekte haben.

Im zweiten Kritikpunkt geht es um den Anspruch auf positive vereinigende Erlebnisse. McMillan und Chavis (1986) erklären, dass nur auf positiven Ereignissen und Geschichten eine nachhaltige Gemeinschaft gebildet werden kann. Brodsky et al (1999) formulieren zwei Kritiken: im Ersten geht es um die Positivität der Ereignisse und im Zweiten um die notwendige Angehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Sie beschreibt Gemeinschaften, welche auf negativen Ereignissen aufgebaut wurden. McMillan und Chavis (1986) gehen auf den Zusammenhang ein, der aus einer Krise entstehen kann. Sie sehen dies jedoch nicht als mögliches „Gründungsereignis“ für eine Gemeinschaft, denn diese können für sie nur auf positiven gemeinsamen Erlebnissen aufgebaut werden. Brodsky (1999: 661) aber spricht von Gemeinschaften, welche durch Krisen kreiert wurden: „a disaster brings people together in interdependence and results in a positive sense of community“. In diesem Sinne kann ebenfalls ein aktuelles Beispiel genannt werden, in dem ein negatives Ereignis den Gemeinschaftssinn einer ganzen Nation verstärkte. Die Attentate auf New York am 11.9.2001 verstärkten nicht nur den Gemeinschaftssinn der Einwohner von New York sondern denjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Andererseits thematisieren Brodsky et al(1999) in ihrer Recherche über arme Quartiere in den USA, dass sich Personen von Gemeinschaften entfernen oder entfernt halten,

weil es für sie eine grössere Sicherheit oder einen positiven Effekt bedeutet. Dies ist in der Sicht von McMillan et al. aber auch Obst et al. unmöglich, denn nur Gemeinschaft kann für sie die Bedürfnisse erfüllen und insbesondere die Bedürfnisse nach Sicherheit. „Some resilient single mothers in physically dangerous, low income neighbourhoods found it protective to have a negative psychological sense of community. These women saw the costs of identifying with and depending on their community to be too high, and perceived isolating themselves from the community to be a protective strategy for themselves and their families.” (Brodsky et al. 1999: 661).

Für McMillan und Chavis, aber auch für Obst et al. sind Gemeinschaften für Mitglieder nur anziehend und positiv, wenn Kontakt und Nähe sehr gross sind. Jedoch kann auch Abstand oft einen positiven Einfluss auf den Gemeinschaftssinn haben und viele Probleme lösen oder gar nicht auftauchen lassen. „Non sempre, dunque, un elevato senso di comunità produce benessere psicosociale, anzi, in particolari circostanze si rivela preferibile un atteggiamento di distacco, che può realizzarsi attraverso un allontanamento fisico oppure attraverso il disinvestimento emotivo o un meccanismo di identificazione in negativo.” (Mannarini 2004: 109).

Dass teilweise eine gewisse Ablösung von einer Gemeinschaft für das Mitglied und für die Gemeinschaft positiv ausfallen kann, kann durch das Argument der Investition erklärt werden. McMillan und Chavis (1986) interpretieren Investition als sehr positiv und partizipationsfördernd, jedoch wie schon oben angeführt, betrachten sie die Mitglieder nicht als Individuen mit verschiedenen Logiken, Bedürfnissen und Prioritäten. Aufgrund von divergierenden Meinungen können zu viel Investition in die Gemeinschaft von zu vielen Mitgliedern einen negativen Einfluss haben, Konflikte oder Probleme auftreten lassen. Darunter wird jedoch nicht verstanden, dass diese Mitglieder sich komplett von der Gemeinschaft trennen müssen, sondern dass sie sich weniger engagieren sollen. Diese Diskussion über eine mögliche Grenze der zu grossen Partizipation wird im Kapitel über Partizipation erneut aufgegriffen. (Kapitel 5.3.1)

Der letzte Punkt welcher von McMillan und Chavis (1986) wenig oder nicht beachtet, jedoch von Obst et al. (2001) aufgegriffen wurde, ist die mögliche Pluriappartenz, beziehungsweise dass ein Mitglied mehreren Gemeinschaft angehören kann. „People interact in many different spheres: at work, in political or religious organizations or in other voluntary associations, as well as through informal links between friends, neighbours and relatives “(Colombo et al. 2001: 459). Dies hat nicht nur den Effekt, dass die Mitglieder in jeder Gemeinschaft Zeit verbringen und sich investieren, sondern dass damit eine weniger starke Einbindung in jede einzelne Gemeinschaft erfolgt. Die Pluriappartenz hat ebenfalls den Effekt, dass - wie von Obst et al. (2001a,b und c) beobachtet - viele territoriale Gemeinschaften darunter leiden, weil Individuen sich eher zu ihren Wahlgemeinschaften zählen als zu den territorialen Gemeinschaften, denen sie angehören.

Ein letzter Punkt welcher bei jeder Forschung über und in Gemeinschaften beachtet werden muss, ist die Loyalität. Die Mitglieder einer Gemeinschaft haben auch ausserhalb dieser Gemeinschaft Kontakte und werden diese deshalb in anderen Gemeinschaften verteidigen. Die Identifizierung des Mitglieds mit der Gemeinschaft ist dabei die Hauptmotivation. Im Sinne des Zugehörigkeitssinnes und der Identifizierung kann ein Mitglied nicht zulassen, dass die Gemeinschaft von aussen kritisiert wird, da somit seine eigene Identität als Mitglied in Frage gestellt würde. Diese Loyalität entsteht hauptsächlich im Kontakt mit Nicht-Mitgliedern. Dies wird zum Beispiel bei Sportanlässen klar. Die Fanggemeinschaft definiert sich eigentlich

um einen Spieler oder eine Mannschaft. Aber sobald einen Match stattfindet, definieren sie sich auch gegen die andere Mannschaft oder den anderen Spieler (Franke 1996). Ein anderer Mechanismus, der bei solchen öffentlichen Gegenüberstellungen von Gemeinschaften beobachtet werden kann, ist die grössere Einbindung der Personen in ihre Gemeinschaft und die Integration neuer Mitglieder. Falcoz et al. (2005) thematisieren das Phänomen der Integration durch Sport. Insbesondere bei grossen Meisterschaften, wie Weltmeisterschaften, sind die Effekte der Gegenüberstellung mit anderen Mannschaften sehr gross. Die Integration geht schneller und einfacher. Bei Weltmeisterschaften wurde beobachtet, dass während der Matches Ausländer, welche wenig integriert waren, innerhalb von 90 Minuten starke Zugehörigkeitsgefühle entwickelten und die lokale Fangemeinschaft sie als Mitglied anerkannte.

Bei einer Forschung in einer Gemeinschaft, der die forschende Person nicht angehört, muss insbesondere auf diesen Verteidigungsmechanismus acht gegeben werden. Denn auch wenn die Personen dem Forschenden gegenüber nicht negativ eingestellt sind, gibt es Ereignisse, Erlebnisse und Konflikte, welche als „gemeinschaftsintern“ betrachtet und aus Gründen der Loyalität nicht nach aussen getragen werden. Dieses Gefühl der Loyalität kann soweit gehen, dass die Gemeinschaft nur positiv dargestellt wird und alle Elemente, die als negativ oder „nicht schön“ wahrgenommen werden, verschwiegen werden. Auch deshalb kann nie ein gänzlich korrektes Bild der Gemeinschaft abgegeben werden.

5 Partizipation

Partizipation kann in der politischen Gemeinschaft oder in der sozialen Gemeinschaft stattfinden. Nicht nur wählen, sich zur Wahl stellen und abstimmen sind partizipative Aktionen. In einem Sportklub die Kasse führen, freiwillig in einer Gemeinde betagten Personen bei Gartenarbeiten helfen oder mehrere Kinder bis zur Schule über die Strassen begleiten sind die Partizipationsarten, die es möglich machen, in einer Gemeinschaft zu leben. In diesem Kapitel werden nicht nur Motivationen und Unterschiede in der Partizipation präsentiert, sondern auch verschiedene Kategorien des Partizipierens erläutert.

5.1 Aktion als Basis der Partizipation

Partizipation, sei sie politisch oder sozial, ist immer eine Aktion. Diese kann individuell oder kollektiv sein. Um Partizipation als psychosoziales Element zu verstehen, muss zuerst Aktion verstanden werden. Aktion wurde in der Psychologie ausser in den 1980er und 1990er nur eine kleine Rolle zugeschrieben. In ihrer Aktionstheorie definiert Mannarini (2004) vier Hauptelemente: Ein aktives Subjekt, ein Ziel, eine aktuelle Situation und ein Beziehungssystem zwischen Akteuren.

Das aktive Subjekt, das heisst ein Individuum oder eine Gruppe, hat ein Ziel. Das bedeutet, dass es sich in die Zukunft projizieren kann. Es lebt in einer aktuellen Situation, auf welche es einen Einfluss ausüben kann. Und es lebt in einem Beziehungssystem, mit dem es leben muss, welches es aber auch beeinflussen kann. Eine Aktion kann nur unter diesen Bedingungen unternommen werden. Dabei muss beachtet werden, dass jedes aktive Subjekt in einer Situation eine limitierte Sichtweise eben dieser Situation besitzt. Bertone und Pase (2006) erklären die Situation jedes Akteurs damit, dass jeder Daten besitzt, Verzerrungen erlebt, die Situation also nicht rational einschätzen kann. In Folge seines limitierten Situationsverständnisses kann er Opportunitäten erkennen oder nicht. In der Abbildung 6 werden diese Modelle dargestellt.

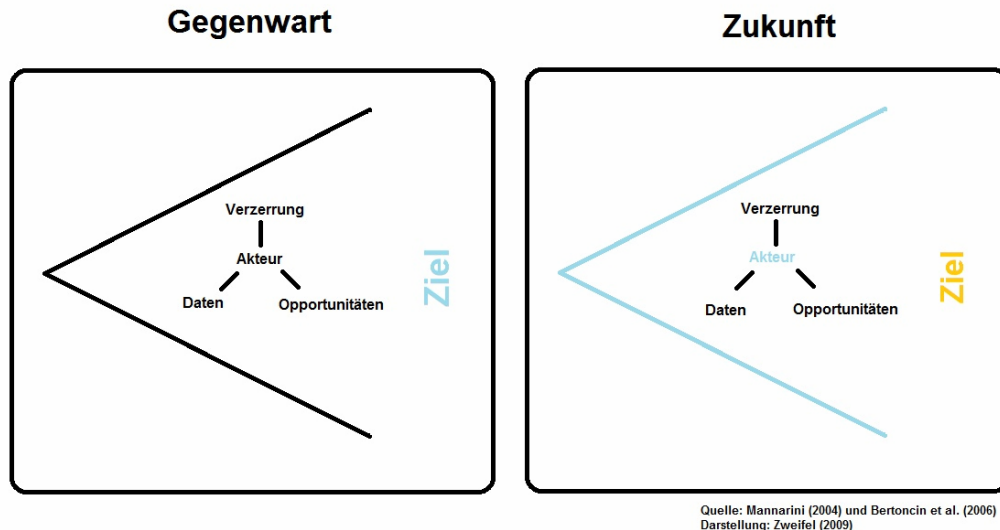


Abb. 6: Modell der Aktion nach Mannarini, Bertoncin und Pase.

In kognitiven Modellen arbeitet der Akteur nach einem Plan, um die aktuelle Situation zu verändern. Wenn der Plan einmal steht, kann der Akteur nicht mehr davon abweichen. Im Gegensatz dazu sieht die situative Theorie vor, dass Akteure nie ausserhalb einer Situation agieren können und dass sich diese somit gegenseitig beeinflussen. „L’azione è situata perché si sviluppa in situ, guidata non da piani ma dalla contingenza“ (Mannarini 2004: 37).

Wenn kognitive und situative Theorien so zusammen gesehen werden, wird Aktion nicht mehr als nur planmässig gesehen, sondern sie wird auch durch die Situation gegeben. Wenn Partizipation verstanden werden will, müssen beide Faktoren anerkannt werden. Personen können sich für ein langfristiges Ziel einsetzen, sich zum Beispiel in einer Partei engagieren, um die aktuelle Situation in ihrem Sinne zu verändern. Andere werden durch die Situation gegeben, wie beim Bau einer neuen Industrieanlage in einem Quartier, wenn sich die Einwohner gegen oder für diese Projekt einsetzen. Ihr Ziel ist in diesem Fall zeitlich begrenzt. Auch in einem langfristigen Plan können situative Änderungen vorkommen und den Plan auch langfristig verändern. Dies bedeutet, dass Partizipation nicht eine einzige Aktion ist, welche langfristig andauert. Sie ist ein Prozess, in dem immer wieder verschiedene Situationen aktiv beeinflusst werden.

Partizipation muss immer als aktiver Eingriff in das Leben der Gemeinschaft und auch in das individuelle Leben gesehen werden. „Participation is defined as a process in which the subjects take an active part in decision-making in institutions, programmes and in the spheres that concern them; through participation citizens are supposed to gain skills, influence, and control over conditions affecting their lives“ (Colombo et al. 2001: 461). Da Partizipation immer eine Aktion ist, existiert eine Schwelle, welche von jedem Individuum bewältigt werden muss, bevor es sich in das Gemeinschaftsleben einbringt. Im nächsten Abschnitt wird das in dieser Arbeit benutzte Konzept der Partizipation präsentiert.

5.2 Partizipation : das Konzept

Partizipation kann nicht in einem Satz definiert werden, denn sie wird immer wieder verschieden verstanden und erklärt. Das liegt unter anderem daran, dass sich mehrere Disziplinen das Thema angeeignet haben und andere Prioritäten setzen. So

wird in der Soziologie die Partizipation als Gesellschaftsphänomen untersucht, während in der Psychologie eher auf die individuellen Faktoren der Partizipation gesetzt wird. Aber auch innerhalb der Disziplinen unterscheiden sich die Theorien. Zum Beispiel konzentriert sich die Gemeinschaftspsychologie nicht auf das Individuum. Die Politikwissenschaften dürfen dabei nicht vergessen werden, auch in diesem Fach wird die Partizipation sehr differenziert analysiert und eingeschätzt. In diesem Abschnitt wird nicht in ausführlicher Weise auf alle möglichen Interpretationen eingegangen, es wird ebenfalls auf einen geschichtlichen Rückblick verzichtet. Es wird hier nach einer Definition gesucht, welche soziale und politische Partizipation zusammenfasst und als Ganzes betrachtet.

Partizipation wird als Teilnahme an einem Fakt kollektiven Interessens definiert. „La partecipazione indica [...] l'atto del condividere con altri un'azione e lo stato d'animo connesso ad essa. [...] Inoltre, attiene ad un'azione che esprime un'appartenenza.“ (Caruso 2005: 62). Das Individuum partizipiert, weil es Teil der Gemeinschaft ist. Dabei wird die Entwicklung der Gemeinschaftspartizipation (community participation) beobachtet, das freiwillige Engagement in politischen aber auch in sozialen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten wirkt verstärkt und das Mitwissen aller Mitglieder einer Gemeinschaft steigt. Diese Angaben stehen im Kontrast zu vielen Texten, welche den Tod der Partizipation beschreiben und wie die Demokratien unter schwindender Partizipation leiden. Jedoch muss hier beobachtet werden, dass in Letzteren nur die politische Partizipation berücksichtigt wird, während Erstere alle Sorten der Partizipation mit einschliesst.

Um die Partizipation als Ganzes zu berücksichtigen, wird heute oft der Begriff „zivile Partizipation“ benutzt und nicht mehr zwischen sozialem und politischem Engagement unterschieden. Dies birgt auch den Vorteil, dass nicht mehr Aktionen klassifiziert und getrennt werden müssen, welche in der politischen und in der sozialen Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. So muss die Arbeit von Gemeinderäten nicht mehr in sozial oder politisch aufgeteilt werden, sondern kann als grosses, freiwilliges Engagement eingeschätzt werden. Ein anderer Vorteil des Begriffs „zivile Partizipation“ ist, dass nicht nur Stimmbürger als partizipationsberechtigt gelten. Denn auch nicht stimmberechtigte Einwohner können sich auf mehreren Ebenen einbringen, ausser eben der formalisierten, politischen Partizipation. So können sich zum Beispiel Ausländer oder Minderjährige sehr aktiv an einem Abstimmungskampf beteiligen, ohne das Stimmrecht zu besitzen. In welchen Domänen dieses Engagement stattfindet, wird ebenfalls oft thematisiert. Die Antwort ist: Überall! „Jenes Engagement, das in Politik, Sport, Kultur, Umwelt, Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso erbracht wird wie im Gesundheits-, Bildungs-, Rechts-, und Rettungswesen, in der Jugendarbeit und der Ökonomie.“ (Braun 2001: 83).

Braun (2001) illustriert nicht nur die Vielfältigkeit des zivilen Engagements, sondern er greift auch die verschiedenen politischen Debatten über das Thema auf. Kurz gefasst können die Meinungen in zwei Gruppen gefasst werden: die Skeptiker und die Optimisten. Während Skeptiker das zivile Engagement als leeres Argument der Politiker anschauen, interpretieren es die Optimisten als möglichen Neuanfang in der Demokratie, in welcher die zivile Gesellschaft Taten vollbringt. Viel interessanter als diese Grundargumente ist dabei, in welchem Kontext Skeptiker und Optimisten über die Partizipation debattieren. Braun (2001) definiert drei Domänen: die Diskussion um den Sozialstaat, die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und schlussendlich den Dialog über die Zukunft der Demokratie. „In allen drei Bereichen soll der engagierte Bürger durch Selbstorganisation, Partizipation, gemeinwohlorientiertes Handeln und

Zivilcourage die Problemlösung sein.“ (Braun 2001: 91). Diesem Ideal der Zivilgesellschaft wird jedoch die individualistische Realität gegenüber gesetzt. Braun (2001) interpretiert diese extreme Sicht, welche zum Beispiel in „Bowling Alone“ von Putnam (1995) auftritt, als romantisierend und übertrieben. Jedoch ist auch die Sicht einer perfekten partizipierenden Zivilgemeinschaft ein Ideal, welches nicht erreicht werden kann. In diesen zwei Ansichten wird die Motivationen zur Partizipation sehr unterschiedlich erklärt: Im egoistisch individualistischen Modell partizipiert ein Individuum nur, wenn der Eigennutzen genügend gross ist. Im gemeinschaftlichen Modell liegt der Grund zur Partizipation einzig im Gemeindewohl. Auch in diesem Fall müssen beide Modelle beachtet werden, denn beide existieren in der Realität.

Die Debatte um zivile Partizipation und verschiedene Ansichten in den Geisteswissenschaften könnte noch sehr viel weiter gezogen werden. Hier wird jedoch auf konkreten Aspekten aufgebaut, welche bei der Analyse der Empirie eine Rolle spielen können. Zum Beispiel ist klar, dass zivile Partizipation nur möglich ist, wenn die klassischen Entscheidungsträger wie Politiker und Funktionäre für den Dialog bereit sind und einen Teil ihrer Entscheidungskraft dem Volk überlassen, welches nicht mehr nur wählt und abstimmt, sondern aktiv eingreift. (Braun 2001).

Zivile Partizipation wird von Albano (2005 :324) wie folgt definiert : „lo svolgimento sistematico di attività, il garantire una presenza su cui gli altri membri possono contare, l'avere un qualche tipo di incarico o responsabilità, il frequentare in modo assiduo e per un periodo di tempo considerevole.“ Hier wird also nicht der Typ des Engagements miteinbezogen, sondern seine Seriosität. Dabei wird aber vergessen, dass auch mitmachen bei Demonstrationen und anderen kurzfristigen und in der Zeit begrenzten Aktivitäten als Partizipation betrachtet werden. Jedoch ist der wichtigste Punkt der Definition von Albano (2005), dass Verantwortung und das aufeinander Zählen miteinbezogen werden. Ein Engagement kann nur als Partizipation verstanden werden, wenn dieses nicht sporadisch ist und die Integration in der Gruppe gross ist.

Viele Autoren unterstreichen den Integrations- und Sozialisierungseffekt der Partizipation. Oberti (1998: 59) analysiert den Effekt der Partizipation auf Jugendliche in den Vororten von Paris. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema der Einbindung der Jugendlichen in territoriale Projekte, welche ihre Quartiere wieder aufwerten. „Les mieux préparés à concevoir un investissement dans l'amélioration du cadre urbain comme un élément d'un projet plus vaste d'intégration sociale et d'amélioration des conditions de vie sont ceux déjà investis dans le réseau associatif et qui constituent de ce point de vue des relais fondamentaux pour tisser des réseaux sur un territoire plus vaste qui puisse reconstituer un tissu plus riche sur le plan de l'urbanité comme de l'identité territoriale,„. Die Einbindung in Vereine, Parteien, Organisationskomitees usw. hat einen sozialisierenden Effekt auf diese Jugendlichen. Dies kann auf alle Mitglieder einer Gemeinschaft ausgedehnt werden. Je grösser das Engagement in informelle oder institutionelle Strukturen, desto grösser wird das Interesse für Gemeinschaftsangelegenheiten. Somit wächst der Gemeinschaftssinn. Jedoch ist Partizipation nicht die einzige Sozialisierungsmöglichkeit, auch die Erziehung und der familiäre Hintergrund können eine Rolle spielen, genauso wie die Schule, Freundeskreise usw. (Albano 2005).

In dieser Arbeit wird zivile Partizipation als Konzept präsentiert, das soziale und politische Partizipation vereint. Jedoch muss festgehalten werden, dass mehrere Autoren diese Vereinigung bezweifeln, da die Motivation für ein soziales Engagement nicht unbedingt zu politischer Partizipation führt und umgekehrt

(Gauthier 2003). In dieser Arbeit wird jedoch diese Definition zugezogen, weil die Trennung zwischen sozialen und politischen Sphären insbesondere in kleinen Gemeinden oft nicht existiert.

Interessant ist, dass in der Literatur sehr oft das Partizipationsverhalten von Jugendlichen analysiert wird. Somit werden Altersunterschiede sehr oft thematisiert, während Geschlechts- oder kulturelle Unterschiede insbesondere im europäischen Kontext weniger aufgegriffen werden. Dies wird oft dadurch erklärt, dass die Jugend die Zukunft bedeutet und deren Verhalten diese direkt beeinflusst. In Kapitel 5.6 werden verschiedene Faktoren, welche Partizipationsunterschiede hervorrufen, erklärt. Der nächste Abschnitt behandelt die schon angesprochene Krise der Partizipation.

5.3 Krise der Partizipation

In diesem Abschnitt werden zwei Ansichten verglichen: eine eher liberale Sicht in der der Markt und nicht die Partizipation die Demokratie garantiert und die Ansicht dass Partizipation das einzige Mittel zum Erhalten einer Demokratie ist.

In der liberalen Betrachtung kann es zuviel Partizipation geben, während in der eher verbreiteten Betrachtung die schwächer werdende politische Partizipation eine Krise der Demokratie provoziert.

In dieser Diskussion geht es um politische Partizipation wie Wählen, Abstimmen und sich wählen lassen. Hier wird nicht die Ganzheit der zivilen Partizipation diskutiert, denn oft wird in diesen Texten von einer politischen Sphäre gesprochen, die von der gesellschaftlichen Sphäre getrennt ist. Auch wenn dies in dieser Arbeit angezweifelt wird, ist die Diskussion um Probleme in der politischen Partizipation relevant, nicht nur weil sonst keine partizipative Probleme diskutiert werden, sondern auch weil in dieser Arbeit davon ausgegangen wird, dass die verschiedenen Partizipationstypen sehr eng verbunden sind. Diese Dimension der Krise könnte sich also auch auf andere partizipative Sorten verbreiten.

5.3.1 Zu viel Partizipation

Es gibt zwei Betrachtungsweisen, in denen die Partizipation des Volkes ein Hindernis für die Demokratie sein kann, die liberale und die elitistische Denkweise.

In der ersten Theorie wird ein liberales Menschenbild benutzt, welches davon ausgeht, dass jeder Mensch egoistisch handelt. „Puisque chacun poursuit ses intérêts propres, le débat politique n'est qu'une confrontation d'intérêts dénuée de principes, et les interventions de l'État servent avant tout des groupes particuliers, des politiciens ou des fonctionnaires. Il vaut donc mieux laisser une plus grande place au marché, qui permet à chacun de faire ses choix et qui donne peu de prise à la recherche d'avantages indus. La vision positive associée à cette critique concerne évidemment le marché, mais aussi l'affirmation des droits individuels. Dans la mesure où l'État et l'action collective représentent des menaces, la préservation des droits individuels et, notamment, la mise en place de chartes des droits, offrent une protection idéale, individuelle et relativement neutre“ (Noël 1996: 16). Dabei wird nicht die repräsentative Demokratie an sich angezweifelt, sondern die Tatsache, dass die Partizipation gleiche Chancen für alle garantieren kann.

Max Weber vertritt eine elitistische Meinung, in der das Volk nicht fähig ist, die Regierungsangelegenheiten zu verstehen und diese deshalb Eliten überlassen sollte: „Pour ce dernier [Max Weber], il est sociologiquement inconcevable que le peuple puisse réellement exercer son pouvoir dans les grands états modernes. Sauf à

sombrer dans l'anarchie et le chaos, ces Etats ne peuvent être dominés que par des élites restreintes, quand bien même elles le feraient au nom du peuple“ (Sintomer 1999 : 2). In dieser Hinsicht sind die Kompetenzen des Volkes der Wichtigkeit der Regierungsfragen nicht gewachsen.

Länger wird nicht auf diese Theorien eingegangen. Es ist jedoch wichtig, daran zu erinnern, dass partizipative Demokratie nicht einheitlich als bestes demokratisches System gesehen wird. Die Krise der Partizipation, von welcher sehr viel berichtet wird, kann also auch positiv interpretiert werden, auch wenn das nicht die Hauptoptik in dieser Arbeit ist.

5.3.2 Zu wenig Partizipation

„Participation is the key element in democracy“ (Schuler et al. 1993: xii). Denn nur Partizipation kann in einem System dem Volk die Stimme geben und somit Demokratie ermöglichen. Das ist die Grundaussage aller Autoren, die von der Krise der Demokratie sprechen und somit den Rückgang der Partizipation thematisieren.

In diesem Abschnitt wird nicht noch einmal auf die Wichtigkeit der Partizipation für die Demokratie, für die Gemeinschaft und für das Individuum eingegangen. Er fokussiert auf die verschiedenen Erklärungsgründe des Rückgangs der Partizipation.

Ein Diskussionspunkt ist der Zusammenhang zwischen Ausbildung und Partizipation. Generell wird davon ausgegangen, dass besser ausgebildete Personen mehr partizipieren als Personen, welche einen weniger hohen Ausbildungsgrad haben (siehe Kapitel 5.6.1). Dies jedoch liegt im Widerspruch mit aktuellen Tendenzen: „Britain has experienced a substantial increase in overall levels of educational attainment, something we might expect to produce an increase in electoral participation. That the very opposite seems to have happened is nothing less than a “puzzle of participation”.“ (Curtice et al. 2004: 93). Die Krise der Partizipation ist also nicht nur eine Krise, sondern ein Rätsel, denn es gibt keinen erwiesenen Bezug zwischen dem Wissensstand der Bevölkerung und ihre Partizipation, auch wenn diese Theorie besteht „Perhaps a better-educated and more politically competent society is more willing and able to participate in a range of political activities, activities that are seen as a more effective way of expressing one's view than simply putting a cross on a ballot paper“ (Curtice et al 2004: 94).

Curtice et al. benutzen hier einen Indikator, der diese Krise nicht eindeutig erklären kann. Gauthier (2003) identifiziert vier andere mögliche Gründe der Nicht-Partizipation: fehlendes Interesse, fehlende Informationen, fehlende Politisierung und bewusste Enthaltung als Kritik gegenüber dem System. Vermeersch (2004) erweitert diese Erklärung um das schwindende Interesse an politischer Partizipation durch die steigende Individualisierung der Gesellschaft.

Diese Erklärungen passen alle in die in Kapitel (4.2) erklärten Faktoren der Gemeinschaft. Wenn der Gemeinschaftssinn gross ist, dann wird partizipiert, wenn er klein ist, nicht. Dabei ist zu beachten, dass sowohl die steigende Individualisierung, wie fehlende Interessen, Politisierung oder Informationen auf diesem schwachen Sinn für Gemeinschaft basieren. Der letzte von Gauthier genannten Punkt kann nicht durch den Gemeinschaftssinn erklärt werden, denn wenn eine Kritik am System stattfindet, sind ein Interesse und ein Zugehörigkeitsgefühl für die Gemeinschaft vorhanden. In diesen Fällen wird oft zu anderen partizipativen Mitteln wie Demonstrationen gegriffen. Somit wird klar, dass die Krise der Partizipation nur ein Thema ist, weil nicht alle Facetten der Partizipation miteinbezogen werden.

Die Frage nach der Legitimität dieser so oft thematisierten, demokratischen Krise wird somit wieder präsent.

5.3.3 Existiert wirklich eine Krise der Partizipation?

Caruso (2005:63) betont in ihrer Arbeit: „Studi recenti dimostrano che, anche nel nostro paese, si ha una progressiva crescita della partecipazione sociale. Accanto al volontariato socio-assistenziale, va espandendosi un volontariato civico, che mira ad accrescere il livello di consapevolezza dei cittadini in vari settori e a creare le condizioni della partecipazione politica e sociale“

Die Krise der Partizipation war in den 1990er Jahren ein grosses Thema in der Politik, in den Medien und in der wissenschaftlichen Forschung. Seitdem kann eine Evolution der Optik auf die Partizipation beobachtet werden. Zum Einen wird immer häufiger zivile Partizipation und nicht mehr einzig die politische Partizipation beachtet. Dabei kann keine effektive Krise mehr festgestellt werden, sondern eher eine Verschiebung der Interessen und der Engagements. Zum Zweiten wird nunmehr selten Partizipation in der ganzen Gesellschaft thematisiert, sondern es werden spezifische Aspekte wie das Partizipationsverhalten Jugendlicher, älterer Personen oder kultureller Minderheiten näher beleuchtet.

Jedoch bleibt die klassische politische Partizipation insbesondere auf nationaler Ebene in vielen Demokratien tief. Und auch wenn diese Tatsache nicht mehr als Krise empfunden wird, stellt sie zum Teil die Effizienz des demokratischen Systems in Frage.

Ladner und Bühlmann (2007) sehen drei Gründe, die tendenziell tiefe politische Partizipation als nicht vollständiges Verständnis der Situation zu sehen und somit nicht als Indikator für eine schlecht funktionierende Demokratie. Erstens kann die Qualität der Demokratie nicht an der Partizipation gemessen werden, da in vielen autoritären Regimes die Partizipation sehr hoch ist. Zweitens gibt es zahlreiche Arten, sich zu engagieren und politische Partizipation ist nur ein Weg, welcher nicht jedem entspricht. Drittens kann eine tiefe Partizipation als Zeichen des hohen Vertrauens und der Zufriedenheit gedeutet werden (Ladner et al. 2007: 245).

Insbesondere diese dritte Erklärung hat hier ihre Wichtigkeit. Und zwar dann, wenn schwache Partizipation auf nationaler und kantonaler Ebene aber auch in grossen Gemeinden als positiv gedeutet werden kann und keineswegs das Funktionieren des Systems in Frage stellt. Diese Interpretation muss aber gerade für kleine Gemeinden nicht unbedingt stimmen. Denn in kleinen Gemeinden mit Gemeindeversammlung ist die Demokratie direkter und hängt direkt von der Partizipation jedes Einzelnen ab. Zwischen einem Gang zur Urne, welcher heute sogar per Post und in einzelnen Gemeinden per Internet gemacht werden kann und einer Teilnahme an einer Gemeindeversammlung gibt es Unterschiede. Als markantes Beispiel kann dabei der Zeitaufwand genannt werden, jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass die Teilnahme an einer Gemeindeversammlung und das öffentliche Stehen zu einer Ansicht, vielleicht sogar mit Handerheben, eine grössere Hemmschwelle hat, als die Abgabe seiner Meinung per Post.

Deshalb wird hier die Theorie über eine mögliche Krise der Demokratie in allen industrialisierten Ländern nicht weiter vertieft. Die wichtige Schlussfolgerung aus dieser Abhandlung ist, dass Partizipation in kleinen Gemeinden eher einen höheren Stellenwert hat, denn hier kann schon das Enthalten der Partizipation weniger Personen die nachhaltige Existenz der Gemeinde gefährden.

Im nächsten Abschnitt wird auf die verschiedenen Arten der Partizipation eingegangen.

5.4 Arten der zivilen Partizipation

Diese kurze Aufzählung der Möglichkeiten, sich auf lokaler Ebene zu engagieren, stellt bei Weitem nicht den Anspruch, vollständig zu sein, denn es gibt so viele Arten sich einzubringen, wie es Individuen in der Gemeinschaft gibt. Es werden aber die Hauptkategorien kurz aufgegriffen und erklärt.

5.4.1 Wählen, Abstimmen und Kandidieren

Wählen, Abstimmen aber auch sich zur Wahl stellen sind Aktionen der klassischen, politischen Partizipation. Viele Autoren reduzieren Partizipation auf diese Art der politischen Beteiligung. Dabei wird politische Partizipation als: „behaviour designed to affect the choice of governmental personnel and/or policies“ (Conge 1988: 242) definiert. Hier wird einzig die Beeinflussung von Regierungsentscheiden genannt und nicht die Tat, selbst zur Regierung zu gehören.

Es wird sichtbar, dass zwei Ebenen der klassischen politischen Aktion existieren. Wählen und Abstimmen ist das kleinere Engagement. Dieses Engagement sollte in einer Demokratie möglichst gross sein, um die Vertretung der verschiedenen Meinungen gut darzustellen. Die zweite Eben ist das Kandidieren für verschiedene Posten. Dies ist ein sehr entscheidender Schritt, da ohne Kandidaten niemand gewählt werden kann. Hiermit wird genau der in dieser Arbeit thematisierte Gegenstand angesprochen. Es muss beachtet werden, dass dies eine spezifische Schweizer Problematik ist. „Die Schweizer Demokratie ist im internationalen Vergleich nicht allein deshalb einzigartig, weil sie ihre Bevölkerung so häufig zu Wahlen und Abstimmungen ruft. Noch ungewöhnlicher ist vielmehr, wie viele Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, sich in unzähligen Exekutivgremien und Kommissionen ehrenamtlich an der konkreten Ausführung der Politik (vor allem auf kommunaler Ebene) mitzubeteiligen - und damit bedeutsame Aufgaben zu erfüllen, die in anderen Ländern einer kleinen Elite von Berufspolitikern und professionelle Verwaltungsbeamten überlassen bleibt.“ (Geser 2007: 2). In kleinen Gemeinden ist aber genau dieses Finden von Kandidaten ein Problem. Dies lässt sich dadurch erklären, dass eine Amtübernahme sehr zeitaufwändig ist und oft auch während der üblichen Arbeitszeit geschieht. Auch die benötigten Kompetenzen müssen meist bei Übernahme des Amtes zumindest zum Teil erarbeitet werden. Dies bedeutet wiederum einen Energie- und Zeitaufwand.

Ein Amt in einer Gemeinde zu übernehmen, ist also gleichbedeutend mit der Übernahme einer Verantwortung und dem zur Verfügung stellen von Zeit, welche viel grösser sind als bei Bürgerinnen und Bürgern, die wählen und abstimmen.

5.4.2 Freiwilligenarbeit und Ehrenämter

Ein zweiter wichtiger Teil der zivilen Partizipation ist die Freiwilligenarbeit und die Übernahme von Ehrenämtern. In diesem Abschnitt werden Ämter erneut aufgegriffen, weil nicht nur auf Gemeindeebene Ämter existieren und diese hier nicht nur im Zusammenhang mit der politischen Realität thematisiert werden können.

Das Funktionieren der Schweiz als direkte Demokratie, welche auf Milizsystemen aufgebaut ist, hängt sehr stark vom freiwilligen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger oder Bewohnerinnen und Bewohner ab. Diese Sphäre von Citizenship und der Zugehörigkeit, welche nicht in Gesetzgebungen zu politischen und sozialen

Rechten und Pflichten festgehalten werden kann, ist jedoch von immenser Wichtigkeit.

Dieses zivile Engagement kann nicht nur in der unentlöhnten Freiwilligenarbeit gesehen werden, auch politische und soziale Ämter, welche durch unser Milizsystem gegeben werden, sind Teil davon. „Es ist wichtig, Milizämter im Kontext von Freiwilligenarbeit mit zu diskutieren.“ (BFS, 2004:18) Solche Ämter können auch Ehrenämter genannt werden. Sie sind nicht oder symbolisch entlohnt und beruhen meist auf einer Wahl. Während Walliser-Klunge nur Milizarbeit thematisiert, welche sie wie folgt definiert: „Le travail de milice est une activité qualifiée, non-professionnelle, exercée au service de la communauté, rémunérée de manière modeste ou non-rémunérée“ (Walliser-Klunge, 2001: 30), spricht das Bundesamt für Statistik über unbezahlte Arbeit. Politische und soziale Ämter werden somit zum Teil ausgeschlossen und informelles Engagement dafür eingeschlossen. Auch aus diesem Grund ist es sehr schwierig, eine passende Definition für nicht oder symbolisch entlohnte Arbeit im Nutzen der Allgemeinheit zu finden. Wilson und Musick umgehen dieses Problem, indem sie über den Wert der Arbeit argumentieren: „[...] that volunteering is simply one of several kinds of productive activity, distinguished in that it has “a market value greater than any remuneration received” (Wilson et al. 1997).

Im Hinblick auf die soziale Partizipation in einer kleinen Gemeinde sind alle drei dieser Bereiche - institutionelle Arbeit, informelle Arbeit und Ehrenamt - wichtig, deshalb werden in dieser Arbeit all diese Gebiete unter Freiwilligenarbeit verstanden. In der folgenden Tabelle ist eine Klassifizierung nach den Daten des BFS (Bundesamt für Statistik) der verschiedenen Engagements in diese drei Typen vorgenommen worden.

Bereiche der verschiedenen Typen der Freiwilligenarbeit	
Typ	Bereich
Institutionalisierte Freiwilligenarbeit	Sportvereine
	Kulturelle Vereine
	Sozial-karitative Organisationen
	Kirchliche Institutionen
	Interessensgemeinschaften
Ehrenämter	Öffentliche Dienste
	Politische Parteien
	Politische Ämter
	Kinderbetreuung von Verwandten

Tab. 1: Bereiche der verschiedenen Typen der Freiwilligenarbeit

Die Beteiligung unterscheidet sich stark vom Typ der Freiwilligenarbeit, die geleistet werden soll. Dies kann nicht nur auf die Motivation der Personen zurückgeführt werden, sondern hängt auch mit der Anzahl benötigter Personen pro Bereich ab.

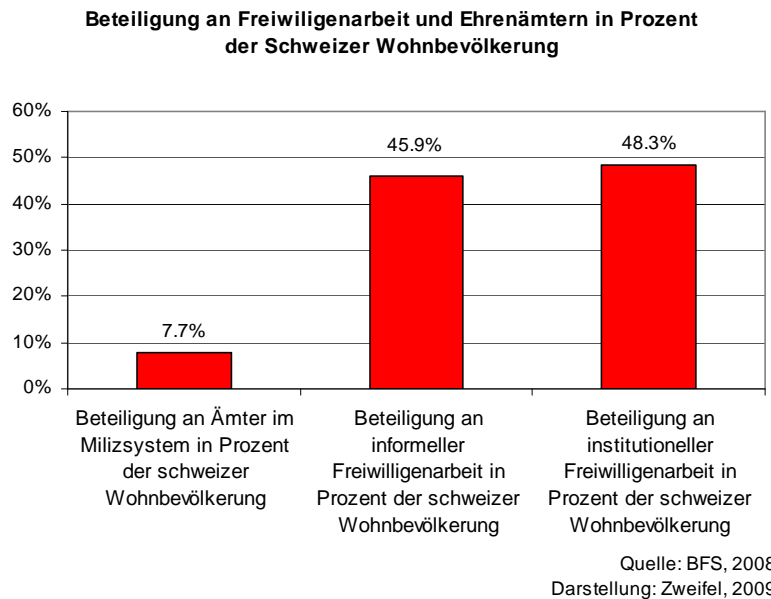


Abb. 7: Beteiligung an Ämtern im Milizsystem in Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung

In dieser Darstellung wird sichtbar, dass sich markant weniger Personen für Ehrenämter engagieren als in Klubs oder der informellen Verantwortung.. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass eine Krise der Partizipation existiert. Viel weniger Personen übernehmen Ehrenämter, weil es weniger Ehrenämter gibt und somit auch weniger Personen braucht. „La participation associative [*comprend*] l'adhésion volontaire à toute organisation de fait ou déclarée, s'attachant à obtenir des décisions en faveur de la collectivité ou d'un groupe, voire à gérer la vie collective ou encore simplement la penser. “ (Ferrand-Bechmann et al. 2004: 15-16). Mitglied eines Klubs zu sein, um zusammen Sport zu treiben oder zu diskutieren, reicht also nicht. Partizipation hat immer mit Organisation, Übernehmen von Verantwortung oder einer Ideologie zu tun.

In diesem Sinne kann auch wieder auf die Definition von Albano (2005) zurückgegriffen werden, welcher nur Engagements, die regelmässig und längerfristig sind, als Partizipation gelten lässt. Der wichtigste Punkt seiner Definition ist dabei, dass andere Personen im Klub, im Verein, in der Gemeinde auf die engagierte Person zählen können. Freiwilligenarbeit kann nur funktionieren, wenn ein gewisses Vertrauen vorhanden ist, dass die Arbeit bei keinem oder nur einem geringen Entgelt gemacht wird. Nicht jede Person, die im Fussballclub mitspielt, kann also als Freiwilliger gelten. Jedoch ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass eine Person, die in einem Verein ist, auch aktiv partizipieren wird. „Et bien qu'entrés „en associations“ pour des raisons souvent pratiques et utilitaires, ils s'y découvrent dans le projet et apprennent à devenir responsables et militants, ils s'engagent. “ (Ferrand-Bechmann et al. 2004: 20). Die Motivation für den Eintritt in eine Gemeinschaft und der Grund für den Beginn des partizipativen Engagements können sich stark unterscheiden.

5.4.3 Unkonventionelle Partizipationsarten

„Als unkonventionelle politische Partizipation werden jene Formen politischer Beteiligung verstanden, die, im Sinne unverfasster bzw. nicht auf verfasste Aktivitäten bezogener Beteiligungsformen, spontan oder geplant in relativer Distanz zu parteibezogenen politischen Institutionen entstehen“ (Hadjar et al. 2007 :412). Das bedeutet, dass das Schreiben von Parolen auf Wände, Demonstrationen, die

Beteiligung an Streiks, die Besetzung von Gebäuden und Ämtern auch Beispiele der zivilen Partizipation sind. Diese Aktionen, welche nicht im Rahmen des Systems ablaufen, sondern sich zumindest gegen Teile davon richten, sind aber ebenfalls Zeichen des gemeinschaftlichen Engagements.

In der Literatur wird über die mögliche Illegalität von partizipativen Akten debattiert und inwiefern unkonventionelle und konventionelle Partizipationsaktionen sich gegenseitig ausschliessen oder ergänzen (siehe Hadjar et al 2007). Dies wird jedoch hier nicht näher aufgegriffen, da diese Formen in Kleinbörsen nicht beobachtet wurden.

Da in dieser Arbeit insbesondere das partizipative Engagement studiert wird, werden im Abschnitt 5.6 verschiedene Motivationen und Gründe für den Beginn dieser Aktivität beschrieben und es wird ebenfalls auf die vielen Interessensunterschiede eingegangen. Im Folgenden wird das Konzept von Citizenship aufgegriffen und die Wichtigkeit für die Partizipation erklärt.

5.5 Citizenship

Der Begriff Citizenship wird oft mit Staatsbürgerschaft gleichgestellt. Jedoch muss bemerkt werden, dass Staatsbürgerschaft lediglich die Mitgliedschaft in einem Staat oder einer anderen administrativ-territorialen Ebene betont, Citizenship wiederum viel stärker auf die Partizipation und die aktive Rolle der Bürger verweist. Citizenship wird hier direkt mit ziviler Partizipation verbunden. Nach einer kurzen Einführung in das Konzept, wird näher auf Citizenship in der Schweiz eingegangen. Von der Geschichte und der Entwicklung des Konzeptes wird abgesehen, da dies nicht ein Hauptpunkt dieser Arbeit ist

5.5.1 Citizenship als Konzept

Bellamy (2008:17) definiert Citizenship wie folgt: „Citizenship is a condition of civic equality. It consists of membership of a political community where all the citizens can determine the terms of social cooperation on an equal basis. This status not only secures equal rights to the enjoyment of the collective goods provided by the political association but also involves equal duties to promote and sustain them – including the good of democratic citizenship itself.“ Zu sehen ist, dass Gleichberechtigung eine wichtige Rolle spielt. Dies steht im Zusammenhang mit Unterschieden im Bereich von Klassen, Gender, sexueller Ausrichtung, ethnischer Natur, usw.

Der zweite Punkt, den Bellamy integriert, ist die Mitgliedschaft einer politischen Gemeinschaft. Das bedeutet, dass ein Unterschied zwischen Bürgern und Einwohnern gemacht wird. Bellamy diskutiert die Ausschliessung von Nicht-Bürgern und erwartet, dass sich solche Barrieren mit der Intensivierung von internationalen Migrationsflüssen mit der Zeit auflösen oder zumindest abschwächen. Jedoch braucht es für ihn eine gemeinsame kulturelle Basis, um Demokratie zu erreichen. „A working democracy certainly requires some elements of a common civic culture: notably, broad acceptance legitimacy of the prevailing rules of politics and probably a common language or languages for political debate.“ (Bellamy 2008:13). Die Definition der Gemeinschaft steht bei dieser Aussage im Mittelpunkt. In der Schweiz wird keine gemeinsame Sprache gesprochen, aber dass die verschiedenen Sprachregionen zusammengehören und ein Ganzes formen, ist unbestritten. Die politische Gemeinschaft definiert sich somit nicht nur durch eine gemeinsame Kultur oder die Möglichkeit zusammen zu sprechen, sondern auch durch akzeptierte Grenzen. In dieser Arbeit kann eine solche limitierende Definition akzeptiert werden,

da es um Citizenship in Gemeinden geht. Citizenship wird heute in sehr vielen Fällen nicht mehr mit Territorium verbunden, sondern mit der Zugehörigkeit zu einer Gruppe wie zum Beispiel ethnischen Gruppen in Städten der USA.

Gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Dieses Grundprinzip wird auch hier in die Definition eingebracht. Dieses als Basis der Demokratie geltende Kriterium ist nicht das Einzige. Wichtig ist die Einleitung in das Konzept der Pflichten der Bürger. Gleiche Rechte bedeuten auch gleiche Pflichten für jeden Bürger und jede Bürgerin. Darunter versteht Bellamy die Pflicht zu partizipieren, sich für das Wohl der Gemeinschaft zu engagieren. „That paradox consists in our rights as citizens being dependent on our exercising our basic citizenship right to political participation in cooperation with our fellow citizens“ (Bellamy 2008:17). Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind also direkt von ihrer Bereitschaft abhängig, ihre Pflichten zu erfüllen. Denn moderne Demokratie stützt sich auf Repräsentation und auf Gesetze. Diese werden von Bürgerinnen und Bürgern bestimmt und können nur gültig sein, wenn sich möglichst alle beteiligen. Diese Einführung von Pflichten in die Definition von Citizenship führt zu einer Diskussion über Partizipation im Sinne der formalisierten politischen Partizipation.

Auch in dieser modernen Definition von Bellamy (2008) wird nicht näher auf die zivile Partizipation eingegangen. Bellamy beschränkt sich dabei auf die Bürger. Somit können Personen ohne Bürgerrechte keine partizipativen Taten unternehmen. Dies wird in Kapitel 5.2 angezweifelt. Auch kann der Anspruch auf einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund aller Mitglieder einer territorialen Gemeinschaft in Frage gestellt werden, da insbesondere Nationalstaaten solche Gemeinschaften bilden und diese nie homogen sein können. Viele dieser Kritikpunkte wie die Ausschliessung von Nicht-Bürgern, der Anspruch auf eine gemeinsame Kultur und das Nichtbeachten nicht formalisierter, partizipativer Taten werden von der feministischen und postmodernen Kritik aufgegriffen.

Personen, welche keine Bürger der Gesellschaft sind, in der sie leben, können sehr unterschiedliche Hintergrundgeschichten haben. Diese Problematik wird im Zusammenhang mit internationaler Migration thematisiert. Dabei fällt auf, dass in modernen Staaten Citizenship immer mit Nationalität gleichgestellt wird und die Diskussionen um soziale und politische Rechte und Pflichten daher sehr emotional geführt werden. Deshalb erleben Personen mit Migrationshintergrund nicht nur einen Ausschluss der Nationalität, sondern auch vieler Citizenshiprechte. „The thesis is based on the idea that the only major difference between the citizen and the denizen is the absence of political rights for the latter. In fact there are other rights that migrants do not fully enjoy, such as civil rights, which are often violated in practice and economic rights.“ (Kofman 2002: 1046). Das Citizenship Konzept wie es hier von Bellamy (2008) vertreten wird, wird nicht nur kritisiert, weil Nationalität und Citizenship gleichgestellt werden. Er führt den Faktor der gemeinsamen Kultur als Basis von Citizenships ein. Dies ist jedoch in der multikulturellen Gesellschaft nicht realistisch und hat ebenfalls den Effekt, dass zum Beispiel kulturelle und sprachliche Minoritäten ausgeschlossen werden.

Diese kurze Einführung hat weder den Anspruch, das Konzept ausführlich zu beschreiben noch die aktuellsten Diskussionen um Citizenship zu beinhalten. Im nächsten Abschnitt wird auf Citizenship, beziehungsweise das Bürgerrecht und die zivile Partizipation in der Schweiz und im Kanton Freiburg eingegangen.

5.5.2 Citizenship in der Schweiz und im Kanton Freiburg

In jedem Land wird definiert, wer Bürgerin und Bürger, das heisst wer Mitglied in der politischen Gemeinschaft sein darf. Diese Mitgliedschaft verleiht der Person Rechte und Pflichten.

Hier wird zuerst genauer auf politische Citizenship, also auf das Wahl- und Stimmrecht eingegangen und wie diese Mitgliedschaft in der Schweiz geregelt wird. In der heutigen Schweiz wird zivile Citizenship, also Eigentumsrecht usw. allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz zugestanden. Diese wird als Allgemeinrecht eingestuft. Auch das Recht auf Bildung und Gesundheit ist nicht einzig den Bürgern vorbehalten. In verschiedenen Kantonen können Kinder von Sans-Papiers zur Schule gehen, ohne dass diese kontrolliert werden. Ein Beweis, dass die Evolution, welche die Citizenshiprechte zu globalen Rechten machen wollte, aber auch die Diskussion über Grundrechte, welche der ganzen Menschheit zustehen, direkte Auswirkungen auf die Gesetze hat. Bei politischem Citizenship wird eine Grenze zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern gezogen. Diese Grenze, welche nicht nur eine Nationalitätsgrenze ist, könnte so nicht existieren, wenn es nicht nur um politische Rechte gehen würde.

In der Bundesverfassung steht: „Schweizerbürgerin oder Schweizerbürger ist, wer das Bürgerrecht einer Gemeinde und das Bürgerrecht des Kantons besitzt.“ (Bundesverfassung 1999: Art 37. 2). Dies zeigt, dass in der Schweiz die kommunale und kantonale Ebene das Bürgerrecht verleihen und der Bund keineswegs einbezogen werden muss. Es streicht noch einmal die Wichtigkeit dieser zwei kleineren Ebenen in der Schweizer Eidgenossenschaft hervor. Es gibt jedoch eine Ausnahme. Das Bürgerrecht von Auslandschweizern wird national geregelt.

Dass Schweizerinnen und Schweizer das Wahl- und Stimmrecht beibehalten können, auch wenn ihr Wohnsitz im Ausland liegt, ist insofern interessant, dass die Nähe zum Geschehen nicht als ausschlaggebend für die Kompetenz der Stimmenden, Wählenden oder gar Gewählten gilt. Die Zugehörigkeit zur Gruppe wird hier durch die Herkunft gegeben und nicht durch die Nähe. Genau das gegenteilige Argument wird für das Ausländerstimmrecht benutzt. Diese Personen befinden sich in der Schweiz, sind von den Situationen direkt betroffen und sollen somit auch beeinflussen können, was geschieht. Die Grenze zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern ist also weder physisch noch durch die Herkunft gegeben. Auch die Altersgrenze, welche in den meisten Schweizer Kantonen bei 18 Jahren liegt, wird immer mehr und heftiger diskutiert. Im Kanton Glarus wurde 2007 das kantonale Stimmrechtalter auf 16 Jahre gesenkt (Glarner Landsgemeinde 2007) und auch in anderen Kantonen, wie zum Beispiel Bern wird diese Möglichkeit diskutiert und zur Abstimmung gegeben. Grenzen der Bürgerrechte werden immer wieder diskutiert und ihre Logik hinterfragt, wie dies im Sinne von Bellamy nötig ist.

Um genauer zu verstehen, wie es in kleinen Gemeinden im Kanton Freiburg läuft, werden hier kurz die Gesetze zu diesem Thema zusammengefasst. In der kantonalen Verfassung von Freiburg wird generell definiert, wer in welchen Angelegenheiten das Stimmrecht hat. Im Gesetz vom 6. April 2001 über die Ausübung von politischen Rechten wird diese generelle Aussage genauer ausgeführt. Auf kantonaler Ebene haben Schweizerinnen und Schweizer und Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ab dem 18ten Lebensjahr das Stimm- und Wahlrecht. Auf der kommunalen Ebene gilt folgendes Gesetz: „Stimm- und wahlberechtigt in Gemeindeangelegenheiten sind, wenn sie das 18. Altersjahr zurückgelegt haben: a) Schweizerinnen und Schweizer in ihrer Wohnsitzgemeinde;

b) niederlassungsberechtigte Ausländerinnen und Ausländer in ihrer Wohnsitzgemeinde, wenn sie seit mindestens fünf Jahren im Kanton Wohnsitz haben (C-Ausweis)“ (Gesetz über politische Rechte des Kantons Freiburg 2001: Art 2a). Das zeigt, dass im kommunalen Kontext davon ausgegangen wird, dass das Geschehen alle Einwohner etwas angeht und die politischen Rechte nicht nur Schweizerinnen und Schweizern vorbehalten werden dürfen.

Es wird sichtbar, dass in Gesetzen nicht alle Citizenship-Dimensionen einbezogen werden, denn es wird zum Beispiel nur formalisierte Partizipation erwähnt. Die anderen Formen werden gänzlich ausgelassen. Alle Formen der Partizipation sind freiwillig und können somit nicht als Bürgerrechte oder -pflichten festgehalten werden. Dabei muss auch beachtet werden, dass dies eine Chance für diejenigen bedeutet, welche keine oder noch keine Bürgerrecht im Sinne des Stimm- und Wahlrechts besitzen.

Kofman (1995: 122) zeigt ebenfalls, dass der Staat oder die staatliche Ebene nur im begrenzten Sinne Citizenship definieren kann, weil dies auch mit Gefühlen und Zugehörigkeit zu tun hat. „Thus citizenship, viewed as the attribution of entitlements and duties, is a legal status but in its fullest sense it is the culmination of incorporation into a society“. Diese Gefühl kann genauso wenig wie Freiwilligenarbeit in Gesetzen festgehalten noch erzwungen werden. Zivile Partizipation hat also nicht immer - und in der Mehrheit der Fälle gar keinen- direkten Zusammenhang mit Bürgerrechten.

Im nächsten Abschnitt wird auf die Motivation zur Partizipation im Zusammenhang mit den sozialen Unterschieden eingegangen.

5.6 Motivation und Unterschiede

Personen, die im lokalen Kontext aktiv werden und auf einer Freiwilligen- oder Semi-Freiwilligenbasis ihr Engagement ausleben, haben verschiedene Motivationen und Gründe. In diesem Abschnitt wird eine kurze Zusammenfassung möglicher Gründe gegeben. Dann wird genauer auf soziale Unterschiede in der Partizipation eingegangen.

5.6.1 Motivationsgründe

Es können nicht alle Gründe und Motivationen für alle Sorten des partizipativen Engagements angegeben werden, denn diese sind oft sehr persönlich und situativ. Dabei muss beachtet werden, wie breit das Feld des möglichen Engagements ist. Zwischen dem Posten als Gemeinderat und einem Engagement in einem Fussballklub gibt es sehr grosse Unterschiede. „Les motivations déclarées n'apparaissent pas liées au caractère régulier ou non de la participation, pas plus qu'elles ne le sont aux durées consacrées à l'activité bénévole. Mais leur répartition diffère nettement selon le domaine d'activité de l'organisme dans lequel le bénévolat se déroule“. (Prouteau 2004 : 31). Die Natur des Engagements wird also durch die Motivation definiert.

Hier werden ein paar mögliche Gründe angegeben, immer unter der Voraussetzung, dass oft mehrere Erklärungen das Engagement einer einzelnen Person erklären können. Prouteau et al. (2004: 27) haben in Frankreich eine Studie über Freiwillige und ihre Motivationen durchgeführt. In dieser wird klar, dass die wenigsten nur einen Motivationsgrund haben, um aktiv zu werden. „Dans la grande majorité des cas, plusieurs raisons sont avancées pour rendre compte d'un même engagement“.

Oft wird bei den Motivationen zwischen egoistisch und altruistisch unterschieden. Diese Differenzierung ist jedoch zu vereinfachend und kann der Komplexität des Engagements nicht gerecht werden. Einzelne Motivationen können nicht nur egoistisch oder altruistisch sein. Die vielfältigen Hintergründe jedes Individuums müssen beachtet werden. „Les raisons de devenir bénévole se déclinent rarement sur le mode de l'unicité. Le jeu de leur composition tend à faire apparaître deux complexes de motifs assez distincts, l'un tourné vers l'attention à l'ego, l'autre orienté davantage vers le souci d'autrui (qu'il soit proche ou qu'il soit anonyme) ainsi que vers la défense de principes“. (Prouteau et al. 2004 : 29).

Clary und Snyder (1999) definieren in ihrem Modell sechs Hauptkategorien, in welche die verschiedenen Motivationen eingeordnet werden können. Hier werden diese Kategorien aufgegriffen, kurz erklärt und mit Beispielen illustriert.

Werte

Verschiedene Werte können zu einem partizipativen Engagement führen, zum Beispiel zum Verteidigen der eigenen Rechte oder derjenigen Anderer, humanitäre Anliegen, religiöse Überzeugungen aber auch sportliche Grundsätze wie Fair Play. Weibel et al. (2001) geben zwei Beispiele, welche direkt mit Werten zu tun haben.

Ein möglicher Grund ist Patriotismus. Im Kontext dieser Arbeit ist damit nicht der Nationalstolz gemeint sondern die Verbundenheit mit der lokalen Ebene. Dabei wird die Gemeinde oder die Region durch verschiedene freiwillige Engagements unterstützt, prominent gemacht oder verteidigt. Politisches Engagement in einem Gemeinderat oder einer lokalen Partei sind Beispiele dafür. Aber auch das Interesse an lokalen Vereinen wie Sportklubs oder Musikgesellschaften kann aufgrund solcher Motivationen bestehen. Eine solche Tätigkeit ist per Definition frei von persönlichem Profit.

Ein anderer Grund, der von Weibel et al. (2001) genannt wird, ist die Berufung zum freiwilligen Dienst. Diese kann durch den Charakter der Akteure, deren soziale oder religiösen Überzeugungen oder deren Erziehung erklärt werden. Solche Personen sind in allen Bereichen zu finden und durch eine totale Selbstlosigkeit in ihrem Engagement definiert.

Natürlich kann auch eine grosse Anzahl anderer Werte zur Partizipation motivieren, seien diese politischen, humanistischen, umwelttechnischen oder anderen Ursprungs. Selbstlosigkeit ist jedoch nicht der allgemeine Beweggrund zu Engagements aufgrund von Werten. Denn Werte können auch egoistisch sein, zum Beispiel wenn das Engagement der Verteidigung der eigenen Rechte gilt. In anderen Worten sind Engagements nie gänzlich egoistisch oder altruistisch.

Bildung

„Volunteering lets me learn through direct, hands-on experiences. “ The volunteer is seeking to learn more about the world or exercise skills that are often unused“ (Clary et al. 2004: 157). Diese Motivation kann wiederum in allen Bereichen aufgefunden werden, ist jedoch insbesondere in der Freiwilligenarbeit mit kranken, behinderten oder betagten Personen präsent. Diese Art der Partizipation erlaubt es den Engagierten, sich in Bereichen einzubringen, welchen sie sonst nicht unbedingt angehören, Informationen und Wissen zu erlangen, die sie sonst nicht erhalten hätten.

Bereicherung

Ein partizipatives Engagement erlaubt es Akteuren, Kompetenzen und Wissen zu erarbeiten, das sie sich sonst nicht hätten aneignen können. Dies gilt für alle Freiwilligen. Für einen Teil davon ist diese Anreicherung die Hauptmotivation.

Andere Akteure partizipieren aus persönlichen Gründen. Persönliche Ambitionen sind ebenfalls ein starker Faktor. Die Motivation kann durch eine professionell unbefriedigende Situation, den persönliche Ehrgeiz, einen Klub oder Verein wieder an die Spitze zu bringen oder den Bedarf nach Anerkennung erklärt werden. Natürlich können auch das soziale Ansehen oder das Networking zum Engagement motivieren. Aber wie Weibel sagt: „En cela, une ambition personnelle comme moteur d'une activité bénévole peut parfaitement conduire à un apport désintéressé sur le plan matériel et précieux pour le groupe au service duquel il s'est mis“. (Weibel et al., 2001: 24).

Karriere

In dieser Motivationskategorie spielen persönliche Ambitionen eine sehr grosse Rolle. In diesem Fall wird das Engagement aus karrieretechnischen Gründen ergriffen. Dies kann geschehen, um Kompetenzen zu erlangen, die professionell nützlich sind, oder aber um ein gutes Ansehen zu geniessen, denn freiwilliges Engagement wird oft positiv bewertet. In der empirischen Studie von Frisch et al. (1981) über die Motivationen von Freiwilligen beim Roten Kreuz wurden bei jungen Freiwilligen besonders oft Karriere oder das Erlernen von Kompetenzen angegeben. Dies wurde als drittwichtigster Grund für ein Engagement beim Roten Kreuz identifiziert. Jedoch gilt dieses Resultat nur für diese Vereinigung und das Bild kann bei anderen Engagements wie einem Sportklub oder einer Kirche anders sein.

Soziale Einbindung

Für Carly et al. (1998) wird unter sozialer Einbindung nicht das Engagement im sozialen Bereich verstanden. Sie bezieht sich dabei auf Personen, die sich aus sozialen Gründen engagieren. Ein Beispiel sind Individuen, die einem Klub beitreten, um Personen kennen zu lernen, welche dieselben Interessen haben, aber auch um mit Freunden mehr Zeit zu verbringen, usw. Sozial sind hier die Beziehung zwischen Freiwilligen und nicht das Engagement. In der Studie von Frisch et al. (1981) wurde das Entwickeln von sozialen Beziehungen und das Lernen, soziale Beziehungen zu knüpfen, insbesondere von jüngeren Engagierten als sehr wichtige Motivation angegeben.

Selbstschutz

Die Motivation, sich zu beschützen, ist egoistisch, sagen Carly et al. (1998). Es gibt Personen, die sich engagieren, um sich zu beschützen, indem sie von der eigenen Situation ablenken oder indem sie sich ein gutes Gewissen erarbeiten. „Related to ego defensive or externalization concerns, such motivations centre on protecting the ego from negative features of the self and, in the case of volunteerism, may serve to reduce guilt over being more fortunate than others and to address one's own personal problems.“ (Carly et al. 1998: 1518). Dieser Faktor wird von vielen Autoren nicht beachtet oder minimiert, wurde jedoch in mehreren empirischen Studien bewiesen. Frisch et al. (1981: 573) erforschten die Motivation von Personen, welche sich beim Roten Kreuz aktiv engagierten. „Many volunteers appear to look to Red Cross as a source of social support useful in coping with stressful life events, e.g., widowhood, physical disabilities, retirement.“

Nicht Partizipieren

Scholzmann et al. (1999) fragen nicht nach Gründen der Partizipation, sondern nach den Gründen der Nicht-Partizipation. Dies ist sehr aufschlussreich und ergänzt die Diskussion über Motivationen zur Partizipation. Sie identifizieren drei Hauptfaktoren: Möglichkeit, Lust und Rekrutierung. Die Einen können nicht partizipieren, entweder aus Zeitmangel, aus Geldmangel, eine spezifische Kampagne zu unterstützen oder an mangelnder Kompetenz. Diese Kompetenzen können sprachlich sein aber auch kulturell. Andere wollen aus mangelndem Interesse für politische, soziale, sportliche oder religiöse Fragen nicht mitmachen, oder aber auch aus Überzeugung, dass es sich nicht lohnt, sich zu investieren. Partizipation ist für sie eine Zeit-, Geld- oder Energieverschwendung. Wiederum Andere wurden nicht rekrutiert. Der Grund liegt nicht an fehlenden Kompetenzen oder Motivation, sondern daran, dass sie sich ausserhalb der sozialen Netzwerke bewegen, in denen Leute gesucht werden. Dabei ist festzustellen, dass die Nicht-Partizipation beim ersten und dritten Grund nicht an der Überzeugung der Individuen liegt. Die Gemeinschaft könnte diese Personen mit aktiven Bemühungen einbinden.

Die Motivationen und Gründe, sich zu engagieren oder dies nicht zu tun, sind persönlich. Es können jedoch soziale Muster der Partizipation aufgedeckt werden. Dies wird im nächsten Abschnitt thematisiert.

5.6.2 Unterschiede in der Partizipation

„What matters is not only the amount of civic activity but also who they are“ (Scholzmann et al. 1999: 429). Die Krise der Partizipation ist ein geläufiges Thema in der Literatur, insbesondere in der Politikwissenschaft. Diese kann auf zwei verschiedene Arten analysiert werden. Entweder wird die Qualität der Partizipation oder aber die Anzahl partizipierender Individuen thematisiert.

Die Thematik der Personen, welche partizipieren, ist im Sinne der Bewahrung der Demokratiequalität sehr wichtig. Im System „ein Individuum, eine Stimme“ wird die Meinung jeder Gruppe, jeder Minderheit durch seine Mitglieder vertreten. Partizipieren diese nicht mehr, dann leidet der demokratische Prozess.

“Participation is a function of individual resources, interest, and mobilization; people are more likely to participate if they have skills and knowledge, if they are more psychologically engaged, or if they are recruited by others” (Oliver 2000: 363). In diesem Zitat werden mehrere Unterschiede angesprochen: das Wissen und die Kompetenz, politische und soziale Debatten zu verstehen, sowie das persönliche Interesse an der Thematik. Dies sind soziale Faktoren, die einen direkten Einfluss auf die Partizipation der Individuen haben. In diesem Zusammenhang wird in der Literatur nicht zwischen ziviler Partizipation in kleinen oder in grossen Einheiten unterschieden. Dies wird im empirischen Teil dieser Arbeit näher aufgegriffen.

Hier wird, wie in Kapitel 3.4.2 angekündigt, auf die von Ladner und Bühlmann (2007) definierten individuellen Merkmale der Partizipation eingegangen. Ihr Modell fasst diese in drei Kategorien zusammen: Individuelle Merkmale, individuelle Interessen und politische Einstellung.

Individuelle Merkmale

Unter individuellen Merkmalen verstehen Ladner und Bühlmann (2007) zum Beispiel das Geschlecht, das Alter und die Bildung. Das sind soziale Indikatoren, die den Gruppen, welche sie definieren, gewisse ähnliche Verhaltensweisen nachweisen können. Das bedeutet keinesfalls, dass dieses Verhalten immer bewusst ist und

noch weniger, dass sich diese Personen unbedingt als Gruppe auffassen. Die Entscheidung zur (Nicht-)Partizipation ist sehr persönlich. Somit können in dieser Arbeit nie alle Verhaltensweisen und Argumentationen aufgegriffen werden.

Alter

Das Alter ist ein Faktor, denn politisches Interesse wird bei vielen Autoren als „lebenszyklusbedingt“ analysiert. Jedoch fallen die Interpretationen des Einflusses des Alters auf die Partizipation sehr differenziert aus. Für Ladner und Bühlmann (2007) interessieren sich Junge noch nicht für Politik. Während der aktiven und berufstätigen Phase des Lebens hingegen nimmt das Interesse zu. Im Alter schwinden die soziale Integration und die Kraft zum partizipieren. Die Autoren beschränken sich dabei explizit auf politische Partizipation. Mitmachen in einem Fussballklub oder einer Kirche wird somit völlig ausgeschlossen. Diese Sicht der Beziehung zwischen Alter und politischer Partizipation wird durch die Diskussion um das Stimmrechtsalter 16 konkret in Frage gestellt.

Muxel (2002: 527) stellt nicht das absolute Interesse an Politik in den Mittelpunkt, sondern sieht im wechselnden Alter andere Wege, sich zu engagieren. „Pour cette part de plus en plus large de la jeunesse scolarisée et diplômée, se reconnaissant dans les principes d'une morale universaliste et antiraciste, et qui, à plusieurs reprises, est déjà descendue dans la rue protester contre la poussée électorale de l'extrême droite ou dénoncer les risques de dérive raciste ou xénophobe, en France, comme sur la scène internationale.“ Auch Bühlmann (2005) schildert den Wechsel der benutzten partizipativen Mittel im Alter. „Je älter eine Person ist, desto grösser ist die Partizipationswahrscheinlichkeit bei konventionellen Beteiligungsformen und desto geringer ist deren Partizipationswahrscheinlichkeit bei Protestformen und bei Beteiligungsformen, die hohe Aktivitätskosten verursachen“. Es fällt auf, dass Partizipation von Jungen und Partizipation von Betagten oft gemeinsam thematisiert wird. Wird über Partizipation von Personen gesprochen, die sich in der Altersklasse dazwischen befinden, dann wird differenziert. Geschlecht, sozioökonomische Situation, persönliche Interessen werden als Erklärungsfaktoren benutzt, und Alter wird als Nebensache betrachtet. „It is unwise to characterize an entire age cohort in terms of central tendencies, for these tendencies can vary by something as fundamental as sex“ (Jennings et al. 2002: 521). Diese anderen Unterschiede werden in den folgenden Abschnitten erklärt.

Geschlecht

Ladner und Bühlmann (2007) nehmen Beispiele aus der Partizipations- und Wahlforschung, so wird in mehreren Studien der unterschiedliche Zugang von Frauen und Männern zur Politik analysiert. Molitor (1992) sucht in ihrem Artikel zum Beispiel eine Erklärung über eine geschichtliche Analyse, und bezieht sich auf Diskriminierung durch traditionelle Rollenbilder. Andere befassen sich mit diesem Problem in einem dekonstruktivistischen Ansatz, in dem Genderrollen nicht nur hinterfragt, sondern auch deren soziale Konstruktion aufgedeckt wird. „This [deconstructive] process enables feminists to show how the dualistic thinking which underlies our language and communication shapes our values and knowledge's and the way in which this contributes to the suppression or devaluing of the values and knowledge's associated with women.“ (Lennie 1999: 101). Der Diskurs an sich und die Benutzung der Worte „Frau“ und „Mann“ reproduzieren die Unterschiede kontinuierlich und müssen zuerst kritisch hinterfragt werden, bevor Gender nicht mehr zu einer der Hauptdifferenzierungskategorien im sozialen Umfeld gehören. „Deconstruction allows the often phallogocentric discourses drawn on by consultants,

policy-makers, and planners to be uncovered and challenged, thus suggesting strategies for participation and action which are more empowering for women. “ (Lennie 1999: 100). Wiederum andere Theoretikerinnen und Theoretiker erklären den Unterschied der Partizipation von Frauen und Männern durch den Prozess der Sozialisierung. „The contention is that pre-adult males and females are not only socialized into different participative roles, but that both boys and girls learn that adult political expression is more of a male than female gender role” (Jennings 1983: 365). In diesem Sinne wird das Rollenverständnis durch das Verhalten der Erwachsenen übergeben.

Diese Unterschiede zwischen der Partizipation von Frauen und von Männern werden nicht nur theoretisch thematisiert, sondern sind auch empirisch immer wieder beobachtet.

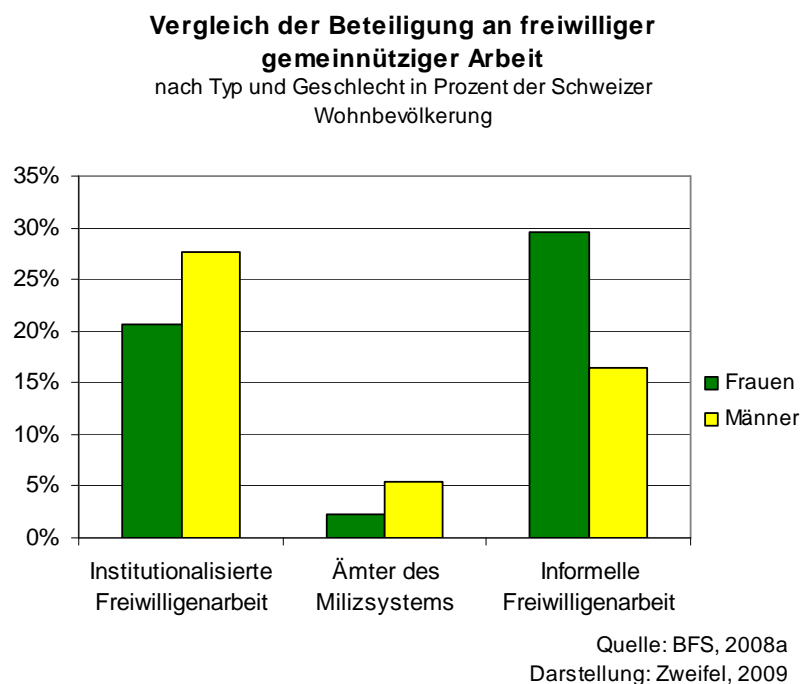


Abb. 8: Vergleich der Beteiligung an freiwilliger gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Geschlecht in Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung.

In dieser Tabelle wird klar, dass in der Schweiz Männer nicht tendenziell mehr aktiv partizipieren, sondern dass sich der Partizipationstypus unterscheidet. Dabei muss beachtet werden, dass Ehrenämter und institutionalisierte Freiwilligenarbeit ein höheres soziales Ansehen geniessen als informelle Freiwilligenarbeit. Männer partizipieren also in der Schweiz nicht mehr, sondern sie belegen Posten mit mehr Ansehen. In dieser Tabelle wird ein sehr wichtiger Teil der Partizipation ausgelassen: das Wählen und Abstimmen. Wahlen finden auf allen administrativen Ebenen statt, und der Anteil Frauen, welche gewählt werden, ist nicht proportional zu ihrem Engagement. Auf nationaler Ebene macht die Anzahl Frauen der gesamten Bundesversammlung nach den Wahlen von 2007 gerade mal 28% oder in Zahlen 69 aus. Auf kantonaler Ebene sieht das Bild ähnlich aus, da 2009 20,1% der Posten von Frauen belegt wurden. Auf kommunaler Ebene kann, anhand der Daten des Bundesamtes für Statistik keine definitive Aussage gemacht werden, da nur die Ämter der Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohner analysiert wurden. In diesem nicht repräsentativen Anteil der Gemeinden liegt der Frauenanteil bei den Gewählten bei 31%. Diese relativ hohe Zahl im schweizerischen Vergleich kann nicht mit den

anderen verglichen werden, da nur die Städte der Schweiz miteinbezogen wurden (Bundesamt für Statistik 2009). Zu der Beteiligung an Abstimmungen können keine empirischen Aussagen gemacht werden, da die Stimmen von Frauen und Männern nicht getrennt gezählt werden dürfen.

Wenn also die Einbindung in Freiwilligenarbeit und die Anzahl Frauen, welche gewählt werden, verglichen wird, wird klar, dass die Frauen in der Schweiz stark partizipieren. Sie tun dies jedoch viel öfter auf lokaler Ebene und insbesondere in der informellen Freiwilligenarbeit, während sich Männer vermehrt in politischen und sozialen Ehrenämtern engagieren und somit nicht nur ein grösseres Ansehen für ihre Arbeit geniessen, sondern auch eher Machtpositionen einnehmen und somit direkte Entscheidungsnehmer sind.

Bildungsniveau

Auch der Einfluss der Bildung ist gross. „Menschen, die im Vergleich einen hohen Bildungsabschluss haben, verfügen nicht nur über mehr Zeit, um Informationen über Politik zu sammeln, sondern es fällt ihnen auch leichter, diese Informationen zu verarbeiten“ (Ladner et al. 2007). Bildung wird als positiver Faktor für die Partizipation gesehen.

In den 1960er Jahren fanden verschiedene Bildungsreformen statt, welche das Ziel hatten, Kinder und junge Erwachsenen zu mündigen, partizipierenden Bürgern zu erziehen. „Ein höheres Bildungsniveau sollte die Mündigkeit der Bürger fördern und letztlich die Demokratie stärken. Ziel war eine Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger Politik nicht nur verstehen, sondern als rationale Akteure selbst gestalten sollten (Hadjar et al. 2007: 410). Die Evolution des Partizipationsverhaltens fand statt, jedoch wurde die zivile Partizipation nicht an sich gesteigert, sondern unkonventionelle Partizipationsformen haben an Wichtigkeit gewonnen. Protestaktionen und Demonstrationen sind heute nicht mehr marginale Aktionen, sondern sind Teil des politischen und sozialen Lebens geworden.

„Individual with high levels of education are more likely to participate in politics than individuals with low levels of education; the evidence is almost as persuasive for the relationship between income and participation, though the effect of income on participation is typically less than for education; and these findings are generally consistent across different types of participation“ (Leigley 1995: 183). Dabei wird klar, dass das Bildungsniveau nicht allein einen Effekt auf die Partizipationsmotivation hat, sondern tendenziell auch auf die Möglichkeiten, denn höhere Einkommen ermöglichen es, mehr Zeit für ein freiwilliges Engagement aufzuwenden.

Diese sozioökonomischen Faktoren werden von vielen Autoren für die Erklärung der Partizipation als sehr wichtig interpretiert. Dies kann dem Modell von Ladner und Bühlmann (2007) vorgeworfen werden, denn sie thematisieren Einkommen nur über das Bildungsniveau. Diese zwei Faktoren sind aber nicht unbedingt direkt verbunden. Da in dieser Arbeit das Einkommensniveau der Interviewten nicht erfragt wurde, wird auch in der Theorie von diesem Faktor abgesehen. Im nächsten Abschnitt wird näher auf das Interesse der Individuen eingegangen und nicht mehr nur auf deren Zugang zur zivilen Partizipation.

Individuelle Interessen

Bei diesen individuellen Merkmalen wird nicht auf die Möglichkeiten der Partizipation der verschiedenen Gruppen eingegangen, sondern auf deren Motivationen. Dabei werden nicht Ideologien oder selbstlose Engagements in den Vordergrund gestellt,

sondern Partizipation aus persönlichen Interessen. Diese sehr individuellen Motivationen können wiederum soziale Muster hervorrufen.

Einbindung in die Gemeinde

Je eingebundener eine Person in das soziale Netzwerk einer Gemeinde ist, je verbundener sie sich mit der Gemeinde fühlt, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich engagiert. Dabei ist natürlich nicht nur die „passive“ Partizipation des Abstimmens und Wählens gemeint, sondern das aktive Engagement in verschiedenen Vereinen und Wohltätigkeitsaktionen in der Gemeinde. Diese Verbundenheit kann verschiedene Gründe haben, zum Beispiel die Herkunft. Wer immer in derselben Gemeinde wohnt, wird mit der Zeit ein sehr grosses Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Aber auch Personen, welche in eine Gemeinde ziehen, können sich für die Gemeinde einsetzen, zum Beispiel weil sie sich wohl fühlen oder weil dabei das Gefühl aufkommt, an diesem neuen Wohnort integriert zu sein. „Psychological engagement in community life is clearly determined by context: When people feel they have more in common with neighbours or have a greater sense of efficacy, interest in local affairs is greater. Political mobilization varies with patterns of social interaction: When people are more familiar with one another, they are more likely to talk about politics and recruit others for action“ (Oliver 2000).

In diesem Zitat wird auch klar, dass kleinere territoriale Einheiten einen grösseren Verbundenheitsfaktor aufweisen können. In einer kleinen Gemeinde ist es einfacher und es geht schneller, „Alle“ zu kennen und sich mit ihnen verbunden zu fühlen.

Hausbesitzer

Personen, welche in einer Gemeinde ein Haus besitzen, sind direkter von politischen Entscheiden abhängig und interessieren sich deshalb mehr dafür. Jedoch kann die grössere Verbundenheit der Hausbesitzer mit der Gemeinde nicht nur durch politische Eigeninteressen erklärt werden, sondern auch durch die geplante lange Wohnzeit und daraus erfolgend das grössere Interesse, Teil der Gemeinschaft zu sein. „Home ownership clearly specifies a financial commitment to one's residence, and also implies a sustained involvement with the larger neighbourhood, its maintenance and development. That home-ownership status operationalizes rootedness is confirmed“ (Ringel et al. 1991: 189).

Kinder im Schulalter

Die Faktoren „Hausbesitz“ und „schulpflichtige Kinder“ werden oft in direkten Zusammenhang gebracht, weil sie in vielen Fällen zusammen fallen. Dabei wird oft zwischen Paaren oder Individuen mit schulpflichtigen Kindern und Personen ohne schulpflichtige Kinder unterschieden, denn diese haben einen entscheidenden Einfluss auf die Partizipation in einer Gemeinde oder auf höheren administrativen Ebenen. Eltern kümmern sich tendenziell eher um die Zukunft, denn diese betrifft ihre Kinder direkt. Auf der lokalen Ebene sind insbesondere schulische aber auch Freizeitangebote von direktem Interesse. (Ladner und Bühlmann 2007).

Das Alter der Kinder hat ebenfalls einen Einfluss auf die Partizipation. „C'est l'âge des enfants et non leur nombre qui importe : avoir un enfant très jeune fait obstacle à la participation.“ (Prouteau et al. 2002 : 1).

Familiäre Tradition

Die familiäre Tradition, die von Ladner und Bühlmann (2007) gänzlich ausser Acht gelassen wird, kann einen starken Einfluss auf die Bereitschaft einer Person zum

Engagement haben. „Entre conjoints, un effet d’entraînement de l’adhésion est manifeste. De même, la participation des parents encourage sensiblement la participation de leurs enfants qui vivent au foyer. “ (Prouteau 2002 : 2). Dabei zeigt sich, dass die gegenseitige Beeinflussung nicht nur zwischen Generationen sondern auch innerhalb von Paaren wirksam ist.

Solche Familientraditionen können einen sehr starken Einfluss haben, der für eine Gemeinde durchaus positiv sein kann. Jedoch besteht in kleinen Gemeinden bei einer solchen Tradition die Gefahr der Vetternwirtschaft und von lokalen Eliten. Denn wenn in kleinen und in sehr kleinen Gemeinden eine oder zwei Familie sehr starke solche Traditionen pflegen, können diese im Dorf mehrere sehr wichtige Positionen übernehmen und diese durch persönliche Beziehungen auch ausnutzen.

Politische Einstellung

Die Evaluation der Auswirkung der politischen Einstellung eines Individuums auf seine Partizipations-Motivation ist sehr schwierig. Verschiedene Autoren kommen zum Schluss, dass eher extreme Einstellungen zur Partizipation führen (Fiorina 2005).

Jedoch gibt es ein Faktor, der auch in der Empirie dieser Arbeit eine Rolle spielt. Tendenziell werden Personen aktiver, welche nicht Mainstreammeinungen vertreten, jedoch auf eine grosse Unterstützung einer Gruppe, wie zum Beispiel einer Partei, zählen können. In der Schweiz kann das Beispiel der SVP in nicht traditionell SVP-wählenden Regionen genannt werden. Die Entwicklung dieser Partei basiert insbesondere darauf, dass Personen, welche sich mit dem Parteiprogramm identifizieren, aktiv wurden. Nur so konnten sie in sehr kurzer Zeit eine sehr wichtige Partei in der politischen Landschaft der Schweiz werden (McGann et al. 2005).

Ein anderer, aus lokalpolitischer Sicht wichtigerer Indikator, ist das Interesse für die Gemeindepolitik. Wenn eine Person sich stark für lokalpolitische Angelegenheiten interessiert, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person partizipiert, höher (Ladner et al. 2007).

6 Methoden

In diesem Kapitel werden die benutzten Methoden erläutert und deren Vor- und Nachteile analysiert. Hier wird keine vollständige theoretische Diskussion über diese empirischen Methoden wiedergegeben, da das Thema dieser Arbeit nicht die Evaluation der Methoden ist, sondern die erreichten Resultate.

6.1 Stichprobe

„Choosing a study sample is an important step in any research project since it is rarely practical, efficient or ethical to study whole populations“ (Marshall 1996). Auch in kleinen Gemeinden wie Kleinbödingen können keine ganzen Populationen erforscht werden. Das Berechnen der Stichprobengrösse und -art war ein wichtiger Schritt in dieser Arbeit. Nachdem die Gemeinde ausgewählt und von der Gemeindesekretärin die nötigen Daten zur Verfügung gestellt worden sind, konnte die Stichprobe errechnet werden.

Da „Sampling Procedures in qualitative research are not so rigidly prescribed as in quantitative studies.“ (Coyne 1997), konnte dies nicht nach einem theoretisch klar definiert Schema geschehen. Denn in der qualitativen Forschung werden keine Mindestquoten für Befragungen festgelegt. In vielen Studien wird nach verschiedenen Schemata gearbeitet. Das in dieser Arbeit gewählte System stammt aus der Grounded Theory. „[Theoretical sampling] is a highly systematic research approach for the collection and analysis of qualitative data for the purpose of generating explanatory theory that furthers the understanding of social and psychological phenomena.“ (Coyne 1997). In diesem Sinne geschieht die Selektion der Stichprobe nicht willkürlich, sondern soll dazu dienen, möglichst viele Facetten der Problematik auszuleuchten. „Sampling those persons, places, situations that will provide the greatest opportunity to gather the most relevant data about the phenomenon under investigation“ (Coyne 1997). Zuerst wurde über die Anzahl durchführbaren Interviews im Rahmen einer Masterarbeit reflektiert. Und diese Anzahl mit der Anzahl interviewbarer Einwohner in der Gemeinde verglichen. Die 26 geplanten Interviews bedeuten eine Stichprobe von 4.5% der Gesamtbevölkerung. Wenn jedoch nur die interviewbaren Personen gezählt werden, also alle Personen zwischen 16 und 99 Jahren, sind es 5.5% der Bevölkerung. In dieser Arbeit wurden nur Personen zwischen 16 und 90 interviewt. Kinder wurden ausgeschlossen, weil der Fragebogen nicht angepasst war. Jedoch wurden Personen ab 16 eingeschlossen, auch wenn diese kein Stimmrecht besitzen, weil zivile Partizipation auch vorher möglich ist. Personen über 90 wurden nicht kontaktiert, da die Partizipation von Hochbetagten erwartungsgemäss sehr klein ist.

Weniger die Anzahl der Interviewten spielte eine Rolle, als wer interviewt werden sollte. "In qualitative research sample selection has a profound effect on ultimate quality of the research." (Coyne 1997). In diesem Sinne wurden drei Indikatoren, welche einen Effekt auf die Partizipation haben, berücksichtigt: das Geschlecht, das Alter und die Nationalität.

Diesen Indikatoren sollte die Stichprobe möglichst gerecht werden, deshalb wurden sie für die ganze Bevölkerung Kleinbösingens ausgewertet. Aus diesen Informationen wurde dann eine Stichprobe errechnet welche möglichst nah an der Realität der Bevölkerungsstruktur sein sollte. Im Sinne von Baxter und Eyles (1997) kann diese Art der Stichprobe „Purposeful sampling“ genannt werden. Bei Benutzung dieser Methode wird davon ausgegangen, dass eine Situation von multiplen Faktoren beeinflusst wird. „There is no single reality but rather multiple realities, mentally constructed by ourselves“ (Baxter et al. 1997). In diesem Sinn werden die Resultate nur für die gerechnete Stichprobe ausgewertet. Verallgemeinerungen sind somit ausgeschlossen. Diese Stichprobe wird in der nächsten Tabelle präsentiert.

Geschlecht und Nationalität	Schweizer Frauen	Frauen anderer Nationalität	Schweizer Männer	Männer anderer Nationalität
Alter				
16-25	2	0	1	1
26-45	4	1	4	0
46-65	5	1	4	1
über 66	1	0	1	0

Tab. 2: Bestimmung der Stichproben für persönliche Interviews über die Partizipation in Kleinbösingens

Innerhalb dieser Gruppen wurden die Personen willkürlich ausgesucht. Die einzige Bedingung war, dass nie zwei Personen aus demselben Haushalt kontaktiert wurden.

Die Kontaktaufnahme mit den Interviewpartnerinnen und -partnern erfolgte durch einen Brief, in dem das Ziel der Arbeit erklärt wurde. Dann wurden die Personen angerufen und ein Termin vereinbart. Die Absagequote war hoch. Die meistgenannten Gründe waren fehlende Zeit oder fehlendes Interesse. Dabei konnte beobachtet werden, dass die Kontaktaufnahme per Telefon von vielen Forschungsinstituten aber auch Werbeunternehmen benutzt wird, und deshalb viele Personen absagten.

Aus dieser hohen Absagequote erfolgt ebenfalls, dass die Studie nicht so durchgeführt werden konnte, wie geplant. Die Gruppe der Männer anderer Nationalität konnte nicht interviewt werden. Alle Personen, welche dieser Kategorie entsprechen, haben sich nicht bereit erklärt, ein Interview zu geben. Dabei gilt zu beachten, dass nach dem Ausschluss aller Personen, die nicht in den betroffenen Altersgruppen sind und sowie derjenigen, die mit einer bereits interviewten Person zusammenwohnen, nur noch sehr wenige potenzielle Interviewpartner übrig blieben. Unter diesen gab es ebenfalls Personen, welche weder eine Landessprache noch Englisch beherrschten, womit ein Interview unmöglich wurde.

Im Sinne von Baxter und Eyles werden in der qualitativen Forschung die Argumentationslinien und Erzählungen der Interviewten nie in Frage gestellt. Denn wenn eine Person etwas erzählt, stimmt dies in ihrer Wahrnehmung und kann somit in keinem Fall angezweifelt oder mit Fakten verglichen werden. Denn der Fokus liegt auf dem Verständnis der Situation durch die Interviewten.

Zu dieser Methode, insbesondere zur Kontaktaufnahme, müssen noch Vorbehalte formuliert werden. Auch wenn die Stichprobe nach den benutzten Indikatoren die Bevölkerung Kleinbösingens gut repräsentiert, ist dies nicht in allen Dimensionen der Fall. Es konnte festgestellt werden, dass tendenziell eher Personen, welche sich für die Gemeinde interessieren, an einer solchen Umfrage teilnehmen. Dies bedeutet, dass Personen, die in Kleinbösingens wohnen, sich jedoch nicht in der Gemeinde integrieren, überdurchschnittlich viel absagten. Ein zweiter Punkt ist die Grösse der Stichprobe, die zwar der Bevölkerungsstruktur entspricht, jedoch wurde in mehreren Kategorien nur eine Person interviewt. In diesem Sinne kann diese Stichprobe nicht die Meinung einer ganzen Gruppe gerecht werden. Jedoch erlaubte die kleine Stichprobe, dass längere Interviews geführt werden konnten. „La sélection d'un petit nombre d'individus paraissait en effet une meilleure stratégie que de choisir un échantillon trop large qui n'aurait pas permis le traitement approfondi qu'impose ce sujet“ (Molina et al. 2007).

Stichproben können keiner Bevölkerung vollständig gerecht werden. Da in qualitativen Auswertungen Lebensgeschichten und persönliche Interessen sehr stark beachtet werden, kann dies auch in sehr grossen Stichproben nicht der Fall sein.

6.2 Leitfadeninterviews

Mit den interessierten Personen wurden Leitfadeninterviews durchgeführt. Dies ist „un'intervista rivolta dall'intervistatore a soggetti selezionati secondo un piano di rilevazione, guidata dall'intervistatore sulla base di uno schema di interrogazione flessibile e non standardizzato“ (Milella 2004). Dabei dienen die vorbereiteten Fragen als Hilfe für die interviewende Person, jedoch werden diese nicht in der Reihenfolge abgefragt. Es soll ein Gespräch entstehen, in dem die interviewte Person erzählt. Eine natürliche Gesprächsstruktur soll beibehalten und weitere Fragen eingebaut werden. „Die im Sinne einer Normalitätserwartung vorgesehene Abfolge und Strukturierung von Fragen wird dann im konkreten Erhebungskontext variiert und der Situation und den Erfordernissen der Situation angepasst“ (Krieger 2008).

„Caratteristiche dell'intervista qualitativa sono: assenza di standardizzazione; comprensione quale obiettivo dell'intervista (contesto della scoperta); assenza di campione rappresentativo (a differenza dell'intervista quantitativa, tramite questionario); approccio centrato sul soggetto“ (Milella 2004). Es geht während dem Interview darum, Lebensgeschichte und Argumentationslinien zu identifizieren und diese in der Auswertung zu respektieren. „L'ambito privilegiato dell'analisi qualitativa è la sfera del mondo della vita quotidiana; il ricercatore cerca di entrare in contatto diretto con questo mondo, e con i soggetti che ne fanno parte, stabilendo un'interazione diretta ed entrando in empatia con il soggetto studiato, affidando alla sua sensibilità sociologica la conduzione della ricerca“ (Milella 2004).

Hopf (2007) definiert vier Kriterien, welche in narrativen Fokusinterviews respektiert werden müssen. Fokusinterviews, sind Gespräche, in denen die interviewte Person aufgefordert wird, über einen im Vorhinein abgesprochenen Gegenstand zu erzählen. „Das Spektrum der im Interview angeschnittenen Problemstellung darf nicht zu eng sein“ (Hopf 2007). Denn wichtig ist, dass die Person erzählt. Nur so

können Argumentationslinien, die Lebensgeschichte und verschiedene Erlebnisse identifiziert werden. Dabei muss nicht nur darauf geachtet werden, dass genügend offene Fragen gestellt werden, sondern ebenfalls, dass der interviewten Person die Möglichkeit und genügend Zeit gelassen wird, zu reagieren und zu erklären. Die Spezifität soll bewahrt werden. Es werden nicht nur generelle Fragen gestellt. Durch Nachfragen werden gewisse Punkte genauer erläutert. Somit werden nicht nur Fakten erzählt, sondern Erinnerungen und Gefühlen mehr Freiraum geboten. Die Tiefe der Aussagen soll repräsentiert werden. „Die Befragten sollen bei der Darstellung der affektiven, kognitiven und wertbezogenen Bedeutung, die bestimmte Situationen für sie haben, unterstützt werden“ (Hopf 2007). Dabei konnte bemerkt werden, dass die kulturelle Nähe zwischen Interviewten und Interviewerin dies vereinfachte. Der persönliche Kontext der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner muss genügend beschrieben werden, nur so können während der Interpretation die individuellen Situationen berücksichtigt werden und interpretiert werden.

In dem vorbereiteten Leitfaden wurden zum einen sehr offene Fragen gestellt, welche zum Erzählen motivieren sollten. Andererseits wurde ein Teil der Fragen, eher als Ja-Nein Fragen formuliert, so dass in der Auswertung auch ein Teil der Resultate in tabellarischen Darstellungen abgebildet werden konnten. Das ermöglicht die Evaluation der Stichprobe.

Diese Methode erlaubt es, ein natürliches Gespräch zu führen. Dabei ist sehr angenehm, dass nicht auf schon beantwortete Fragen zurückgekommen werden muss, wenn diese im geplanten Verlauf des Gespräches später erscheinen. Jedoch birgt diese Flexibilität auch die Schwierigkeit, den ganzen Fragebogen wirklich zu beantworten, denn während dem Interview, muss auf den Interviewpartner eingegangen werden, ohne aber die vorbereiteten Fragen aus den Augen zu verlieren.

6.3 Gruppendiskussion

Nachdem alle Interviews durchgeführt und ausgewertet waren, wurde mit dem Gemeinderat eine Gruppendiskussion geführt. Dabei ging es darum, einzelne Fragen, welche in den Interviews auftauchten, mit der Gemeindebehörde zu klären.

Es wird unterschieden zwischen Fokusgruppen „Focus groups are group discussions organized to explore a specific set of issues“ (Kitzinger 1994) und Gruppendiskussion. Gruppendiskussionen haben zum Ziel, die Interviewten in die Situation eines öffentlichen Gespräches zu integrieren. So sind sie nicht mehr isoliert, sondern müssen ihre Meinung gegenüber Anderen behaupten (Bohnsack 2007).

In der Literatur zu Gruppendiskussion und Fokusgruppen werden die Gruppen immer vom Forschungsbeauftragten zusammengestellt. Es handelt sich somit nicht um preexistierende Gruppen. Neue soziale Beziehungen entstehen. In der Situation der Gruppendiskussion mit dem Gemeinderat der Gemeinde Kleinbödingen war die Situation anders. Die Gruppe ist nicht nur bestehend sondern auch hierarchisiert. Denn am Tisch saßen der Gemeindepräsident, eine Gemeinderätin, drei Gemeinderäte und die Gemeindesekräterin. Auf Gesprächs- und Gruppendynamiken wird jedoch in dieser Arbeit nicht näher eingegangen, denn dies sprengt die Problemstellung.

Diese Diskussion mit dem Gemeinderat sollte dazu dienen, weitere Informationen über die Gemeinde und deren Funktionieren zu erhalten und zu gewissen Punkten

die offizielle Stellung kennen zu lernen. Dies war durch die Grösse der Gemeinde und die Abwesenheit einer lokalen Presse nicht anders möglich.

Die Antworten, welche im Rahmen dieser Diskussion gegeben wurden, werden in der Arbeit als Aussage des Gesamtgemeinderates weitergegeben, denn die Diskussion war sehr harmonisch mit nur wenigen Widersprüchen. Diese werden in der Auswertung betont. Ob diese Harmonie als gute Ambiance der Gruppe oder hierrchische Mechanismen gedeutet werden muss, kann und will hier nicht beurteilt werden. Denn im Rahmen dieser Arbeit soll die Partizipation in der Gemeinde und keineswegs das Funktionieren des Gemeinderates evaluiert werden.

6.4 Auswertungen

Die Interviews und die Gruppendiskussion wurden transkribiert, so dass die Möglichkeit, mit Texten zu arbeiten, gegeben war. „Transkripte sind nötig, um das flüchtige Gesprächsverhalten für wissenschaftliche Analysen auf dem Papier dauerhaft verfügbar zu machen“ (Kowal et al. 2007). Da keine sprachliche Analyse des Dialektes das Ziel war, wurde auf Schriftdeutsch transkribiert. Diese Transkripte wurden in einer thematischen Inhaltsanalyse ausgewertet und die Resultate in das Kapitel der Auswertungen eingebaut.

Die Fragen, welche mit Ja oder Nein beantwortet werden konnten, wurden dazu benutzt, die Gewichtung der Phänomene in der Stichprobe darzustellen. Dies geschah in tabellarischer Form. Die restlichen Fragen wurden im Sinne der qualitativen Inhaltsanalyse als Text ausgewertet. Die Aussagen wurden immer in die Lebensgeschichte der interviewten Person mit einbezogen. Im ethischen Sinn der Forschung sollen die Zitate im Sinne der Gesprächspartner benutzt und erklärt werden.

„Das Ziel der Inhaltsanalyse ist die systematische Bearbeitung von Kommunikationsmaterial“ (Mayring 2007: 468). Diese Methode hat die Gestaltung der ganzen Forschung inspiriert, auch wenn nicht alle Teile übernommen wurden. In der folgenden Abbildung (9) wird diese Methode dargestellt. Wichtig dabei sind die verschiedenen Rückkoppelungsmöglichkeiten. Das Forschungsdesign wurde wie von Mayring erklärt, im Vorhinein festgelegt und während der Forschung durch Rückkoppelungsmechanismen angepasst. Dabei war insbesondere die schrittweise Konstruktion des Forschungsdesigns hilfreich, auch wenn die Methode schlussendlich den Möglichkeiten und dem Thema angepasst wurde.

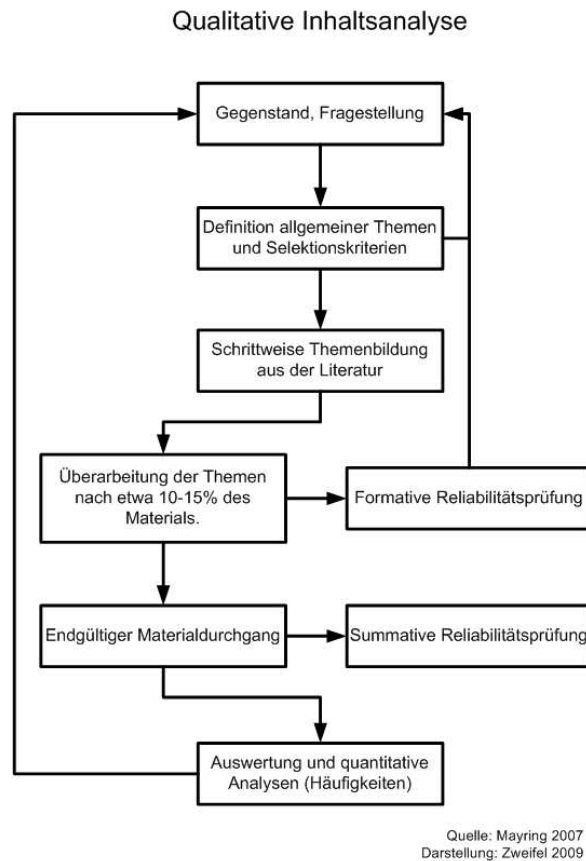


Abb. 9: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

In dieser Arbeit wird zum Beispiel nicht mit Kategorien gearbeitet sondern mit Themen. In diesem Sinne wurde eine thematische Inhaltsanalyse der Gespräche getätigt. Dabei wurden Themen im Voraus definiert, wie zum Beispiel die zivile Partizipation in der Gemeinde, andere Themen, wie die Konstruktion des Anderen, kamen erst nach der Durchführung der Interviews dazu.

Nach dieser Erläuterung der benutzten Methoden, werden im nächsten Kapitel die empirischen Resultate präsentiert und interpretiert.

7 Kleinbösing: ein funktionierendes Territorium?

Nach einer kurzen Präsentation der Gemeinde Kleinbösing wird in diesem Kapitel die Partizipation evaluiert. Dabei werden die verschiedenen Indikatoren des Modell von Ladner und Bühlmann (2007) (Abb. 3) erneut aufgegriffen und für die Zwecke der Evaluation kleiner Gemeinden verändert. In den folgenden Abschnitten werden weitere Indikatoren des Gemeinschaftsinnes in dieser Gemeinde analysiert und anhand der Interviews analysiert. Danach werden die verschiedenen im Literaturteil vertieften Themen aus Sicht Kleinbösing beleuchtet. Dabei werden auch einige Elemente, die in der Literatur nicht gefunden worden sind, jedoch in der Gemeinde observiert werden konnten, analysiert und erläutert. Ziel ist, in diesem Kapitel die zivile Partizipation in der Gemeinde Kleinbösing zu präsentieren und deren Mechanismen zu verstehen.

7.1 Kleinbösing: Präsentation

Kleinbösing ist eine kleine Gemeinde von 576 Einwohnern im deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg. Sie liegt 30km von Bern und 20km von Freiburg entfernt und ist somit ideal gelegen für Pendler.



Abb. 10: Karte von Kleinbösing (1:25'000)

Die Gesamtfläche der Gemeinde beträgt 3.1km², davon sind 20ha Bauland, 61ha Wald, 213ha Kulturland, die restlichen 15ha werden Aried genannt und sind ein Naturschutzgebiet. Die Landwirtschaftszone wird aktuell von 7 in der Gemeinde wohnhaften Landwirten bewirtschaftet.

Am Ende des Schifensees stehen eine Staumauer und ein Elektrizitätskraftwerk auf dem Geiet der Gemeinde Kleinbösing. Dieses bietet zwischen 10 und 15 Arbeitsplätze. Ein anderes Unternehmen, Rofo AG, beschäftigt weitere 10 Personen. Einige Handwerksbetriebe, die als Ein- bis Zweimannbetriebe arbeiten, ergänzen das Angebot der Arbeitsplätze in der Gemeinde. Hingegen ist die daraus entstehende Anzahl Arbeitsplätze von der Gemeinde nicht aufgeführt (Kleinbösing.ch 2009).

Die 576 Einwohner der Gemeinde wohnen in vier verschiedenen Quartieren. Die zwei älteren Quartiere mit Namen „Dorf“ und „Bergacher“ wurden in den 70er-80er Jahren mit den Quartieren „Grüneburg“ und „Seeblick“ erweitert. Die Bevölkerungspyramide (Abb. 11) der Gemeinde ist für Schweizer Verhältnisse ausgeglichen.

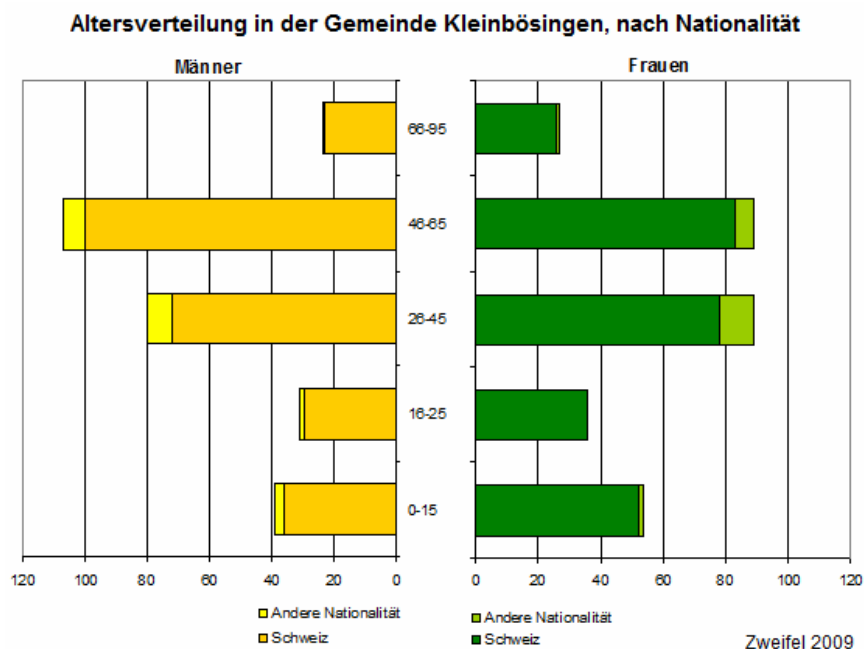


Abb. 11: Altersverteilung in der Gemeinde Kleinbösing, 2009

In dieser Abbildung (11) ist ebenfalls zu sehen, dass proportional sehr wenige Ausländer in dieser Gemeinde wohnen, es sind 6.9%, während im Schweizer Durchschnitt 21.7% Ausländer sind (BFS, 2009).

Kleinbösing ist seit 1982 eine eigenständige Gemeinde, vorher gab es eine gemeinsame Verwaltung mit Liebistorf, einer Nachbargemeinde. Dies erklärt, wieso sehr viele Personen während den Interviews Aussagen machen konnten über das Leben seit der Unabhängigkeit der Gemeinde.

Nach dieser eher sachlichen Präsentation der Gemeinde werden hier noch kurz ein paar Punkte aufgeführt welche die interviewten Personen in ihren Erläuterungen zu der Gemeinde erwähnten.

„Es ist eine kleine Gemeinde... sehr ländlich... das ist was mir gefällt. Das es so ländlich ist... es ist ruhig... und für mich der ideale Ort zum wohnen.“

Es wird bei fast allen Interviews klar, dass bewusst die ländliche Umgebung als Wohnort ausgesucht worden ist. Die Ruhe und die Natur sind sehr wichtige Punkte im Beschrieb der Lebensqualität. Der Zusammenhalt und die Dorfgemeinschaft werden ebenfalls oft erwähnt und in Kapitel 7.4.2 näher thematisiert.

Eher negativ wurde mehrmals erwähnt, dass es keine Kirche, keine Schule, kein Restaurant und nur einen sehr kleinen Laden mit beschränktem Angebot gibt. Dies wird meist bedauert, weil es keinen öffentlichen Treffpunkt in der Gemeinde hat.

„Einen Laden gibt es, einen ganz Kleinen, wo man für den täglichen Bedarf nicht alles bekommt... den brauchen vermutlich mehr die alten Leute, die unten [im Dorf] wohnen. Kirche haben wir nicht, Schule haben wir nicht, alles nur mit anderen Gemeinden zusammen. Also hier gibt es praktisch nichts... „

Dabei wurde in den meisten Interviews erklärt, dass dies kein grosses Problem sei, solange ein Auto zur Verfügung stehe. Denn durch die Lage seien die Wege bis zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten sehr kurz.

Ein weiterer Punkt ist die Zufriedenheit mit den Dienstleistungen, die von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Diese ist ausreichend, die grosse Mehrheit der interviewten Personen drückte sich sehr positiv über die Administration der Gemeinde aus.

„Also spontan kommt mir dieser Winter [sehr viel Schnee] in den Sinn. Dass da alles funktioniert in so einem kleinen Dorf, dass Leute sich engagieren, dass wir vom Haus wegkommen, das ist schon super. Für die Schulen gibt es den Schulbus, da es hier keine eigene Schule gibt... das ist sicher positiv. Und ich kenne keine andere Gemeinde, in der die Velovignette verschenkt wird... Wir sind privilegiert!“

Kleinere Kritiken kamen über die öffentlichen Verkehrsmittel, welche nicht einzig von der Gemeinde organisiert werden.

In Bezug auf die Partizipation konnte im Rahmen dieser Arbeit zu allen Faktoren der zivilen Partizipation keine repräsentative Statistik erstellt werden. Jedoch können Aussagen über die Anzahl Kandidaten bei den Gemeinderatwahlen seit 1991 gemacht werden.

Jahr	1991	1996	2001	2003 (Ersatzwahl)	2006
Anzahl Kandidaten/ Benötigte Kandidaten	5/5	5/5	5/5	1/1	5/5

Tab. 3: Anzahl der Kandidaten bei Gemeinderatwahlen von 1991 bis 2006

Bei den letzten 5 Gemeindeversammlungen waren im Durchschnitt 45.4 Personen anwesend. Dies bedeutet eine Beteiligungsquote von 10.4%. Dies ist für eine kleine Gemeinde mit Gemeindeversammlung eine relativ hohe Quote.

Auch im Gespräch mit dem Gemeinderat kam zum Vorschein, dass immer genügend Personen zur Verfügung stehen, um die Gemeinde funktionieren zu lassen. Es wurde ebenfalls betont, dass in der Gemeinde auch der Nachwuchs partizipiert.

„Auch Junge, wir haben guten Nachwuchs, die machen auch mit.“

In dieser kurzen Präsentation wird nicht auf alle Details eingegangen, denn diese werden in den Auswertungen der Interviews einzeln erläutert und analysiert

In den nächsten Abschnitten wird sehr viel genauer auf die Gemeinde und insbesondere auf die Partizipation in der Gemeinde eingegangen.

7.2 Rahmenbedingungen der Gemeinde

In diesem Abschnitt wird Kleinbösing nach dem Modell von Ladner und Bühlmann (2007) evaluiert. Jedoch wird dieses Modell auch kritisch hinterfragt und für die Zwecke dieser Analyse verändert. Zuerst werden die Eigenschaften der Gemeinde analysiert, dabei geht es um Indikatoren wie Wirtschaftslage und Demokratiesystem. In diesem Modell wird dabei nicht die Meinung der Einwohner über diese Faktoren analysiert, sondern externe, statistische Indikatoren. Danach wird auf die Individualeigenschaften eingegangen. Ziel ist, nicht nur zu beurteilen, ob die Tendenz in Kleinbösing mit der Theorie und den generellen Tendenzen in der Schweiz übereinstimmt, sondern auch die Analyse der Argumentationen und Konstruktionen der Einwohner.

7.2.1 Kommunale Rahmenbedingungen

Grösse der Gemeinde

Kleinbösing hat 576 Einwohner (Stand April 2009) und gehört somit zu den kleineren Gemeinden der Schweiz. Wie in Kapitel 3 gesehen, kann der Effekt der Grösse der Gemeinde unterschiedlich interpretiert werden. Bei jeder Gemeinde kann zuerst das theoretische Modell gewählt werden. Im Decline-of-Community Modell wird die Kleinheit als sehr positiv gedeutet und der grosse Zusammenhang der Personen in der Gemeinde betont. Beim Mobilization Modell wird eher auf den mangelnden politischen Wettbewerb und auf den grösseren normativen Druck auf die Einwohner aufmerksam gemacht. Deshalb kann dieser Faktor nicht in die Waage gelegt werden, was die Qualität der Demokratie angeht, denn dieser ist ideologisch belegt und es gibt keine eindeutigen, empirischen Befunde.

In dieser Arbeit werden deshalb dieser Faktor ausgelassen und das Modell von Ladner und Bühlmann (2007) leicht verändert. Denn insbesondere in einer kleinen Gemeinde hat die Bevölkerungsentwicklung einen sehr entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Demokratie und auch auf die Motivation der Partizipation. Die Abwanderung aus peripheren Gebieten und aus kleinen Gemeinden in die Agglomeration oder in die Nähe von Städten und Zentren ist in der Schweiz eine Realität. „Die selektive Mobilität – man spricht auch von Brain Drain – ist darum für die Abwanderungsgebiete verheerend, weil just Junge, Qualifizierte und Dynamische nötig wären, um einer Problemregion wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schwung zu verleihen“ (Frey 2007:61). Dabei steht nicht die Grösse der Gemeinde an sich im Zentrum der Diskussion, sondern deren Lage. Jedoch sind kleinere Gemeinden eher gefährdet. Dies hat zwei Hauptgründe. Einerseits hat Abwanderung in einer kleinen territorialen Einheit eine grössere Wirkung. Wenn zwanzig Personen wegziehen, kann dies für eine kleine Gemeinde verheerende Konsequenzen haben, während grössere Zentren nicht darunter leiden. Der andere Grund betrifft die Motivation des Wegzugs. Kleine Gemeinden können nicht dasselbe Dienstleistungsniveau bieten wie grössere Gemeinden, deren Mittel um vieles höher sind (Frey 2007). Aus diesen Gründen spielt in kleinen Gemeinden die Bevölkerungsentwicklung eine entscheidende Rolle, was die Demokratie und die Nachhaltigkeit der Gemeinde angeht.

Bevölkerungsentwicklung

Kleinbösing geniesst in diesem Zusammenhang eine angenehme Situation. Abbildung 12 zeigt, dass die Bevölkerung im letzten Jahrzehnt stetig gewachsen ist.

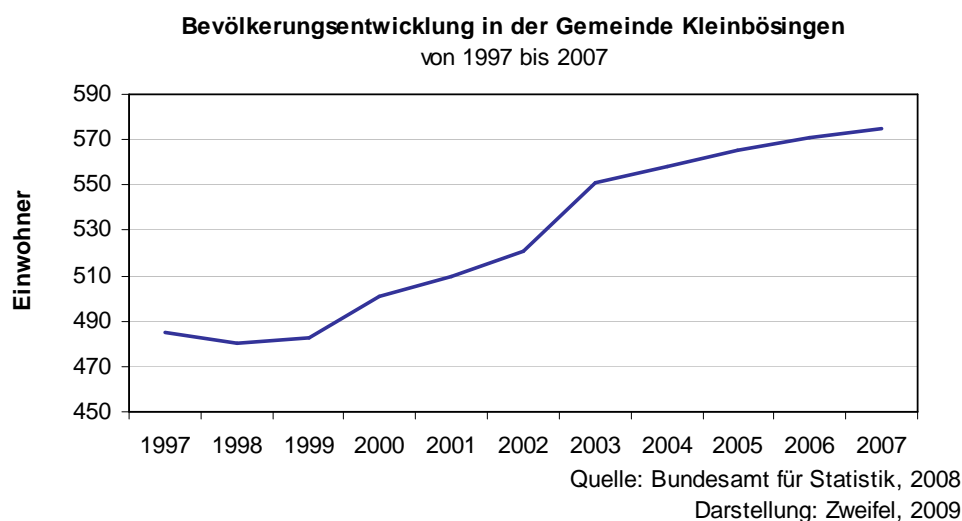


Abb. 12: Bevölkerungswachstum in Kleinbösing von 1997 bis 2007

Diese Entwicklung ist an sich sehr positiv, hätte jedoch in einer Region, in der alle umliegenden Gemeinden dasselbe Wachstum erleben, ein weniger grosses Gewicht. Dies ist nicht der Fall. Kleinbösing hat das grösste Bevölkerungswachstum in seiner Umgebung. Die Attraktivität der Gemeinde Kleinbösing wird in den nächsten Abschnitten mit anderen Eigenschaften der Gemeinde erklärt.



Abb. 13: Entwicklung der Wohnbevölkerung von Kleinbösing und den umliegenden Gemeinden zwischen 1990 und 2007 (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Kulturelles Umfeld

Ladner und Bühlmann (2007) integrieren nicht nur Religion, sondern auch Sprache und die damit verbundene Kultur in diese Kategorie.

Kleinbösing ist eine mehrheitlich katholische Gemeinde in einem traditionell katholischen Kanton. Mit 50,6% Katholiken ist die Mehrheit jedoch nicht überragend. Dabei muss jedoch die katholische Tradition in der Region beachtet werden. In der Studie von Girod (1953) kommt klar zum Vorschein, dass nicht die Religion an sich eine Rolle spielt, sondern die Anzahl Personen, die sich überhaupt zu einer Religion zählen. Denn diese Personen partizipieren nach Girod tendenziell mehr. 88,6% der Personen in der Gemeinde gaben in der Bevölkerungszählung eine Konfession an. Dabei können zwei Vorbehalte formuliert werden. Erstens kann in der Volkszählung eine Religion angegeben werden, auch wenn diese nicht praktiziert wird und somit nicht als fördernd für die Partizipation gelten kann. Zweitens wird in aktuellen Recherchen der Religion ein sehr geringes bis gar kein Gewicht mehr verliehen, denn die Wichtigkeit der Religion im politischen Leben hat stark abgenommen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass tendenziell die Konfession keinen Einfluss auf die gewählte Partei haben kann. So bleibt der Kanton Freiburg weiterhin ein CVP-wählender Kanton, und dies ist mit der mehrheitlich katholischen Kultur zu verbinden. Der zweite Faktor ist die Sprachregion. Kleinbösing liegt im deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg und somit sehr nahe an der Sprachgrenze. Ladner et al. (2007) haben in ihrer schweizweiten Studie festgestellt, dass die lokalpolitische Partizipation in der deutschen Schweiz höher ausfällt. Die Lage der Gemeinde kann also als positiver Faktor für die Partizipation in Kleinbösing interpretiert werden.

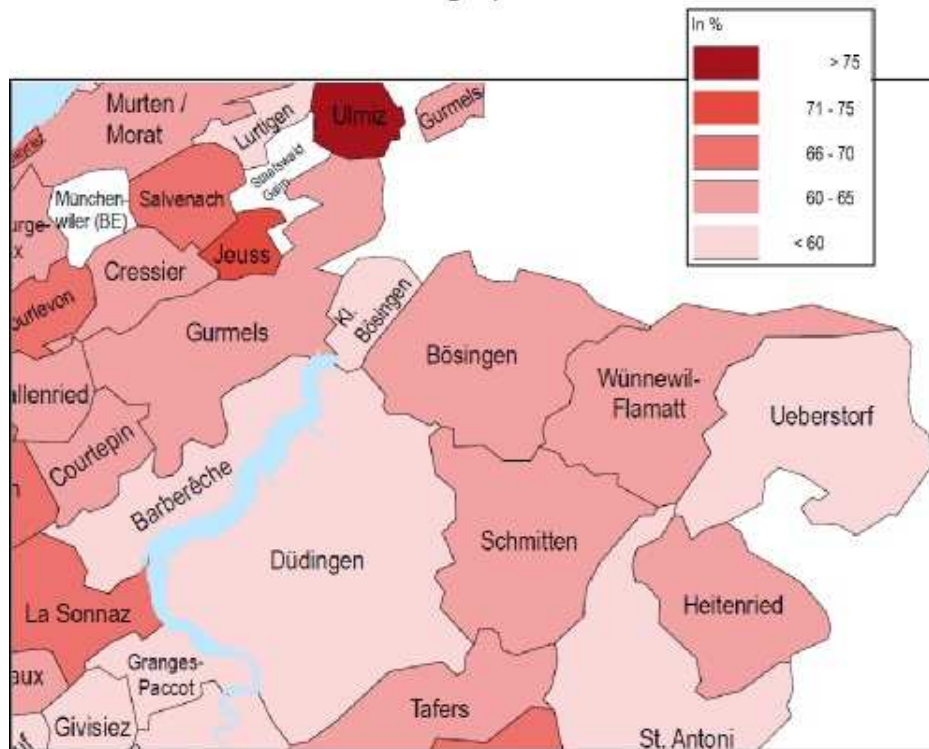
Im Sinne des Modells wird hier der Einfluss des kulturellen Umfelds eher positiv gedeutet für die Partizipation.

Demographisches Konfliktpotenzial

Dieser Indikator ist im Gegensatz zu den zwei bisherigen sehr eindeutig. Existieren Konfliktpotenziale, hat dies einen negativen Einfluss auf das Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl in der Gemeinde. Die Motivation zum Partizipieren schwindet und hat somit einen negativen Einfluss auf die Qualität der Demokratie. Ladner und Bühlmann (2007) definieren zwei Achsen für solche Konflikte. Dabei wird die Altersverteilung als wichtigstes Konfliktpotenzial interpretiert und grosse Unterschiede in der Einkommensstruktur als zweite, weniger wichtige Achse gedeutet.

In der Gemeinde Kleinbösing ist keine Überalterung der Bevölkerung zu beobachten und somit ist das Konfliktpotenzial, welches durch eine grosse Anzahl Rentner entstehen kann, sehr klein. In der nächsten Abbildung (14) wird der Gesamtbelastungsquotient gezeigt. Das bedeutet die Anzahl wirtschaftlich „nicht aktiver Personen“ im Zusammenhang mit den „aktiven Personen“. Jugendliche und Rentner in Proportion zu Personen zwischen 20 und 64 Jahren. Dabei wird sichtbar, dass in der Gemeinde Kleinbösing kein grosses Konfliktpotenzial in diesem Sinne existiert.

Gesamtbelastungsquotient 2000



Quelle: Bundesamt für Statistik, Neuenburg / Amt für Statistik des Kantons Freiburg

Abb. 14: Gesamtbelastungsquotient: Verhältnis zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Rentnern und Kindern (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Die Einkommensunterschiede in der Gemeinde werden vom statistischen Amt Freiburg nicht erfasst und wurden auch im Rahmen dieser Arbeit nicht näher erforscht. Solche Probleme wurden jedoch weder in der Presse noch in den verschiedenen, durchgeführten Interviews erwähnt. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass diese Probleme zwar vielleicht existent, jedoch sicher minim sind.

Politischer Wettbewerb

Je grösser eine Gemeinde ist, desto mehr Akteure sind lokalpolitisch aktiv und desto grösser ist die Konkurrenz. Dieser Wettbewerb hat einen positiven Effekt auf die Demokratie, denn je mehr verschiedene Meinungen vertreten sind, desto kleiner ist der normative Druck. In dieser Hinsicht haben kleine Gemeinden an sich wenige Chancen, dass diese Eigenschaft für sie positiv ausfällt. Auf Wahl- und Abstimmungssysteme wird in Kapitel 7.3 näher eingegangen und die verschiedenen Ansichten der Einwohner über diese politischen Vorgänge analysiert.

Ein Faktor, welcher nicht in allen kleinen Gemeinden gleich ausfällt, ist die Anzahl Parteien und Interessensgruppen, welche sich lokalpolitisch einsetzen. Je grösser diese Anzahl ist, desto grösser ist der politische Wettbewerb und somit auch die Attraktivität der Partizipation. In Kleinbösing existieren keine Parteien. Jede Person, die sich engagiert, vertritt ihre persönliche Meinung und nicht die einer Partei. Dieses System wurde von den Einwohnern als sehr positiv eingeschätzt. Dies wird im nächsten Kapitel zur politischen Gemeinschaft näher analysiert.

Institutionelles Umfeld

Ladner und Bühlmann (2007) erkennen einen positiven Effekt des Proporzwahlsystems auf die Demokratiequalität, weil so alle Parteien Zugang zu Ämtern haben. Dieses System kann aber in sehr kleinen Gemeinden, insbesondere wenn keine Parteien vorhanden sind, nicht genutzt werden. In Kleinbösing werden somit alle Ämter durch ein Majorzsystem besetzt. Das ist also eher ein negativer Einfluss auf die Demokratiequalität in der Gemeinde. Jedoch besteht in kleinen Gemeinden wie Kleinbösing, welche ohne Parteien funktionieren, keine Möglichkeit das Proporzwahlsystem durchzuführen. Dies kann also nicht als Indikator der Demokratiequalität in kleinen Gemeinden gelten.

Je grösser die Exekutive, desto grösser der Wettbewerb um die Ämter und desto interessanter die lokalpolitischen Debatten. Das heisst, dass in kleinen Gemeinden, die, wie Kleinbösing, fünf Gemeinderäte haben, dieser Wettbewerb darunter leidet und somit das Interesse an der Partizipation schwindet. Auch dieser Punkt hat wiederum einen negativen Einfluss auf die Demokratiequalität in der Gemeinde. Aber in kleinen Gemeinde, welche gefährdeter sind, nicht genügend Freiwillige zu finden, um die Posten zu besetzen, kann dieser Faktor nicht als negativ eingeschätzt werden. Denn eine solche Vergrösserung des Gemeinderates kann auch die Gefahr bergen, nicht mehr genügend Personen zu finden.

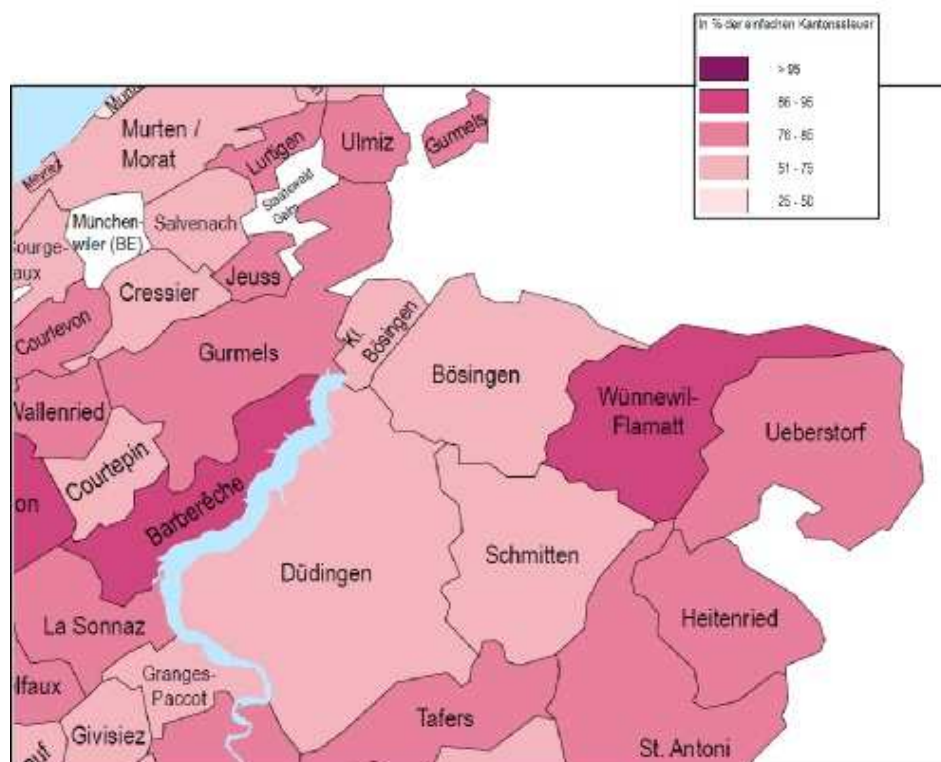
Für Ladner et al. (2007) ist Versammlungsdemokratie positiv, weil sich jeder Bürger direkt einbringen kann und der Dialog mit Entscheidungsträgern somit viel einfacher und viel grösser wird. In Kleinbösing wird die legislative Aufgabe von einer Gemeindeversammlung übernommen, in der jeder Stimmberechtigte (alle Schweizerinnen und Schweizer über 18 Jahre und alle Ausländer, die länger als fünf Jahre im Kanton Freiburg wohnen) Einsitz nehmen kann. Dies ist wiederum sehr positiv für die Partizipation in der Gemeinde.

Wirtschaftslage

Wenn eine Gemeinde wirtschaftlich in einer guten Position ist, sind Probleme einfacher zu lösen. Die lokalpolitische Situation ist somit weniger angespannt. Die Wirtschaftslage hat viele Facetten. Hier werden zwei analysiert: der Steuerfuss in der Gemeinde Kleinbösing und die Verschuldung der Gemeinde.

In dieser Abbildung (15) wird sichtbar, dass der Steuerfuss in der Gemeinde Kleinbösing im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden tief ist. Das ist ein eindeutiges Zeichen, dass es der Gemeinde finanziell gut bis sehr gut geht.

Gemeindesteuerfuss 2008



Quelle: Staat Freiburg: Amt für Gemeinden, Freiburg / Amt für Statistik des Kantons Freiburg

Abb. 15: Steuerfuss in der Region von Kleinbödingen (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

In Abbildung 16 wird die Nettoverschuldung illustriert. Diese unterstreicht das Bild der finanziell gesunden Gemeinde noch deutlicher. Dabei ist auch der Kontrast zu den Nachbargemeinden zu beachten. Wie in der Präsentation (Kapitel 7.1) kurz erwähnt, wurde Kleinbödingen eine Fusion mit Gurmels vorgeschlagen. Das Nichteintreten auf dieses Angebot von Seiten des Gemeinderates hatte sehr klar finanzielle Gründe, denn die Gemeinde ist finanziell besser gestellt als die grössere Nachbargemeinde.

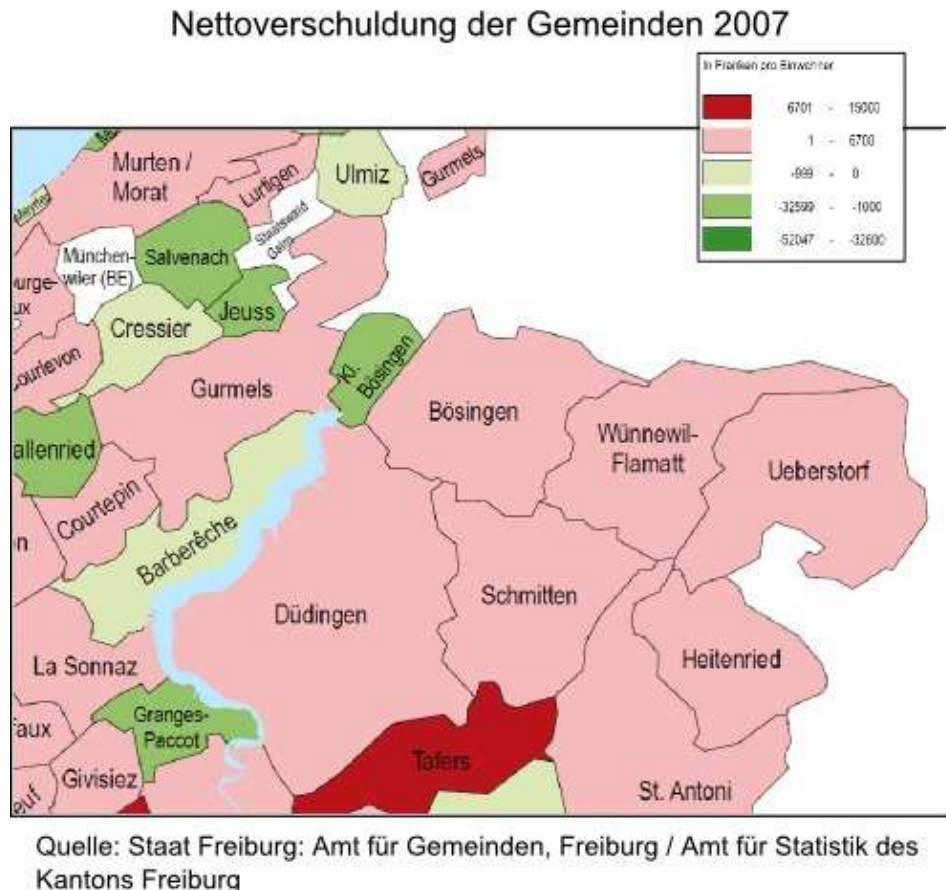


Abb. 16: Nettoverschuldung in der Region von Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg, 2009)

7.2.2 Persönliche Rahmenbedingungen

In diesem Abschnitt wird näher auf die von Ladner und Bühlmann definierten Individualeigenschaften sowie auf die verschiedenen, bisher präsentierten theoretischen Ansätze eingegangen. Die Resultate von Ladner und Bühlmann (2007), die eine Studie über Demokratiequalität und Partizipation in der ganzen Schweiz durchgeführt haben, werden mit den Ergebnissen und Argumentationen, die aus den verschiedenen geführten Interviews stammen, verglichen und die bestehenden Unterschiede erklärt.

Die Art, mögliche Interviewpartner zu kontaktieren und die Führung der Interviews können eine starke Verzerrung der realen Situation darstellen, denn Personen, die auf kommunaler Ebene aktiv sind, sind vermutlich eher bereit, auf solche Studien zu antworten, als Personen, welche sich nicht auf dieser Ebene engagieren.

Alter

Zivile Partizipation wurde hier aus verschiedenen Indikatoren zusammengesetzt: Die politische Partizipation, also die Teilnahme an der Gemeindeversammlung, die informelle Partizipation in Form einer Mitgliedschaft in Klubs oder eines Ehrenamtes und die Partizipation am Gemeindeleben in Form von Teilnahme an Festen. In dieser undetaillierten Darstellung wird sichtbar, dass – wie in der Theorie bestätigt – die empirische Studie der Gemeinde Kleinbösing eine lebenszyklusbedingte Partizipationskurve darstellt.

Junge partizipieren tendenziell wenig bis gar nicht. Ab 26 und bis zum Pensionsalter ist die Partizipation grösser und im Alter wird diese wieder schwächer. Dabei existiert

ein Unterschied zwischen jüngeren und älteren Personen, die aktiv im Arbeitsleben stehen. Jüngere partizipieren tendenziell weniger als Ältere. Das aktivste Alter im Zusammenhang mit ziviler Partizipation liegt somit zwischen 46 und 65 Jahren.

Zivile Partizipation nach Alter in Kleinbösing

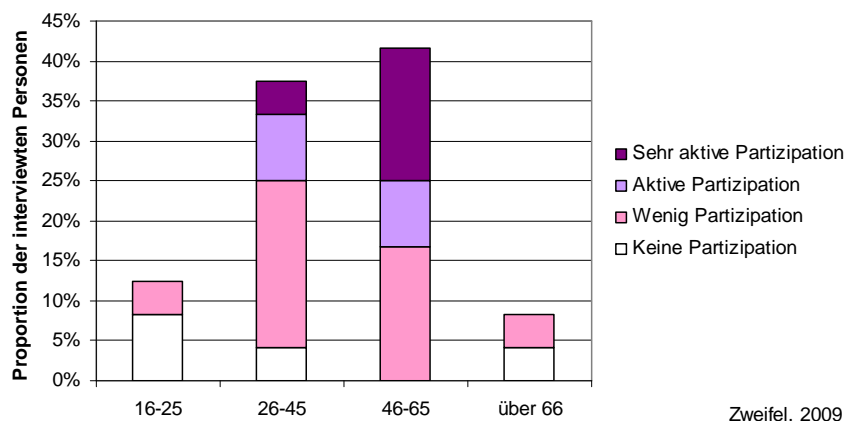


Abb. 17: Zivile Partizipation nach Alter in der Gemeinde Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Das Alter wurde auch von den Interviewpartnern als Argumentation benutzt, jedoch nur im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Gemeindeversammlung.

„Ich habe auch schon gesagt, ich sollte gehen, aber mein Freund und meine beste Freundin wohnen nicht hier und wenn die Anderen in den Ausgang gehen, will ich auch... ich bin vielleicht zu jung...“

In der Literatur wurde geschildert, dass Jugendliche oft andere partizipative Mittel, wie Demonstrationen oder Protestaktionen benutzen. Solche Zeichen der Partizipation konnten im kommunalen Rahmen nicht festgestellt werden. Jedoch wurden verschiedene Typen der konventionelleren Partizipation miteinbezogen, wie dies in der nächsten Abbildung gezeigt wird.

Verteilung nach Partizipationstyp und Alter in der Gemeinde Kleinbösing

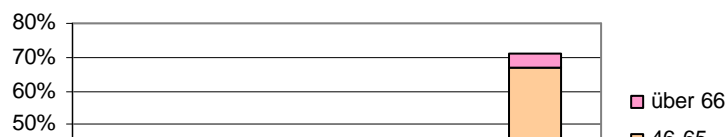


Abb. 18: Verteilung nach Partizipationstyp und Alter in der Gemeinde Kleinbösing (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Dabei zeigt sich, dass sogar bei einer schwachen Partizipation der jungen Interviewten, zwei Partizipationstypen klar bevorzugt werden, die institutionalisierte Freiwilligenarbeit und die Teilnahme an der Gemeindeversammlung. Dies widerspricht der Literatur nur in gewisser Weise, da Protestaktionen vielleicht als partizipatives Mittel auf anderen Ebenen benutzt werden. In einem Raum, in dem keine Protestformen benutzt werden, wird somit eher auf konventionelle Beteiligungsformen zurückgegriffen.

Alter wurde jedoch nicht nur bei den jungen Interviewpartnern als Argumentation benutzt, sondern auch bei den Personen, welche über das Rentenalter aus sind.

„Wir [partizipieren] nicht mehr... in dem Alter... nicht mehr... aber sie fragen uns einfach nicht mehr...“

Dabei ist interessant, dass nicht, wie in der Literatur die schwindende Energie oder Motivation zur Partizipation als mit dem Alter verbundener Grund benutzt wird, sondern die Tatsache, dass die älteren Personen nicht mehr in Geschehnisse eingebunden werden.

Bei der Frage nach der Teilnahme an der Gemeindeversammlung wurde erneut diese Argumentation explizit benutzt:

„Sie machen doch, was sie wollen... und alte Leute sind nicht gefragt...“

Die weniger grosse Einbindung der älteren Generationen scheint von den Betroffenen nicht aus eigenem Willen, sondern aus der Situation gegeben zu sein.

Alter wird bei den Interviewpartnern wie in der Literatur nur bei Jugendlichen und älteren Personen als Argumentationslinie benutzt.

Geschlecht

Geschlecht ist im Gegensatz zu Alter eine Kategorie, die von den Interviewpartnern selber wenig bewusst benutzt wurde, die jedoch bei der Auswertung der Interviews zum Teil sehr stark zum Vorschein kam.

Wie in der Literatur geschildert, gibt es auch in Kleinbösing Unterschiede in der Besetzung der verschiedenen Typen der Partizipation.

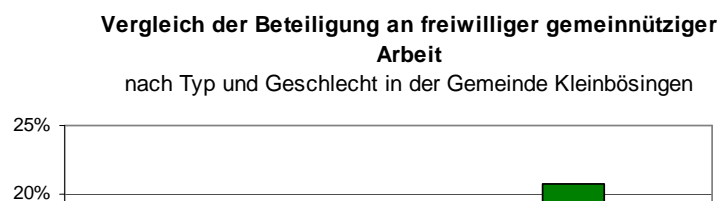


Abb. 19: Vergleich der Beteiligung an freiwilliger gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Geschlecht in der Gemeinde Kleinbösing

In dieser Abbildung (19) sind im informellen Bereich extremere Tendenzen sichtbar als im schweizweiten Vergleich. Die interviewten Männer geben sich nicht als informelle Helfer an. Dabei muss beachtet werden, dass informelle Freiwilligenarbeit kein umgangssprachlicher Begriff ist, der während den Interviews mehrere Male erklärt werden musste, deshalb ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass nicht alle informellen freiwilligen Engagements von den Interviewpartnern genannt wurden. Interessant ist zum Beispiel, dass informelle Hilfe innerhalb der Familie, auch von weiteren familiären Kreisen, nicht als informelle Freiwilligenarbeit aufgefasst wird.

Bei den zwei anderen Bereichen, institutionelle Freiwilligenarbeit und Ehrenämter entspricht das Bild in Kleinbösing nicht der schweizweiten Statistik. Dabei muss wiederum die Verzerrung durch die benutzte Methode erwähnt werden. In dieser Stichprobe sind vermutlich überdurchschnittlich viele aktive Personen.

Wenige der Begründung für eine Partizipation oder eine Nicht-Partizipation wurden explizit mit dem Geschlecht verbunden, jedoch werden Geschlechterverhältnisse in verschiedenen Zitaten klar.

„Nein, ich war nie dabei [beim Gemeinderat oder in verschiedenen kommunalen Kommissionen], da mein Mann so fleissig dabei war. Aber sonst schon...“

Hier wird sichtbar, dass innerhalb des Paares eine klare Aufteilung stattfand. Der Mann war politisch aktiv und die Frau in verschiedenen Vereinen und auch informell in der Gemeinschaft. Dies kann zum Teil durch die Gesetzgebung erklärt werden, da nicht zwei Personen aus demselben Haushalt wichtige Ämter einnehmen dürfen. Jedoch kann diese Argumentation auch mit den traditionellen Geschlechterrollen verbunden werden, in denen Männern eher offizielle Posten übernehmen. Solche Aufteilungen können auch in anderen Interviews entdeckt werden.

„[Ich bin in der] Kirche und [einem] Verein aktiv... in der Gemeinde ist es mein Mann. Er ist in [einer] Kommission...“

So wird sichtbar, dass bei den meisten Paaren, in denen beide aktiv sind, der Mann eher Funktionen in der Gemeinde übernimmt, während die Frau sich eher in Vereinen, kirchlichen Organisation oder auch informell betätigt.

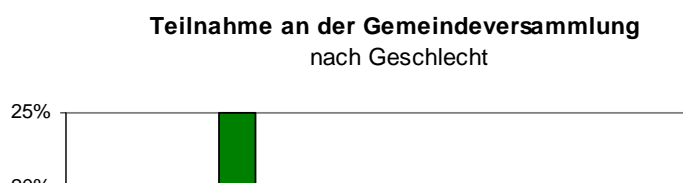


Abb. 20: Teilnahme an der Gemeindeversammlung nach Geschlecht in Kleinbösing

In der Abbildung 20 wird sichtbar, dass diese Geschlechterverteilung sich ebenfalls in der Teilnahme an der Gemeindeversammlung widerspiegelt. Männer partizipieren eher in der Gemeinde Kleinbösing. Bei der Nachfrage nach Gründen, welche für oder gegen die Partizipation sprechen würden, wurde ein Grund am Häufigsten genannt: die Kinder.

„Das ist der Grund, dass mein Mann regelmässig [zur Gemeindeversammlung] geht und man dann immer jemand bräuchte, um auf die kleinen Kinder aufzupassen...“

Wiederum kann hier das klassische Rollenverständnis beobachtet werden. Hier ist zu bemerken, dass ein organisatorisches Problem die Partizipation beider Eltern verhindert, dies wird später in Abschnitt (7.5.1) über Gründe der Nicht-Partizipation neu aufgegriffen.

Bildungsniveau

„Individuals with high levels of education are more likely to participate in politics than individuals with low levels of education“ (Leigley 1995: 183). Dies ist auch in schweizweiten Statistiken sehr klar zu sehen.

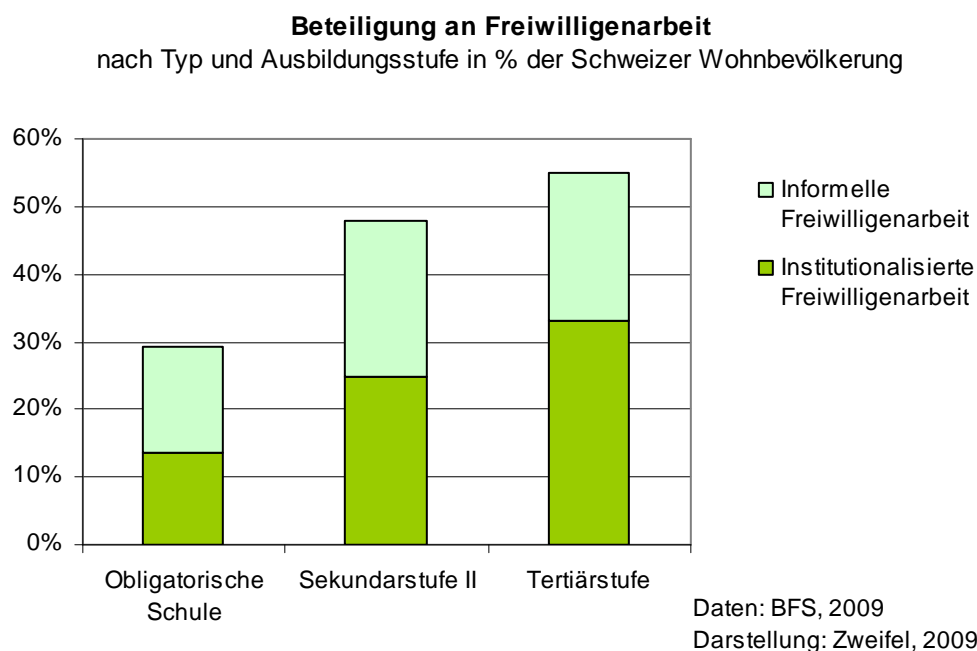


Abb. 21: Beteiligung an Freiwilligenarbeit nach Typ und Ausbildungsstufe in der Schweiz

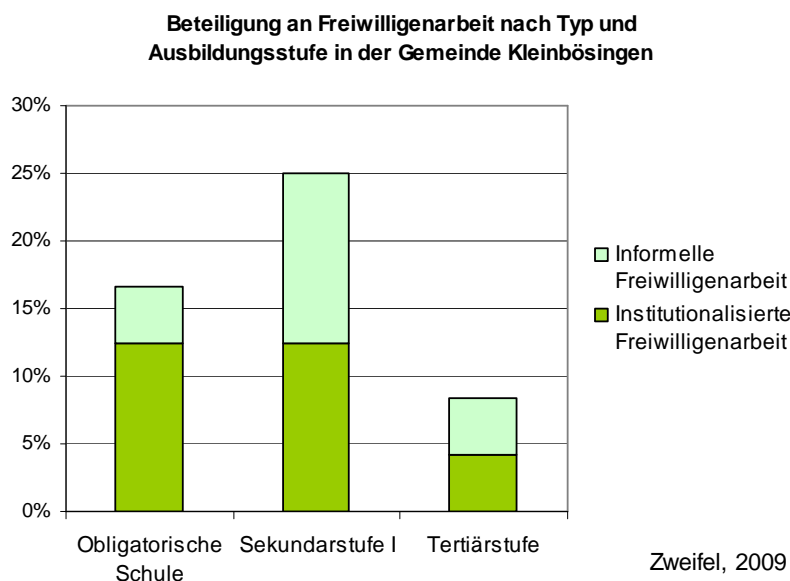


Abb. 22: Beteiligung an Freiwilligenarbeit nach Typ und Ausbildungsstufe in der Gemeinde Kleinbösing

In diesen Abbildungen (21 und 22) wird die Ausbildungseinstufung des Bundesamtes für Statistik benutzt. Dabei ist die obligatorische Schule eine Ausbildung, bei der nach 9 Jahren Schule keine weitere schulische Ausbildung mehr besucht wurde. Unter Sekundarstufe II werden Personen verstanden, welche nach der obligatorischen Schulzeit eine gymnasiale Ausbildung, eine Fachmittelschule oder eine Berufsausbildung absolvierten. Und bei der Tertiärenstufe handelt es sich um Universitäre, Fachhochschulbesucher oder um Personen mit einer höheren Berufsbildung (BFS 2008b).

Hier wird sichtbar, dass in dieser Stichprobe ein ganz anderes Bild entsteht, als dasjenige des Bundesamtes für Statistik. Zuerst muss festgehalten werden, dass die Stichprobe nicht auf Ausbildungsstufe abgeglichen werden konnte, und zum Zweiten, dass in der Gemeinde aktive Personen eher an Interviews teilnehmen als Personen, welche sich nicht auf dieser Ebene engagieren.

Entscheidend ist, dass in den Interviews die Bildungsstufe nie als Argument zur (Nicht-) Partizipation benutzt wurde. Dies scheint auf kommunaler Ebene eine weniger grosse Rolle zu spielen als auf kantonaler oder nationaler. Jedoch kann aus diesen Daten keine Verallgemeinerung gemacht werden.

Hausbesitzer

Hausbesitzer sind direkter und langfristiger von kommunalpolitischen Entscheidungen abhängig und haben deshalb eine grössere Motivation zu partizipieren. Dies wird auch ganz klar durch die in Kleinbösing geführten Interviews bestätigt. Es ist zu erwähnen, dass in der Gemeinde Kleinbösing sehr wenige Mietwohnungen angeboten werden. In Grüneburg, dem neuen Quartier, wurde das ursprüngliche Angebot an Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt, nachdem der häufige Wechsel zu grossen Verlusten geführt hatte.

„Es war ein Kommen und Gehen... da haben sie gesagt, wir vermieten nicht mehr. Wir verkaufen das Zeug. Und jetzt sind es alles Eigentümer. Und dann bleibt man...“

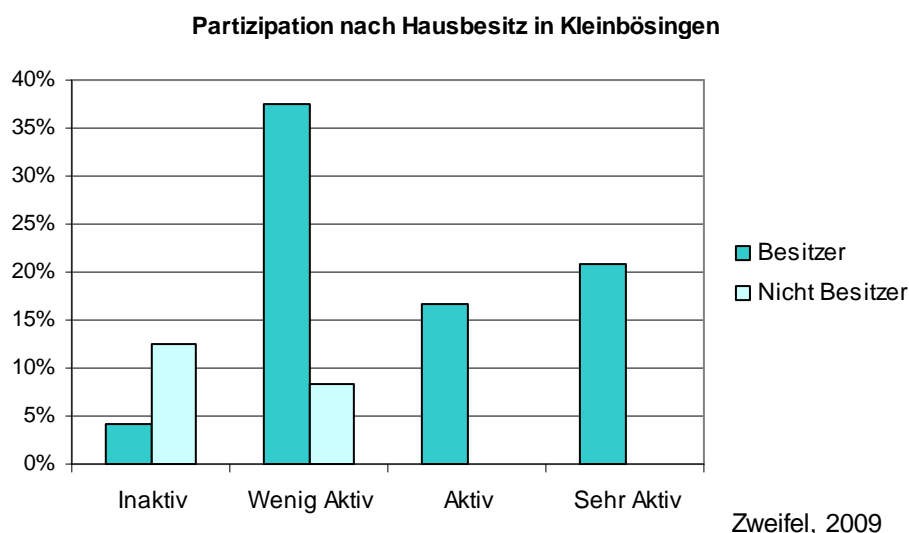


Abb. 23: Partizipation nach Hausbesitz in Kleinbödingen

In dieser Abbildung (23) wird zivile Partizipation als Ganzes analysiert. Interessant ist, diese mit der nächsten Abbildung zu vergleichen, in der die verschiedenen Typen der Partizipation berücksichtigt werden. Denn die Erklärung, warum Hausbesitz einen Einfluss auf die Partizipation hat, kann eigentlich nur durch politische Partizipation und Übernahme von Ehrenämtern in der Gemeinde erklärt werden. Informelle und institutionelle Freiwilligenarbeit sollten nicht davon betroffen sein.

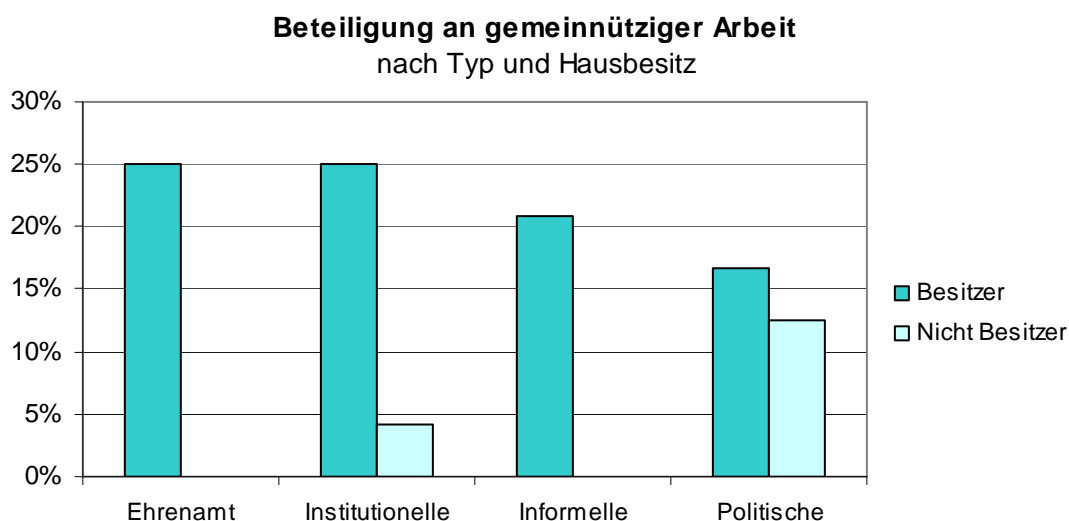


Abb. 24: Beteiligung an gemeinnütziger Arbeit nach Typ und Hausbesitz in Kleinbödingen

Dabei wird sichtbar dass genau der Indikator, welcher den grössten Unterschied ausmachen sollte, am Kleinsten ist. Dass Hausbesitzer in allen Formen der Partizipation aktiver sind, könnte dadurch erklärt werden, dass sie planen, längerfristig in dieser Gemeinde zu wohnen und sich darum generell mehr einsetzen. Warum aber nicht Hausbesitzer am ehesten politisch partizipieren, kann hier nicht erklärt werden. Das hängt mit der persönlichen Geschichten der Interviewten zusammen.

Interessant ist, dass der Fakt Hausbesitzer zu sein auch von mehreren Interviewpartnern explizit als Erklärung für ihr Interesse an der Gemeinde genannt wurde.

„Vorher wohnten wir in einer Wohnung in [einer anderen Gemeinde] und da waren wir nie an der Gemeindeversammlung. Es ist schon etwas anderes, wenn man Hausbesitzer ist... da ist man mehr involviert... die Entscheidungen haben mehr Wirkung auf uns...“

Diese Erklärung gilt jedoch nur im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Gemeindeversammlung. Andere Engagements werden durch andere Gründe erklärt, was wahrscheinlich auch die beste Erklärung für die obenstehende Abbildung gibt. Hausbesitz ist ein Grund für Partizipation, aber nur einer unter vielen.

Schulpflichtige Kinder

Eltern haben genauso wie Hausbesitzer ein persönliches Interesse zum Partizipieren. Der Drang, die Lebensqualität zu verbessern, bei schulischen Angelegenheiten mitzusprechen und für die Kinder somit die Zukunft zu sichern, ist grösser. Dies wird in der Theorie sehr oft festgehalten. Auch in Kleinbösing ist zu beobachten, dass Eltern eher aktiver sind als Personen, welche keine Kinder (mehr) im Schulalter haben. Die Verantwortung für schulpflichtige Kinder hat nicht nur auf die politische, sondern generell auf die zivile Partizipation einen Einfluss, weil Lebensqualität sich nicht nur in politischen Entscheidungen widerspiegelt, sondern auch in einem guten Vereinsleben oder in einem regen Gemeinschaftsleben. Dies wurde auch von mehreren Interviewpartnern genannt.

„Ich gehe [zur Gemeindeversammlung]... schon nur weil dort Entscheidungen über die Schule getroffen werden... da will man doch mitsprechen“

Aber eine Argumentationslinie, welche noch mehr benutzt wird, ist diese:

„besonders auch Berufstätige ohne Kinder haben meines Erachtens sehr wenig Bezug zum Dorf...“

In der nächsten Abbildung (25) wird der Einfluss des Elternseins oder nicht Eltern sein auf die zivile Partizipation quantitativ dargestellt.



Abb. 25: Partizipation nach Verantwortung für schulpflichtige Kinder

Dabei ist auffallend, dass mehrere sehr aktive Personen in dieser Gemeinde keine schulpflichtigen Kinder haben und deshalb diese Erklärung Zweifel aufkommen lässt. Jedoch ist interessant, dass von diesen sehr aktiven Personen eine Argumentationslinie um Grosskinder aufgebaut wurde. Die Partizipation wird also doch durch schulpflichtige Kinder erklärt, auch wenn der familiäre Bund weiter ist.

„auch von den Schulen... auch wenn meine Kinder draussen sind... mein Grosskind geht zur Schule... das geht mich schon etwas an...“

Die Möglichkeit für Kinder zu partizipieren, ohne schulpflichtige Kinder zu haben, wird in der Literatur nicht erwähnt, scheint jedoch hier einen grossen Einfluss zu haben. Interessant wäre es, nicht nach der direkten Verwandtschaft zu fragen, sondern nach Verantwortungsgefühlen für Kinder. Denn nicht nur für schulpflichtige Kinder wird partizipiert, insbesondere kam auch das Argument, dass das Grosskind noch nicht in der Schule sei, jedoch dann die Schule eine gute Qualität haben müsse und deshalb jetzt schon aus diesem Grund mitgesprochen würde.

Familiäre Tradition

Dieser Faktor wurde im Rahmen dieser Studie nicht berücksichtigt, da nicht das persönliche Leben und die Lebensgeschichte der Interviewpartner erforscht werden sollten, sondern das Leben in der Gemeinde. Dazu kommt, dass die Stichprobe so ausgeführt wurde, dass nie zwei Personen aus demselben Haushalt interviewt wurden, so dass ein differenzierteres Bild entstehen kann.

Jedoch muss betont werden, dass in mehreren Interviews aktive Paare und Paare, welche sich bewusst nicht im Gemeindeleben engagieren, definiert werden konnten. Wie auch das Zitat im Abschnitt über Geschlechterverhältnis (Abschnitt 7.2.2) zeigt.

Dabei ist bei diesem Paar, welches sich bewusst nicht engagiert, zu sehen, dass sie nicht immer inaktiv waren, sondern dass ihnen das Vereinsleben und die freiwillige Organisation zu viel wurden.

„Wir hatten ein bisschen schlechte Erfahrungen gemacht... weil wenn man anfängt sich zu engagieren, dann brauchen sie einem immer. Dann geht es plötzlich nicht mehr ohne. Wir haben entschieden, einfach Nein zu sagen... man macht schon gern etwas aber nicht nur das...“

Auf familiäre Traditionen wurde nicht eingegangen in den Interviews und darüber kann keine feste Aussage gemacht werden. Jedoch wurde in einem Interview erwähnt, dass das spätere Leben eines Jugendlichen in dieser Hinsicht nicht so sein sollte, wie das seiner Eltern.

„Meine Eltern leben eher zurückgezogen. Aber ich helfe schon, wenn sie [andere Einwohner] fragen... Ich möchte auch nicht so leben, sondern mich in meiner Wohngemeinde engagieren... das finde ich wichtig! Sonst kann es ja nicht funktionieren.“

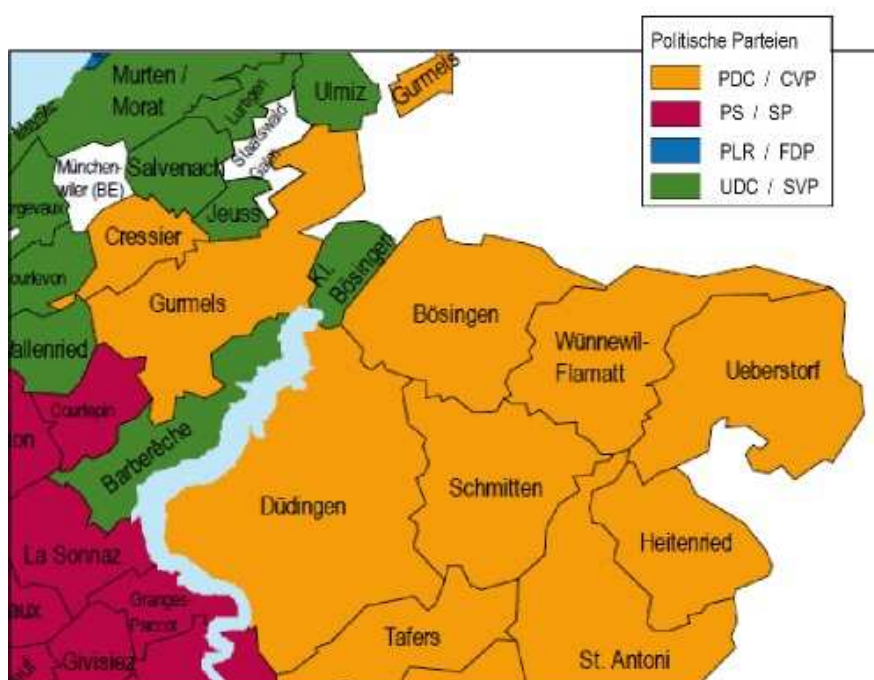
Dies zeigt, dass nicht einfach unreflektiert in der Familientradition weitergelebt, sondern auch diese in Frage gestellt wird. Jedoch kann dabei nicht gemessen werden, inwiefern diese Person später mehr partizipieren wird als ihre Eltern.

Politische Einstellung

Partizipation ist Partizipation. Ob sie eher links- oder rechtslastig ist, spielt dabei an sich keine Rolle. Dieser Punkt kann jedoch kontrovers diskutiert werden, wie in Kapitel 5.6.2 erläutert. In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass eher dissidente Meinungen zu einer grösseren Mobilisation der Wähler führen können. In

der nächsten Abbildung (25) werden die politischen Ausrichtungen anhand der Nationalratswahlen 2007 der Gemeinden in der Region von Kleinbösing gezeigt. Die Gemeinde Kleinbösing scheint dabei in einem traditionellen CVP Kanton einen hohen Anteil an SVP-Wählerschaft zu haben. Die Demokratiequalität kann nicht nur anhand dieser untypischen Meinung beurteilt werden. Diese wird in diesem Zusammenhang jedoch als mobilisierend interpretiert und somit als positiv für die Partizipation in der Gemeinde. Jedoch kann anhand dieser Abbildung und der vorhandenen Daten nicht interpretiert werden, ob die Partizipation zugenommen hat, seit ein Teil der Wählerschaft diese Meinung vertritt. Auch muss beachtet werden, dass dies eine Nationalratswahl betrifft und keineswegs die lokalpolitische Situation widerspiegelt.

Parteien, die am meisten Stimmen erhalten haben anlässlich
der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007



Quelle: Staatskanzlei, Freiburg / Amt für Statistik des Kantons Freiburg

Abb. 26: Parteien, die erhalten anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007 in der Region von Kleinbösing am meisten Stimmen haben (Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg 2009)

Für die Analyse des Interesses an Partizipation der Einwohner von Kleinbösing ist ihr Interesse auf lokalpolitischer Ebene wichtiger. Dieses wurde in den Interviews erfragt und wird in Abbildung 27 dargestellt. Jedoch muss hier wiederum darauf aufmerksam gemacht werden, dass eher Personen mit einem grossen Interesse an der Gemeinde auf Interviews antworteten und dass die Einschätzung durch den Interviewpartner erfolgt, also keine Normen des „normalen Interesses“ kreiert wurden. In dieser Frage würde das auch keinen Sinn ergeben, da das Interesse als Motivationsgrund interpretiert wird. Wenn also eine Person angibt, sich wenig für die Gemeinde zu interessieren, kann das nur als Grund der Nicht-Partizipation gedeutet werden und kann in keinem Fall angezweifelt werden.

75% der Personen schätzen ihr Interesse an der Gemeinde als normal bis hoch ein, während 25% aussagen dass sie wenig bis kein Interesse daran haben. Wenn

jedoch diese Angaben mit der zivilen Partizipation in der Gemeinde verglichen werden, wird sichtbar, dass unter den Interviewpartner keine so klare Beziehung zwischen Interesse und Partizipation besteht.

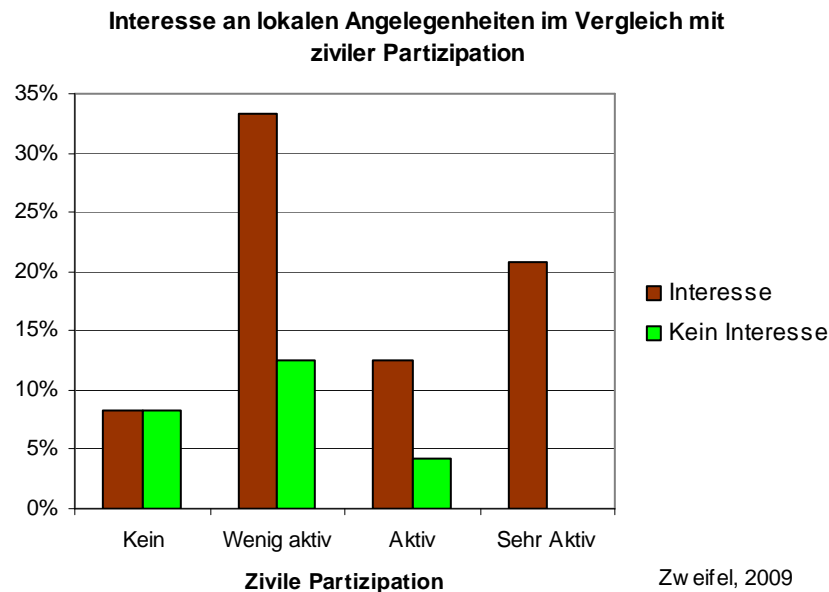


Abb. 27: Interesse an lokalen Angelegenheiten im Vergleich mit ziviler Partizipation

Ladner und Bühlmann (2007) stellen diese direkte Beziehung nicht zu der zivilen sondern zu der politischen Partizipation her. Dies wird in Abbildung 27 nachgeholt.

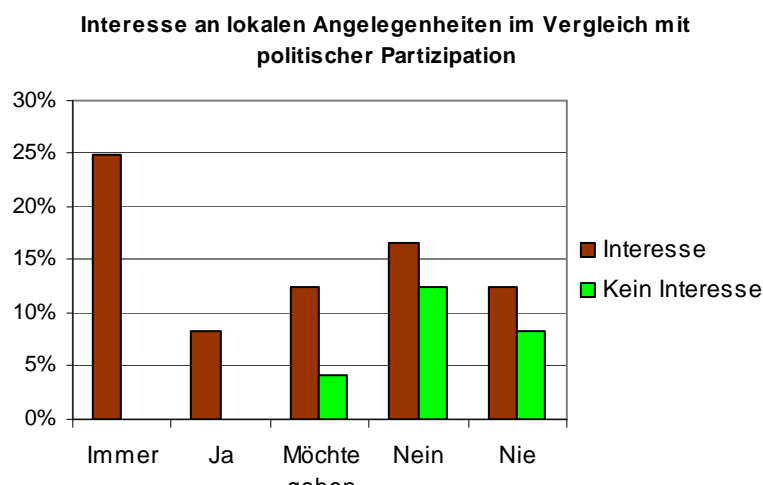


Abb. 28: Interesse an lokalen Angelegenheiten im Vergleich mit politischer Partizipation

Der Vergleich dieser zwei Abbildungen (27 und 28) zeigt, dass sich Personen in der Gemeinde im informellen oder im institutionellen Bereich engagieren, jedoch nicht für Gemeindeangelegenheiten interessieren. Die Beziehung zur politischen Partizipation ist eindeutiger, jedoch auch nicht gänzlich. Zu sehen ist, dass einige Personen sich nicht für Gemeindeangelegenheiten interessieren, dies jedoch ändern möchten.

„Ich möchte generell aktiver werden in der Gemeinde...“

Das Interesse für die Gemeinde spielt eine Rolle, kann jedoch nicht als eindeutig festgesetzt werden. Wiederum muss beachtet werden, dass Personen im Laufe des Lebens verändern, andere Ziele definieren und diesen ihr Verhalten anpassen.

Nationalität

Dies ist ein Faktor, welcher in dieser Arbeit zusätzlich zu den anderen persönlichen Rahmenbedingungen beachtet wird, denn auf kommunaler Ebene kann im Kanton Freiburg ein Ausländer oder eine Ausländerin nach fünf Jahren Aufenthalt ebenfalls voll partizipieren, also wählen, abstimmen und sich zu Wahl stellen. Die anderen Formen der zivilen Partizipation sind nicht abhängig von nationaler Angehörigkeit.

Wie in der kurzen Beschreibung der Stichprobe sichtbar, konnten nur wenige Ausländerinnen interviewt werden. Deshalb können keine gültigen Aussagen zur Nutzung der Partizipation gemacht werden.

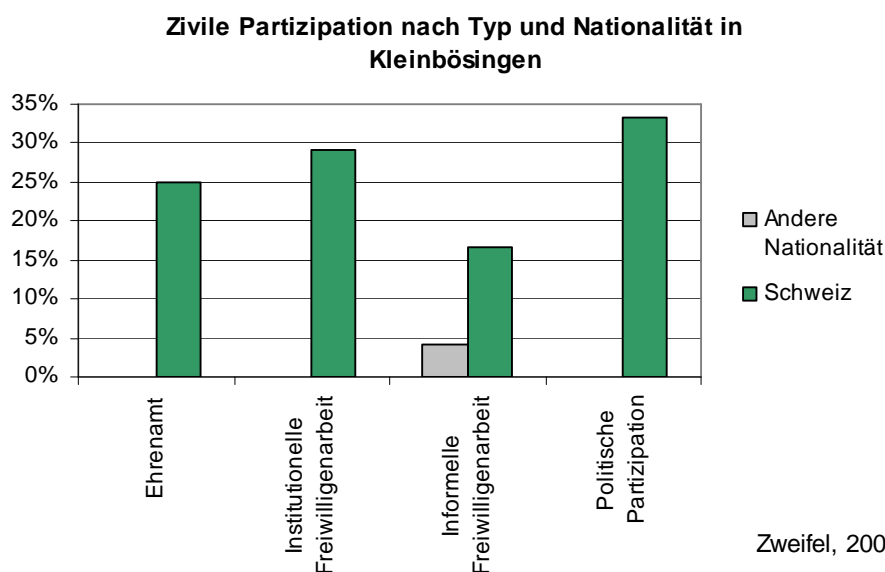


Abb. 29: Zivile Partizipation nach Typ und Nationalität in Kleinbösing

Interessant ist dabei, dass die Möglichkeit, die durch das Stimmrecht gegeben wird, nicht genutzt wird, sondern eine andere Art der Partizipation. Jedoch fällt nicht nur die kleine Partizipationsrate auf, die Argumentationen der Betroffenen spielen ebenfalls eine sehr wichtige Rolle.

„Wenn ich das Stimmrecht national nicht habe, warum soll ich es dann kommunal benutzen? Das ist sehr viel weniger spannend!“

„Ich lese die Gemeindebroschüre schon... es interessiert mich schon... aber man müsste es noch beantragen: das Stimmrecht. Und ich hatte nie einen Nachteil dadurch...“

Hiermit wird sichtbar, dass von den interviewten Personen die Möglichkeit des Stimmrechts nie genutzt wird. Dabei ist die Hürde des Beantragens sichtbar. Jedoch würde der Abbau dieser Hürde nicht unbedingt zu einer Partizipation führen, da in diesem Fall die Tatsache, dass Rechte auf kommunaler aber nicht auf kantonaler und nationaler Ebene verliehen werden, als unlogisch betrachtet werden.

Es muss ebenfalls festgehalten werden, dass kein Mitglied des Gemeinderates ausländischer Herkunft ist. Jedoch kann aus dieser Tatsache und diesen zwei Interviews keineswegs der Schluss gezogen werden, dass das kommunale Ausländerstimmrecht keinen Sinn ergibt.

Zugezogen oder Einheimisch

Dies ist ein Faktor welcher in der Literatur nicht spezifisch beachtet wird, jedoch von den Interviewpartnern sehr oft genannt wurde. Von einheimischen Personen, welche in der Gemeinde aufgewachsen sind, wird eine höhere Partizipation erwartet. Dies hat nicht unbedingt mit dem Zugehörigkeitssinn zu tun, sondern mit dem Gefühl der Verpflichtung für die Gemeinde.

Dieser Unterschied von Zugezogenen und Einheimischen wird nicht nur von der einen Gruppe gemacht, sondern von beiden Seiten immer wieder betont. Die spezifische Situation von Kleinbösing, in der sich die Bevölkerung in 20 Jahren mehr als verdoppelt hat, ist dabei zu beachten. Eine Minderheit der Einwohner ist seit zwei oder mehr Generationen Bürger von Kleinbösing.

„Ich habe auch das Gefühl, dass da immer dieselben gehen [zur Gemeindeversammlung und zu Dorffesten] und ganz viele Neuzugezogene, was heisst neu, Zugezogene einfach, gar nicht kommen.“

„[An der Gemeindeversammlung] sieht man das schon, dass eher Personen, welche lange da wohnen, gehen und mitreden.“

„Im Gemeinderat sind heute gar keine Einheimische mehr. Einer wurde sogar gewählt, als er frisch zugezogen war.“

Der Unterschied wird klar gemacht, jedoch wird im letzten Zitat sichtbar, dass dieses Gefühl, das Zugezogene weniger mitmachen, auch täuschen kann. Immerhin gehören mehrere Mitglieder des Gemeinderats zu den „Zugezogenen“, nicht zu den „Alteingesessenen“.

Dabei müsste auf die Herkunft der Zugezogenen eingegangen werden, denn wenn eine Person aus einer anderen kleinen Gemeinde, in der sie aktiv war, nach Kleinbösing zieht, ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass sie auch in Kleinbösing partizipiert. Diese Aussage konnte anhand der geführten Interviews jedoch nicht bewiesen werden.

Der Faktor der Herkunft wird in dieser Arbeit als wichtig erachtet, weil in jedem Interview die Dichotomie einheimisch/zugezogen aufgebaut wurde, und auch wenn diese Kategorien sehr undefiniert sind und bleiben werden, sind es Kategorien, die in der Bevölkerung sehr stark verankert zu sein scheinen und deshalb auch beachtet werden müssen.

Zu den verschiedenen Rahmenbedingungen, welche in kleinen Gemeinden eine Rolle spielen, werden in Kapitel 8 noch weitere Argumente erläutert und in ein Modell der Einflussfaktoren auf die lokale Partizipation integriert. Im nächsten Kapitel werden weitere Resultate aus den Interviews ausgewertet und interpretiert. Dies geschieht in der Struktur der theoretischen Kapitel dieser Arbeit. Somit können Theorie und Empirie verbunden und beide kritisch hinterfragt werden.

7.3 Politische Gemeinschaft

7.3.1 Demokratie

Im Theorieteil wurde viel über Demokratie und Demokratiequalität in kleinen Gemeinden berichtet, in diesem empirischen Teil wird die Demokratiedurchführung in Kleinbösing näher beschrieben. Dabei sollen weder Theorie noch Praxis angezweifelt werden, sondern die Abläufe geschildert und die Unzufriedenheiten und Zufriedenheiten der Interviewpartner analysiert werden.

Um die politischen Abläufe der Gemeinde zu verstehen, wurde nach dem Vorgehen bei einem Rücktritt eines Gemeinderates gefragt, nach der Möglichkeit, Ämter zu übernehmen und nach der Zufriedenheit, mit der aktuellen Situation. Dabei muss beachtet werden, dass mehrere Interviewpartner nicht auf diese Fragen geantwortet haben, der meistgenannte Grund war, dass sie noch nicht genügend lange in der Gemeinde wohnen.

Kleinbösing wird als Gemeinde eingestuft, die keine Probleme hat, wichtige Posten in der Gemeinde besetzen. Dies wurde auch in den Interviews wiedergegeben.

„Bis jetzt gab es nie Probleme, Leute zu finden, frisch für die Wahlen. Wir waren nie schlimm dran...“

Interessant ist die Schilderung des Vorgangs zur Suche von Kandidaten. Dabei muss beachtet werden, dass es in Kleinbösing auf lokalpolitischer Ebene keine Parteien gibt. Es werden also Personen und nicht Parteien gewählt.

„Wenn einer zurücktritt, dann schaut der Gemeinderat, wer in ihre Clique passt. [...] Da haben sie gedacht der könnte noch zu ihnen passen, und dann hat man ihn gefragt. Und dann müssen 10 Leute unterschreiben für den und dann haben sie das gemacht.“

Der Gemeinderat sucht also die nötigen neuen Mitglieder und macht eine Liste. Diese wird dann zur Wahl gestellt und gewählt. Dies widerspricht keineswegs der Gesetzgebung vom Kanton Freiburg, welche die demokratischen Verläufe garantiert.

„Es gab nie eine Doppelkandidatur seit 1982...“

„Bei den letzten Gemeinderatswahlen war in den letzten Jahren immer stille Wahl, weil es genau genügend hatte... und jetzt ist es neu. Sie müssen ein Wahlbüro öffnen und alle wählen, aber es gibt meistens keine Gegenkandidaten...“

Wenn jedoch dieses Vorgehen und diese Gegebenheit, dass keine Gegenkandidaten vorhanden sind, mit der Literatur verglichen werden, können Zweifel aufkommen über die Demokratiequalität in der Gemeinde Kleinbösing und kleinen Gemeinden generell. Denn es wird davon ausgegangen, dass in diesem Fall Kleinbösing keineswegs eine Ausnahme ist, sondern dass es in vielen kleinen Gemeinden ähnlich verläuft. Im Sinne der Literatur kann hier fehlende Konkurrenz und somit Wahl für die Einwohner festgestellt werden. Geser (2007: 3) zeigt dies in seiner Analyse über kleine Gemeinden: „Hinter diesem quantitativen Defizit werden indirekt auch qualitative Mängel spürbar: denn wenn über 90% dieser [kleinen] Gemeinden sagen, dass sie höchstens so viele Kandidaten wie zu vergebende Sitze finden, so bedeutet dies, dass sie über keine personellen Wahlmöglichkeiten verfügen und sowohl an die Fachqualifikationen wie auch an die politische Gesinnung der zu wählenden Amtsinhaber keine besonderen Anforderungen stellen können.“ Dies wurde jedoch in keinem Interview festgehalten. Die interviewten Einwohner stört diese Tatsache anscheinend nicht. Dieses Vorgehen wurde in den Interviews, in welchen das System erklärt wurde, immer als gut befunden, denn es garantiere die Zukunft der Gemeinde.

„Wir hatten noch nie Probleme, jemanden zu finden. Das wäre vielleicht anders wenn nicht der Gemeinderat suchen würde.“

Das andere benutzte Argument war das Vertrauen der Bevölkerung, welches erklärt, dass die Einwohner mit diesem System leben können.

„Der Gemeinderat ist so gut drin mit der Bevölkerung, dass die Anderen keine Chance hätten... Also wenn einer vorgeschlagen würde... ich glaube, in den letzten 20 Jahre wurde nie etwas abgelehnt... sogar noch mehr... es ist alles praktisch einstimmig durchgegangen... das Vertrauen ist gross...“

Als über die Auswahl der Kandidat(inn)en gesprochen wurde, kamen auch interessante Elemente zur Sprache, darunter die getätigte Selektion der/ des Kandidatin oder Kandidaten und die Stimmung im Gremium.

„Das Problem ist nicht, dass es nicht genug Leute hat, die sich dafür interessieren [für einen Posten im Gemeinderat]... viele wollen... aber man will ja nicht jeden!“

„Neue werden auch integriert, wenn die Chemie stimmt. Extreme, auch Alteingesessene haben es schwer und neue können es einfach haben, wenn die Chemie stimmt.“

In diesen Zitaten werden die Probleme der Selektion der Kandidatinnen und Kandidaten durch den Rat angesprochen, jedoch nicht als solche präsentiert, sondern als Chance, so kann Gemeinderat seine Qualität beibehalten. Während der Gruppendiskussion wurde vom Gemeinderat erklärt, dass bei dieser Suche nach Kandidaten zum Beispiel auf den Wohnort, also das Quartier geachtet werde aber auch auf die Kompetenzen.

„Die im Gemeinderat suchen einen, der zu ihnen passt... Ich denke, es ist wichtig, dass eine gute Ambiance in diesem Rat besteht. Das finde ich schon gut.“

Auf die Qualität der Zusammenarbeit in einem demokratisch gewählten Rat wird in der Demokratietheorie nicht eingegangen. Dies scheint jedoch in der Gemeinde und für die Einwohner und den Gemeinderat einen sehr wichtigen Stellenwert zu haben. In dieser Arbeit wird nicht über die Demokratiequalität im Sinne der idealen oder griechischen Demokratie geschrieben, sondern es sollen Mechanismen und Phänomene identifiziert werden, welche es erlauben, in einer kleinen Gemeinde keine personalen Probleme zu haben. Diese Art der Rekrutierung scheint Teil dieses Phänomens zu sein.

7.3.2 Gemeinde ohne Parteien

In Kleinbösing gibt es keine Parteien. Dies wird von der Mehrheit der Interviewpartner als sehr positiv eingeschätzt,

„Ich muss sagen, dass es mir sehr gut gefällt, dass wir keine Parteien haben... jeder kann seine Meinung vertreten...“

„Die [Gemeinderäte] haben wirklich gemacht, was das Volk will... und nicht, was die Parteien wollen...“

„Es ist alles parteilos... sicher ist die politische Gesinnung wichtig. Aber es ist schwierig zu wissen, was sie denken... dafür investieren sie sich mehr für die Gemeinde als für die Partei.“

Dass die Energie der Entscheidungsträger in einem parteilosen System eher für die Gemeinde eingesetzt wird als für die Partei, wurde mehrmals betont und immer als positiv gesehen. So würden Personen und nicht deren politische Meinung gewählt. Dabei wurde auch mehrmals erwähnt, dass in der Gemeinde immer genau genügend Kandidaten gefunden werden und deshalb eigentlich keine Wahl stattfindet.

„Bei den letzten Gemeinderatswahlen war in den letzten Jahren immer stille Wahl, weil es genau genügend hatte... und jetzt ist es neu. Sie müssen ein Wahlbüro öffnen und alle wählen. Aber es gibt meistens keine Gegenkandidaten.“

„Das gibt es nicht, weil es hier keine Parteien gibt... es gibt keine grossen Diskussionen.“

Hier kann ein Argument des „Mobilization Modells“ erkannt werden. In kleinen Gemeinden gibt es weniger politische Konkurrenz, weniger Diskussion und dies macht das politische Leben weniger spannend. Jedoch wurde in diesem Zitat die Tatsache, dass keine grossen Diskussionen entstehen, positiv erwähnt.

„Das sind Welten von [einer anderen grösseren Gemeinde] hierher. Da waren Parteienschlachten... hier nicht! So sollte es sein!“

Dass in der Gemeinde keine Parteien existieren, wird im Allgemeinen sehr positiv aufgefasst. In diesem Fall kann diese Situation als zufriedenheitsfördernd angesehen werden.

7.3.3 Möglichkeit, sich politisch einzubringen und Nähe zum Gemeinderat

In den Gesprächen mit den Interviewpartnern wurde das Thema des Zugangs zu wichtigen Posten besprochen. Eine Mehrheit der Interviewten denken, dass dies in Kleinbösing auch möglich ist, wenn der Wille da ist, sich zu engagieren. Aus diesen Gesprächen kann also geschlossen werden, dass trotz dieser Art der Rekrutierung des Gemeinderates keineswegs Unwohlsein in der Bevölkerung entsteht. Im grossen Ganzen scheinen diese Interviewpartner mit der aktuellen Situation zufrieden zu sein.

„Wir haben immer genügend Leute, die sich engagieren. Was will man den mehr, in einer so kleinen Gemeinde wie wir sind.“

Dies ist jedoch nicht einstimmig in der Gemeinde. Der Zugang wird öfters auch als schwierig beschrieben. 20% der Interviewten beurteilen die Möglichkeit als schwierig, sich in Kleinbösing politisch zu engagieren.

„Aber es ist so, dass alle Stellen schon besetzt sind und die Leute auch nicht ihren Posten räumen wollen. Und in einer kleinen Gemeinde ist es eher so, dass es gegeben ist. Der hat das so gemacht, es war gut, dann macht er es auch weiter so... und wenn da jemand als Konkurrenz gesehen wird, dann hat er nicht viele Chancen.“

„Es ist alles immer vorgespart... es gab noch nie freie Gemeinderatswahlen... wenn jemand zurücktritt, sucht der Gemeinderat jemand Neuen... es wird einem immer alles fertig präsentiert... und eben auch an den Gemeindeversammlungen haben sie am Liebsten, wenn man ja und Amen sagt... das ist angenehm, weil man sich nicht kümmern muss, aber wenn man nicht ganz einverstanden ist, ist das schon ein Problem.“

„Wir haben in dem Sinn ja keine Parteien... und die Leute, die sich engagieren in und für die Gemeinde, die werden dann angefragt... also die im Gemeinderat suchen einen, der zu ihnen passt... also ist es nicht unbedingt einfach [sich in der Gemeinde politisch zu betätigen]“

Hier wird sichtbar, dass von diesen Personen nicht nur das Verfahren der Gemeinderatswahlen, sondern auch das Parteilosensystem kritisiert wird. Ob diese Urteile an ideologischen Argumentationslinien aufgebaut werden oder ob die

Interviewpartner schon in Konflikt mit diesem System gekommen sind, kann hier nicht beschrieben werden. Denn sonst wäre die Anonymität der Interviewpartner gefährdet.

7.4 Soziale Gemeinschaft

7.4.1 Gemeinschaftssinn

In diesem Abschnitt werden anhand der empirischen Resultate erneut die von Obst et al. (2001a, b und c) und McMillan et al. (1986) definierten Faktoren diskutiert.

Zugehörigkeit

In der Theorie zum Gemeinschaftssinn (Kapitel 4.2) wurde Zugehörigkeit als sehr wichtiger Faktor identifiziert. In dieser Arbeit werden die Faktoren der Zugehörigkeit und der bewussten Identifizierung wieder vereint, nachdem sie von Obst et al. (2001) getrennt wurden. Grund dazu ist, dass diese zwei Mechanismen in territorialen Einheiten verschmelzen, genauso, wie dies in der Theorie vorgesehen ist. Wenn sich die Personen zugehörig fühlen, identifizieren sie sich auch mit Kleinbösing. Es konnte in keinem Interview festgestellt werden, dass diese getrennt wurden.

Zugehörigkeit wird in der Theorie als Zustand interpretiert. Ein Individuum fühlt sich oder fühlt sich nicht zu einer Gemeinschaft zugehörig. In den Interviews wurde aber auch eine andere Wahrnehmung des Phänomens vermittelt. Für die interviewten Personen ist Zugehörigkeit ein Prozess, welcher durch Zeit und hemmende oder helfende Faktoren stattfinden.

Zeit

„Ja... Langsam aber sicher schon“

„Am Anfang nicht, aber jetzt schon. [Es ging] schon 3-4 Jahre.. bis man aus dem Schneckenhäuschen rauskommt und mit den Leuten Kontakt aufnimmt.“

„Ich genieße das ruhige Leben hier... aber es kommt schon... es braucht Zeit, bis man sich zu Hause fühlt.“

„Sicher... mein Grossvater ist 1907 hierher gezogen. Wir sind seit 4 Generationen hier.“

Die Zeitspanne von 3 bis 4 Jahren wurde mehrmals genannt, als nach der Zeit bis zur Integration und zum Dazugehören gefragt wurde. Interessant ist ebenfalls, dass Zeit auch bei Personen eine Rolle zu spielen scheint, welche ihre Zugehörigkeit als Einheimische begründen wollen. Es war öfters der Fall, dass Personen aus einheimischen Familien ihre Zugehörigkeit über die Anzahl Jahre, die die Familie im Dorf lebt, erklärte.

In einer wachsenden Gemeinde wie Kleinbösing spielt dieser Prozess eine sehr wichtige Rolle, denn wenn Neuzuzügler 3 bis 4 Jahre oder noch länger benötigen, um sich richtig zugehörig zu fühlen und somit erst dann zu partizipieren beginnen, kann dies für die Gemeinde negativ sein.

Andererseits konnte anhand der Interviews festgestellt werden, dass andere Faktoren als die Zeit diesen Zugehörigkeits- und somit auch Integrationsprozess fördern oder hemmen können.

Die hemmenden und fördernden Elemente, welche genannt werden, sind immer als gegenteilig zu identifizieren. Deshalb werden sie hier nur einmal erwähnt, auch wenn sie jeweils hemmend oder fördernd wirken können.

Kinder

Durch die Kinder, welche in der Schule und in Vereinen Kontakte knüpfen, lernen Eltern andere Personen und insbesondere Eltern kennen. Diese haben mindestens ein gemeinsames Interesse und der Kontakt gestaltet sich somit leichter. Kinder können somit als Katalysator der Integration gesehen werden. Diese vereinfachte Integration wirkt fördernd auf das Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen und somit die Partizipation.

„Man kennt sich wegen der Kinder, man kennt die Eltern der Kinder, die mit den Eigenen in die Schule gehen.“

„Und als wir hierher gezogen sind, ...weil die Kinder ... die Jungs... noch zur Schule gingen, hat man einander kennen gelernt. Der Kontakt ist noch schneller da gewesen.“

Kinder fördern somit nicht nur das Interesse am Gemeindeleben durch den Mechanismus der Lebensqualitätserhaltung, sondern auch dadurch, dass sie die Kontakte vereinfachen.

Hund

Hundebesitzer gehen regelmässig spazieren und tun dies meist in oder um Kleinbösing. So lernen sie andere Spaziergänger kennen. In diesem Sinne wirken Hunde wie Kinder als Katalysator für Kontakte in der Gemeinde. Diese Kontakte spielen nicht nur im Sinne der Zugehörigkeit eine Rolle, sondern haben auch eine direkte Wirkung auf Partizipation. Denn wenn viele Kontakte bestehen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Personen für einen Verein, ein Amt oder für informelle Hilfe rekrutiert werden, grösser.

„Und ich habe einen Hund und dann hat man sofort Kontakt. Wenn man sich sieht, dann spricht man ein paar Worte, wenn man spazieren geht.“

„Ich gehe jeden Tag mit dem Hund spazieren und daher sind es täglich Gespräche am Strassenrand. [...] In einem solchen Gespräch hat mich dann auch ein Frau gefragt, ob ich nicht [in einem Verein] mitmachen will.“

Aus diesen Argumentationslinien geht klar hervor, dass Zugehörigkeit für die Interviewten ein Prozess ist, welcher ganz stark mit Kontakten verknüpft ist. Je mehr Kontakte mit Gemeindebewohnern vorhanden sind, desto eher fühlen sich die Personen zu der Gemeinde zugehörig.

Zusammenhalt

In dieser Arbeit wird der Begriff der Unterstützung eher als Zusammenhalt interpretiert. Denn dieser Begriff erlaubt es, die Gegenseitigkeit der Beziehung klarer darzustellen. Das Sicherheitsgefühl und die Erfüllung von Bedürfnissen kann nicht nur als Dienstleistung der Gemeinschaft an das Mitglied gesehen werden. Die Wechselwirkung ist dabei sehr wichtig. Das Mitglied will nicht nur die sozialen Beziehungen ausnützen, sondern auch etwas zurückgeben. Aus diesen Gründen wird in dieser Arbeit „Zusammenhalt“ analysiert.

Der Zusammenhalt wurde in den Interviews direkt angesprochen. Interessant dabei ist, dass kein Interviewpartner von einer Einheit des Zusammenhalts in der Gemeinde ausging. Niemand sagte, dass der Zusammenhalt mit allen Einwohnern gleich gross sei. Alle nahmen Beispiele, in denen etwas gebraucht und von anderen Personen ausgeliehen wurde. Dieser Zusammenhalt existiert also nicht gegenstandslos, sondern hat immer ein Ziel. Das wird in der Literatur nicht

thematisiert. Die Einbindung in die Gemeinschaft ist somit in verschiedenen Kreisen unterschiedlich intensiv.

Das meistgenannte Beispiele für den Zusammenhalt der Gemeinde war das Ausleihen von Werkzeugen und insbesondere Gartenwerkzeugen

„Zum Beispiel wollten wir einmal einen Baum fällen... und da ist der Nachbar gekommen und hat gesagt: 'Oi ich gehe schnell nach Kleinbösing ins Dorf, eine Motorsäge holen, eine Richtige' Dann hat er uns geholfen. Ja... Man kann auch einfach Sachen ausleihen von den Bauern, wenn man etwas braucht.“

Nachdem die meisten Interviewten Beispiele dieser Sorte erzählten, wurde genauer nach Einheiten des Zusammenhalts gefragt, also mit welchen Leuten dieser Zusammenhalt am besten funktioniert. Familie kam sehr oft als erste Antwort, und auch wenn bei ein paar Personen die Familie hauptsächlich in Kleinbösing lebt, wird diese nicht als Dorfgemeinschaft betrachtet und deshalb in dieser Analyse ausgelassen. Es konnten jedoch drei Schemen des Zusammenhalts identifiziert werden.

Quartierbezogen

„Ganz sicher... im Dorf unten oder hier [Bergacher] bin ich ganz sicher. Ich könnte in jedes Haus gehen und hätte Hilfe...“

„Also sicher nicht alle untereinander... aber das gibt es immer... Leute die einem mehr zusagen... und andere weniger... aber hier in der Umgebung [Grüneburg] ja,... das geht auch über den Freundeskreis hinaus.“

Hier wird sichtbar, dass der Zusammenhalt mit den Personen, welche in unmittelbarer Nähe leben, am besten funktioniert. Derjenige zu den anderen Quartieren, die rund 1 km entfernt sind, ist weniger gut. Eine Distanz, auch wenn sie nicht sehr gross ist, kann grosse soziale Distanzen kreieren.

Interessant ist, dass in jedem Quartier diese intensivere Solidarität beschrieben wurde, und in allen auch auf die nähere Nachbarschaft gezählt wird.

„Man will die Nachbarn auch kennen. Man ist ja davon abhängig in so einem Dorf.“

„Also rund um unser Haus kennt man sich natürlich schon sehr gut!“

Dies zeigt, dass keineswegs eine einzige Dorfgemeinschaft existiert, und dass auch bei 576 Einwohnern „Untergemeinschaften“ gebildet werden.

Berufsbezogen

Interessant ist, dass auch ein berufsbezogener Zusammenhang existiert und beschrieben wird, dies insbesondere unter Landwirten und Handwerkern, welche in der Gemeinde arbeiten.

„Ja vor allem... das ist landwirtschaftsbezogen... wenn einer etwas braucht, geht man schnell zum Anderen oder ruft sich an... das ist äusserst selten, dass da ein Nein kommt... dann kann man es zusammen machen. Bei den Handwerkern haben wir hier eigentlich Einmann- oder Zweimannbetriebe. Dachdecker, Sanitär, Küchenbau; und wenn einer Arbeit hat, dann gibt man sich gegenseitig Arbeit... das geht über die Landwirtschaft aus.“

Diese Solidarität betrifft somit bei Weitem nicht jede Person in der Gemeinde, jedoch kann sie auch nicht räumlich geortet werden. Die gemeinsamen Interessen und Abhängigkeiten sind die Basismotivation.

Ein solches Netzwerk des Zusammenhalts wurde in keinem anderen Berufskörper beschrieben.

Interessensbezogen

Das Phänomen des gemeinsamen Interesses und Zusammenhalts wurde in einer anderen Bevölkerungsgruppe beobachtet: Eltern. Kinder müssen gehütet, zum Sportklub gefahren, von der Schule abgeholt werden usw. Für diese Tätigkeiten werden die Kräfte in Kleinbösing vereint und der Zusammenhalt zwischen den Eltern wird als sehr gross beschrieben.

„Auch die Kinderbetreuung... das ist ja der Nachteil von kleinen Gemeinden, dass keine solchen Dienstleistungen vorhanden sind... aber dafür gibt es den Kontakt, dass man sich unter einander organisieren kann. Aber ich würde nicht sagen, das ist die Gemeinde, sondern es sind die Bekannten.“

Dabei stechen zwei interessante Punkte hervor. Nicht vorhandene Dienstleistungen werden durch freiwilliges Engagement ersetzt. Dies wurde auch von Prouteau beschrieben: „Dans ces zones de plus faible densité démographique, le recours à l'association constitue une alternative qui permet de réaliser des services insuffisamment offerts par l'offre publique ou marchande“ (Prouteau 2002 : 65). Und zum Zweiten wiederum die Distanz, welche eine grosse Rolle im Zusammenhalt spielt. Personen im näheren Umfeld kooperieren gut. Deshalb gibt es mehrere Zusammenhaltseinheiten der Eltern in Kleinbösing. Aus den Interviews kann sogar geschlossen werden, dass im selben Quartier verschiedene solche Einheiten existieren (je nach Alter der Kinder).

Solche Zusammenhaltseinheiten, seien sie an den Beruf, an das Quartier oder an gemeinsame Interessen gebunden, sind immer informell und nicht von der Gemeinde organisiert. Persönliche Sympathien spielen also eine sehr grosse Rolle. Die Einbindung in die Gemeinschaft basiert auf persönlichen Beziehungen und diese beeinflussen die Wahl der Zusammenhaltseinheiten direkt.

„Wenn man die Leute nicht kennt, ist man auch weniger solidarisch...“

Distanz spielt in diesen Einheiten des Zusammenhalts eine sehr grosse Rolle. Dazu wird in der generellen Literatur zu Gemeinschaft nichts berichtet. Jedoch findet sich im Teil der Face-to-face Groups diese Thematik. Interessant dabei ist, dass Distanz innerhalb einer Gemeinschaft sehr oft mit virtuellem Campus und Internet-Lernen verbunden wird. Distanzen in territorialen Gemeinschaften werden wenig bis gar nicht thematisiert. Jedoch können Aussagen über virtuelle Gemeinschaften auch auf territoriale Einheiten projiziert werden. „The physical separation of students in programs offered at a distance may also contribute to higher dropout rates. Such separation has a tendency to reduce the sense of community, giving rise to feelings of disconnection, isolation, distraction, and lack of personal attention“ (Rovai 2002: 2). Dabei spielt Schulabbruch in Kleinbösing natürlich keine Rolle. Jedoch können der weniger grosse Gemeinschaftssinn, die Isolierung und das fehlende persönliche Interesse auch in einer territorialen Einheit gesehen werden. Dabei wird jedoch nicht jedes einzelne Mitglied isoliert, sondern die zwei Gemeinschaften sind voneinander getrennt.

Einbindung

Beziehungen und Werte werden von McMillan und Chavis (1986) und Obst et al. (2001) als eine Basis des Gemeinschaftssinnes gesehen. Diese Begriffswahl wird in dieser Arbeit wiederum gewechselt, um näher an den hier erforschten Inhalt dieser

Kategorie zu kommen. Gewisse in der Literatur aufgeführte Mechanismen konnten in der Empirie nicht erfasst werden, darunter zum Beispiel die Verslossenheit gegenüber Ereignissen. Andere, wie die Gefühle von Ehre und Demütigung, konnten beobachtet, in dieser Arbeit jedoch nicht aufgeführt werden, um die Anonymität der Interviewpartner zu bewahren. Denn auch wenn normale Anonymisierungstechniken benutzt werden, können die betroffenen Personen in kleinen Gemeinden erkannt werden. Deshalb werden diese Faktoren bewusst ausgelassen. Die bleibenden Indikatoren, wie die geteilten Erlebnisse, die Intensität der Kontakte oder die Investition können sehr nahe an die Kategorie der Einbindung in die Gemeinschaft gebracht werden. Denn wie in der Literatur präsentiert, spielen Werte und Beziehungen eine Rolle in der Verstärkung oder der Verminderung der Einbindung in die Gemeinschaft. Deshalb wird hier dieser Begriff benutzt, um die Kategorien der Werte und Beziehung und der Einbindung zu verbinden.

Gemeinsame Erlebnisse

Da der Fokus dieser Arbeit nicht auf der Gemeinschaftsbildung sondern auf der Partizipation liegt, wurde nicht genauer auf das Thema „Gemeinsame Erlebnisse“ eingegangen. Jedoch wurde insbesondere bei jüngeren Personen, welche in der Gemeinde aufgewachsen sind klar, dass gemeinsame Geschichten eine sehr wichtige Rolle spielen.

„Vor kurzem hatten wir ein Dorffest... und es war sehr lustig... und wir möchten schon wieder mehr Kontakt haben... weil es ist schon schade... ich möchte den Kontakt schon wieder herstellen... früher waren wir immer zusammen... [...] Ich gehöre einfach dazu.“

Im grossen Ganzen wurde sehr wenig über gemeinsame Erlebnisse gesprochen. Das kann zum Einen daran liegen, dass solche Erlebnisse nicht unbedingt mit Aussenständigen geteilt werden. Es kann aber auch daran liegen, dass gemeinsame Erlebnisse eher als zweitrangig eingestuft werden, wenn nicht ein markantes Erlebnis die Personen verbindet. Die Personen sind eine Gemeinschaft, weil sie nahe zusammenleben und Sympathien entstehen. Auch wenn gemeinsame Erlebnisse wie Feste den Gemeinschaftssinn stärken, weil sie sich besser kennen lernen, werden diese nicht als erzählenswert eingestuft.

Hypothese des Kontaktes

Dieser Mechanismus des Gemeinschaftssinnes wird in dieser Arbeit als wichtig eingestuft. In jedem Interview wurden Kontakte in der Gemeinde erwähnt.

Interessant ist, dass bei der Frage nach Kontakten in der Gemeinde nur von einer jungen Person ausgesagt wurde, dass gar keine Kontakte bestünden. Dies wurde durch das lange auswärtige Studium begründet. Die restlichen Interviewpartnerinnen und -partner gaben an, wenig bis sehr regen Kontakt mit Personen in der Gemeinde zu haben. Hier können keine Aussagen über die Intensität der Beziehungen gemacht werden, da keine Normen existieren und auch die Wahrnehmung von wenig oder viel sozialen Kontakten sehr unterschiedlich sein können.

Es konnte beobachtet werden, dass mehrere Interviewpartner nur Kontakte ausserhalb des Freundeskreises als Kontakte in der Gemeinde betrachten. Dies ist sehr interessant, da diese Person eine Trennung zwischen der Gemeinde, also der Gemeinschaft, und ihrem Freundeskreis zieht. Auch wenn diese in weiten Teilen identisch sind.

Je reger der Kontakt innerhalb der Gemeinschaft, desto grösser ist der Gemeinschaftssinn. In der Theorie wird dieser Mechanismus sehr klar definiert. In

den Interviews konnte diese Beziehung ebenfalls beobachtet werden, jedoch nicht so eindeutig. Personen, welche vor einiger Zeit sehr regen Kontakt in der Gemeinde hatten, fühlen sich tendenziell noch sehr angehört.

*„Als unsere Kinder noch zur Schule gingen kannte ich noch praktisch alle...
aber seit dem... die meisten in Grüneburg kenne ich nicht.“*

Jedoch schätzt sich diese Person als sehr integriert ein und hält den Diskurs einer Person, welche ein sehr starkes Zugehörigkeitsgefühl hat.

Diese zeitliche Entwicklung in den Beziehungen wurde in der Literatur nicht beachtet.

Investition

Je grösser die persönliche finanzielle oder zeitliche Investition in der Gemeinde ist, desto grösser ist das Zugehörigkeitsgefühl. In dieser Arbeit wurde keine Skala der Zugehörigkeit erarbeitet und diese Beziehung kann also nicht quantitativ bewiesen werden. Jedoch wurde in mehreren Interviews von Personen mit einem grossen Engagement in der Gemeinde klar, dass sie sich mit der Gemeinde sehr verbunden fühlen.

„Ich war ja 15 Jahre im Gemeinderat, da muss man sich als Kleinbössinger fühlen, sonst tut man das nicht.“

Das Zugehörigkeitsgefühl, nach welchem gefragt wird, wird hier durch das Engagement erklärt. Jedoch wird das Engagement am Ende der Antwort durch das Zugehörigkeitsgefühl erklärt. Es existiert also eine Wechselwirkung. Damit sich ein Individuum investiert, braucht es eine gewisse Zugehörigkeit. Diese steigt mit dem persönlichen Engagement.

Zurückgeben an die Gemeinschaft

Im Konzept der Einbindung, welches in der Theorie erklärt wurde, wird die Zugehörigkeit als Wechselwirkung zwischen Mitgliedern und Gemeinschaft definiert. Dieses Zurückgeben wird nie explizit angesprochen, kann jedoch in ein paar Interviews identifiziert werden. Mehrere Personen erklärten ihr Engagement als nötig in dieser kleinen Gemeinde. Zu sehen ist, dass diese Wechselwirkung der Einbindung in Form der Partizipation erfolgt. Deshalb wird dies in der Diskussion über Werte erneut aufgegriffen.

7.4.2 Ist eine kleine Gemeinde eine Gemeinschaft?

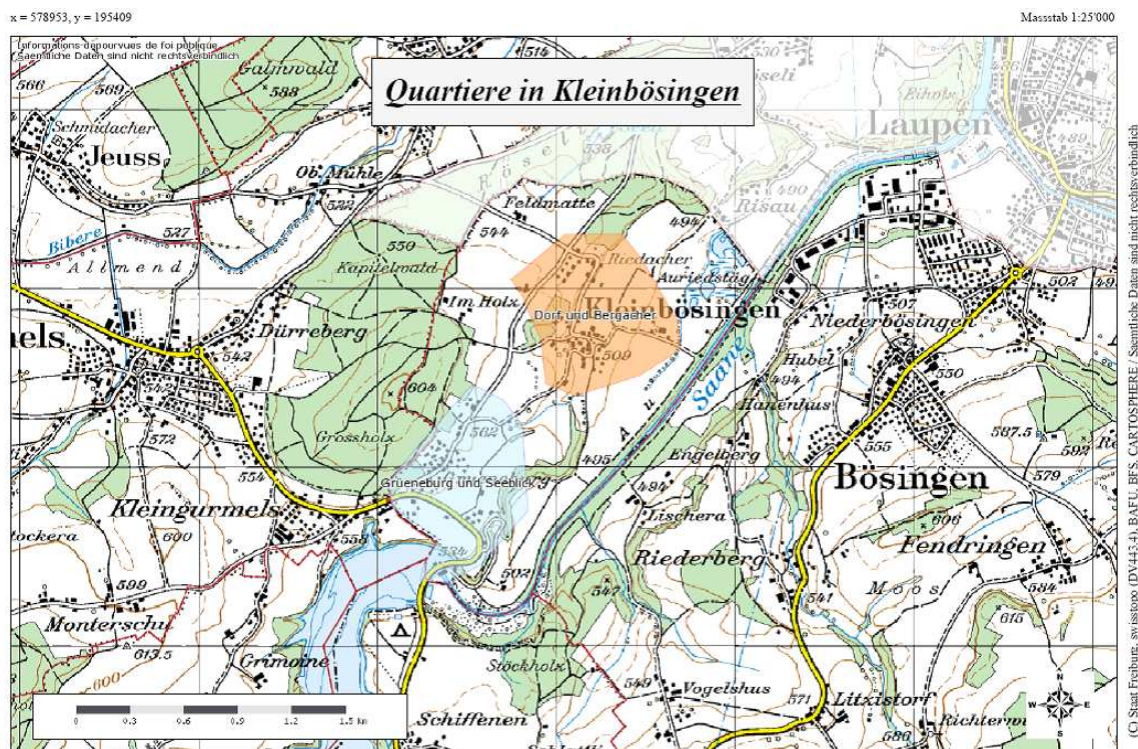
Es wurde bereits mehrmals angedeutet, dass es auch in sehr kleinen Gemeinden wie Kleinbösing nicht nur eine einzige Dorfgemeinschaft geben kann, sondern dass mehrere Gemeinschaften parallel existieren. Die räumliche Struktur von Kleinbösing fördert durch die Distanz zwischen den Quartieren dieses Phänomen. Hier wird von zwei grossen Quartieren gesprochen, denn Seeblick und Grüneburg liegen sehr nah zusammen und das Dorf und Bergacher ebenfalls. Diese Verbindungen in zwei Teilen wurden in mehreren Interviews dargestellt und bestätigt.

„es ist ein gespaltenes Dorf, es gibt einen alten Dorfkern, der da unten ist und einen neuen Dorfkern, Grüneburg.“

Auf der Karte (Abb. 30) sind die zwei Teile getrennt und die Distanzen klar ersichtlich. Zu dieser räumlichen Distanz gesellt sich eine geschichtliche Distanz. Während das Dorf seit der Gründung besteht, wurde der Bergacher als zweites Quartier ab den 60er Jahren gebaut. Erst ab den 70er - 80er Jahren wurde dann Grüneburg als Bauzone freigegeben und noch später in den 90er Jahren wurde der Seeblick zur Bauzone. In diesen zwei jüngeren Quartieren sind heute sehr viele

Neubauten und Baustellen zu sehen, wo noch mehr Wohnungen entstehen, während im Dorf und Bergacher das Bauen quasi unmöglich ist, da die Wohnzone von der Landwirtschaftszone umgeben ist.

„Das Dorf ist eigentlich gleich geblieben, weil rundherum Landwirtschaftszone ist... Oben [Grüneburg] ist Bauzone, die erschlossen worden ist. Hier unten [Dorf] konnten die Eigentümer, die immer hier wohnten und ein bisschen Land hatten, dieses für die Kinder umzonen. Aber sonst ist die Bauzone schon oben.“



- Orange square: Dorf und Bergacher
- Blue square: Grüneburg und Seeblick

Darstellung: Zweifel, 2009

Abb. 30: Karte der Quartiere von Kleinbösing

Interessant ist aber nicht die gesetzliche Grundlage dieser Situation, sondern wie diese Distanz gelebt wird. Denn es konnten in den Interviews Konstruktionen „des Anderen“ entdeckt werden. Entscheidend ist, dass diese Abgrenzung vom „Wir und die Anderen“ in beiden Teilen gemacht wird.

Bei Lektüre dieser Zitate und der sehr vielen Zitate, die hier nicht als Illustration benutzt werden, wird sehr rasch klar, dass das Dorf und Grüneburg und die zugehörigen Quartiere unterschiedliche Gemeinschaften sind. Wie in der Theorie gesehen, wird hier die eigene Identität durch die Definition des Anderen konstruiert.

„Es gibt einen alten Dorfkern... und einen neuen Dorfkern... Grüneburg.... Der erste ist sehr ländlich mit Bauernbetrieben und der andere sind Einfamilienhäuser, wo die Leute andere Interessen haben.“

„Der Kern des Dorfes besteht schon noch so aus Bauernhäusern... aber es ist meiner Ansicht nach schon ein bisschen ländlich langweilig...“

„Unten sind die Ureinwohner... und hier [Grüneburg] ist es langsam gewachsen.“

„Grüneburg ist einfach ein bisschen speziell, weil sehr sehr sehr viele Leute dort sind, die einfach nur schlafen... aber sie untereinander haben es glaube ich auch sehr gut... aber es ist schon weit weg...“

„Grüneburg ist ja auch mehr eine Retortenstadt.“

Es fällt auch auf, dass die beiden Teile so getrennt betrachtet werden, dass Kleinbösing nicht als eine Einheit interpretiert werden kann.

„Der Gemeinderat ist nicht geschlossen... überhaupt nicht.... Nur noch zwei kommen aus Kleinbösing... aus dem Dorf... die Anderen sind von Oben.“

„Dann gehe ich schnell nach Kleinbösing ins Dorf...“

Die bewusste Identifikation spielt eine sehr grosse Rolle in der Definition einer Gemeinschaft und im nächsten Zitat wird klar, dass zwei verschiedene Gemeinschaften existieren.

„Ich würde schon sagen, ich bin eher Grüneburger als Kleinbössinger.“

Diese Trennung der Gemeinschaften wird gelebt und wurde in mehreren Situationen ganz klar definiert.

„Wenn ich Hilfe brauche, frage ich hier unten und nicht in Grüneburg“

In dieser Arbeit wird angezweifelt, dass das von der Literatur vermittelte Bild, dass eine einzige Dorfgemeinschaft in einer kleinen Gemeinde existiert, realistisch ist. Sichtbar wird mit diesem Zitat, dass dieses Bild nicht nur in der Literatur sondern auch in der Bevölkerung sehr verbreitet ist. Es wird erwartet, dass sich in einer Gemeinde von 576 Einwohnern alle kennen.

„In einem solchen kleinen Dörfchen sollte man doch noch alle kennen... aber die Anonymität ist schon gekommen...“

Aufgrund dieser Feststellung über mehrere Gemeinschaften im Dorf, wurden in den Interviews zwei Nachfragen gestellt. Die Frage nach Konflikten, denn in der Theorie heisst es, dass sich eine Gemeinschaft ein Territorium aneignet und ihre Souveränität auch verteidigt. Und die Frage um das Gefühl über diese Trennung.

Von aktuellen Konflikten konnte nichts wahrgenommen werden. Eine leicht latente Konkurrenz zwischen den Quartieren konnte in der Gruppendiskussion mit dem Gemeinderat festgestellt werden. Nach zukünftigen Entwicklungen gefragt, zeigte sich, dass sich nicht nur Grüneburg weiter entwickeln würde.

„Auch das Dorf werden wir noch ausbauen und weiterentwickeln lassen. Das wurde schon ein bisschen vernachlässigt.“

Jedoch ist das kein Zeichen von einem aktuellem Konflikt, da von hypothetischen Zukunftsszenarien gesprochen wurde. In den Interviews mit der Bevölkerung wurde klar, dass Konflikte existierten, als in den 80er, 90er Jahren plötzlich Grüneburg grösser wurde als das Dorf und somit dieses bei Gemeindeversammlungen überstimmen konnte. Jedoch wurden diese Konflikte nur noch von älteren Interviewpartnern erwähnt und von der heutigen aktiven Bevölkerung ignoriert.

„Als Grüneburg gebaut wurde, hat das im Dorf schon protestiert. Weil wenn da mehrere kamen (zur Gemeindeversammlung), dann konnten sie die vom Dorf überstimmen. Dann wurde ihr Ding angenommen.“

„Die von Oben waren nicht interessiert... und dann haben sie gegen uns gestimmt und man konnte nichts tun, sie waren ja mehr.“

Zur zweiten Frage, zum Gefühl gegenüber dieser Trennung, kamen oft zwei Sorten von Antworten.

„Es ist schade, aber es ist kein Problem. Es ist überall so.“

Oder aber

„Es ist schade, aber niemand kann dagegen etwas tun“

Jedoch wurde auch mehrmals erklärt, dass diese Situation auch direkt mit fehlenden Treffpunkten in der Gemeinde erklärt und durch die Bildung solcher aufgehoben werden könnte.

„Schade ist, dass es keinen Treffpunkt gibt, wo man sich treffen kann, auch von verschiedenen Quartieren. Das würde schon helfen.“

Eine Antwort zeigte, dass 576 Einwohner für eine Gemeinschaft zu viel sind.

„Ich finde nicht, dass man die drei Teile vereinen sollte. Es ist doch besser wenn es drei [Dorf, Bergacher und Grüneburg] Dörfer sind. Dann kennt man sich wenigstens noch,“

Dabei wird sehr klar sichtbar, dass auch wenn Kleinbösing im Schweizer und insbesondere im internationalen Vergleich eine sehr kleine Gemeinde ist, dies nicht bedeutet, dass es nicht zu viele Personen für eine Gemeinschaft sind. Dieses Gefühl wurde von mehreren Interviewpartnern ausgedrückt.

„Früher kannte man alle... wusste von jedem Haus, wer da wohnte, auch oben. Aber jetzt ist es zu gross.“

In diesem Sinne wird in dieser Arbeit nicht davon ausgegangen, dass Gemeinde und Dorfgemeinschaft unbedingt übereinstimmen müssen. In der Literatur werden keine Grenzwerte definiert, wie gross eine Gemeinschaft maximal sein kann. Dies würde, in Anbetracht der multiplen Definitionen von Gemeinschaft auch wenig Sinn ergeben. Über die mögliche Grösse einer Dorfgemeinschaft wird hier auch keine Aussage gemacht, jedoch noch einmal betont, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine Bevölkerung nur eine Gemeinschaft bildet, so klein die Gemeinde sein mag.

7.5 Zivile Partizipation

7.5.1 Partizipation in der Gemeinde

In diesem Abschnitt wird nicht auf die Anzahl oder die Intensität der Partizipation in der Gemeinde Kleinbösing eingegangen, denn solche statistische Daten sind nicht existent. Es wird auf die Gründe und Motivationen der partizipierenden und nicht partizipierenden Interviewpartner eingegangen und es werden die verschiedenen Argumentationslinien mit den theoretischen Ansätzen verglichen.

Gründe für das Engagement

Vier Kategorien Gründe konnten aus den Antworten der partizipierenden Interviewpartner identifiziert werden. Zwei dieser Motivationsargumente werden in der Literatur beschrieben.

„Bildung“ ist einer der Hauptgründe für das Engagement, insbesondere in Kreisen der Gemeinde. Sowohl in Bezug auf die Gemeindeversammlung als auch auf die Organisation von Dorffesten wurde mehrmals festgehalten, dass Informationen ein wichtiger Grund seien, mitzumachen.

„Soziale Einbindung“ im Sinne von Carly et al. (1998) sind das Knüpfen von Kontakten oder das Verbringen von Zeit mit Personen, die man mag. Dieser Grund und insbesondere das Sehen von Personen, die ausserhalb dieser Organisation, dieses Engagements nicht so oft gesehen würden, wird sehr oft genannt.

„[Ich gehen an die Gemeindeversammlung], um die Leute zu sehen und den Kontakt zu pflegen und Informationen zu bekommen, die man sonst nicht bekommen würde.“

„[Ich helfe Dorffeste zu organisieren], weil man die Leute sieht, sich informieren kann und es einfach schön ist!“

In diesen zwei Zitaten wird klar, dass diese zwei Gründe, Bildung/Information und soziale Einbindung sehr oft zusammen als Argumentation für ein partizipatives Engagement dienen. Interessant ist, dass in keinem Interview das Aneignen von Kompetenzen, welche sonst nicht erlangt werden könnten, als Motivation dient.

Die Rekrutierung ist ein Grund, welcher in der Literatur nicht aufgeführt wird, in den geführten Interviews jedoch sehr oft erwähnt wurde.

„Sie hatten zu wenige Leute. Dazumal hatte die Gemeinde nur 250 Leute, und als man 18 Jahre alt wurde, dann kam man dazu. Seit dem bin ich dabei.“

„Dann hatten sie zu wenig Leute und dann machte ich einen Kurs... ich suche es nicht unbedingt, aber wenn es jemanden braucht.“

In dieser Argumentation kann der vierte Grund für das Engagement definiert werden: „Werte“. Diese Bereitschaft einzuspringen, wenn jemand gebraucht wird, hat mit lokalem Patriotismus und der Bereitschaft, sich für die Gemeinde zu engagieren, zu tun. Auch der letzte hier aufgeführte Grund, hat mit einem Sinn für die Gemeinde zu tun. Mehrere Interviewpartner erklärten ihr Engagement mit dem Argument, dass in einer kleinen Gemeinde jede erwachsene Person mindestens einmal ein Amt oder ein Engagement zu übernehmen habe.

„Weil es so wenige Leute sind, trifft es jeden einmal, so ein Ämtli.“

Das Engagement wird wiederum durch die Loyalität zur Gemeinde erklärt. Die Personen engagieren sich, weil die Gemeinde jemanden für diesen Posten braucht. Hier kann das Phänomen des Zurückgebens an die Gemeinde beobachtet werden. Diese Verbundenheit mit der Gemeinschaft, um dann einzuspringen, wenn es nötig ist, spielt insbesondere in kleinen Gemeinden eine sehr grosse Rolle. Wenn diese Bereitschaft für Partizipation gross ist, wird es in der Gemeinde weniger partizipative Probleme haben.

Gründe, sich nicht zu engagieren

Ebenfalls vier Sorten Gründe können bei nicht partizipierenden Interviewpartnern definiert werden.

Der erste ist fehlendes Interesse oder wie es Scholzmann et al. (1999) ausdrückt, fehlende Lust zum Engagement. Dieses Argument wird in zwei Hinsichten benutzt, zum Einen das fehlende Interesse an der Gemeinde, zum Anderen das fehlende Interesse am Vereinsleben. Das Erste wird insbesondere von Jugendlichen, welche am Ausziehen sind, angegeben. Es muss dabei auch festgehalten werden, dass bei den Personen, welche an Interviews über die Gemeinde teilnehmen, diejenigen ohne Interesse an der Gemeinde tendenziell unterrepräsentiert sind.

„Es interessiert mich zu wenig. Gemeinde und Politik sind nicht so meine Sache.“

Das generelle Uninteresse an Vereinen ist auch bei sonst partizipierenden Personen relativ verbreitet.

„Nein, wir sind keine Vereinsmenschen. Es hat genug Angebot, man könnte jeden Abend füllen, wenn man möchte.“

Das zweite, sehr viel benutzte Argument ist die fehlende Zeit. Diese Option wurde bei den Gesprächen angeboten, um nicht Vorwürfe zu formulieren, sondern Fragen zu stellen.

„Sind Sie Mitglied in einem Verein, oder haben Sie dazu keine Zeit?“

Andererseits wurde diese fehlende Zeit auch sehr oft durch die berufliche Tätigkeit oder durch die Kinder und die damit verbundenen organisatorischen Probleme begründet.

„Nein... [Ich bin nicht Mitglied in einem Verein], da ich einen hohen Anteil arbeite... und nachher am Abend will ich mich nicht noch weiter engagieren...“

„Nein... [Ich gehe nicht zur Gemeindeversammlung], Das hat den Grund, dass mein Mann regelmässig geht und man dann immer jemand bräuchte, um auf die kleinen Kinder aufzupassen...“

Ein Grund, welcher nicht in der Literatur zu Motivationsgründen aufgeführt ist, ist das Geschlecht. Dieser wurde jedoch in Kapitel 5.6.2 genauer erklärt. Als Grund für die Nicht-Partizipation insbesondere in Gemeindeangelegenheiten wurde mehrmals das Engagement des Partners und insbesondere des Mannes angegeben.

„Im Gemeinderat oder der Finanzkommission, aber das war ich nie dabei. Da mein Mann so fleissig dabei war. Aber sonst schon... [in Vereinen]“

Hier wird eine ganz klare Geschlechtertrennung sichtbar, welche innerhalb des Paares stattfindet. Dies kann zum Einen durch die Gesetzgebung erklärt werden, da nie zwei Personen aus demselben Haushalt wichtige Posten der Gemeinde besetzen können. Jedoch könnte diese Rolle auch von der Frau übernommen werden. Somit hat diese Situation sicherlich auch mit dem Rollenverständnis zu tun.

Ein anderer oft genannter Grund, insbesondere von Personen, die weniger als fünf Jahre in der Gemeinde wohnen, ist, dass sich das Engagement nicht nie ergeben habe. Dies wird im Zusammenhang mit der Partizipation an Gemeindeversammlungen aber ebenfalls an der Organisation von Anlässen öfter genannt.

„Bis jetzt war ich noch nie [an der Gemeindeversammlung], weil es zeitlich nicht passte. [...]. Ich möchte generell aktiver werden in der Gemeinde.“

Diese Argumentationslinie kreuzt sich oft auch mit der von Scholzmann et al. (1999) angesprochenen fehlenden Rekrutierung als Grund der Nicht-Partizipation. Denn die erklärte Bereitschaft zu partizipieren, wenn jemand fragen würde, ist sehr gross und wurde auch von vielen bereits in anderen Sektoren aktiven Personen genannt.

„Wenn sie [die Organisatoren] fragen würde, dann würde ich schon [helfen] gehen.“

Diese Bereitschaft zu helfen, wenn es nötig ist, wurde auch in der Gruppendiskussion mit dem Gemeinderat bestätigt. Auch bei kurzfristigen Organisationen ist es möglich, genügend Leute zu finden, welche mitorganisieren.

„Wenn man sie braucht und fragt, dann kommen alle, das ist kein Problem“

Wie in der Theorie werden die Motivationen und Gründe im seltensten Falle einzeln benutzt. Die meisten Interviewpartner erklären ihr Engagement oder Nicht-Engagement durch mindestens zwei bis drei der genannten Faktoren.

7.5.2 Partizipationsfördernde Massnahmen?

In der Fragestellung wird nach möglichen Massnahmen zur Partizipationsförderung gefragt. In dem Gespräch mit dem Gemeinderat wurden keine solchen Massnahmen genannt. Die Interviews hoben jedoch eine Besonderheit hervor, welche die politische Partizipation in Kleinbödingen vielleicht attraktiver macht als in anderen kleinen Gemeinden. Die Gemeindeversammlung, die immer an einem Freitagabend stattfindet, besteht aus einem Verhandlungsteil, der eigentlichen Gemeindeversammlung und danach einem gesellschaftlichen Teil mit Kartoffelsalat, Schinken und Wein, zu dem alle eingeladen sind. Die Gemeindeversammlung wurde bei der Frage nach Dorffesten in sehr vielen Interviews als solches aufgezählt.

„Es ist ein kleines Fest mit Schinken und Kartoffelsalat und Musik. Früher blieben wir länger, heute gehen wir eher nach Hause. Der gemütliche Teil zieht die Leute an... das kann man sagen.“

Bei dem abschliessenden Gruppengespräch wurde diese Situation auch mit dem Gemeinderat näher besprochen.

„Das ist schon ewig so. Es gab schon immer Suppe, und dann wurde das in Schinken gewechselt.“

„Das ist einfach ein Moment, an dem man zusammen ist. Das Zusammensein ist... ja... sehr wichtig.“

„Aber das ist nicht, weil es ein Problem gab, sondern weil es schön ist.“

Das zeigt die heutige Situation. Es gibt keine partizipativen Probleme und es werden auch keine in der Vergangenheit identifiziert. Ein Interviewpartner konnte über dieses Fest genauere Angaben machen, weil er bei dessen Einführung als Gemeinderat amtierte.

„Ich war lange verantwortlich für diesen Anlass. Und es war mein Bestreben, dass möglichst viele kommen und auch der Rest des Gemeinderates wollte das. Und dann haben wir gedacht, wie man das machen könne, dass mehr kommen und dann hatten wir diese Idee... es wurde erhalten... es gibt Schinken, Kartoffelsalat und Wein und so zum Trinken... und der Gemeindepräsident spielt Handorgel und sein Bruder auch noch und dann ist es meist ein ganzes Orchester und es wird Handorgel gespielt.“

Dabei ist die Entwicklung in der Zeit interessant und auch, wie sich die Motivation diesen Anlass als Fest zu organisieren über die Zeit verändert haben. Von der partizipationsfördernden Massnahme wurde diese Organisation der Gemeindeversammlung zur Tradition und wird heute als solche genossen.

8 Modell der Einflussfaktoren auf die zivile Partizipation in kleinen Gemeinden

In diesem Kapitel werden die verschiedenen Ergebnisse und theoretischen Ansätze, die in dieser Arbeit präsentiert wurden, zusammengefasst. Dabei entsteht ein Modell der Einflussfaktoren auf die zivile Partizipation in kleinen Gemeinden mit Gemeindeversammlung. Das Modell von Ladner und Bühlmann (2007) (Abb. 3), in dieser Arbeit mehrmals angesprochen, fliesst auch in das Modell dieser Arbeit ein, jedoch mit verändertem Fokus. Während die Autoren nach der Wahrnehmung der Demokratiequalität durch die Einwohner der Gemeinden suchen, werden im untenstehenden Modell die Einflüsse auf die Partizipation identifiziert und in Zusammenhang gebracht. Dabei muss beachtet werden, dass dieses Modell Mängel aufweisen kann, da in dieser Arbeit nur eine Gemeinde erforscht wurde. Das hat zur Folge, dass sicherlich mehrere Faktoren nicht mit einbezogen wurden, die in anderen Gemeinden eine entscheidende Rolle spielen.

In diesem Kapitel wird die Existenz von Gemeinden angesprochen. Denn wenn Gemeinderäte fehlen oder die Kommissionen nicht mehr besetzt werden können, ist die dauerhafte Existenz der Gemeinde gefährdet. Wenn, wie in der Gemeinde Bauen, UR, der Kanton die Regierungsaufgaben übernehmen muss, kann nicht mehr von einer territorialen und administrativen Einheit ausgegangen werden.

Als erstes wird auf die zivile Partizipation eingegangen, denn diese gilt als Basis jeder Demokratie. Es muss jedoch beachtet werden, dass nur das Fehlen einer einzigen, ganz spezifischen Form der Partizipation die Existenz einer Gemeinde als territoriale und administrative Einheit gefährden kann. Es handelt sich um die Besetzung der Posten im Gemeinderat und in den vom Gemeinde- oder Kantonsreglement vorgesehenen, obligatorischen Kommissionen. Auch wenn nicht nur die nötigsten Posten besetzt werden, sind die Ehrenämter in einer Gemeinde begrenzt. Im Gegensatz dazu gibt es eine grosse Anzahl Möglichkeiten, sich informell oder institutionell zu engagieren. Auch wenn die informelle und institutionelle Freiwilligenarbeit für das Weiterbestehen der Gemeinde nicht notwendig ist, kann diese mit anderen Formen der Partizipation eine motivierende Wirkung auslösen. Es ist nicht zu unterschätzen, dass diese Art des Engagements den Gemeinschaftssinn verstärkt und somit eine sehr wichtige Rolle spielt. Es ist jedoch auch vorstellbar, dass in einer Gemeinde diese Art des Engagements sehr viel kleiner ausfällt und die Existenz der Gemeinde trotzdem nicht gefährdet ist.

Die Teilnahme an der Gemeindeversammlung ist die zweite sehr wichtige Form der Partizipation für eine Gemeinde. Denn dies ist ein Gremium mit viel Entscheidungskraft. Deshalb wird in diesem Modell diese Form der Partizipation von

anderen Formen getrennt und näher an die vom Gemeinderat beeinflussbaren Faktoren gerückt. Denn dies ist die Form der Partizipation, welche der Gemeinderat nicht nur am ehesten beeinflussen kann, sondern auch diejenige, bei welcher das grösste Interesse besteht, sie zu beeinflussen. Diese Form der Gemeindeorganisation, ohne gewählte Legislative, wird hier als Voraussetzung für das Modell benutzt. Denn in solchen Gemeinden unterscheidet sich die Dynamik stark von solchen mit gewähltem Gremium. So ist zum Beispiel der Einfluss des politischen Wettbewerbs oder der Parteien in zwei so verschiedenen Systemen nicht vergleichbar.

In dieser Arbeit wurde klar, dass Partizipation nicht als isoliertes Phänomen gesehen werden kann. Zwar ist die Entscheidung zur (Nicht-) Partizipation persönlich, jedoch konnten mehrere Faktoren identifiziert werden, welche diese Entscheidung beeinflussen. Sowohl auf sozialer Ebene wie auf Gemeindeebene können Faktoren hemmend oder fördernd wirken. In diesem Modell werden diese Eigenschaften in drei Kategorien eingeteilt; Rahmenbedingungen, persönliche Motivationsgründe und beeinflussbare Faktoren.

Die Rahmenbedingungen werden hier als Gegebenheiten definiert, welche nicht in einem kurzen Zeitraum durch die Gemeindebehörde beeinflusst werden können. Um diese Kategorie etwas übersichtlicher und klarer zu gestalten, wurde sie in drei Unterkategorien (demographische, organisationelle und sozioökonomische Voraussetzungen) eingeteilt. Die organisationellen Voraussetzungen zählen zu den Rahmenbedingungen, da Veränderungen in so stark verankerten Feldern oft sehr langwierig sind. Zu sehen ist, dass in diesem Modell die individuellen Eigenschaften von Ladner und Bühlmann (2007) zwei Mal aufgeführt sind.. Zum Einen gelten Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, usw. als Faktoren ohne bewusste Motivationen oder Hinderungsgründe und werden somit den Rahmenbedingungen zugeteilt.. Es wird davon ausgegangen, dass diese Faktoren der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung nur sehr langsam verändert werden können und dass sie zum Teil einen starken Einfluss auf die Partizipationsmotivation der Bevölkerung als Ganzes haben. So können ein grosser Ausländeranteil oder eine starke Überalterung eine negative Voraussetzung für die Partizipation bedeuten. Andererseits werden sie auch als persönliche Motivation aufgeführt, da sie zum Teil bewusst als Motivation dienen können. Das dritte Feld der Rahmenbedingungen, die sozioökonomischen Voraussetzungen, definiert die Gemeinde, denn diese können, wie zum Beispiel die geografische Lage, nicht oder aber nur langsam und schwerlich verändert werden, wie zum Beispiel die Wirtschaftslage oder die Lösung eines demographischen Konfliktes. Somit spielen diese Faktoren bei der Definition der Situation der Gemeinde eine entscheidende Rolle.

Im zweiten Feld werden die persönlichen Motivationen aufgeführt. Dazu kommen alle Motivationsgründe, welche in der Literatur und in der Empirie identifiziert wurden. Auf dieser Ebene haben die institutionelle und die informelle Freiwilligenarbeit einen grossen Einfluss. Im Sinne der Partizipation in der Gemeinde können auswärtige Engagements eine sehr grosse Motivation schaffen. Andererseits können diese Faktoren auch auf das Engagement ausserhalb der Gemeinde einen Einfluss haben. Hier ist eine Wechselwirkung zu beobachten. Eine solche Wechselwirkung spielt auch bei der Partizipation an der Gemeindeversammlung und den Kommissionen eine Rolle, nämlich dann, wenn die Gemeindeversammlung die Teilnehmenden motiviert, mehr am Gemeindeleben teilzunehmen. Jedoch können beide Wechselwirkungen auch negativ für die Gemeinde sein, wenn ein auswärtiges Engagement ein Individuum so in Anspruch nimmt, dass keine Motivation für die Gemeinde übrig

bleibt oder wenn die Teilnahme an der Gemeindeversammlung die Teilnehmenden verärgert oder demotiviert.

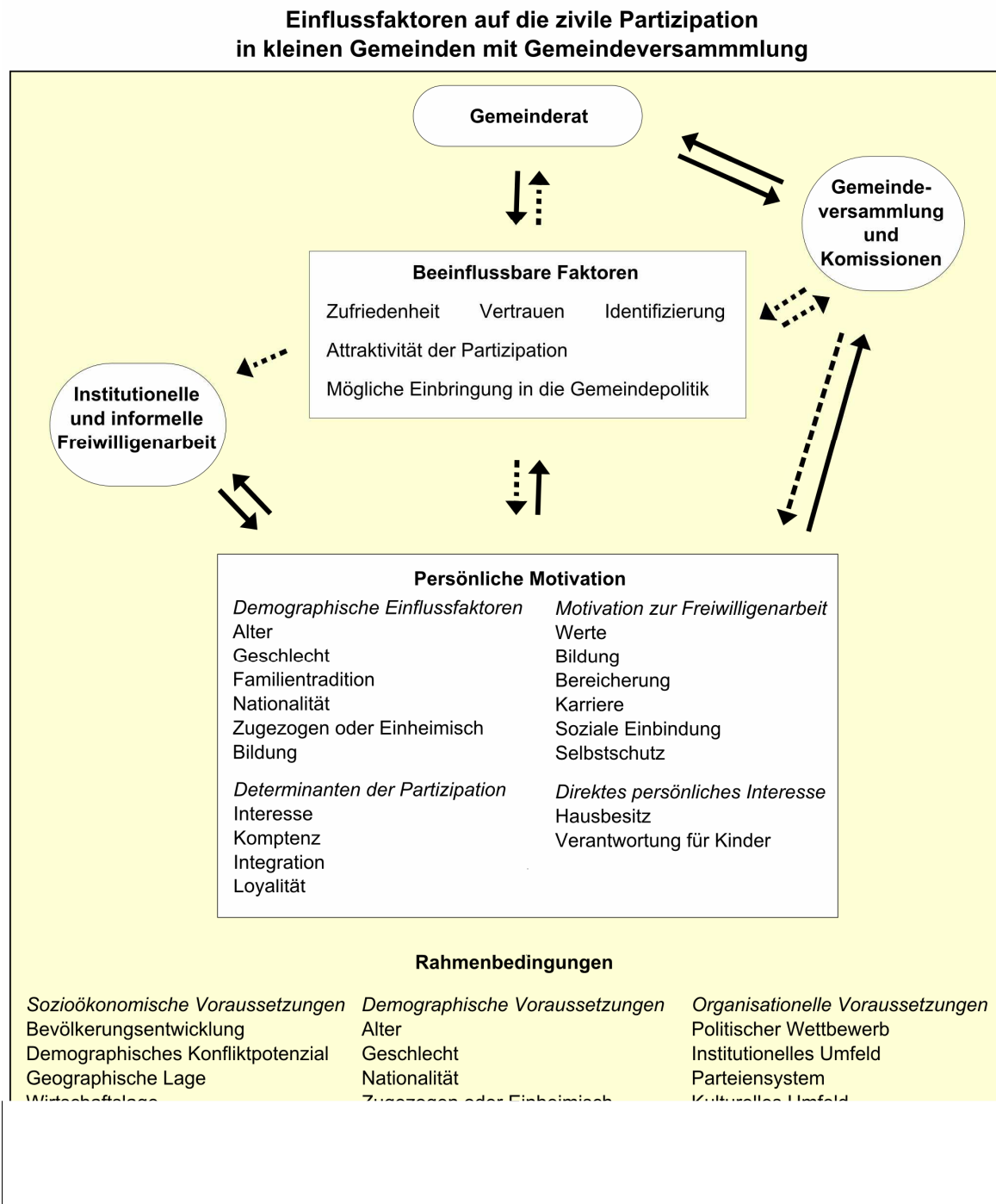


Abb. 31: Einflussfaktoren der lokalen zivilen Partizipation

Das dritte Feld, die beeinflussbaren Faktoren, wurde in der in dieser Arbeit vorgestellten Literatur nicht explizit identifiziert. Es handelt sich um Faktoren, welche die Partizipation von Individuen sehr stark beeinflussen und von der Gemeindebehörde und auch einzelnen Individuen oder Gruppen beeinflusst werden können. Das in dieser Arbeit erklärte Beispiel ist dabei die Attraktivität der Partizipation. Dass die Gemeindeversammlung zum Fest wird, ist sehr klar eine Steigerung der Attraktivität der Partizipation. Andererseits befinden sich in diesem Teil auch Zufriedenheit und Vertrauen. Denn dies sind direkte Indikatoren der Reaktion

der Bevölkerung auf die Arbeit des Gemeinderates. Wenn dieser der Bevölkerung das Gefühl gibt, dass er sich bemüht, investiert und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht, wird dieses Gefühl gesteigert. Dies hat auch einen direkten Einfluss darauf, ob die Bevölkerung den Anschluss an die Gemeindepolitik als möglich oder unmöglich ansieht. Auch Identifizierung kann aktiv gefördert werden. Nicht nur Feste, sondern auch Besuche, kulturelle Anlässe usw. können das Bewusstsein für die Gemeinde als Gemeinschaft steigern. Dabei wird der Gemeinderat Akteur der Partizipation in der Gemeinde. Denn auch wenn Rahmenbedingungen einen sehr grossen Einfluss haben, können weitere Massnahmen vorgenommen werden, um die Partizipation zu fördern oder zu sichern. Auch hier sind Wechselwirkungen zu beobachten zwischen Gemeinderat, Gemeindeversammlung und den Kommissionen, sowie der institutionellen und informellen Freiwilligenarbeit. In diesem Sinne spielen diese beeinflussbaren Faktoren eine Schlüsselrolle, denn wenn sie motivierend sind, wird die Partizipation gefördert. Fallen sie aber negativ aus, beeinflussen sie alle Felder der für die Gemeinde wichtigen Partizipation im negativen Sinn.

Entscheidend ist, dass diese beeinflussbaren Faktoren, immer als Konsequenz einer Handlung oder einer Gegebenheit betrachtet werden müssen. Sie haben einen sehr starken und zentralen Einfluss auf die Partizipationsformen in der Gemeinde, können jedoch nicht eindeutig geleitet werden. Denn den Effekt den sie auf die Motivation der Einwohner haben, sind persönlich. So kann der Gemeinderat mit der Organisation eines kulturellen Anlasses das Zugehörigkeitsgefühl einiger Einwohner steigern, während andere es als Verschwendung von Steuergeldern und somit als negativ ansehen. Die beeinflussbaren Faktoren spielen eine zentrale Rolle und sind direkt vom Gemeinderat beeinflussbar. Die Resultate und Reaktionen auf die Beeinflussung kann jedoch nie eindeutig vorausgesagt werden.

Weiter ist zu beachten, dass sich die verschiedenen Felder gegenseitig sehr stark beeinflussen. So können gute Rahmenbedingungen, wie die der Gemeinde Kleinbödingen einen sehr motivierenden Effekt haben und die Partizipation fördern. Andererseits können auch Massnahmen des Gemeinderates, um die Partizipation, die Zufriedenheit und das Vertrauen zu fördern, weitere Personen motivieren, mitzumachen. Diese wiederum können mit ihrem Wissen und ihren Aktionen die Rahmenbedingungen verändern. Der Gemeinderat spielt dabei nicht nur eine aktive Rolle in der Beeinflussung der beeinflussbaren Faktoren, sondern auch bei der Veränderung, der Rahmenbedingungen, auch wenn diese zum Teil sehr langsam geschieht,. So können verschiedene politische Entscheide diese Voraussetzungen stark verändern. Jedoch kann auch in diesem Fall keine klare Aktions-Reaktionsverkettung festgestellt werden, denn diese Aktionen können genau so gut unvorhergesehene oder ungewünschte Resultate ergeben.

Auch wenn in dieser Arbeit keine empirischen Befunde um die Gewichtung der Einflussskraft der verschiedenen Faktoren auf die Partizipation vorliegen, können anhand der theoretischen Ansätze und der vorhandenen empirischen Resultaten Einschätzungen vorgenommen werden. Dabei muss die Wichtigkeit der sozioökonomischen Voraussetzungen hervorgehoben werden. Alle diese Einflussfaktoren spielen eine entscheidende Rolle in der Definition der Situation einer Gemeinde.

Dass die persönliche Motivation eine zentrale Rolle in der Partizipation spielt, wurde in dieser Arbeit mehrmals betont. Welcher dieser Mechanismen in einer Gemeinde die wichtigste Rolle spielt, kann nicht definiert werden, da dies für jedes Individuum

unterschiedlich ist. In der Gemeinde Kleinbödingen spielen, wie vermutlich in vielen anderen Gemeinden, Eigeninteresse wie Hausbesitz und Verantwortung für Kinder eine entscheidende Rolle.

Die beeinflussenden Faktoren können nicht gewichtet werden, da alle erwähnten Elemente für sich allein und verbunden mit anderen, eine wichtige Rolle spielen.

Ein Punkt, welcher hier nicht miteinbezogen werden konnte, jedoch einen sehr grossen Einfluss auf das Funktionieren einer Gemeinde hat, sind externe Akteure. Diese Wechselwirkung zwischen einer territorialen Einheit und deren Umfeld sind sehr komplex und sehr spannend und müssten in einer nächsten Arbeit in das Modell eingearbeitet werden.

Bei der Betrachtung von kleinen Gemeinden werden oft mehrere in dieser Arbeit als entscheidend betrachtete Faktoren vergessen. Ob eine Gemeinde in Zukunft weiter als Einheit existieren kann, wird an der Anzahl Kandidaten für Gemeinderats- und Kommissionswahlen gemessen. Bei diesem Modell wird sichtbar, dass diese begrenzte Sicht der Situation nicht gerecht werden kann. Wie bei einem Eisberg wird nur die sichtbare Spitze beachtet, während sich weitaus mehr wichtige Einflussfaktoren unter der Oberfläche befinden. Eine kommunale Einheit besteht nicht nur aus einem Gemeinderat, Kommissionen und einer Gemeindeversammlung. Sie ist eine von Gemeinschaften bewohnte territoriale Einheit, welche von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst wird.

9 Fazit

Kleine Gemeinden spielen in der Schweiz eine grosse Rolle. Weil sie als Gemeinden die bürgernächste administrative Ebene sind, aber auch weil ihre Grösse ihnen spezifische Chancen und Probleme kreiert. Der Begriff „kleine Gemeinde“ beschreibt in der Schweiz Ortschaften mit unter tausend Einwohnern – in den USA ist eine „small town“ mit unter 20 000 Einwohnern definiert. Gemeinden wie Kleinbösinggen sind in diesem Sinne und auf globaler Ebene gesehen Extremfälle.

Kleine Gemeinden werden oft als Basis der direkten Demokratie gehandelt. Dabei birgt die Nähe zum Bürger grosse Chancen, aber auch Gefahren. Wie in der Debatte über Grösse und Demokratie ersichtlich, gibt es keine definitive Antwort, ob kleine Gemeinden demokratischer oder weniger demokratisch sind als grössere Gemeinden. Sicher ist, dass im Falle von kleinen Schweizer Gemeinden die Grösse eine Rolle spielt. Denn sie werden nicht nur darüber definiert, ihre Organisation unterscheidet sich auch markant von grösseren Gemeinden.

Kleine Gemeinden beherbergen Gemeinschaften. Diese geben den Individuen den Rahmen für soziale Interaktionen. Diese Gemeinschaften werden geprägt von Zugehörigkeit, Sicherheit und gemeinsamen Erlebnissen. Territoriale Gemeinschaften wie Gemeinden werden von den Einwohnern nicht als Gemeinschaft gewählt. Gewählt wird eine Wohnung, ein Standort oder die Nähe zu Familien und Freunden. Erst danach werden Dorfgemeinschaften kennen gelernt und wenn die Motivation dazu da ist, die Integration gesucht.

Kleine Gemeinden leben von der Partizipation ihrer Bürger. Auch wenn das die Definition der Demokratie ist, ist dieser Zusammenhang in kleinen Gemeinden grösser. Zivile Partizipation als Konzept erlaubt es, die verschiedenen Sorten der Partizipation als Ganzes zu analysieren. Zwar ist dies aus Sicht der Motivationsgründe berechtigt, stösst jedoch in der Analyse des Partizipationsverhaltens zum Teil auf Grenzen. Denn das Verhalten unterscheidet sich markant, wenn es darum geht, Nachbarschaftshilfe zu leisten oder ein Ehrenamt zu übernehmen. Werte, soziale Gründe, karrieretechnische Überlegungen oder Loyalität können als Motivationen für Partizipation gesehen werden. Jedoch ist Motivation individuell und mit einer persönlichen Geschichte verbunden. Jedes Engagement ist in seiner Motivation und in seiner Natur einzigartig. Ob eine Krise der Partizipation existiert, wird je nach Ansicht verschieden interpretiert. Jedoch kann in kleinen Gemeinden ein in anderen territorialen Einheiten banaler Rückgang der Partizipation verheerende Folgen haben.

Kleine Gemeinden sind nicht alle wie Kleinbödingen und Kleinbödingen ist nicht wie alle kleinen Gemeinden. Eine kleine Gemeinde, zwei starke Dorfgemeinschaften, keine offensichtlichen Konflikte und aktuell keine partizipativen Probleme. Einwohner, welche die Ruhe und die Menschlichkeit geniessen, aber auch die nah gelegenen grossen Zentren nutzen. Im Gesamten sehr gute Rahmenbedingungen und eine grosse Zufriedenheit der Bevölkerung. Jedoch kann die Abwesenheit partizipativer Probleme nicht nur dadurch erklärt werden. Denn für die Partizipation oder nicht Partizipation werden auch komplexere Gründe angetroffen, als dies in der Literatur beschrieben ist. So geht das Verantwortungsgefühl für Kinder über Generationen, und Hunde haben einen ausgesprochen sozialisierenden Effekt. Aktuell werden keine Massnahmen zur Partizipationsförderung unternommen, jedoch ältere Massnahmen als Tradition weitergeführt. Und auch wenn die Rekrutierungsmethode für den Gemeinderat nicht so in der demokratischen Theorie steht, funktioniert sie nicht nur, sondern die Bevölkerung ist auch damit zufrieden.

Kleine Gemeinden und ihre Partizipationsstrukturen in einem Modell, in ihrer ganzen Komplexität darzustellen, ist insbesondere nach der Studie einer Gemeinde unmöglich. Was hingegen möglich ist, das ist die beobachteten Faktoren und Ansätze aus der Literatur zusammenzufassen und vergleichend darzustellen. Ziel war, den Gemeinderat nicht nur als Zuschauer der Partizipation in der Gemeinde darzustellen. Partizipation auf Gemeindeebene kann beeinflusst werden, wie in allen anderen Ebenen, mit Kampagnen und Plakaten. Durch die Grösse des analysierten Dorfes fallen diese Mittel etwas anders aus. Auch die Wichtigkeit der anderen Formen der Partizipation darf nicht unterschätzt werden, nicht nur als Motivationsgrund, sondern auch als Ausbildung der Partizipation.

Auch wenn die Fragen der Fragestellung nach Mechanismen, Motivationen und Attraktivität der Partizipation in kleinen Gemeinden beantwortet werden konnten, darf nicht vergessen werden, dass im Rahmen dieser Arbeit nur eine Gemeinde analysiert werden konnte. Somit kann keineswegs von einem vollständigen Verständnis der generellen Problematik der Partizipation in kleinen Gemeinden ausgegangen werden. Viele Fragen bleiben offen, wie zum Beispiel, welche weitere Faktoren Partizipation beeinflussen könnten. Interessant wäre auch, mehrere andere Gemeinden zu studieren und somit andere Rahmenbedingungen und Gemeinschaften auszuleuchten. Wie in der Arbeit gesehen, haben die Region und der kulturelle Hintergrund einen Einfluss auf die Partizipation. Deshalb wäre es im Fall der Schweiz auch sehr spannend, Gemeinden in den verschiedenen Sprachregionen zu erforschen.

Die benutzte Methode muss ebenfalls reflektiert werden, denn wie gesehen, schliesst sie mehrere Gruppen mehrheitlich aus. Solche Faktoren könnten in einer Nachstudie besser beachtet und mit anderen Erhebungsmethoden ausbalanciert werden. Auch die Grösse der Stichprobe müsste im Idealfall grösser sein, so dass mehr verschiedene Meinungen einfließen könnten.

Mehrere italienische Studien befassen sich in den letzten Jahren sehr intensiv mit dem Thema der territorialen Entwicklung, die im Sinne von Bertone, Pasetti und Turco, als ganzheitliches System erforscht wird. „Si propone di delineare i rapporti tra sviluppo locale, territorialità e sostenibilità, con la costruzione di un modello di sistema locale territoriale che indichi le possibilità di un'autoriproduzione sostenibile dei processi dello sviluppo dei sistemi territoriali a partire dal livello locale.“ (Dematteis et al. 2009). Dabei wird mit Fokus auf die nachhaltige Entwicklung genauer auf das lokale Territorium und die Gemeinden eingegangen. Das

Verständnis des Territoriums als Prozess in der Zeit wäre eine interessante Problemstellung für die Partizipation in kleinen Gemeinden. Dies würde es erlauben, nicht nur Momentaufnahmen der Situation zu machen, sondern durch die Vergangenheit und die Gegenwart die Zukunft zu verbessern. Dabei müsste die Frage nach Nachhaltigkeit der kleinen territorialen Einheiten gestellt werden.

Die Literatur im Bereich der Demokratie, der Partizipation und der Gemeinschaften ist sehr umfangreich. Diese Vielfalt konnte im Umfang dieser Arbeit nicht voll genutzt werden. Auch die sprachlichen Barrieren, die Literatur wurde auf englische, französische, italienische und deutsche Beiträge beschränkt, limitierten den Zugang zur Literatur. Jedoch konnte schon so ein guter Einblick in die Thematik gewonnen werden.

Kleine Gemeinden, ihre Gemeinschaften und die Partizipation sind spannende und komplexe Themen. Weil die Literatur so umfangreich, vielseitig und interessant ist. Aber auch weil die Menschen, die ich während dieser Arbeit kennen lernen durfte, spannende Geschichten und Überlegungen machen konnten.

„Kleinbödingen ist schön!! Ich möchte niemals an einem anderen Ort wohnen.“

Dieses Heimatgefühl, der Stolz, in dieser kleinen Gemeinde zu wohnen und die Loyalität zu der Dorfgemeinschaft, faszinieren mich. Die Komplexität, welche oft unterschätzt wird, sollte hervorgebracht und dargestellt werden. Und auch wenn diese Arbeit nur ein Einblick sein konnte, hoffe ich, dass ich ein lebendiges Bild von Kleinbödingen zeichnen konnte.

10 Bibliographie

10.1 Gesetzestexte

- Kantonsverfassung des Kantons Freiburg (2004): Verfassung des Kantons Freiburg, (http://www.fr.ch/v_ofl_bdlf_courant/deu/101.pdf) (August 2009)
- Gesetz über politische Rechte des Kantons Freiburg (2001): Gesetz vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (PRG), (http://www.fr.ch/v_ofl_bdlf_pdf/plus_en_vigueur/deu/1151v0011.pdf) (Oktober 2009)
- Gesetz über Gemeinden des Kantons Freiburg (1980): Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden (http://www.fr.ch/v_ofl_bdlf_courant/deu/1401.pdf) (August 2009)
- Schweizerische Bundesverfassung (1999): Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft. (<http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html>)

10.2 Statistische Quellen

- BFS (Bundesamt für Statistik) (2009): Die Bevölkerung der Schweiz 2008. (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01.html>) (März 2009)
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2008a): Freiwilligenarbeit in der Schweiz. (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/04/blank/key/freiwilligenarbeit/ueberblick.html>) (Juli 2009)
- Amt für Statistik des Kantons Freiburg (2009) : Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg (http://admin.fr.ch/shared/data/pdf/sstat/annuaire_2009.pdf) (Juni 2009).

10.3 Internetquellen

- Glarner Landsgemeinde (2007) : Traktandum 7: Antrag betreffend Einführung Stimmrechtsalter 16. (<http://www.landsgemeinde.gl.ch/2007/07.htm>) (Oktober 2009)
- Gemeinden Kleinbödingen (2003): Geschichte (<http://www.kleinboesingen.ch/geschichte.htm>) (Juni 2009)
- Gemeinden Kleinbödingen (2003): Gemeinderat (<http://www.kleinboesingen.ch/gemeinderat.htm>) (Juni 2009)

10.4 Publikationen

- Albano, Roberto (2005): I giovani e le nuove forme di partecipazione. In: Rivista bimestrale di cultura e di politica, No. 2 : 320-330
- Anckar, Dag (1999): Homogeneity and Smallness: Dahl and Tufte Revisited. In : Scandinavian Political Studies, Vol. 22, No. 1 :29-44.
- Barber, Benjamin R.(1984): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. University of California Press, Berkeley.

- Barrett, Lee A.; Oropesa, R. S.; Metch, Barbara J. and Avery M. Guest (1984): Testing the Decline-of-Community Thesis: Neighborhood Organizations in Seattle, 1929 and 1979. In: *The American Journal of Sociology*, Vol. 89, nr. 5:1161-1188.
- Baxter, Jamie and John Eyles (1997): Evaluating qualitative research in social geography: establishing 'rigour' in interview analysis. In: *Royal Geographical Society*: 505-525.
- Bell, David and Jon Bonnie (2002): *Sexual Citizenship: Marriage, the Market and the Military*. In: Richardson, Diane and Steven Seidman (2002): *Lesbian and Gay Studies*. Sage Publications, London.
- Bellamy, Richard (2008): *Citizenship: A Very Short Introduction*. Very short Introductions, Oxford University Press, New York.
- Benhabib, Seyla (1996): 'The Democratic Moment and the Problem of Difference', in Benhabib, Seyla (1996): *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton University Press, Princeton.
- Bertoncin, Marina e Andrea Pase (2006): Il territorio non è un asino. Voci di attori deboli. In: Bertoncin, Marina e Andrea Pase: *Il territorio non è un asino*. Franco Angeli, Milano.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2004): Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz, Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2008b): Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik, Neuchâtel, Bundesamt für Statistik.
- Blais, André and Agnieszka Dobrzynska (1998): Turnout in electoral democracies. In: *European Journal of Political Research* No.33 : 239-261
- Bohnsack, Rolf (2007): Gruppendiskussion. In: Flick, Uwe, von Kardorff, Ernst und Ines Steinke: *Qualitative Forschung*. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.
- Boudon, Raymond et François Bourricaud (1984): Herbert Spencer ou l'oublié. In : *Revue française de sociologie*, Vol. 25, Nr.3 : 343-351.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement - Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftlichen Debatte. In: *Leviathan*, 29. Jahrgang, Vol. 1: 83-109
- Brint, Steven (2001): Gemeinschaft revisited. A Critique and Reconstruction of the Community Concept. *Sociological Theory*, Vol. 19, No 1 : 1-23.
- Brodsky, Anne, O'Campo, Patricia and Robert E. Aronso (1999): PSOC in Community context: Multi-level correlates of a mesure of psychological sense of community in low-income, urban neighbourhoods. In: *Journal of Community Psychology*, Vol 27, No 6: 659-679.
- Bucek, Jan and Brian Smith (2000): New approaches to local democracy: direct democracy, participation and the 'third sector'. In : *Environment and Planning C: Government and Policy* 2000, Vol 18 : 3 -16.
- Bühler, Daniel und Ursin Fetz (2006): Erfolgsfaktoren von Gemeindefusions-Prozessen in der Schweiz. Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur.
- Clary, Gil and Mark Snyder (1999): The Motivations to Volunteer: Theoretical and Practical Considerations. In: *Current Directions in Psychological Science*, Vol. 8, Nr.5: 156-159.
- Clary, Gil, Snyder, Mark, Ridge, Robert D., Copeland, John, Stukas, Arthur A., Hagen, Julie and Peter Miene (1998): Understanding and Assessing the Motivations of Volunteers: A Functional Approach. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 74, Nr. 6: 1516-1530
- Caruso, Anna M. (2005): L'importante è partecipare. Giovani, azione sociale e senso di comunità. Tesi di Laurea in Psicologia. Università degli Studi di Palermo.
- Colombo, Monica, Mosso, Cristiano and Norma de Piccoli (2001): Sense of Community and Participation in Urban Context. In: *Journal of Community and Applied Social Psychology*, Vol 11: 457-464.

- Conge, Patrick J (1988): The Concept of Political Participation: Toward a Definition. In : Comparative Politics, Vol. 20, No. 2 : 241-249
- Coyne, Imelda T. (1997): Sampling in qualitative research. Purposeful and theoretical sampling; merging or clear boundaries? In: Journal of advanced nursing, No. 26: 623-630.
- Cuccioletta, Donald (2002): Multiculturalism or Transculturalism: Towards a Cosmopolitan Citizenship. In: London Journal of Canadian Studies, Vol. 17 : 1-11.
- Curtice, John and Ben Seyd (2004) : Is there a crisis of political participation?. In: Park, Anne, Curtice, John, Thomson, Katharina, Jarvis, Lindsay and Catherine Bromley (2004): British social Attitudes. Continuity and Change over two decades. SAGE Publications, London : 93-108.
- Dafflon, Bernard (1998) : analyse Socio-économique de trente-deux fusions de communes dans le canton de Fribourg. In : Annuaire des collectivités locales, Librairies techniques CNRS, GRALE et LITEC, Paris.
- Dafflon, Bernard (1992) : L'autonomie fiscale communale : le cas de Fribourg. In : Institut du Fédéralisme Fribourg : L'avenir de l'autonomie communale à l'aube du troisième millénaire, Editions Universitaires de Fribourg, Fribourg.
- Dahl, Robert A. and Edward Tufte (1973): Size and Democracy. Stanford University Press, Stanford.
- Dahl, Robert A. (1967) : The City in the Future of Democracy. In: The American Political Science Review, Vol. 61, No. 4 : 953-970
- De Cillia, Rudolph, Reisigl, Martin and Ruth Wodka (1999) : The discursive construction of national identities. In : Discourse and Society, Vol. 10, No. 2 : 149-173.
- Deiss, Joseph (1992): L'autonomie des communes fribourgeoises en matière de politique sociale. In : Institut du Fédéralisme Fribourg : L'avenir de l'autonomie communale à l'aube du troisième millénaire, Editions Universitaires de Fribourg, Fribourg.
- Dematteis, Giuseppe e Francesca Governa (2009): Territorialità, sviluppo locale e sostenibilità: il modello SLOT. FrancoAngeli, Milano.
- Durkheim, Emile (1933): The Division of Labor in Society. Translated and edited by George Simpson. Macmillan, New York.
- Durkheim, Émile (1889) : Communauté et société selon Tönnies. In : Revue philosophique, No. 27 : 416 - 422.
- Falcoz, Marc et Michel Koebel (2005): Intégration par le sport: représentations et réalités L'Harmattan, Paris.
- Ferrand-Bechmann, Dan et Jean-Michel Belorgey (2004): Les bénévoles et leurs associations: autres réalités, autre sociologie?. L'Harmattan, Paris.
- Finifter, Ada W. and Paul R. Abramson (1975): City Size and Feelings of Political Competence. In : The Public Opinion Quarterly, Vol. 39, No. 2: 189-198
- Fiorina, Morris P. (1999) : Extrem Voices :The Dark Side of Civic Engagement. In: Skocpol, Theda and Morris P. Fiorina: Civic engagement in American democracy. Brooking Institution Press, Washington D.C: 395-424.
- Fischer, Claude S. (1995) : The Subcultural Theory of Urbanism: A Twentieth-Year Assessment. In : The American Journal of Sociology, Vol. 101, No. 3 : 543-577
- Franke, Elk (1996): Der Sport - die Religion des 20 Jahrhunderts? In: Schwaetzer, Henrieke (1996): Explicato mundi: Aspekte theologischer Hermeneutik. Roderer. Regensburg
- Frisch, Michael B. and Meg Gerrard (1981) : Natural Helping Systems : A Survey of Red Cross Volunteers. In: American Journal of Community Psychology, Vol. 9, Nr. 5: 567-579.
- Fleiner-Gerster, Thomas (1992): L'autonomie communale a-t-elle un avenir? In : Institut du Fédéralisme Fribourg : L'avenir de l'autonomie communale à l'aube du troisième millénaire, Editions Universitaires de Fribourg, Fribourg.

- Fuchs, Dieter (2004): Modelle der Demokratie: Partizipatorische, liberale und elektronische Demokratie. In: Kaiser, André und Thomas Zittel (2004): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung: Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Frey, René L. (2007): Für eine Enttabuisierung der Abwanderung. In: Demografischer Wandel und die Konsequenzen für die Raumentwicklung in der Schweiz Tagungsband zur Veranstaltung vom 9. November 2007 in Luzern, Hochschule Luzern :59-65
- Gabriel, Oscar W. und Melanie Walter-Rogg (2003): Kommunale Demokratie. In: Jesse. Eckhard und Roland Sturm (2003): Demokratien des 21. Jahrhundert im Vergleich. Verlag Leske und Buldrich. Opladen.
- Gauthier, Madeleine (2003): The Inadequacy of Concepts: The Rise of Youth Interest in Civic Participation in Quebec. In : Journal of Youth Studies, Vol. 6, No. :265-276.
- Geser, Hans (2007) Die kommunale Milizverwaltung: Zukunfts- oder Auslaufmodell?. In: Sociology in Switzerland. Schweizer Gemeindestudien: 1-12.
- Girod, Roger (1953): Facteurs de l'abstentionnisme en Suisse. In: Revue française de science politique, Vol. 3, No. 2 : 349 - 376
- Guéhenno, Jean-Marie (1998): From Territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy. In: Streeck, Wolfgang: Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Campus Verlag, Frankfurt: 137-150.
- Hadjar, Andreas und Rolf Becker (2007): Unkonventionelle Politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 59, No. 3: 410–439.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003): Atlas der politischen Landschaften: ein weltanschauliches Porträt der Schweiz. Hochschulverlag ETH Zürich, Zürich.
- Hill, Jean L. (1996): Psychological Sense of Community: Suggestions for Future Research. In: Journal of Community Psychology, Vol. 24, Nr. 4: 431-438
- Hofman, Sabine (2001): Die Konstruktion kolonialer Wirklichkeit: eine diskursanalytische Untersuchung französischer Karibiktexte des frühen 17. Jahrhunderts. Campus Verlag, Frankfurt.
- Hopf, Christel (2007): Qualitative interviews – eine Übersicht. In: Flick, Uwe, von Kardorff, Ernst und Ines Steinke: Qualitative Forschung. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.
- Isin, Engin F. und Turner, Bryan S. (2002): Handbook of citizenship studies, London : Sage, 2002
- Jennings, Kent M. and Laura Stoker (2002): Generational Change, Life Cycle Processes, and Social Capital. In: Workshop on "Citizenship on Trial: Interdisciplinary Perspectives on the Political Socialization of Adolescents"
- Jennings, Kent M. (1983): Gender Roles and Inequalities in Political Participation: Results from an Eight-Nation Study. In: The Western Political Quarterly, Vol. 36, No. 3: 364-385
- Joppke, Christian (2001): Multicultural Citizenship: A Critique. In: European Journal of Sociology, Vol. 42, Iss. 02: 431-447
- Kasarda, John and Morris Janowitz (1974): Community Attachment in Mass Society. In : American Sociological Review, Vol. 39, No. 3 : 328-339
- Kitzinger, Jenny (1994): The methodology of Focus Groups: the importance of interaction between research participants. In: Sociology of Health and Illness, Vol 16, No 1: 103-121.
- Kofman, Eleonore (2002): Contemporary European migrations, civic stratification and citizenship. In: Political Geography, Vol. 21, Iss. 8: 1035-1054
- Kofman, Eleonore (1995): Citizenship for some but not for others: spaces of citizenship in contemporary Europe. In : Political Geography, Vol. 14, No. 2 :121-137.

- Kowal, Sabine und Daniel C. O'Connell (2007): Zur Transkription von Gesprächen. In: Flick, Uwe, von Kardorff, Ernst und Ines Steinke: Qualitative Forschung. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.
- Krieger, Claus (2008): Leitfaden-Interviews. In : Qualitative Methode in der Sportwissenschaft: 1-18.
- Ladner, Andreas und Marc Bühlmann (2007): Demokratie in den Gemeinden. Rüegger Verlag, Zürich.
- Ladner, Andreas (2003): Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Konvergenz oder Divergenz?. In: Swiss Political Science Review, Vol.9, Iss. 1: 233-259.
- Ladner, Andreas (2001): Gemeindereformen in der Schweiz: Strategien, Gemeinsamkeiten und Auslöser. In: Swiss Political Science Review, Vol. 7, Iss. 3: 1-23.
- Ladner, Andreas and Henry Milner (1999): Do voters turn out more under proportional than majoritarian systems? The evidence from Swiss communal elections. In : Electoral Studies, Vol 18 : 235–250.
- Ladner, Andreas (1996): Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität. In: Swiss Political Science Review, Vol. 2, No.1: 1-24
- Larsen, Christian A. (2002) : Municipal Size and Democracy : A critical Analysis of the Argument of Proximity Based on the Case of Denmark. In : Scandinavian Political Studies, Vol. 25, No. 4 : 317-332.
- Lefèbvre, Henri (1960): Problèmes actuels du marxisme. Press Universitaires De France, Paris.
- Leighley, Jan (1995) : Attitudes, Opportunities and Incentives : A Field Essay on Political Participation. In : Political Research Quarterly, Vol.48, No.1 : 181-209.
- Lennie, June (1999) : Deconstructing Gendered Power Relations in Participatory Planning : Towards an Empowering Feminist Framework of participation and Action. In : Women's Studies International Forum, Vol. 22, No. 1 . 97–112.
- Lipietz, Alain (1990): Après Fordisme et Démocratie. In : Le Temps Modernes, Nr. 524 : 1-15.
- Lüchinger, Simon und Alois Stutzer (2002): Skalenerträge in der öffentlichen Kernverwaltung. Eine Empirische Analyse anhand von Gemeindefusionen. In: Swiss Political Review, Nr. 8, Iss. 1: 27-50.
- Mackert, Jürgen (2006): *Staatsbürgerschaft: Eine Einführung*. Verlag für Sozialwiss, Wiesbaden.
- Mannarini, Terri (2004): Comunità e Partecipazione. Prospettive psicosociali. FrancoAngeli. Milano.
- March, James and Johan Olsen (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, The Free Press, New York.
- Marshall, T.H (1950) : Citizenship and Social Class. In: Pierson, Christopher and Francis C. Castles (2006): The Welfarstate Reader. Polity Press. Cambridge
- Marston, Sallie A. and Katharyne Mitchell (2004): Citizens and the State: Citizenship Formations in Space and Time. In: Barnett, Clive and Murray Low (2004): Spaces of Democracy. Sage Publications, London.
- Maurer, Urs (2002): Kampf der Vetternwirtschaft. Swissinfo.ch, 28. August 2002.
http://www.swissinfo.ch/ger/specials/bankgeheimnis/Kampf_der_Vetternwirtschaft.xml?siteSect=24101&sid=1300025&cKey=1030538400000&ty=st&rs=yes (november 2009)
- Mayring, Philipp (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe, von Kardorff, Ernst und Ines Steinke: Qualitative Forschung. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.
- McGann, Anthony J. and Herbert Kitschelt (2005): The Radical Right in the Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ. In : Party Politics, Vol 11, Nc. 2 : 147-171.
- McMillan, David W. and David M. Chavis (1986): Sense of Community: A definition and Theory. In: Journal of Community Psychology, Vol. 14 : 6-23

- Michel, Nicolas (1992): Les tâches culturelles: le cas de Fribourg. In : Institut du Fédéralisme Fribourg : L'avenir de l'autonomie communale à l'aube du troisième millénaire, Editions Universitaires de Fribourg, Fribourg.
- Milella, Stefania (2004) : La Ricerca Qualitativa. Master Europeo in Imprenditorialità sociale e Egovernance locale, Pisa.
- Molina, Géraldine, Bertrand, Magali, Blot, Frédérique, Dascon, Juhane, Gambino, Mélanie, Milian, Johan Géraldine (2007): Actes du colloque BILAN ET PROSPECTIVES DE LA RECHERCHE QUALITATIVE. In : Recherches qualitatives, Hors Série, Nr. 3
- Molitor, Ute (1992): Wählen Frauen anders?: zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlag. Baden-Baden.
- Muxel, Anne (2002): La Participation Politique des Jeunes: Soubresauts, Fractures et Ajustements. In: Revue française de science politique, Vol. 52, No. 5-6: 521-544.
- Oberti, Marco (1998): Le rapport à l'espace des jeunes et leur participation à des projets l'aménagement ou de rénovation d'espaces urbains. In : Derouet-Besson, Marie-Claude : Éléments pour construire une pédagogie de l'espace auprès des jeunes. Actes du séminaire. Paris.
- Noël, Alain (1996): Présentation du numéro : vers un nouvel État-providence? Enjeux démocratiques. In : Politique et Sociétés, No. 30 : 3-27
- Obst, Patricia L., Zinkiewicz, Lucy and Sandy G. Smith (2001a): *Sense of community in science fiction fandom, Part 1 : understanding sense of community in an international community of interest*. In: Journal of Community Psychology, Vol. 30, No. 1: pp. 87-103.
- Obst, Patricia L., Zinkiewicz, Lucy and Sandy G. Smith (2001b): *Sense of Community in Science Fiction Fandom, Part Two: Comparing Neighborhood and Interest Group Sense of Community*. In : Journal of Community Psychology, Vol. 30, No. 1 :105-117.
- Obst, Patricia L., Zinkiewicz, Lucy and Sandy G. Smith (2001c): *An Exploration of Sense of Community, Part 3: Dimensions and Predictors of Psychological Sense of Community in Geographical Communities*. In : Journal of Community Psychology, Vol. 30, No.1 : pp. 119-133.
- Oliver, Eric J. (2000): City Size and Civic Involvement in Metropolitan America. In: The American Political Science Review, Vol. 94, Nr. 2: 361-373.
- Parret, Herman (1991): La communauté en paroles: communication, consensus, ruptures. Pierre Maradga, Liège.
- Pickard, Sarah (2007): Les Anlgais. Editions le Cavalier bleu. Paris.
- Pierson, Christopher and Francis Geoffrey Castles (2006) : The welfare state reader. MPG Books Ltd., Manchester.
- Pretty, Grace M. H., Conroy, Colleen, Dugay, Jason, Fowler, Karen and Diane Williams : *Sense of Community and Its Relevance to Adolescents of All Ages*. In: Journal of Community Psychology, Vol. 24, Nr. 4: 365-379
- Prouteau, Lionel et François-Charles Wolff (2004) : Donner son temps : les bénévoles dans la vie associative. In : Economie et Statistique, No. 372 : 3-39.
- Prouteau, Lionel et François-Charles Wolff (2002) : La participation associative au regard des temps sociaux. In : Economie et Statistique, No. 352-353 : 58-80.
- Putnam, Robert D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In : Journal of Democracy: 65-78
- Raffestin, Claude (1980): Pour une Géographie du Pouvoir. Librairies techniques, Paris.
- Rigaux, Nathalie (2008): Introduction à la sociologie par sept grands auteurs. Groupe de Boeck, Bruxelles.

- Ringel, Norman B. and Jonathan C. Finkelstein (1991): Differentiating Neighborhood Satisfaction and Neighborhood Attachment Among Urban Residents. In: Basic and Applied Social Psychology, Vol.12, No.2 : 172-193
- Rovai, Alfred (2002): Building Sense of Community at a Distance. In: International Review of Research in Open and Distance Learning, Vol. 3, No. 1: 1-16.
- Said, Edward (1979): Orientalism. Penguin Books. London.
- Sassen, Saskia (2002): Towards Post-National and Denationalized Citizenship, in Handbook of citizenship studies, Sage, London.
- Schuler, Douglas and Aki Namioka (1993): Participatory design: principles and practices. Lawrence Erlbaum Associates, Hillsdale.
- Seyfang, Gill (2006): Ecological citizenship and sustainable consumption: Examining local organic food networks. In: Journal of Rural Studies, Vol. 22, Iss. 4: 383-395
- Sintomer, Yves (1999): La démocratie impossible ? : politique et modernité chez Weber et Habermas, Ed. La Découverte, Paris.
- Schmitt, Nicolas (2001): Le mythe de la démocratie (semi-)direct en Suisse. In: De Bruycker, Philippe: La démocratie locale en Europe : Belgique, Danemark, Espagne, Pays-Bas, Suisse, Annuaire des collectivités locales, Vol. 21, No. 1 : 175 - 211
- Scholzmann, Kai, Lehmann, Verba, Sidney and Henry L. Brady (1999): Civic Participation and the Equality Problem. In: Skocpol, Theda and Morris P. Fiorina: Civic engagement in American democracy. Brookings Institution Press, Washington D.C: 427-459.
- Stein, Maurice (1960): The Eclipse of Community: An Interpretation of American Studies. Harper & Row, New York.
- Steiner, Reto (2003a) : In 155 Jahren 361 Gemeinden weniger, Unipress 117, Juni 2003, <http://irspm2010.com/dateien/75.pdf#datei.pdf#page=21> (12.08.09)
- Steiner, Reto (2003b): Interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindezusammenschlüsse – Dargestellt am Beispiel der Schweiz. In: Viedoji Politika ir Administratavimas, Nr. 6: 43-54.
- Strebel, Etienne (2008): Wenn Demokratie zur Belastung wird. Swissinfo.ch, 9. Januar 2009. <http://www.swissinfo.ch/ger/feedback.html?siteSect=105&sid=10173876> (August 2009)
- Taylor, Charles (2003): Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Suhrkamp Verlag, Frankfurt.
- Tiebout, Charles (1956): « A Pure Theory of Local Expenditures », In: Journal of Political Economy, Nr. 64: 416-424.
- Turco Angelo (1988): Verso una Teoria Geografica della Complessità. Unicopli, Milano.
- Vermeersch, Stéphanie (2004): Entre Individualisation et Participation: L'Engagement bénévole. In: Revue française de Sociologie, Vol.45, No.4: 681-710.
- Walliser-Klunge, Marie-Pierre (2001): Grandeur et Décadence de l'esprit de milice in Weibel, Jean-Pierre et al. (2001) : Aktive Bürgerschaft oder passive Bevölkerung ? Die Ausländer in der Schweiz: Rolle im öffentlichen Leben und Integration, Aarau : Verlag Sauerländer.
- Weare, Christopher; Musso, Juliet A. and Matthew L. Hale (1999): Electronic Democracy and the Diffusion of Municipal Web Pages in California. In: Administration & Society, Vol. 31, Nr. 1: 3-27.
- Weibel, Jean-Pierre (2001): Aktive Bürgerschaft oder passive Bevölkerung ? Die Ausländer in der Schweiz: Rolle im öffentlichen Leben und Integration, Aarau : Verlag Sauerländer.
- Weiske, Christine (2008): Die Kommune: soziale und politische lokale Gemeinden. Einführung in die Soziologie des Raumes. Universität Chemnitz.
- Wellman, Barry (1979): The Community Question: The Intimate Networks of East Yorkers. In: American Journal of Sociology, Nr.84:1201-1231.

- Wiesenfeld, Esther (1998): The concept of "we": A community social psychology myth? In : Journal of community psychology, Vol:24, Iss:4 : 337-346.
- Wilson, John, Musick, Marc (1997): Who Cares ? Toward an integrated Theory of Volunteer Work, American Sociological Review, Vol. 62: 694–713.
- Witcover, Jules (2001): No Way to Pick A President. Routledge, New York.
- Wolton, Dominique (2000): Le local, la petite madeleine de la démocratie. In : HERMÈS 26-27 : 89-97.
- Zbinden, Brigitte (2008): Die Gemeindezusammenschlüsse im Kanton Freiburg, Vergangenheit und Zukunft. Themenarbeit an der Wirtschafts- und Kaderschule Bern, Bern.